Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4289**

16. Wahlperiode 05. 02. 2007

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 1. Februar 2007 gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes.

Verzeichnis der Übersichten

Verzeichnis der Schaubilder

Bisher sind erschienen:

Bericht der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft und Maßnahmen (§ 4 und § 5 Landwirtschaftsgesetz)

Bundestagsdrucksache

Grüner Bericht		Grüner Plan
1956	2100	2100
1957	3200	3200
1958	200	200
1959	850	850
1960	1600	1600
1961	2400	2400
1962	IV/180	IV/180
1963	IV/940	IV/940
1964	IV/1860	IV/1860
1965	IV/2990	IV/2990
1966	V/255	V/255/66
1967	V/1400	V/1400
1968	V/2540	
1969	V/3810	
1970	VI/372	

Bundestagsdrucksache

Agrarbericht		Materialband	Buchführungsergebnisse
1971	VI/1800	VI/1800	
1972	VI/3090	VI/3090	
1973	7/146	7/147	7/148
1974	7/1650	7/1651	7/1652
1975	7/3210	7/3211	
1976	7/4680	7/4681	
1977	8/80	8/81	
1978	8/1500	8/1510	
1979	8/2530	8/2531	
1980	8/3635	8/3636	
1981	9/140	9/141	
1982	9/1340	9/1341	
1983	9/2402	9/2403	
1984	10/980	10/981	
1985	10/2850	10/2851	
1986	10/5015	10/5016	
1987	11/85	11/86	
1988	11/1760	11/1761	
1989	11/3968	11/3969	
1990	11/6387	11/6388	
1991	12/70	12/71	
1992	12/2038	12/2039	
1993	12/4257	12/4258	
1994	12/6750	12/6751	
1995	13/400	13/401	
1996	13/3680	13/3681	
1997	13/6868	13/6869	
1998	13/9823	13/9824	
1999	14/347	14/348	
2000	14/2672		
2001	14/5326		

Bundestagsdrucksache

Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht	
2002	14/8202
2003	15/405
2004	15/2457

Agrarpolitischer Bericht	
2005	15/4801
2006	16/640
2007	16/4289

Zusammenfassung

I Lage der Landwirtschaft

1. Struktur

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft folgte auch im Jahr 2006 dem langjährigen Trend: So waren im Jahr 2006 rd. 1,24 Millionen Arbeitskräfte haupt- oder nebenberuflich in der deutschen Landwirtschaft tätig. Gegenüber 2005 war dies ein Rückgang um 2,6 Prozent. Mit 61 Prozent überwogen wiederum die Familienarbeitskräfte. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha LF lag 2006 in Deutschland bei rd. 353 300 und ging damit gegenüber 2005 um 3,5 Prozent zurück. Die Abnahmerate lag im Bereich des langjährigen Mittelwertes von etwa 3 Prozent. Die durchschnittliche Flächenausstattung erreichte rd. 48 ha LF, etwa 2 ha mehr als 2005.

2. Ernte, Preise und Außenhandel

Die Ernteergebnisse des Jahres 2006 lagen aufgrund des kühlen Frühjahrs, eines heißen und trockenen Frühsommers und des teilweise wechselhaften und regnerischen Wetters im Sommer unter den Erträgen des Vorjahres und des langjährigen Durchschnitts. Ausnahme waren Ölsaaten. Die Erzeugung in der Tierhaltung entwickelte sich unterschiedlich. Die deutsche Milcherzeugung und die Erzeugung von Eiern und Geflügelfleisch gingen zurück, während die Rind- und Kalbfleisch- sowie die Schweinefleischerzeugung zunahmen. Die Preisentwicklung mit Ausnahme der Milch- und Zuckerrübenpreise verlief deutlich positiv. Auch der Agrarexport entwickelte sich 2005 weiter positiv. Der Anteil der Exporte von Agrar- und Ernährungsgütern am deutschen Gesamtexport lag 2005 bei 4,7 Prozent.

3. Wertschöpfung

Die Wertschöpfung der deutschen Landwirtschaft ist 2006 nach vorläufigen Angaben gestiegen:

	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Produktionswert	39,9 Mrd.	+ *2,8*
Vorleistungen	26,8 Mrd.	+ *4,1*
Nettowertschöpfung	11,9 Mrd.	+ *3,6*
Nettowertschöpfung je Arbeitskraft	20 885	+ *5,7*

4. Ertragslage

4.1 Landwirtschaft

a) Buchführungsergebnisse 2005/06

Die Ertragslage der Haupterwerbsbetriebe hat sich im Durchschnitt gegenüber den Vorjahren geringfügig verschlechtert. Der Gewinn je Unternehmen ist im WJ 2005/06 nach dem deutlichen Anstieg 2004/2005 um 1,4 Prozent (früheres Bundesgebiet

+ 0,7 Prozent, neue Länder – 22,3 Prozent) auf durchschnittlich 36 137 Euro zurückgegangen. Der Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft dieser Betriebe verringerte sich um 0,6 Prozent auf 22 964 Euro. Das durchschnittliche Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit lag deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre.

Positiv zur Entwicklung der Ertragslage haben vor allem gestiegene Erlöse bei Schweinen und Rindern, Obst und Kartoffeln sowie erneut gesunkene Aufwendungen für Futtermittel beigetragen. Einkommensmindernd wirkten sich hauptsächlich geringere Erlöse aus Milch, Getreide und Zuckerrüben sowie die gestiegenen Aufwendungen für Energie aus. Die Summe der Direktzahlungen je Betrieb ist im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe nahezu unverändert geblieben.

Nach Betriebsformen und Regionen ergaben sich folgende Ergebnisse:

Betriebsform/Region	Gewinn je Unternehmen	
	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	37 407	– *16,7*
Gartenbau (Gemüse, Zierpflanzen, Baumschulen)	40 495	+ *17,7*
Weinbau	37 821	– *1,2*
Obstbau	35 648	+ *44,6*
Milch	35 752	+ *11,1*
Sonstiger Futterbau (Rindermast, -zucht)	27 960	– *6,4*
Veredlung (Schweine, Geflügel)	48 924	– *12,5*
Gemischt (Verbund)	34 243	– *6,9*
Früheres Bundesgebiet	35 625	+ *0,7*
Neue Länder	44 687	– *22,3*
Deutschland	**36 137**	**– *1,4***

Der starke Gewinnrückgang bei den Betrieben in den neuen Ländern ist hauptsächlich auf Erlöseinbußen bei Getreide, Ölsaaten und Zuckerrüben sowie auf geringere Direktzahlungen infolge der Entkopplung der EU-Zahlungen einschließlich der Modulation (Freibetrag von 5 000 Euro, 2004 10 000 Euro; Kürzungssatz von 3 Prozent, 2004 2 Prozent) und die Begrenzung der Agrardieselerstattung auf 10 000 l je Betrieb zurückzuführen. Trotz der Einbußen erzielten die Betriebe in den neuen Ländern aufgrund ihrer größeren Produktionskapazitäten weiterhin höhere Gewinne als Betriebe im früheren Bundesgebiet.

Die Nettoinvestitionen je Unternehmen nahmen im Wirtschaftsjahr 2005/06 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent auf 3 181 Euro je Unternehmen zu.

In den Unternehmen von juristischen Personen in den neuen Ländern ist im WJ 2005/06 das Einkommen (Jahresüberschuss plus Personalaufwand je Arbeitskraft) um 11,9 Prozent auf 24 089 Euro zurückgegangen. Ursachen für den Einkommensrückgang waren vor allem geringere Erlöse aus dem Ackerbau und aus der Milch sowie geringere Direktzahlungen auf Grund der Begrenzung der Agrardieselerstattung auf 10 000 l.

Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe erzielten im WJ 2005/06 im Durchschnitt einen Gewinn je Unternehmen von 44 673 Euro; dies sind 30,8 Prozent mehr als die Betriebe in der Vergleichsgruppe der konventionellen Betriebe.

Die unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse in den landwirtschaftlichen Betrieben sind im WJ 2005/06 mit 25 633 Euro je Unternehmen annähernd unverändert geblieben (– 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Die Unterschiede der unternehmensbezogenen Zahlungen sind je nach Betriebsgröße und Region erheblich.

b) Vorschätzung für 2006/07

Im laufenden WJ 2006/07 wird sich die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe voraussichtlich verbessern. Für die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe wird im Durchschnitt eine Zunahme der Einkommen um 5 bis 10 Prozent erwartet.

Die positive Entwicklung ist vor allem auf deutlich höhere Erlöse bei Getreide, Ölsaaten, Kartoffeln und Gemüse zurückzuführen. Bei Rindern, Schweinen und auch wieder bei Milch ist mit stabilen Einnahmen zu rechnen. Zu der Einkommensverbesserung tragen darüber hinaus die weitere Erhöhung der Milchprämie (3. Stufe) und die erste Stufe des Zuckerausgleichs im Rahmen der Betriebsprämienregelung bei. Einkommensmindernd wirken sich Kostensteigerungen infolge der gestiegenen Preise für Düngemittel, Futtermittel und Energie aus.

4.2 Forstwirtschaft

a) Wald, Holzmärkte und Betriebsergebnisse im Forstwirtschaftsjahr 2005

Nach den Ergebnissen der Bundeswaldinventur 2002 (www.bundeswaldinventur.de) bedeckt der Wald mit 11,1 Mio. ha rd. 31 Prozent der Fläche Deutschlands. Statistisch erfasst wurden im Jahr 2005 rd. 232 000 Betriebe mit rd. 8,94 Mio. ha Wald. Der bäuerliche Waldbesitz ergänzt das Einkommen aus der Landwirtschaft.

Durch die deutlich gestiegene Nachfrage für Industrie- und Energieholz haben sich die Rohholzpreise über fast alle Sortimente spürbar nach oben entwickelt. Lediglich beim Buchenstammholz besserer Qualitäten waren eher stagnierende Preise festzustellen.

Nach den Rückgängen der Betriebsergebnisse im letzten Jahr hat sich im Forstwirtschaftsjahr 2005 die ökonomische Situation für den Durchschnitt der Privat- und Körperschaftswaldbetriebe wieder verbessert. Die Höhe der Einschläge blieb weitgehend unverändert. Verbesserte Erträge durch höhere Preise – insbesondere für das durch Selbstwerber geschlagene Holz – bei niedrigeren Kosten waren die bestimmenden Faktoren für diese Entwicklung. Im Durchschnitt der Forstbetriebe in Deutschland stiegen deshalb die Reinerträge.

Besitzart	Reinertrag II[1] Produktbereich 1–3 €/ha Holzbodenfläche	
	2004	2005
Körperschaftswald	27	38
Privatwaldbetriebe	46	65

[1] Einschließlich staatlicher Förderung.

b) Schätzung 2006

Nach den zurzeit vorliegenden Daten wurde im Forstwirtschaftsjahr 2006 eine größere Menge Holz als im Vorjahr eingeschlagen. Die Holzpreise haben im Durchschnitt der Sortimente kräftig zugelegt. Nach Einschätzung von Sachverständigen wird sich der betriebliche Aufwand nur mäßig erhöhen. Für die Forstbetriebe wird deshalb im Forstwirtschaftsjahr 2006 mit einem deutlichen Anstieg der Einkommen gerechnet.

II Maßnahmen

Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft haben eine erhebliche Bedeutung für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, als Rohstoff- und Energielieferanten, für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt sowie für die Stabilisierung des ländlichen Wirtschaftsraumes. Insbesondere die Erzeugung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe sichern und schaffen Arbeitsplätze in den vornehmlich ländlich geprägten Regionen.

1. Politik für ländliche Räume

Mit dem Bundeskongress im Oktober 2006 „Drohender Niedergang oder wachsende Attraktivität: Die Zukunft des Ländlichen Raumes“ wurde ein Diskussionsprozess begonnen, der zu neuen Perspektiven in ländlichen Räumen führen soll. Mit einem ganzheitlichen Ansatz, der sowohl den Agrar- und Umweltbereich, als auch die Förderung von Einkommensalternativen außerhalb der Landwirtschaft sowie die bedarfsgerechte Versorgung z. B. mit Gesundheitsleistungen, Bildungs- und Infrastruktureinrichtungen umfasst, sollen Lösungsansätze für Wachstum und Beschäftigung in den ländlichen Räumen aufgezeigt werden.

Mit dem „Nationalen Strategieplan für die Entwicklung ländlicher Räume 2007 bis 2013“ hat die Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern und unter Beteiligung der Verbände ein strategisches Gesamtkonzept erarbeitet, das die Prioritäten für jeden Schwerpunkt der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik – einschließlich der Quantifizierung der Hauptziele und Indikatoren für die Begleitung und Bewertung – enthält. (www.bmelv.de)

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das zentrale nationale Instrument der Koordinierung der Agrarstrukturpolitik sowie zur Umsetzung und nationalen Mitfinanzierung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Ein finanzieller Schwerpunkt der Förderung liegt zurzeit bei der integrierten ländlichen Entwicklung, mit der insbesondere überbetriebliche Maßnahmen, z.B. der Dorferneuerung, der ländlichen Infrastruktur und der Diversifizierung, umgesetzt werden. Weitere Maßnahmenschwerpunkte sind die einzelbetriebliche Investitionsförderung, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die Wasserwirtschaft, der Küstenschutz, die Marktstrukturverbesserung, Agrarumweltmaßnahmen und die Forstwirtschaft. Für 2007 stehen 615 Mio. Euro Bundesmittel und damit die gleiche Höhe wie 2006 zur Verfügung. Zusammen mit den Landesmitteln ergibt sich ein Fördervolumen von rd. 1 Mrd. Euro.

2. Wettbewerbsfähigkeit

Die markt-, struktur-, umwelt- und sozialpolitischen Maßnahmen der Agrarpolitik sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft stärken und die Erfüllung der sonstigen Funktionen der nachhaltigen Agrarwirtschaft unterstützen. Maßnahmenschwerpunkte im Jahr 2006 waren:

– Die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, insbesondere die Agrarinvestitionsförderung, die Marktstrukturverbesserung und die forstwirtschaftlichen Maßnahmen, sowie die Förderung im Fischereisektor dienen unmittelbar der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

– Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der Agrarwirtschaft haben die Europäische Kommission und die Bundesregierung in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich 2006 mit der Vereinfachung der Rechtsetzung bzw. dem Abbau bürokratischer Regeln begonnen. Ergänzend zu den übergreifenden Maßnahmen der Bundesregierung wurde mit der Umsetzung des BMELV-Aktionsplans zur Verringerung bürokratischer Hemmnisse in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft vom Juni 2006 begonnen.

– Im November 2006 wurde im BMELV eine Koordinierungsstelle für Exportfragen eingerichtet, die die vielfältigen exportfördernden Aktivitäten des Ministeriums schlagkräftiger ausrichten soll.

3. Marktpolitik

Das Jahr 2006 war durch die weitere Umsetzung der Agrarreformbeschlüsse von 2003 bestimmt. So trat zum 1. Juli 2006 die dritte Stufe der Reform der Milchmarktordnung in Kraft. Der Interventionspreis für Butter wurde um 7 Prozent auf 259,52 Euro/100 kg und der Interventionspreis für Magermilchpulver um 5 Prozent auf 174,69 Euro/100 kg gesenkt. Im Kalenderjahr 2006 wurde die den Milcherzeugern zum Ausgleich für die Interventionspreissenkungen gewährte Milchprämie letztmalig auf nun 3,55 Cent je Kilogramm Milchquote erhöht. Insgesamt wurden für 2006 rd. 990 Mio. Euro Milchprämie in Form betriebsindividueller Beträge an deutsche Milcherzeuger ausgezahlt.

Für das Jahr 2005 wurden in Deutschland 383 690 Betriebsinhabern rd. 16,937 Millionen Zahlungsansprüche zugewiesen. Insgesamt wurden den Betriebsinhabern in Deutschland 4,955 Mrd. Euro Betriebsprämie ausgezahlt. Aufgrund der Reformen der Zucker- und der Tabakmarktordnung wurden im Jahr 2006 Zucker und Tabak in die Betriebsprämienregelung integriert.

Im Jahr 2006 wurde die zweite Stufe der seit dem 01.01.2005 anwendbaren Cross-Compliance-Anforderungen umgesetzt. Im Bereich der Lebensmittelhygiene konnte bei den Anforderungen des EU-Hygienepakets eine pragmatische, vereinfachte Umsetzung erreicht werden. Die Europäische Kommission hat auf deutsche Initiative hin ihre Anforderungen eingegrenzt und vereinfacht. Die Landwirte werden somit weniger belastet. Auf Grundlage der Beschlüsse der Agrarminister des Bundes und der Länder vom 6. Juli 2006 wurden der Kommission Vorschläge zur Vereinfachung der Cross Compliance-Bestimmungen übermittelt.

4. Nachwachsende Rohstoffe

Von den 4,6 Prozent, die die erneuerbaren Energien insgesamt im Jahr 2005 zur Deckung des Primärenergiebedarfs in Deutschland beitrugen, entfielen rd. zwei Drittel auf die Biomasse. Auch für die stoffliche Nutzung wurden nachwachsende Rohstoffe verstärkt nachgefragt. In Deutschland wurden im Jahr 2006 auf 1,56 Mio. ha nachwachsende Rohstoffe angebaut.

Das Programm zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben sowie Markteinführung im Bereich nachwachsender Rohstoffe wurde 2006 mit 52 Mio. Euro auf hohem Niveau fortgeführt. Damit wurden im abgelaufenen Jahr rd. 300 Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben in verschiedenen Produktlinien sowie die Markteinführung und Verbraucherinformation gefördert.

5. Agrarsozialpolitik

Die Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik beliefen sich im Jahr 2006 (Soll) auf rd. 3,8 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anteil von rd. 74 Prozent des Haushalts des BMELV.

Im Jahr 2006 wurde intensiv über die landwirtschaftliche Unfallversicherung diskutiert. Im Ergebnis sollen mittelfristig im bestehenden System die Ausgaben verringert werden, um Bund und Beitragszahler zu entlasten. Um kurzfristig weitere Beitragserhöhungen zu vermeiden ist es gelungen, für 2007 im Bundeshaushalt die Bundesmittel für die LUV auf dem Niveau des Vorjahres zu stabilisieren.

Im Rahmen der Gesundheitsreform 2007 sollen im Bereich der Leistungen und der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Leistungserbringern die Maßnahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes wirkungsgleich auf die landwirtschaftliche Krankenversicherung übertragen werden.

Die für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen Regelungen zur Anhebung der Altersgrenzen sollen wirkungsgleich auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen werden. Als Besonderheit für die Alterssicherung der Landwirte ist die Einführung einer neuen vorzeitigen Altersrente ab 65 – mit Abschlägen – vorgesehen.

Die mit Beginn des Jahres 2006 von der Bundesregierung erlassene neue Eckpunkteregelung über die Zulassung von ausländischen Saisonarbeitskräften hat das Ziel, verstärkt auch inländischen Arbeitskräften Beschäftigungsmöglichkeiten in der

Landwirtschaft zu ermöglichen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Arbeitsvermittlungen im Jahr 2007 vor allem durch eine gezieltere Bewerberauswahl und -qualifizierung sowie eine Verbesserung der Abläufe die erkannten Schwachstellen beseitigen.

6. Forstpolitik

Die forstwirtschaftlichen Fördermaßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stehen weiter im Zentrum der Forstpolitik der Bundesregierung. Als Maßnahme zur Erhöhung der Stabilität der Wälder wurde im Jahr 2005 der Umbau von Reinbeständen in stabile Laub- und Mischbestände auf rd. 11 800 ha gefördert. Bei den waldbaulichen Maßnahmen wurden Erstaufforstungen auf rd. 1 180 ha (darunter ca. 95 Prozent Laub- und Mischbestände) sowie die Jungbestandspflege auf 9 620 ha bezuschusst. Der Waldwegebau umfasste 790 km.

Die Umsetzung der Holzcharta war ein weiterer Schwerpunkt 2006. Teilergebnisse der regionalisierten Clusterstudie Wald und Holz der Bundesregierung, insbesondere zur regionalen Potenzialabschätzung, wurden veröffentlicht. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe hat einen neuen Förderschwerpunkt zur stofflichen Holznutzung eingeführt. Die Bundesregierung unterstützt die Zertifizierung nachhaltig bewirtschafteter Wälder und wird bei ihren Beschaffungsmaßnahmen künftig nur Holz aus zertifizierten Beständen beschaffen.

7. Umweltaspekte der Land- und Forstwirtschaft

Beginnend im Frühjahr 2006 wurden mit Wissenschaft, Wirtschaft und vielen gesellschaftlichen Gruppen zahlreiche Gesprächsrunden über die Nutzung biotechnologischer Verfahren in der Landwirtschaft (Grüne Gentechnik) geführt. Ziel war, praxisgerechte Lösungen zu finden und auf einen fairen Ausgleich der Interessen hinzuwirken. Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes vom 17. März 2006 wurde die Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG in nationales Recht umgesetzt.

Der Entwurf einer Sektorstrategie zur Agrobiodiversität (s. AB 2006, Ziff. 107) wurde aufgrund veränderter politischer Ziele und Schwerpunkte überarbeitet. Zum Jahresbeginn 2007 ist das neue Gesetz in Kraft getreten. Zum Zwecke der Erhaltung tiergenetischer Ressourcen sieht das neue Tierzuchtgesetz künftig die periodische Durchführung eines Monitorings als hoheitliche Aufgabe der Länder vor.

Deutschland wird, nach Genehmigung durch die Europäische Kommission, von einer in der Nitratrichtlinie vorgesehenen Ausnahmeregelung Gebrauch machen. Diese sieht vor, dass auf intensiv genutztem Grünland unter bestimmten Bedingungen statt 170 kg Stickstoff je Hektar bis zu 230 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden können.

Die Europäische Kommission hat am 22. September 2006 ihre Bodenschutzstrategie vorgelegt. Sie besteht aus drei Säulen: Mitteilung der Kommission zur spezifischen EU-Bodenschutzstrategie, Vorschlag für eine Bodenrahmenrichtlinie und Folgenabschätzung.

8. Tiergesundheit, Tierzucht

Am 21. August 2006 wurde in Deutschland erstmalig die Blauzungenkrankheit (BT) in sieben Rinder- und zwei Schafbeständen amtlich festgestellt. Auf Grund neuer EG-rechtlicher Regelungen, insbesondere hinsichtlich des Verbringens empfänglicher Tiere, wurde am 24. November 2006 die Verordnung zum Schutz vor der Verschleppung der Blauzungenkrankheit geändert und in Kraft gesetzt. Zur Bekämpfung der aviären Influenza finanziert die Bundesregierung Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt 40 Millionen Dollar. Die Zahl der bestätigten BSE- und Scrapie-Fälle in Deutschland ist weiter rückläufig.

Im Januar 2007 ist eine umfassende Neuregelung des Tierzuchtgesetzes in Kraft getreten.

9. Fischereipolitik

Weltweit sind schätzungsweise 60 bis 70 Prozent der Fischbestände voll genutzt oder übernutzt (überfischt). Der Landwirtschafts- und Fischereirat der Union hat vor diesem Hintergrund im Dezember 2006 die höchstzulässigen Gesamtfangmengen und die nationalen Fangquoten für die Gemeinschaftsflotte in EU-Gewässern, Drittlandgewässern und auf hoher See festgelegt. Der illegalen Fischerei soll durch eine Verstärkung und Verbesserung der Kontrolle begegnet werden. Zu diesem Zweck wird ab 1. Januar 2007 eine gemeinschaftliche Fischereiüberwachungsbehörde (EuFA) mit Sitz in Vigo/Spanien arbeiten. Bei der Fischerei in Drittlandgewässern spielt das Abkommen mit Grönland für Deutschland eine besondere Rolle. Im Juni 2006 unterzeichneten Grönland und die EU ein neues partnerschaftliches Fischereiabkommen, das ab 2007 für zunächst 6 Jahre gelten soll.

10. Internationale Agrar- und Ernährungspolitik

Die seit 2002 im Bereich der Ernährungssicherung bestehende Zusammenarbeit zwischen dem BMELV mit der FAO wurde 2006 fortgesetzt. Im Haushaltsplan 2006 waren für den durch eine Rahmenvereinbarung mit der FAO eingerichteten Bilateralen Treuhand-Fonds 8,3 Millionen Euro veranschlagt. Damit werden Projekte zur Ernährungssicherung u.a. in Afghanistan, Laos, Kambodscha und Westafrika unterstützt.

Trotz kleinerer Fortschritte ist seit der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember 2005 keine weitere Annäherung in den WTO-Verhandlungen erzielt worden. Die Verhandlungen wurden am 27. Juli 2006 zunächst unterbrochen; am 16. November 2006 hat der Allgemeine Rat der WTO beschlossen, dass die Gespräche wieder aufgenommen werden sollten. Mit Fortschritten ist nach jetzigem Kenntnisstand frühestens ab Februar 2007 zu rechnen.

Am 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien als 26. und 27. Mitgliedstaat der Europäischen Union beigetreten. Damit wurde die 5. Erweiterungsrunde (Osterweiterung) abgeschlossen. Voraussetzung hierfür war die Einhaltung der EU-Regeln. Die EU-Kommission hat dies in einem ständigen Monitoring überwacht. Sie wird auch in den nächsten Jahren die Umsetzung kontrollieren, um dem Rat bei Bedarf die Anwendung vorgesehener Schutzklauseln zu empfehlen.

Wesentliche Instrumente der internationalen Zusammenarbeit des BMELV waren im Berichtszeitraum erneut Twinning-Projekte im Rahmen von EU-Programmen und BMELV-finanzierte Kooperationsprojekte mit Osteuropa.

Agrarpolitischer Bericht 2007 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 den Agrarpolitischen Bericht 2007 vor.

Mit dem Ziel der Straffung und Vereinfachung wurde der Agrarpolitische Bericht 2007 gemäß dem Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes konzentriert. Aus diesem Grund wird in den Fällen, in denen periodisch spezielle Berichte der Bundesregierung erstellt werden, auf diese Berichte verwiesen. Über Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelüberwachung berichtet die Bundesregierung gesondert im Verbraucherpolitischen Bericht.

Teil A

Lage der Landwirtschaft

1 Lage der Landwirtschaft

1.1 Sektorale Situation

1.1.1 Arbeitskräfte und Struktur

(1) In Deutschland waren im Jahr 2006 rd. 1,24 Mio. Arbeitskräfte haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft tätig. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 2,6 Prozent (Tabelle 1). Diese Angaben beruhen auf Schätzungen, da die Daten zu den Arbeitskräften nur im zweijährlichen Turnus erhoben werden.

Mit einem Anteil von 61 Prozent überwogen die Familienarbeitskräfte weiterhin gegenüber den familienfremden. Die Zahl der Familienarbeitskräfte ist jedoch nach wie vor stärker rückläufig als die der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die sog. AK-Einheit dient als Aggregationsmaßstab, um den gesamten in landwirtschaftlichen Betrieben erbrachten Arbeitseinsatz in einer Größe wiederzugeben. Die betriebliche Arbeitsleistung belief sich in Deutschland 2006 auf rd. 546 000 AK-Einheiten, das sind 2,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

(2) Im Jahr 2006 bestanden in Deutschland rd. 353 300 landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF. Die Daten für 2006 wurden aus der als Stichprobenerhebung durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung abgeleitet. Die Zahl der Betriebe sank gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent (Übersicht 1). Damit lag die Abnahmerate im Bereich des langjährigen Mittelwertes von etwa 3 Prozent.

In den Betriebsgrößenklassen bis 50 ha LF hat die Zahl der Betriebe erheblich abgenommen. Besonders hohe Abnahmeraten waren in den Größenklassen bis 20 ha LF zu verzeichnen.

Übersicht 1

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	2005	2006	Veränderung 2006 gegen 2005 in %
	Zahl der Betriebe in 1 000		
2 – 10	120,0	113,6	*– 5,4*
10 – 20	73,0	68,9	*– 5,6*
20 – 30	37,0	36,0	*– 2,8*
30 – 40	29,1	27,9	*– 4,2*
40 – 50	22,2	21,5	*– 3,0*
50 – 75	35,5	35,4	*– 0,2*
75 – 100	18,9	19,2	*+ 1,2*
100 und mehr	30,3	30,9	*+ 1,8*
darunter			
100 – 200	20,7	21,0	*+ 1,5*
200 – 500	6,2	6,5	*+ 3,9*
500 – 1 000	1,8	1,8	*+ 0,7*
Zusammen[1)]	**366,0**	**353,3**	***– 3,5***
Betriebe unter 2 ha LF[2)]	30,6	26,7	*–12,8*

[1)] Ohne Betriebe unter 2 ha LF.
[2)] Betriebe mit Mindesttierbeständen oder Spezialkulturen, die für sich eine Auskunftspflicht begründen (einschließlich Betriebe ohne LF).
2006: Ergebnisse abgeleitet aus der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung.

In den Größenklassen ab 75 ha ist der auf diese Klassen entfallende Flächenumfang weiter gestiegen (Tabelle 2). Die sog. Wachstumsschwelle, unterhalb derer die Zahl der Betriebe ab- und oberhalb derer sie zunimmt, liegt also wie im Vorjahr in einer Größenordnung von 75 ha LF.

(3) Die Betriebe ab 2 ha LF bewirtschafteten in Deutschland rd. 16,9 Mio. ha LF. Die durchschnittliche Flächenausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe ab 2 ha LF erreichte 2006 rd. 47,9 ha LF und ist somit weiter angestiegen. Rund 51 Prozent der LF wird bereits von Betrieben bewirtschaftet, die über mindestens 100 ha LF verfügen.

(4) Im Jahr 2005 wurden nur rd. 164 400 (44,9 Prozent) der Betriebe von Einzelunternehmen im Haupterwerb bewirtschaftet. Diese bewirtschafteten 76,5 Prozent der LF der Einzelunternehmen. Im Durchschnitt verfügten die Haupterwerbsbetriebe über 54,6 ha LF (Tabelle 3). Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe ist weiter gesunken, was auf die steigende Bedeutung von Einkommenskombinationen (Nebenerwerbsbetriebe) hinweist.

In der Verteilung und der durchschnittlichen Größe von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben bestehen nach wie vor große regionale Unterschiede. Im früheren Bundesgebiet besteht ein Nord-Süd-Gefälle beim Anteil der Haupterwerbsbetriebe. In den nordwestdeutschen Bundesländern, in denen Haupterwerbsbetriebe über eine beachtliche Flächenausstattung verfügen, ist ihr Anteil an den Einzelunternehmen recht hoch. In Ostdeutschland bewirtschaften Einzelunternehmen nur etwa ein Viertel der LF (vgl. AB 2006, Tz. 11).

(5) Zur Beschreibung des Agrarstrukturwandels wird in der Regel die jährliche Veränderung der Zahl der Betriebe nach Größenklassen und nach dem Erwerbscharakter herangezogen. Bei einem Vergleich zweier Zeitpunkte treten dabei Saldeneffekte auf. Aussagen, in welchem Umfang Zu- und Abgänge, betriebliche Auf- und Abstockungsprozesse sowie Änderungen des Erwerbscharakters zu diesem saldierten Ergebnis beigetragen haben, lassen sich mit Hilfe einer sog. Wanderungsanalyse treffen. Dazu werden im folgenden Ergebnisse der jüngsten allgemeinen Agrarstrukturerhebungen analysiert (Tabellen 4, 5):

– Insgesamt ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 1999 und 2003 um 51 263 (10,9 Prozent) zurück.

– Diese Entwicklung resultierte aus 72 742 Betriebsaufgaben (15,4 Prozent der Betriebe von 1999) und 21 479 Zugängen (4,6 Prozent) aufgrund von Neugründungen, Betriebsteilungen und erstmals nachgewiesenen Betrieben.

– In der Regel stockten Betriebe ihre Flächenausstattung dann weiter auf, wenn sie bereits in der Ausgangssituation (1999) über mindestens 30 ha LF verfügten. Bei den kleineren Betrieben lag die Zahl derer, die den Betrieb aufgaben oder abstockten, zusammen über der Zahl der aufstockenden Betriebe.

– Die Betriebe von Einzelunternehmen wechselten teilweise den Erwerbscharakter. So wechselten zwischen 1999 und 2003 etwa 29 000 Betriebe vom Haupt- in den Nebenerwerb. Bei den aufgegebenen Betrieben überwog die Zahl von rd. 58 800 Nebenerwerbsbetrieben bei weitem die Zahl der aufgegebenen Haupterwerbsbetriebe. Dies macht deutlich, dass der Übergang vom Haupt- zum Nebenerwerb vielfach ein Schritt zur späteren Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebs ist.

(6) Mit Stand der Gartenbauerhebung 2005 wurden in 34 702 Betrieben auf einer gärtnerischen Nutzfläche (GN) von 206 000 ha im Freiland und 3 700 ha unter Glas Gartenbauprodukte angebaut. Damit werden 1,2 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche mit gartenbaulichen Kulturen bestellt. Knapp vier Fünftel davon werden von Gartenbaubetrieben bewirtschaftet. Den größten Flächenanteil bewirtschaften die 4 059 Gemüsebaubetriebe, gefolgt von den Obstbau- und Baumschulbetrieben. Weniger als 4 Prozent der gärtnerischen Nutzfläche in Deutschland werden von knapp 5 900 Blumen- und Zierpflanzenbaubetrieben bewirtschaftet, deren Unterglasflächen mit 2 184 ha jedoch etwa 60 Prozent der Gewächshausflächen aller Gartenbaubetriebe ausmachen (Übersicht 2). Daneben haben vor allem die Gemüsebaubetriebe mit 701 ha bzw. 20 Prozent einen bedeutenden Anteil. 82 Prozent aller Betriebe verfügen über Heizanlagen für die gesamte oder einen Teil ihrer Gewächshausflächen;

Übersicht 2

Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen, Gärtnerische Nutzfläche und Arbeitskräfteeinheiten

2005

Art der Kennzahl	Anzahl Betriebe	Gärtnerische Nutzfläche	AK-Einheiten
	1 000	1 000 ha	1 000
Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen	34,7	209,7	122,2
dar.: Gartenbaubetriebe	25,4	166,2	97,6
dar.: mit Schwerpunkt Erzeugung und zwar	23,0	163,1	89,4
Obstbau	7,4	46,6	11,7
Gemüsebau	4,1	68,0	29,7
Blumen und Zierpflanzen	5,9	7,6	23,7
Baumschulen	2,3	19,0	11,9

bei den Blumen- und Zierpflanzenbaubetrieben sind fast alle Gewächshausbetriebe (94 Prozent) mit Heizanlagen ausgestattet. Zur Beheizung werden überwiegend fossile Brennstoffe eingesetzt, darunter in 80 Prozent der Betriebe Heizöl und in 27 Prozent der Betriebe Erdgas. Erneuerbare Energien setzen zurzeit 3,4 Prozent der Betriebe ein.

(7) Etwa 73 Prozent der Betriebe mit Erzeugung von Gartenbauprodukten werden als Gartenbaubetriebe klassifiziert, die wiederum zu 89 Prozent in der Hand von Einzelunternehmen geführt werden. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe liegt bei diesen mit etwa 66 Prozent deutlich über dem Durchschnitt in der gesamten Landwirtschaft von 45 Prozent (Übersicht 3). Dabei unterscheiden sich die Sparten in der Bedeutung des Haupterwerbs jedoch deutlich. So dominieren im Obstbau mit 70 Prozent die Nebenerwerbsbetriebe, in den übrigen Produktionssparten dagegen die Haupterwerbsbetriebe mit Anteilen zwischen 75 Prozent (Baumschulen) und knapp 90 Prozent (Zierpflanzenbau).

Übersicht 3

Nutzflächen und sozioökonomische Gliederung der Betriebe in Gartenbau und Landwirtschaft

2005

Art der Kennzahl	Einheit	Landwirtschaft	
		insgesamt	Gartenbaubetriebe
Landwirtschaftliche Fläche bzw. Gärtnerische Nutzfläche	1 000 ha	17 024,0	166,2
Anzahl Betriebe	1 000	396,6	25,4
dar.: in der Hand von Einzelunternehmen	%	*94,0*	*89,1*
dar.: Haupterwerbsbetriebe	%	*44,9*	*65,9*

(8) Der Vergleich der aktuellen Erhebung mit den Ergebnissen von 1994 belegt einen erheblichen Strukturwandel. Die Anzahl der Betriebe mit Anbau von Gartenbauerzeugnissen mit einer gärtnerischen Nutzfläche ab 0,5 ha (nur diese sind vergleichbar) ging seit 1994 um 19,3 Prozent zurück, wohingegen die gärtnerische Nutzfläche um 20,5 Prozent anstieg.

(9) Die besondere Intensität der Gartenbauproduktion begründet auch einen vergleichsweise großen Einsatz von **Arbeitskräften,** der in den Gartenbaubetrieben im Jahr 2005 bei knapp 280 000 und damit etwa 22 Prozent der in der gesamten Landwirtschaft Beschäftigten lag. Der starken Saisonalität der Produktion, insbesondere im Gemüse- und Obstbau entsprechend, sind darunter jedoch etwa 67 Prozent nicht ständige Arbeitskräfte einschließlich Saisonarbeitskräften. Die Anteile der Saisonarbeitskräfte an den geleisteten Arbeitsstunden in Höhe von 71 Prozent im Gemüsebau und etwa 43 Prozent im Obstbau machen deutlich, wie sehr diese Betriebe von der Verfügbarkeit geeigneter Saisonarbeitskräfte abhängen.

1.1.2 Agrarmärkte

Getreide

(10) Die deutsche Getreideernte 2006 stand im Zeichen eines heißen und trockenen Frühsommers und des wechselhaften, regnerischen Wetters im Haupterntemonat August. Es wurden rd. 43,6 Mio. t Getreide (einschließlich Körnermais/CCM) eingefahren; das sind rd. 2,4 Mio. t oder 5,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Der langjährige Durchschnitt wurde um 4,9 Prozent unterschritten (Tabelle 6).

Die Anbaufläche für Getreide von 6,73 Mio. ha wurde gegenüber dem Vorjahr weiter leicht eingeschränkt (– 1,6 Prozent). Während beim ertragreicheren Wintergetreide, u. a. auch begünstigt durch die guten Aussaatbedingungen im Herbst 2005, der Vorjahresumfang mehr als beibehalten wurde (+ 0,2 Prozent), schränkten die Landwirte den Anbau von Sommergetreide um 9,7 Prozent ein.

Der Rückgang der Erntemenge ist vor allem eine Folge geringerer Hektarerträge. Mit rd. 64,7 dt/ha Getreide wurde ein leicht unter Durchschnitt liegender Ertrag erzielt. Dieser liegt 3,7 Prozent unter dem Ertragsniveau des Vorjahres und 2,0 Prozent unter dem langjährigen Mittel. Die Erträge schwanken regional stark, da sich die Trockenheit je nach Wasserhaltevermögen der Böden unterschiedlich auswirkte und auch Zeitpunkt und Menge der Niederschläge keineswegs gleichmäßig verteilt waren.

Die Weizenernte 2006 ist von recht guter Qualität, mit Abstrichen auf leichten Standorten und Spätdruschgebieten. Die Proteingehalte und Sedimentationswerte übertrafen im Durchschnitt das langjährige Mittel. Insbesondere in Spätdruschgebieten kam es wegen Ernteverzögerungen zu Auswuchs und oft zu niedrigen Fallzahlen. Die Roggenernte erreichte gute und sehr gute Qualitäten, mit einem Brotroggenanteil von 95 Prozent im Vergleich zu 76 Prozent im 10-jährigen Mittel.

Untersuchungen im Rahmen der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung ergaben eine ausgesprochen niedrige Belastung der Weizen- und Roggenernte 2006 mit dem Fusariumtoxin Deoxynivalenol (DON).

Die Getreideernte in der EU-25 fiel 2006 kleiner aus als im Vorjahr. Nach Schätzungen liegt sie zwischen 241 und 244 Mio. t, das sind rd. 5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die niedrigere Getreideerzeugung in der EU-25 ist eine Folge der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Erträge (Tabelle 7). Die Ernten von Weichweizen, der wichtigsten Getreideart, und von Mais waren z. T. erheblich kleiner

als im Vorjahr. Demgegenüber gab es eine größere Gerstenernte, nachdem in Spanien wieder eine normale Menge erreicht wurde.

Die Getreidepreise liegen seit Anfang des Wirtschaftsjahres über dem Interventionspreisniveau. Sie setzen damit die Preisentwicklung fort, die sich bereits Ende des vergangenen Wirtschaftsjahres abzeichnete. Die wesentlichen Gründe dafür sind die niedriger als erwartet ausgefallene Getreideernte in der EU-25 sowie das weltweit relativ knappe Getreideangebot. Die Weltweizenbestände werden nach Schätzungen ihren niedrigsten Stand der letzten 25 Jahre erreichen. Die Preisentwicklung wird ferner durch die allgemeine Hausse auf den Rohstoffmärkten unterstützt. Zur Preisentwicklung beigetragen hat sicherlich auch die in den Herbstmonaten sehr zurückhaltende Verkaufsbereitschaft der Landwirtschaft. So zogen die Erzeugerpreise bei Brotweizen und -roggen stetig an. Durch die Unterversorgung des hiesigen Braugerstenmarktes stieg der Preis für Braugerste nach der Ernte 2006 außergewöhnlich stark an. Auch bei Futtergetreide stiegen die Preise nach der Ernte 2006 deutlich. Durch die Freigabe von Roggen und Weizen aus der Intervention setzte am Markt eine leichte Entspannung ein.

Ölsaaten

(11) Auch 2006 wurde in Deutschland mit 5,3 Mio. t wieder eine sehr hohe Raps- und Rübsenernte verzeichnet. Zwar lag der Hektarertrag mit 37,6 dt/ha für Winterraps rd. 0,5 Prozent unter dem Wert des Jahres 2005. Aufgrund einer erneuten Flächenausdehnung von 6 Prozent bei Winterraps und 5 Prozent bei Sommerraps und Rübsen wurde aber die Vorjahreserntemenge um rd. 5 Prozent überschritten. Bei Sonnenblumen blieb die Erntemenge trotz einer Ausdehnung der Anbaufläche um 18 Prozent mit rd. 62 000 t unter der des Vorjahres.

Die bisherigen Schätzungen für die EU-Ölsaatenernte 2006 (EU-25) liegen bei 20,4 Mio. t und damit rd. 1,5 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Die Rapsernte erreichte trotz einer weiteren Ausdehnung der Anbaufläche – insbesondere in Frankreich – mit rd. 15,5 Mio. t nur etwa die gleiche Höhe wie im Vorjahr. Deutschland ist weiterhin der größte Rapserzeuger in der EU. Die Erntemenge an Sonnenblumen stieg bei ebenfalls größerem Flächenumfang um rd. 5 Prozent auf 4,0 Mio. t.

Die Erzeugerpreise für Raps profitierten zusätzlich von der ungebrochenen Nachfrage, insbesondere zur Produktion von Biodiesel und lagen rd. 20 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Kartoffeln

(12) Mit insgesamt 9,83 Mio. t fiel die Kartoffelernte 2006 in Deutschland bedingt durch einen leichten Flächenrückgang sowie einen mit 359 dt/ha deutlich geringeren Hektarertrag um 15,4 Prozent niedriger aus als im Vorjahr (11,62 Mio. t) (Tabellen 6, 8). Der langjährige Durchschnitt (2000 bis 2005) von 11,73 Mio. t wurde um 16,2 Prozent unterschritten.

Auch in der EU fiel die Ernte 2006 niedriger aus. Nach Schätzungen wird sie mit 52 Mio. t die niedrigste seit mehr als zehn Jahren sein. Hinzu kamen überall in Mitteleuropa Qualitätsprobleme des Ernteguts, die vielfach die Verarbeitungseigenschaften beeinträchtigten und bei vielen Partien die Lagerfähigkeit einschränkten.

Bereits die Vermarktung der Frühkartoffeln setzte zu außerordentlich hohen Erzeugerpreisen ein. Die deutschen Erzeugerpreise für Speisekartoffeln lagen im November 2006 angesichts des knappen Angebots mit 20 bis 21 Euro/dt mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Gründe für den starken Anstieg der Erzeugerpreise sind die witterungsbedingten Ertrags- und Qualitätseinbußen.

Zucker

(13) Bei einer Einschränkung der Anbaufläche um 14,9 Prozent wurden 2006 in Deutschland – auch bedingt durch einen niedrigeren Hektarertrag von nur 575 dt/ha mit 20,56 Mio. t deutlich weniger Zuckerrüben als im Vorjahr (– 19,0 Prozent) geerntet. Die Zuckererzeugung wird etwa 3,27 Mio. t betragen (Tabellen 6, 9).

Bei Zuckerrüben mussten die Erzeuger im ersten Jahr der neuen Zuckermarktregelung deutliche Preissenkungen hinnehmen. Mit der produktionsentkoppelten Ausgleichszahlung werden rechnerisch mehr als 60 Prozent der Erzeugerpreissenkung ausgeglichen.

Obst und Gemüse

(14) Im Erntejahr 2006 war in Deutschland insgesamt eine durchschnittliche Baumobsternte zu verzeichnen. Bei Äpfeln wird die Erzeugung etwa auf 942 000 t geschätzt, das sind 6 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ernteschätzungen für Birnen sowie für Pflaumen und Zwetschen lagen um etwa ein Viertel über dem mäßigen Vorjahresergebnis. Die Erdbeerernte fiel durch die erneute Ausdehnung der Anbaufläche nochmals höher aus als die des Vorjahres.

Die kleinere Apfelernte in der EU sorgte für anziehende Preise. Dagegen verlief die Vermarktung bei Erdbeeren aus Erzeugersicht unbefriedigend. Das kühle Frühjahr führte hier zu einer gedämpften Nachfrage, im trockenen, heißen Juli war der Markt bei niedrigen Preisen zeitweise überversorgt. Das größere Angebot bei Steinobst sorgte ebenfalls für ein mäßiges Preisniveau.

Die Gemüseanbaufläche im Freiland wurde 2006 um 2,4 Prozent auf rd. 107 300 ha ausgedehnt. Bei einem leicht niedrigeren Ertragsniveau (– 2 Prozent) lag die deutsche Gemüseernte 2006 mit 2,97 Mio. t etwa auf der Höhe des Vorjahres (+ 0,3 Prozent). Gemessen an der Anbaufläche sind Spargel, Möhren und Zwiebeln weiterhin die bedeutendsten Gemüsekulturen. Langfristig sind markante Veränderungen in der Bedeutung der Gemüsearten zu verzeichnen. So wuchs die Spargelfläche stetig, dage-

gen ist der Kohlanbau langfristig rückläufig. Der gestiegenen Eissalatfläche steht ein Rückgang beim Kopfsalat gegenüber.

Die Erzeugerpreise für Gemüse unterliegen starken Preisschwankungen. Bei Freiland- und Unterglasgemüse lagen die Erzeugerpreise höher als im Vorjahr, nicht zuletzt wegen der Trockenheit im Frühsommer.

Weinmost

(15) 2006 lag die Weinmosternte bei rd. 9 Mio. hl und damit leicht unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Es wurden anteilig 61 Prozent Weißmost und 39 Prozent Rotmost gelesen. Nach einem Rebenjahr mit außergewöhnlichem Witterungsverlauf (heißer Juli, regenreicher August) und zum Teil schwierigen Lesebedingungen hat auch dieser Jahrgang hohe Mostgewichte und insgesamt sehr gute Qualitäten gebracht (Tabellen 6, 10).

Milch

(16) In Deutschland ging die Milcherzeugung im Jahr 2006 um über 2,3 Prozent auf 27,8 Mio. t zurück (Tabelle 11). Gründe für den Rückgang sind die Aufgabe der Milcherzeugung kleinerer Milchviehbetriebe und die trockene und heiße Witterung im Sommer.

Die deutsche Milchquote wurde im Milchquotenjahr 2005/06 (April bis März) um rd. 0,20 Mio. t überschritten. Hierfür mussten von den betroffenen Milcherzeugern rd. 62 Mio. Euro erhoben werden. Im laufenden Milchquotenjahr liegen die Anlieferungen bis zum jetzigen Zeitpunkt noch unterhalb der Quotenlinie.

In der EU-25 belief sich die Kuhmilcherzeugung auf 140,7 Mio. t, das waren 1,5 Mio. t weniger als 2005. Bei gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderter Einfuhr nahm trotz des Bestandsabbaus und der niedrigeren Ausfuhr der Gesamtverbrauch geringfügig ab. Dadurch war der Selbstversorgungsgrad in der EU-25 mit 108 Prozent leicht rückläufig.

Die Milchquote der EU-25 betrug im Milchquotenjahr 2005/06 (April bis März) rd. 136 Mio. t. In einzelnen Mitgliedstaaten wurde die nationale Quote um insgesamt 1,2 Mio. t überliefert. Die Milcherzeuger, die ihre Quoten überliefert haben, mussten hierfür rd. 376 Mio. Euro abführen.

In der EU-25 ging im Verlauf des Jahres 2006 die Milchanlieferung an Molkereien gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent zurück und liegt in den meisten Mitgliedstaaten unter den zur Verfügung stehenden Quoten (Tabelle 11). Durch die warme Witterung in den Monaten Mai bis Oktober nahm der Absatz von flüssigen Milchprodukten leicht und in Deutschland stark zu. Als Folge der geringeren Milchanlieferung und der vermehrten Verarbeitung von Vollmilch zu Käse ging die Herstellung von Butter in der EU-25 wie in Frankreich um nahezu 2 Prozent (DE – 1,3 Prozent) zurück (Tabellen 11 bis 13). Der Butterverbrauch wurde wie in den Jahren zuvor eingeschränkt, so dass trotz rückläufiger Produktion das Angebot die Nachfrage wie in den Vorjahren übertraf. Über 25 Prozent des in der EU-25 hergestellten Käses kommt aus Deutschland. Während in der EU-25 die Käseherstellung um über 1 Prozent ausgedehnt werden konnte, nahm die Produktion in Deutschland um über 5 Prozent zu. In den EU-Mitgliedstaaten steigt der Käseverbrauch unterschiedlich, je nach dem wie hoch das Verbrauchsniveau schon ist. In Deutschland erhöhten sich Ein- und Ausfuhr von Käse beträchtlich. Die Käseausfuhren der EU-25 nach Drittländern lagen nach vorläufigen Angaben knapp über dem Vorjahresergebnis, wobei Deutschland die Käseausfuhr in Drittländer beträchtlich (+ 8 Prozent) steigern konnte.

In Deutschland haben im Verlauf des Jahres 2006 die Milcherzeugerpreise bis Oktober erneut leicht nachgegeben, jedoch nicht in dem Maße wie die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver verringert wurden. Der saisonale Preisanstieg könnte im vierten Quartal aufgrund der niedrigeren Milchanlieferung stärker ausfallen als im Vorjahr. Für das Jahr 2006 insgesamt wird mit 27,30 Cent/kg bei 3,7 Prozent Fett- und 3,4 Prozent Eiweißgehalt nochmals ein leichter Rückgang des Erzeugerpreises erwartet. Für Milch mit tatsächlichem Fett- und Eiweißgehalt wird durch den rückläufigen Fett- und Eiweißgehalt der Milch der Erzeugerpreis bei rd. 28,60 Cent/kg (– 1,3 Cent/kg) liegen.

Rind- und Kalbfleisch

(17) Im Jahr 2006 hat sich der deutsche Gesamtbestand an Rindern im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent verringert. Dennoch wird die Erzeugung von Rindfleisch voraussichtlich um mehr als 2 Prozent zunehmen, vor allem aufgrund höherer Schlachtzahlen von Jungbullen (Tabelle 14). Trotz etwas gestiegenem Verbrauch erhöht sich der Selbstversorgungsgrad auf 124 Prozent (Vorjahr: 122 Prozent).

Die Preise für Schlachtrinder haben sich seit Entkopplung der Tierprämien und Wegfall der Schlachtprämien durchweg freundlich entwickelt, weil bei gesunkenen Schlachttierzahlen die Nachfrage leicht anstieg (Schaubild 1).

Für 2006 ist mit nochmals deutlich höheren Erzeugerpreisen auf dem Schlachtrindermarkt zu rechnen. Insbesondere in den ersten Monaten des Kalenderjahres war ein deutlicher Preisabstand gegenüber den Vorjahreswerten zu beobachten. Der Durchschnittspreis für Jungbullen der Handelsklasse R3 liegt bei 3,04 Euro/kg Schlachtgewicht und damit um rd. 5 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

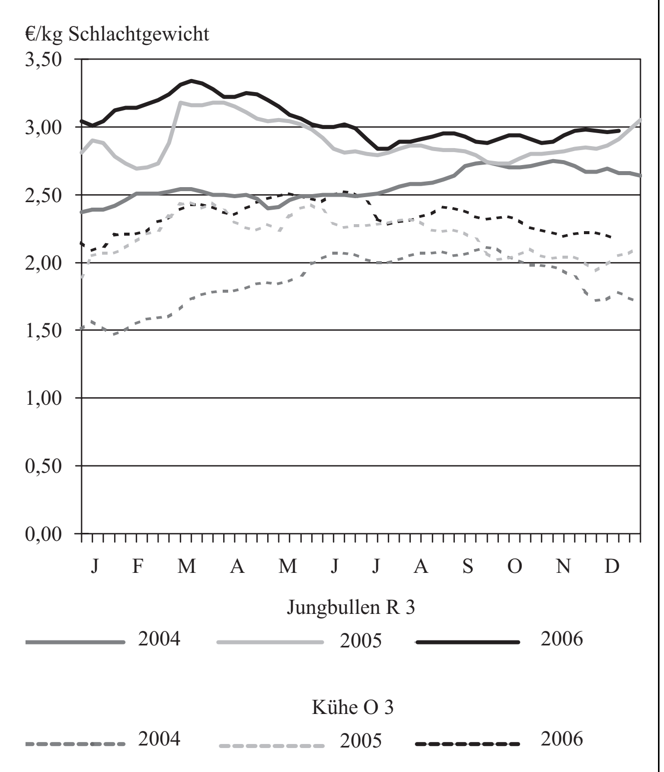
Eine ähnliche Preisentwicklung konnte auch bei den Schlachtkühen der Handelsklasse O3 beobachtet werden. Allerdings stiegen die Erzeugerpreise bei den Schlachtkühen nicht so deutlich wie bei den männlichen Rindern.

Das Auftreten der Blauzungenkrankheit zeigte in 2006 keine Auswirkung auf die Marktpreise für Schlachtvieh. Der Ausbruch der Vogelgrippe sorgte zu Beginn des Jahres 2006 für einen unerwartet hohen Anstieg der

Schaubild 1

Entwicklung der Preise für Schlachtrinder

ohne Mehrwertsteuer



Schlachtkälberpreise; im weiteren Jahresverlauf wurden die Preise der Vorjahre jedoch nicht mehr erreicht.

In der EU haben 2006 viele Länder die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch ausgedehnt, während in den vergangenen Jahren ein stetiger Rückgang der Bruttoeigenerzeugung zu verzeichnen war. In 2006 stieg die Rindfleischerzeugung um 1,9 Prozent auf 8,14 Mio. t. Das größere EU-Angebot, die Maul- und Klauenseuche in Brasilien und die selbst auferlegten Exportrestriktionen in Argentinien haben zu einem deutlichen Rückgang der Drittlandimporte geführt. Der Erzeugung steht ein Verbrauch in Höhe von 8,15 Mio. t gegenüber, was einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent entspricht.

Schweinefleisch

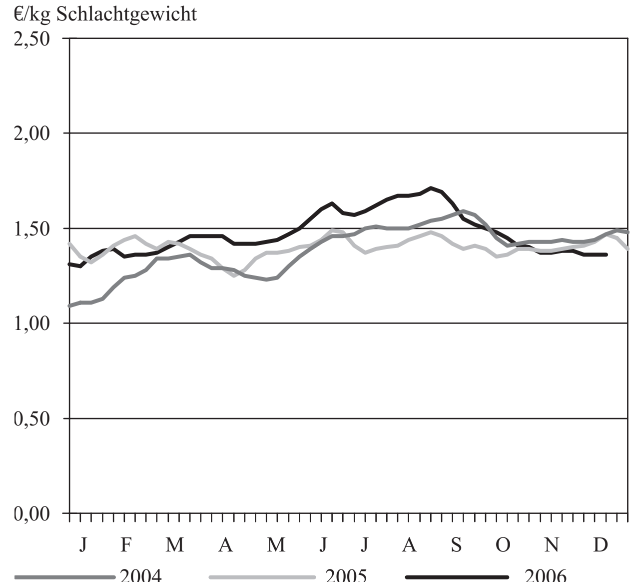
(18) Seit 2000 nimmt die Schweinefleischproduktion stetig zu. In 2006 wird die Produktion 4,3 Mio. t (+ 2,5 Prozent) betragen. Der Verbrauch wird um 0,6 Prozent auf 4,43 Mio. t zurückgehen, so dass sich der Selbstversorgungsgrad auf nahezu 97 Prozent erhöht (Tabelle 15).

Da die Produktion von Schweinefleisch seit Jahren deutlich zunimmt, jedoch die Nachfrage stagniert, müssen wachsende Anteile der deutschen Erzeugung im Ausland vermarktet werden. Deutschland steht an der Schwelle zum Nettoexporteur von Schweinefleisch.

Schaubild 2

Entwicklung der Preise für Schlachtschweine

Handelsklasse E-P, ohne Mehrwertsteuer



Die Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch haben sich 2006 meist über dem Niveau des Vorjahres bewegt (Schaubild 2). In den Sommermonaten begünstigte das gute Grillwetter und die Fußballweltmeisterschaft die Preisentwicklung. Im Oktober und November erhielten die Mäster weniger als im Vorjahreszeitraum. Ein stärkerer Preiseinbruch wird sich durch das gute Auslandsgeschäft jedoch nicht einstellen, so dass in 2006 ein Preis von über 1,51 Euro/kg (+ 7 Cent/kg) für Schweine der Handelsklasse E zu erwarten ist.

In der EU hat die Produktion von Schweinefleisch um 0,9 Prozent auf über 21,3 Mio. t zugenommen. Da der Verbrauch um 0,4 Prozent nur gering auf 19,7 Mio. t gestiegen ist, muss wie schon im Vorjahr die höhere EU-Erzeugung nahezu ganz auf den Drittlandmärkten untergebracht werden. Rund ein Drittel des im ersten Halbjahr exportierten Schweinefleisches ging nach Russland.

Eier und Geflügelfleisch

(19) 2006 lag die Eiererzeugung in Deutschland um 0,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Auch die Inlandsverwendung verringerte sich um 3,1 Prozent auf 1,04 Mio. t, das entspricht einem Nahrungsverbrauch von 205 Stück pro Kopf (= 12,4 kg). Er lag damit um 4 Eier unter dem Vorjahresverbrauch. Der Selbstversorgungsgrad betrug 69 Prozent (Tabelle 16).

In der EU-25 wird aufgrund der reduzierten Kükeneinstallungen die Eierproduktion in 2006 um rd. 1 Prozent auf 6,5 Mio. t zurückgehen. Dabei nahm die Produktion

in den neuen EU-Mitgliedstaaten stärker ab als in den alten EU-Ländern. Der Verbrauch von Eiern nahm auf 13,0 kg je Kopf (– 0,1 kg) ab. Der Selbstversorgungsgrad beträgt 98 Prozent.

(20) In Deutschland war – bedingt durch das Auftreten der Vogelgrippe (H5N1) – ein Rückgang der Geflügelfleischproduktion für das Jahr 2006 auf 1,18 Mio. t (– 0,7 Prozent gegenüber Vorjahr) zu verzeichnen. Besonders in der ersten Jahreshälfte war die Situation durch das Vordringen der Vogelgrippe nach Europa und der öffentlichen Diskussion um dieses Thema geprägt. Aufgrund steigender Nachfrage nach Geflügelfleisch in den letzten Monaten des Jahres 2006 sank der Verbrauch nur um 15 Tsd. t. Dies spiegelte die Verunsicherung der Konsumenten wider. Der Selbstversorgungsgrad blieb durch die geringere Produktion bei leichtem Verbrauchsrückgang mit 82 Prozent unverändert (Tabelle 17). Obwohl 2006 die Schlachtereiabgabepreise zulegten, konnten die Erzeuger keine höheren Preise für ihre Ware erzielen.

In der EU waren 2006 die Auswirkungen der Vogelgrippe auf die Erzeugung von Geflügelfleisch mit einem Rückgang auf 10,8 Mio. t (– 2,6 Prozent) ebenfalls spürbar. Seit Juni 2006 hat sich der Geflügelfleischmarkt infolge günstiger Preise und einer Normalisierung der Nachfrage wieder entspannt. Der Selbstversorgungsgrad lag 2006 in der EU bei 102 Prozent. Infolge des für die EU verlorenen WTO-Panels über die Einfuhren von gefrorenem und gesalzenem Geflügelfleisch kann dieses Fleisch jetzt wieder zu deutlich günstigeren Zollsätzen eingeführt werden. Dementsprechend waren zunehmende Einfuhren von Geflügelfleisch zu verzeichnen. Zukünftig sollen die Einfuhren aus Brasilien und Thailand durch eine Kontingentregelung begrenzt werden.

Außenhandel

(21) Die deutschen Exporte von Agrar- und Ernährungsgütern beliefen sich im Jahr 2005 auf 37,1 Mrd. Euro, was einem Anteil der Exporte am deutschen Gesamtexport von 4,7 Prozent entspricht. Die Importe von Agrar- und Ernährungsgütern betrugen 47,2 Mrd. Euro, so dass das Agrarhandelsdefizit bei 10,1 Mrd. Euro liegt (Tabellen 18, 19).

Wichtigste Handelspartner im deutschen Agraraußenhandel waren die EU-Mitgliedstaaten mit einem Anteil an den Exporten von 82 Prozent und bei den Importen von 70 Prozent. Die Exporte von Agrar- und Ernährungsgütern in Drittländer lagen 2005 bei 6,7 Mrd. Euro. Den größten Anteil an den Importen aus Drittländern hat die Gruppe der Entwicklungsländer.

Der Außenhandel mit den am 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten gewinnt weiter an Bedeutung. So stiegen im Jahr 2005 die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 34 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro. Die Importe verzeichneten mit 2,9 Mrd. Euro bzw. 28 Prozent ebenfalls ein deutliches Plus.

1.1.3 Gesamtrechnung

(22) In der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung werden Produktionswert, Vorleistungen, Subventionen und Steuern sowie die daraus resultierende Wertschöpfung für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) ermittelt (Methodische Erläuterungen, Anhang S. 121).

(23) Nach vorläufigen Schätzungen lag der Produktionswert zu Erzeugerpreisen im Kalenderjahr 2006 bei 39,9 Mrd. Euro. Nach den für die Landwirtschaft negativen Entwicklungen in 2005 bedeutet dies einen Anstieg um 2,8 Prozent. Der Produktionswert liegt leicht über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Das kalte Frühjahr, die Trockenheit im Juli und der Wetterumschwung im August führten im Erntejahr 2006 zu einem Rückgang der pflanzlichen Erträge von durchschnittlich 3,1 Prozent. Dieser Rückgang konnte jedoch durch einen deutlichen Preisanstieg von durchschnittlich 8,0 Prozent mehr als ausgeglichen werden. Der Produktionswert der pflanzlichen Erzeugung stieg somit um 4,7 Prozent.

Die positive Preisentwicklung bei fast allen pflanzlichen Produkten führte zu einem Anstieg des Produktionswertes bei Getreide von 9,4 Prozent, bei Ölsaaten von 24,1 Prozent und bei Kartoffeln von 25,3 Prozent. Die Reform der Zuckermarktordnung führte zu Mengen- und Preisrückgängen bei Zuckerrüben.

Nach dem kräftigen Rückgang der Rinderproduktion in 2005 wurde die Produktion in 2006 wieder ausgedehnt. Bei entsprechend positiver Preisentwicklung stieg der Produktionswert um insg. + 13,5 Prozent. Auch in der Schweineproduktion führte die positive Preisentwicklung trotz leicht rückläufiger Schlachtungen zu einem Anstieg des Produktionswertes von 6,8 Prozent. Im Gegensatz dazu verzeichnete die Milch, die mit einem Anteil von ca. 20 Prozent am Produktionswert (zu Erzeugerpreisen) in der Landwirtschaft eine bedeutende Rolle spielt, einen Rückgang der Produktionsmenge bei erneut gesunkenen Erzeugerpreisen. Hieraus resultiert der Rückgang des Produktionswertes zu Erzeugerpreisen von 3,6 Prozent (Übersicht 4, Tabelle 20).

Die zusätzliche Berücksichtigung von produktspezifischen Subventionen und Steuern ergibt in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung den Produktionswert zu Herstellungspreisen. Er lag 2006 bei 39,9 Mrd. Euro. Durch die fast vollständige Entkopplung der bisherigen Flächen- und Tierprämien sind diese nicht mehr in den produktbezogenen Subventionen enthalten (Übersicht 5, Tabelle 21).

Nach vorläufigen Schätzungen lagen die Vorleistungen der Landwirtschaft 2006 mit 26,8 Mrd. Euro um 4,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dem erneuten Preisanstieg bei Energie sowie Dünger- und Bodenverbesserung standen umfangreiche Mengeneinsparungen gegenüber. Aufgrund der teils ungünstigen Witterung und der höheren Rohstoffpreise stiegen die Aufwendungen

Übersicht 4

Veränderung der Produktionsmengen, Erzeugerpreise und Produktionswerte bei ausgewählten Agrarerzeugnissen

2006[1] gegen 2005[2] in Prozent

Erzeugnis	Produktionsmengen	Erzeugerpreise[3]	Produktionswert zu Erzeugerpreisen
Getreide	– *5,9*	+ *16,3*	+ *9,4*
Ölsaaten	+ *5,2*	+ *18,0*	+ *24,1*
Zuckerrüben	– *17,3*	– *22,8*	– *36,2*
Kartoffeln	– *15,4*	+ *48,0*	+ *25,3*
Rinder	+ *8,6*	+ *4,5*	+ *13,5*
Schweine	+ *0,2*	+ *6,6*	+ *6,8*
Milch	– *2,3*	– *1,3*	– *3,6*

[1] Geschätzt.
[2] Vorläufig.
[3] Durchschnittliche Erzeugerpreise aller Qualitäten ohne MwSt.

für Futtermittel in 2006 um 5,7 Prozent. Die Ausgaben für Futtermittel machten rd. 39 Prozent der gesamten Vorleistungen aus (Tabelle 22).

(24) Die Bruttowertschöpfung als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft lag 2006 bei 13,1 Mrd. Euro und somit leicht über dem Wert des Vorjahres (Übersicht 5, Tabelle 21).

Die bis 2004 gezahlten Gütersubventionen und die sonstigen Subventionen einschließlich der ab 2005 gezahlten Betriebsprämie sind Subventionen im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und erhöhen die Nettowertschöpfung des Sektors. Die staatlichen Ausgaben für die Agrarsozialpolitik, die ebenfalls zu den öffentlichen Hilfen für die Landwirtschaft zählen (Tz. 113, Übersicht 26), werden ebenso wie staatliche Aufwendungen für andere soziale Sicherungssysteme der Volkswirtschaft bei der Ermittlung der Nettowertschöpfung nicht berücksichtigt.

Zu den sonstigen Subventionen gehören die Ausgleichszulage, Investitionsbeihilfen, die Agrardieselerstattung, Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen sowie ab 2005 die Betriebsprämie. Nach vorläufigen Schätzungen lagen diese Subventionen im KJ 2006 insgesamt bei 6,3 Mrd. Euro. Der Anstieg der sonstigen Subventionen um 5 Prozent ist durch die Erhöhung der Milchprämie (2. Stufe) und die erste Stufe des Zuckerausgleichs im Rahmen der Betriebsprämienregelung bedingt.

(25) Die Nettowertschöpfung der Landwirtschaft zu Faktorkosten (Faktoreinkommen) stieg in 2006 um 3,6 Prozent auf 11,9 Mrd. Euro. Bei einem erneuten

Übersicht 5

Wertschöpfung der Landwirtschaft

Art der Kennzahl	2005[1]	2006[2]	2006[2] gegen 2005[1] in %
	Mio. €		
Produktionswert zu Erzeugerpreisen	38 868	39 956	+ *2,8*
Produktsubventionen	9	9	± *0,0*
Produktsteuern	294	62	– *78,9*
Produktionswert zu Herstellungspreisen	38 583	39 903	+ *3,4*
Vorleistungen	25 772	26 840	+ *4,1*
Bruttowertschöpfung	**12 810**	**13 063**	**+ *2,0***
Abschreibungen	6 946	7 086	+ *2,0*
Sonstige Produktionsabgaben	441	441	± *0,0*
Sonstige Subventionen	6 084	6 388	+ *5,0*
Nettowertschöpfung	**11 507**	**11 924**	**+ *3,6***
	je Arbeitskraft in €		
Nettowertschöpfung	**19 752**	**20 885**	**+ *5,7***

[1] Vorläufig.
[2] Geschätzt.

Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 2 Prozent stieg die Nettowertschöpfung je Arbeitkraft um 5,7 Prozent auf rd. 20 885 Euro an.

1.2 Buchführungsergebnisse 2005/06

(26) Die Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wird mit den Ergebnissen der Testbetriebsbuchführung abgebildet. Die Auswahl und Gruppierung der Testbetriebe, die verwendeten Merkmale sowie die Aufbereitung und Hochrechnung der Betriebsergebnisse sind in den Methodischen Erläuterungen (Anhang, S. 122) näher beschrieben.

Für die Auswertungen der Buchführungsergebnisse werden drei Hauptgruppen gebildet:

- Haupterwerbsbetriebe der Rechtsformen Einzelunternehmen und Personengesellschaften,
- Juristische Personen, für die nur Daten aus den neuen Ländern vorliegen,
- Klein- und Nebenerwerbsbetriebe.

(27) Wichtigste Größe für die Erfolgsmessung landwirtschaftlicher Unternehmertätigkeit ist der Gewinn. Der Gewinn umfasst bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften das Entgelt für die nicht entlohnte Arbeit der landwirtschaftlichen Unternehmer sowie deren mitarbeitende, nicht entlohnte Familienangehörige, für das eingesetzte Eigenkapital und für die unternehmerische Tätigkeit. Aus dem Gewinn müssen die Privatentnahmen der Unternehmer (Lebenshaltung, Krankenversicherung, Alterssicherung, private Vermögensbildung, private Steuern usw.) und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen (Nettoinvestitionen, Tilgung von Fremdkapital) finanziert werden.

Bei juristischen Personen lautet die dem Gewinn entsprechende Bezeichnung „Jahresüberschuss". Im Gegensatz zu den Haupterwerbsbetrieben werden bei juristischen Personen alle im Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte entlohnt. Deshalb wird als Einkommensmaßstab, der für die landwirtschaftlichen Betriebe aller Rechtsformen vergleichbar ist, der „Jahresüberschuss plus Personalaufwand" je Arbeitskraft (AK) herangezogen. Damit wird sowohl das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit als auch aus Arbeitnehmertätigkeit in landwirtschaftlichen Betrieben erfasst. Weil bei den juristischen Personen aus dem Jahresüberschuss bereits Steuern vom Einkommen und Ertrag entrichtet worden sind, die bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften i. d. R. nicht anfallen, wird der Jahresüberschuss vor Steuern vom Einkommen und Ertrag ermittelt.

Für die beiden Einkommensgrößen „Gewinn je Unternehmen" und „Gewinn bzw. Jahresüberschuss je AK" wird in der Darstellung der Ergebnisse auch der übergeordnete Begriff „Einkommen" verwendet.

Für die Klein- und Nebenerwerbsbetriebe wird zusätzlich das Gesamteinkommen dargestellt, das auch die außerlandwirtschaftlichen Einkommen umfasst.

Neben der Einkommensentstehung werden die Ergebnisse zur Einkommensverwendung für private Entnahmen und Investitionen sowie zur Entwicklung von Eigen- und Fremdkapital ausgewiesen. Die Eigenkapitalveränderung ist dabei ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenzfähigkeit der Betriebe.

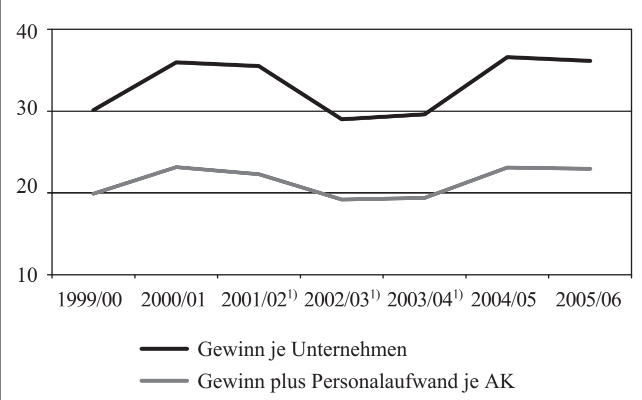
1.2.1 Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe

(28) Für das Wirtschaftsjahr (WJ) 2005/06 wurden Jahresabschlüsse von 10 435 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben ausgewertet. Die Ertragslage der Haupterwerbsbetriebe hat sich im Durchschnitt gegenüber den Vorjahren geringfügig verschlechtert. Der Gewinn je Unternehmen ist im WJ 2005/06 um 1,4 Prozent auf durchschnittlich 36 137 Euro zurückgegangen. Der Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft dieser Betriebe verringerte sich um 0,6 Prozent auf 22 964 Euro. Das durchschnittliche Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit lag deutlich über dem Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre (Schaubild 3, Übersicht 6).

Schaubild 3

Einkommensentwicklung in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben

1 000 Euro



[1)] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

Übersicht 6

Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
	€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
1998/99	26 240	*– 10,1*	18 026	*– 7,4*
1999/2000	30 115	*+ 14,8*	19 908	*+ 10,4*
2000/01	35 962	*+ 19,4*	23 169	*+ 16,4*
2001/02[1)]	35 466	*– 1,4*	22 315	*– 3,7*
2002/03[1)]	28 994	*– 18,2*	19 216	*– 13,9*
2003/04[1)]	29 575	*+ 2,0*	19 430	*+ 1,1*
2004/05	36 647	*+ 23,9*	23 104	*+ 18,9*
2005/06	36 137	*– 1,4*	22 964	*– 0,6*
Ø 2000/01 bis 2004/05	33 329	.	21 447	.

[1)] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

(29) Positiv zur Entwicklung der Ertragslage haben vor allem gestiegene Erlöse bei Schweinen und Rindern, Obst und Kartoffeln sowie erneut gesunkene Aufwendungen für Futtermittel beigetragen. Einkommensmindernd wirkten sich hauptsächlich geringere Erlöse aus Milch, Ge-

treide und Zuckerrüben sowie die gestiegenen Aufwendungen für Energie aus. Die Summe der Direktzahlungen je Betrieb ist im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe nahezu unverändert geblieben (Übersicht 7).

Übersicht 7

Ursachen der Gewinnveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Ertrags-/Aufwands-position	Veränderung 2005/06 gegen 2004/05		Auswirkung auf den Gewinn
	in €	in %	
Positiv vor allem:			
Erlöse Rinder	+ 1 073	+ *7,4*	+ *2,9*
Erlöse Schweine	+ 1 036	+ *3,0*	+ *2,8*
Aufwand Futtermittel	– 506	– *2,9*	+ *1,4*
Erlöse Obstbau	+ 464	+ *33,1*	+ *1,3*
Erlöse Kartoffeln	+ 315	+ *10,9*	+ *0,9*
Negativ vor allem:			
Erlöse Milch	– 1 689	– *4,6*	– *4,6*
Aufwand Energie	+ 1 303	+ *11,6*	– *3,6*
Getreide	– 777	– *6,3*	– *2,1*
Zuckerrüben	– 651	– *10,8*	– *1,8*

Einkommen nach Betriebsformen

(30) Die unterschiedliche Erlösentwicklung bei einzelnen Produktionszweigen, aber auch die Auswirkungen der erstmals einkommenswirksamen Entkopplung der EU-Direktzahlungen führten für die verschiedenen Betriebsformen zu entgegengesetzten Einkommensentwicklungen (Übersicht 8, Tabelle 23).

Der starke Gewinnrückgang in den Ackerbaubetrieben ist vor allem auf geringere Erlöse bei Getreide, Ölsaaten und Zuckerrüben sowie auf einen Rückgang der Direktzahlungen aufgrund der Entkopplung der EU-Zahlungen und der Begrenzung der Agrardieselerstattung auf 10 000 l je Betrieb zurückzuführen.

Im produzierenden Gartenbau (Gemüse, Zierpflanzen und Baumschulen) hat sich die wirtschaftliche Lage der Betriebe deutlich verbessert. Gestiegene Umsätze führten trotz höherer Materialaufwendungen – insbesondere für Heizung, Treib- und Schmierstoffe – zu einem Anstieg der durchschnittlichen Gewinne je Unternehmen um 18 Prozent auf 40 495 Euro.

In den verschiedenen Sparten gab es sehr unterschiedliche Entwicklungen (Tabelle 24). Im Gemüsebau stiegen die Gewinne der Unternehmen um rd. 30 Prozent an. Höhere Umsatzerlöse infolge einer positiven Entwicklung der Erzeugerpreise sowie eine Zunahme höherpreisiger Erzeugnisse aus Gewächshäusern waren die Hauptursache. In den Zierpflanzenbetrieben stiegen die Unternehmensgewinne um etwa 15 Prozent an. Dagegen kam es in den Baumschulbetrieben zu einem Rückgang der Gewinne um knapp 3 Prozent.

Der Weinjahrgang 2005 war gekennzeichnet durch eine mengenmäßig relativ kleine (rd. 8 Prozent unter Vorjahr) und qualitativ mittlere Erntemenge. Die Winzergenossenschaftsbetriebe erzielten bei der Vermarktung kaum höhere Mostpreise, so dass wertmäßig der Mengenrückgang nicht ausgeglichen werden konnte. Auch im Flaschenweinverkauf konnten vielfach die erwarteten Preissteigerungen nicht realisiert werden. Etwas positiver verlief dagegen die Fassweinvermarktung. Im WJ 2005/06 führten diese Entwicklungen – in Verbindung mit einer im Vergleich zum Vorjahr etwas kleineren Rebfläche – im Durchschnitt der Weinbaubetriebe zu einem Rückgang der Gewinne je Unternehmen um 1,2 Prozent (Übersicht 8).

Übersicht 8

Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen

2005/06

Betriebsform	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	17,7	37 407	– *16,7*	24 992	– *13,0*
Gartenbau	6,4	40 495	+ *17,7*	21 600	+ *5,5*
Dauerkulturen[1)]	6,2	36 352	+ *3,9*	19 900	+ *6,8*
Weinbau	4,4	37 821	– *1,2*	20 185	+ *2,0*
Obstbau	1,2	35 648	+ *44,6*	19 707	+ *32,0*
Futterbau	42,0	34 682	+ *8,9*	22 921	+ *9,1*
Milch	36,2	35 752	+ *11,1*	23 392	+ *10,7*
Sonstiger Futterbau	5,8	27 960	– *6,4*	19 750	– *2,2*
Veredlung	4,2	48 924	– *12,5*	29 805	– *14,7*
Gemischt (Verbund)	23,5	34 243	– *6,9*	22 217	– *6,1*
Pflanzenbauverbund	2,7	28 873	– *12,4*	18 540	– *6,4*
Viehhaltungsverbund	4,9	34 253	– *6,0*	22 246	– *6,3*
Pflanzenbau-Viehhaltung	15,9	35 151	– *6,3*	22 941	– *6,2*

1) Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.

Nach Vermarktungsformen und Anbaugebieten ergaben sich unterschiedliche Entwicklungen (Tabellen 25, 26). Einen Einkommenszuwachs von fast 7 Prozent erzielten die Fassweinbetriebe. Die Preise für Fasswein stiegen nochmals an und führten damit zu einer weiteren Verbesserung der Gewinnsituation in dieser Betriebsgruppe.

In den Winzergenossenschaftsbetrieben gab es nur wenig Veränderungen beim Gewinn. Die geringere Erntemenge und eine etwas kleinere Ertragsrebfläche führten zu einem Rückgang der betrieblichen Erträge. Dieser Rückgang konnte durch Einsparungen beim Betriebsaufwand teilweise kompensiert werden. Im Durchschnitt gingen die Unternehmensgewinne um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Ebenfalls rückläufig waren die Gewinne der Flaschenweinbetriebe. Sie gingen um 4,8 Prozent zurück.

Die Gewinnentwicklung in den verschiedenen Anbaugebieten wird neben den vorherrschenden Produktionsstrukturen und Vermarktungsformen von abweichenden Ertrags-, Qualitäts- und Preisverhältnissen bestimmt. Ergebnisdarstellungen für alle Anbaugebiete sind aufgrund der kleinen Stichprobe nicht möglich. In Tabelle 26 sind Kennzahlen für ausgewählte Anbaugebiete dargestellt.

Nach dem drastischen Gewinneinbruch im Vorjahr haben die Obstbaubetriebe im WJ 2005/06 wieder einen deutlichen Gewinnzuwachs erzielt (Übersicht 8, Tabelle 27). Der Markt für Kernobst und insbesondere für Äpfel (der mit Abstand umsatzstärksten Obstart) hat sich im WJ 2005/06 aus Erzeugersicht sehr günstig entwickelt. Deutlich gestiegene Erzeugerpreise führten in den Obstbaubetrieben zu einem Gewinnanstieg um fast 45 Prozent.

In den Milchviehbetrieben sind die Milcherzeugerpreise zwar weiter zurückgegangen, höhere Erlöse für Rinder und vor allem die Zunahme der Direktzahlungen infolge der Erhöhung der für Milch gewährten Betriebsprämienbeträge (2. Stufe der Milchprämie) und der erstmals für Dauergrünland gewährten flächenbezogenen Betriebsprämienbeträge haben aber zu dem Gewinnanstieg von 11 Prozent (Vorjahr + 22 Prozent) geführt.

Bei den sonstigen Futterbaubetrieben mit Schwerpunkt Rindermast und Rinderaufzucht standen höheren Verkaufserlösen für Rinder gestiegene Aufwendungen für Kälber- und Jungviehzukauf gegenüber. Durch die Entkopplung erhielten diese Betriebe im Durchschnitt geringere Direktzahlungen. Daraus ergab sich ein Rückgang der Gewinne um 6,4 Prozent.

Die Gewinneinbußen von 12,5 Prozent in den Veredlungsbetrieben mit Schwerpunkt Schweinezucht und Schweinemast sind ebenfalls zu einem großen Teil auf die Entkopplung der Direktzahlungen zurückzuführen. Diese Betriebe hatten für ihre Futterflächen vorher die Flächenzahlungen für Getreide und Mais erhalten. Sie erzielten weiterhin die höchsten Gewinne von allen Betriebsformen.

In den nicht spezialisierten Gemischtbetrieben (Verbundbetriebe) sind niedrigere Erlöse aus dem Ackerbau und aus der Milchviehhaltung und geringere Direktzahlungen die Haupteinflussgrößen für den Gewinnrückgang um 6,9 Prozent.

Einkommen nach Betriebsgrößen

(31) Differenzierter als nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche lässt sich die Wirtschaftskraft eines landwirtschaftlichen Unternehmens nach seiner wirtschaftlichen Betriebsgröße, ausgedrückt in Europäischen Größeneinheiten (EGE) beziffern (Definition in den Methodischen Erläuterungen, Anhang Seite 122). Als kleinere Betriebe werden Haupterwerbsbetriebe mit einer Betriebsgröße von 16 bis 40 EGE, mittlere mit 40 bis 100 EGE und größere mit 100 EGE und mehr definiert.

Die kleineren Haupterwerbsbetriebe verzeichneten im WJ 2005/06 eine Verringerung des Gewinns je Unternehmen um 1,8 Prozent auf durchschnittlich 17 257 Euro (Tabelle 23).

Bei den mittleren Haupterwerbsbetrieben ist der Gewinn um 0,9 Prozent auf durchschnittlich 33 464 Euro je Unternehmen zurückgegangen.

In der Gruppe der größeren Haupterwerbsbetriebe hat der durchschnittliche Gewinn je Unternehmen um 0,6 Prozent auf 66 087 Euro zugenommen.

Einkommen nach Ländern und Regionen

(32) Die Verteilung der Betriebe nach Betriebsformen und Größenklassen ist regional sehr unterschiedlich. Daraus ergaben sich zum Teil abweichende Einkommensentwicklungen in den einzelnen Ländern (Übersicht 9, Tabelle 28). Der starke Gewinnrückgang bei den Betrieben in den neuen Ländern ist hauptsächlich auf Erlöseinbußen bei Getreide, Ölsaaten und Zuckerrüben sowie auf geringere Direktzahlungen infolge der Entkopplung der EU-Zahlungen einschließlich der verstärkten Modulation (Freibetrag 5 000 Euro, 2004 10 000 Euro; Kürzungssatz 3 Prozent, 2004 2 Prozent) und der Begrenzung der Agrardieselerstattung auf 10 000 l je Betrieb zurückzuführen. Trotz der Einbußen erzielten die Betriebe in den neuen Ländern aufgrund ihrer größeren Produktionskapazitäten weiterhin höhere Gewinne als im früheren Bundesgebiet.

(33) Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe befindet sich in benachteiligten Gebieten. Diese Betriebe sind gekennzeichnet durch einen hohen Grünlandanteil und einen hohen Milchviehbesatz. Da einige Länder die Ausgleichszulage nur noch eingeschränkt gewähren oder sie völlig abgeschafft haben, erhalten nur rd. 76 Prozent der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in den benachteiligten Gebieten die Ausgleichszulage. Sie belief sich in diesen Betrieben auf durchschnittlich 3 403 Euro oder rd. 11 Prozent des Gewinns je Unternehmen (Tabelle 29).

Im WJ 2005/06 waren die Einkommen der Betriebe mit Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten erneut niedriger als die Einkommen in den Betrieben in nicht benachteiligten Gebieten.

Übersicht 9

Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern und Regionen

2005/06

Land Region	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
	€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	42 036	– *7,5*	26 508	– *5,8*
Niedersachsen	42 570	+ *5,7*	26 659	+ *4,7*
Nordrhein-Westfalen	41 208	+ *1,2*	26 787	+ *0,3*
Hessen	34 009	– *0,3*	22 621	+ *2,1*
Rheinland-Pfalz	35 161	– *3,1*	19 172	– *1,1*
Baden-Württemberg	33 302	– *4,0*	21 603	– *2,5*
Bayern	29 674	+ *2,7*	19 925	+ *3,2*
Saarland	34 340	– *13,0*	19 769	– *10,4*
Brandenburg	44 946	– *18,1*	23 612	– *6,1*
Mecklenburg-Vorpommern	54 618	– *18,7*	26 729	– *13,9*
Sachsen	33 014	– *19,9*	19 461	– *13,5*
Sachsen-Anhalt	52 362	– *32,3*	25 021	– *27,2*
Thüringen	38 488	– *16,0*	21 366	– *11,4*
Deutschland[1]	**36 137**	**– *1,4***	**22 964**	**– *0,6***
Früheres Bundesgebiet[2]	35 625	+ *0,7*	22 931	+ *1,2*
Neue Länder	44 687	– *22,3*	23 301	– *15,4*

[1] Einschließlich Stadtstaaten.
[2] Einschließlich Berlin.

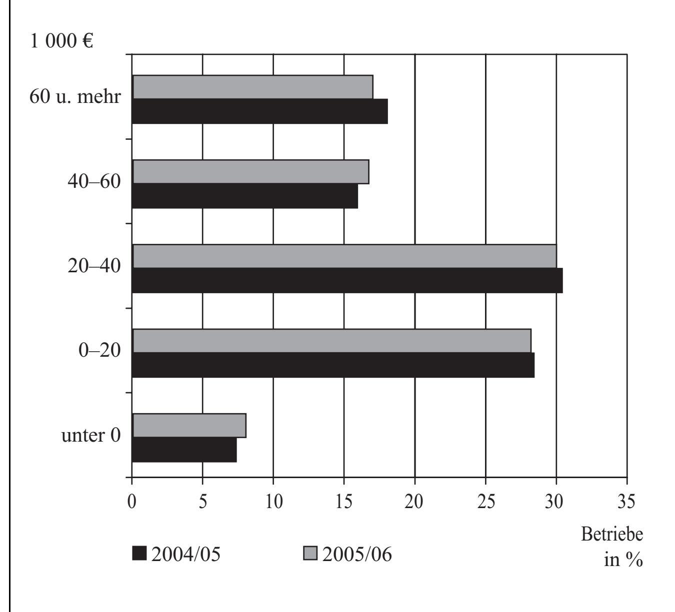
Streuung der Gewinne in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben

(34) Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe wiesen bei den Gewinnen eine große Spannweite auf. Diese Streuung lässt sich zurückführen auf Faktoren wie unterschiedliche Betriebsgrößen, Betriebsformen und natürliche Standortvoraussetzungen. Aber auch die Betriebsleiterqualifikation spielt hierbei eine wesentliche Rolle (Schaubild 4, Tabelle 30).

Eine Abgrenzung nach Gewinnklassen mit festen Grenzen zeigt, dass rd. 8 Prozent (Vorjahr 7 Prozent) der Haupterwerbsbetriebe Verluste auswiesen. Kennzeichen dieser Betriebe sind hohe Unternehmensaufwendungen, hohe Nettoverbindlichkeiten und ein deutlicher Eigenkapitalverlust. Rund 17 Prozent (Vorjahr 18 Prozent) der Haupterwerbsbetriebe erzielten einen Gewinn von mehr als 60 000 Euro. Diese Betriebe zeichnen sich durch überdurchschnittliche Naturalleistungen, hohe Wachstumsinvestitionen und eine überdurchschnittliche Eigenkapitalbildung aus.

Schaubild 4

Verteilung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach dem Gewinn je Unternehmen



Einkommensverwendung und Finanzierung

(35) Der im jeweiligen Wirtschaftsjahr erzielte Gewinn und die Einlagen addieren sich zu den verfügbaren Finanzmitteln der landwirtschaftlichen Unternehmen. Die Einlagen stammen aus nicht landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, Nichterwerbseinkünften, Privatvermögen, Einkommensübertragungen und aus sonstigen Einkünften. Abschreibungen, Verkäufe von Anlagegütern, Erhöhungen der Verbindlichkeiten und Abbau von Finanzumlaufvermögen sind weitere Finanzmittel, die den Unternehmern zur Verfügung stehen.

(36) Im WJ 2005/06 verfügten die Haupterwerbsbetriebe über Finanzmittel in Höhe von 98 576 Euro je Unternehmen (Tabelle 31). Davon entfielen auf den Gewinn rd. 37 Prozent und auf Einlagen aus Privatvermögen 21 Prozent. Rund 70 Prozent der Finanzmittel wurden für Entnahmen, überwiegend für die Lebenshaltung und zur Bildung von Privatvermögen, verwendet. Nach Abzug der Entnahmen blieben von den Finanzmitteln im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe 26 686 Euro für Investitionen übrig.

(37) Im Vergleich zum Vorjahr haben die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im WJ 2005/06 etwas mehr investiert. Im Durchschnitt sind die Bruttoinvestitionen je Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent auf 25 854 Euro gestiegen (Übersicht 10). Rund 42 Prozent der Bruttoinvestitionen entfielen auf Maschinen und technische Anlagen, 17 Prozent auf Boden, 7 Prozent auf Gebäude und 5 Prozent auf Milchquoten.

Die Nettoinvestitionen je Unternehmen nahmen ebenfalls um 1,5 Prozent auf 3 181 Euro je Unternehmen zu (Übersicht 10, Tabelle 32).

Übersicht 10

Investitionen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Wirtschaftsjahr	Brutto-investitionen	Netto-investitionen
	€/Unternehmen	
2000/01	23 210	3 120
2001/02[1)]	25 816	3 707
2002/03[1)]	26 832	4 171
2003/04[1)]	24 278	2 030
2004/05	25 487	3 133
2005/06	25 854	3 181

[1)] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

(38) Die Verbindlichkeiten der Haupterwerbsbetriebe beliefen sich im WJ 2005/06 im Durchschnitt auf 111 684 Euro je Unternehmen und blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Der Anteil der Verbindlichkeiten am Bilanzkapital betrug rd. 17 Prozent (Tabelle 33). Über die verfügbaren Eigenmittel hinaus können in den Unternehmen auch mit Fremdkapital rentable Investitionen vorgenommen, die Eigenkapitalrendite erhöht und die Einkommensmöglichkeiten verbessert werden. Die absolute Höhe der Verbindlichkeiten stellt daher keinen hinreichenden Parameter für die finanzielle Stabilität eines landwirtschaftlichen Unternehmens dar, da auch die Eigenkapitalhöhe und -veränderung zu beachten sind.

(39) Die Eigenkapitalveränderung ist daher ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Existenzfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen. Die Eigenkapitalveränderung des Unternehmens wird anhand der Bilanz berechnet. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete und dort verbleibende Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt.

Die Eigenkapitalbildung war im WJ 2005/06 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 3 406 Euro je Unternehmen erheblich geringer als im Vorjahr, lag jedoch ebenfalls deutlich höher als in den Jahren davor (Übersicht 11). Die Veredlungsbetriebe verzeichneten erneut die höchsten Zunahmen des Eigenkapitals. Die negative Eigenkapitalbildung in den sonstigen Futterbaubetrieben beruht auf Entnahmen für das Privatvermögen. Die Betriebsgröße hatte ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Betriebe, Eigenkapital zu bilden. Die kleineren Betriebe wiesen im Unterschied zu den mittleren und größeren Betrieben weiterhin eine negative Eigenkapitalbildung auf.

Die Existenzfähigkeit eines Unternehmens lässt sich umfassender beurteilen, wenn die enge Verflechtung von

Übersicht 11

Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

Wirtschaftsjahr	Betriebsform / Betriebsgröße	Eigenkapitalveränderung Bilanz	Eigenkapitalveränderung bereinigt
		€/Unternehmen	
2002/03[1)]	Insgesamt	2 680	2 334
2003/04[1)]	Insgesamt	2 414	2 839
2004/05	Insgesamt	6 387	9 510
2005/06	Insgesamt	3 406	7 918
2005/06	Ackerbau	8 120	7 903
	Gartenbau	3 197	3 112
	Dauerkulturen[2)]	3 386	6 809
	Weinbau	2 122	5 758
	Obstbau	7 571	10 629
	Futterbau	61	8 199
	Milch	4 810	8 338
	Sonst. Futterbau	– 29 779	7 325
	Veredlung	10 662	16 053
	Gemischt (Verbund)	4 596	7 583
	Pflanzenbauverbund	5 445	6 641
	Viehhaltungsverbund	3 586	7 735
	Pflanzenbau-Viehhaltung	4 767	7 695
	Kleinere[3)]	– 5 803	1 222
	Mittlere[4)]	4 004	6 505
	Größere[5)]	14 532	19 392

[1)] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.
[2)] Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.
[3)] Kleinere = 16 bis 40 EGE.
[4)] Mittlere = 40 bis 100 EGE.
[5)] Größere = 100 und mehr EGE.

Unternehmens- und Privatbereich, wie sie bei den Familienbetrieben üblicherweise anzutreffen ist, in die Beurteilung mit einbezogen wird. Hierbei wird berücksichtigt, dass ein erheblicher Teil der Entnahmen zur privaten Vermögensbildung zu einem späteren Zeitpunkt wieder in den Betrieb zurückfließt. Aus diesem Grund wird die Eigenkapitalveränderung um die private Vermögensbildung bereinigt. Dazu werden die Einlagen aus dem Privatvermögen abgezogen und die Entnahmen zur Bildung von Privatvermögen hinzuaddiert.

Im WJ 2005/06 war die bereinigte Eigenkapitalveränderung im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe höher als der bilanziell ermittelte Betrag.

Vergleichsrechnung nach § 4 LwG

(40) Zur Beurteilung der Lage der Landwirtschaft ist nach § 4 Landwirtschaftsgesetz (LwG) ein Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen vorzunehmen. Dieser Zielsetzung wird durch verschiedene Vergleiche Rechnung getragen. Im Rahmen dieser Vergleichsrechnung muss im Agrarbericht dazu Stellung genommen werden, inwieweit

– die Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben einen den Löhnen vergleichbarer Berufs- und Tarifgruppen entsprechenden Lohn erzielen,

– der Betriebsleiter für seine Tätigkeit ein angemessenes Entgelt erhält und

– eine angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals erreicht wird.

Im Mittelpunkt der Berechnung steht der Vergleich der landwirtschaftlichen Gewinne je nicht entlohnter Familienarbeitskraft mit durchschnittlichen Bruttolöhnen in der gewerblichen Wirtschaft. Die Vergleichsrechnung ist auf Einzelunternehmen im Haupterwerb mit nicht entlohnten Arbeitskräften beschränkt. Die Begriffe der Vergleichsrechnung sind in den Methodischen Erläuterungen S. 123 beschrieben.

Bei der Vergleichsrechnung nach dem LwG ist zu berücksichtigen: Gewerbliche Arbeitnehmer- und Tarifgruppen, die mit landwirtschaftlichen Unternehmen uneingeschränkt vergleichbar sind, gibt es nicht. Darüber hinaus lassen sich Entlohnungsvergleiche zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen nicht in wenigen Zahlen ausdrücken. Zu berücksichtigen sind dabei auch Lebensumfeld, Arbeitsbedingungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, sozialer Besitzstand, Steuerleistungen, Aufwendungen für das Wohnen, öffentliche Hilfen und andere spezifische Besonderheiten. Beim Vergleich von Bruttoverdiensten sind zudem die Besonderheiten der sozialen Sicherung in der Landwirtschaft und die berufsspezifischen Regelungen für die Besteuerung nicht erfasst.

(41) Für den größten Teil der Haupterwerbsbetriebe in Deutschland bestand im WJ 2005/06 ein negativer Abstand der Vergleichsgewinne zur Summe der Vergleichsansätze (Übersicht 12). Der geringe Gewinnrückgang bei gleichzeitiger Erhöhung des gewerblichen Vergleichslohnes führte dazu, dass 23 Prozent der Betriebe (Vorjahr 25 Prozent) mindestens eine den Vergleichsansätzen entsprechende Faktorentlohnung erreichten. Diese Betriebe unterscheiden sich von den Betrieben mit negativem Abstand vor allem durch

Übersicht 12

Einkommensabstand der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im Rahmen der Vergleichsrechnung
2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Abstand[1] von … bis unter … %						
		unter – 75	– 75 bis – 50	– 50 bis – 20	– 20 bis 0	0 bis 20	20 bis 50	50 und mehr
Anteil der Betriebe	%	*20,4*	*20,7*	*24,0*	*11,6*	*7,4*	*6,7*	*9,3*
Betriebsgröße	EGE	62,2	60,7	69,4	82,5	98,6	117,8	164,6
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	50,6	49,6	54,4	64,0	75,3	84,3	98,0
Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4
Vergleichswert	€/ha	698	665	695	701	715	751	832
Getreideertrag	dt/ha	63	63	66	67	70	69	71
Milchleistung	kg/Kuh	6 038	6 154	6 526	6 921	7 204	7 469	7 679
Nettoinvestitionen	€/ha LF	– 25	17	23	49	93	137	143
Eigenkapitalveränderung (Bilanz)	€/ha LF	– 230	– 2	– 83	96	190	295	376
Umsatzrentabilität	%	*– 28,0*	*– 14,1*	*– 3,3*	*+ 3,9*	*+ 7,1*	*+ 10,4*	*+ 17,6*
Eigenkapitalrentabilität	%	*– 8,6*	*– 3,8*	*– 1,0*	*+ 1,3*	*+ 2,9*	*+ 4,6*	*+ 10,9*
Gewinn	€/nAK	– 764	12 544	21 487	30 942	38 264	48 077	82 603
Summe Vergleichsansätze[2]	€/nAK	32 105	32 802	33 545	34 620	34 982	35 970	37 141
Abstand	%	*– 102,4*	*– 61,8*	*– 35,9*	*– 10,6*	*+ 9,4*	*+ 33,7*	*+122,4*

[1] Abstand des Vergleichsgewinns von der Summe der Vergleichsansätze nach § 4 LwG.
[2] Siehe Methodische Erläuterungen, Anhang, S. 123.

– größere Produktionskapazitäten (LF, EGE) und günstigere natürliche Standortvoraussetzungen (Vergleichswert),

– größere Eigenkapitalbildung sowie

– größere Effizienz der Produktion (höhere Naturalerträge und ein besseres Ertrag-Aufwand-Verhältnis).

Dagegen weisen Betriebe mit sehr großem negativen Abstand eine insgesamt ungünstige wirtschaftliche Entwicklung auf. Sie erzielen vergleichsweise niedrigere Gewinne je nicht entlohnter Arbeitskraft und weisen überwiegend Eigenkapitalverluste auf. Vielfach haben diese Betriebe auch in erheblichem Umfang Fremdkapital aufgenommen, zum Teil weil sie größere Nettoinvestitionen getätigt hatten. Unter den Betrieben mit größerem negativen Abstand befinden sich vor allem kleinere Haupterwerbsbetriebe.

(42) Die Berechnung einer durchschnittlichen Entlohnungsdisparität für die Haupterwerbsbetriebe ist wenig aussagefähig. Bei der Bewertung der Vergleichsrechnung ist zudem zu berücksichtigen, dass die Vergleichsansätze für viele Landwirte aufgrund von Alter, beruflicher Qualifikation, Wohnort im ländlichen Raum, Vermögenssituation sowie nicht materieller Vorteile, wie Selbstständigkeit, freier Einteilung des Arbeitstages und sonstiger Einflussgrößen, nicht den persönlichen Opportunitätskosten für die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit entsprechen dürften.

1.2.2 Juristische Personen

(43) Im WJ 2005/06 standen die Buchführungsergebnisse von 507 Unternehmen in der Hand juristischer Personen in den neuen Ländern für Auswertungen zur Verfügung. Rund 51 Prozent der juristischen Personen sind eingetragene Genossenschaften. Die übrigen Betriebe gehören zu den Rechtsformen GmbH, AG und e. V.. Wie in den Vorjahren wurden auch Betriebe der Rechtsform der GmbH & Co. KG zu dieser Gruppe hinzugenommen, weil sie aufgrund ihrer Struktur (Flächenausstattung, entlohnte Arbeitskräfte) den juristischen Personen ähnlicher sind als den Personengesellschaften.

Die Flächenausstattung dieser Unternehmen lag im Durchschnitt bei 1 332 ha LF. Davon waren 86 Prozent Pachtflächen. Je Unternehmen waren 23,6 AK (Vorjahr 24,5) beschäftigt. Rund 24 Prozent der betrieblichen Aufwendungen dieser Unternehmen entfielen auf Löhne und Gehälter einschließlich Sozialabgaben. Im Gegensatz zu den Haupterwerbsbetrieben der Rechtsformen Einzelunternehmen und Personengesellschaften werden in den Unternehmen in der Form juristischer Personen Löhne und Gehälter an alle Arbeitnehmer gezahlt, auch wenn sie gleichzeitig Mitglieder bzw. Gesellschafter des Unternehmens sind.

(44) In den Unternehmen von juristischen Personen in den neuen Ländern ist im WJ 2005/06 das Einkommen (Jahresüberschuss plus Personalaufwand je Arbeitskraft) um 11,9 Prozent auf 24 089 Euro zurückgegangen (Übersicht 13, Tabelle 34). Ursachen für den Einkommensrückgang waren vor allem geringere Erlöse aus dem Ackerbau und aus der Milch sowie geringere Direktzahlungen auf Grund der Begrenzung der Agrardieselerstattung auf 10 000 l.

Die Ackerbaubetriebe hatten insbesondere bei Getreide und Ölsaaten deutliche Erlöseinbußen. Infolgedessen nahm das Einkommen um 21,2 Prozent auf 24 019 Euro ab. In den Futterbaubetrieben hat sich die Ertragslage auf Grund höherer Erlöse bei Rindern und gestiegener EU-Zahlungen (2. Stufe Milchprämie) nicht so stark verschlechtert wie im Ackerbau. Das Einkommen ging um 4,2 Prozent auf 25 090 Euro zurück. Rund 41 Prozent der Betriebe der juristischen Personen sind Gemischtbetriebe. Deren Einkommen nahm um 9,1 Prozent auf 23 809 Euro ab.

Übersicht 13

Einkommen der juristischen Personen

Neue Länder

Wirtschaftsjahr	Jahresüberschuss vor Steuern plus Personalaufwand €/AK	Veränderung gegen Vorjahr in %
1999/2000	23 092	+ *9,4*
2000/01	23 439	+ *1,5*
2001/02[1]	26 780	+ *14,3*
2002/03[1]	22 767	– *15,0*
2003/04[1]	23 193	+ *1,9*
2004/05	27 334	+ *17,9*
2005/06	24 089	– *11,9*

[1] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

Die Betriebe der juristischen Personen haben im WJ 2005/06 die Bruttoinvestitionen um 1,8 Prozent auf 295 521 Euro je Unternehmen ausgedehnt. Die Nettoinvestitionen je Unternehmen gingen aber um 6,7 Prozent auf 23 165 Euro zurück.

Die Verbindlichkeiten nahmen im Durchschnitt der Betriebe um 3,3 Prozent zu. Die Zunahme erfolgte hauptsächlich bei kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Verbindlichkeiten machten bei den juristischen Personen rd. 32 Prozent des Bilanzvermögens aus.

1.2.3 Klein- und Nebenerwerbsbetriebe

(45) Im Jahre 2005 wurden rd. 202 000 landwirtschaftliche Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet; dieses sind 55 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Für das WJ 2005/06 wurden im Testbetriebsnetz 1 168 Klein- und Nebenerwerbsbetriebe ausgewertet, die

weniger als 1 AK haben oder eine Betriebsgröße von mehr als 8 und weniger als 16 EGE aufweisen.

Die Haupteinkommensquelle in diesen Betrieben ist die außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, insbesondere die nichtselbstständige Tätigkeit. Diese Betriebe befinden sich häufig in kleinflächigen und für die Produktion ungünstigen Lagen wie den Mittelgebirgen. Hier tragen sie aber in wesentlichem Umfange zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft bei.

Diese landwirtschaftlichen Betriebe sind deutlich kleiner als Haupterwerbsbetriebe, d.h. sie haben eine deutlich geringere wirtschaftliche Betriebsgröße, geringere Flächenausstattung und weniger Arbeitskräfte. Im Durchschnitt erzielen sie wegen der meist ungünstigen natürlichen Voraussetzungen auch geringere Naturalerträge (Übersicht 14).

Übersicht 14

Kennzahlen der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe[1]

Art der Kennzahl	Einheit	2005/06
Betriebsgröße	EGE	16,2
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	20,7
Arbeitskräfte	AK	0,8
dar.:Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	0,7
Viehbesatz	VE/100ha LF	75,2
dar.: Rinder	VE/100ha LF	43,8
Milchkühe	VE/100ha LF	9,7
Getreide	dt/ha	60,8
Milchleistung	kg/Kuh	5 578
Gewinn	€/Unternehmen	4 603
Veränderung gegen Vorjahr	%	*– 11,8*
Außerlandw. Erwerbseinkommen	€/Betriebs-inhaber-ehepaar	21 858
Sonst. Einkünfte aus Einkunftsarten		963
Erhaltene Einkommensübertragungen		3 626
Gesamteinkommen		31 050
Veränderung gegen Vorjahr	%	*3,9*
Anteil Gewinn am Gesamteinkommen	%	*14,8*

[1] Betriebe mit weniger als 1 AK oder von 8 bis unter 16 EGE.

(46) Die Klein- und Nebenerwerbsbetriebe erzielten im WJ 2005/06 mit 4 603 Euro einen um 11,8 Prozent geringeren Gewinn je Unternehmen als im Vorjahr. Zu dem Gewinnrückgang haben vor allem geringere Umsatzerlöse bei Getreide, Ölsaaten, Zuckerrüben, Schweinen und Milch beigetragen.

Der Gewinn aus dem landwirtschaftlichen Unternehmen machte im WJ 2005/06 rd. 14,8 Prozent des vom Betriebsinhaber und seinem Ehepartner erzielten Gesamteinkommens von 31 050 Euro aus. Das Gesamteinkommen nahm gegenüber dem Vorjahr um 1 170 Euro oder 3,9 Prozent zu, da das außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen um 13,6 Prozent anstieg. Dagegen nahmen die sonstigen Einkünfte um 31,3 Prozent und die Einkommensübertragungen um 10,0 Prozent ab.

(47) Rund 70 Prozent der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe haben eine Betriebsgröße von weniger als 8 EGE. Für diese Betriebe liegen keine Einkommensdaten aus Buchführungsabschlüssen vor. Die Betriebe tragen insbesondere in benachteiligten Gebieten und Mittelgebirgslagen dazu bei, die Landbewirtschaftung aufrechtzuerhalten und dass die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert werden. Allerdings dürfte mit dieser Art der Landwirtschaft nur ein sehr geringer Beitrag zum Gesamteinkommen erwirtschaftet werden.

1.2.4 Betriebe des ökologischen Landbaus

(48) Im Jahr 2005 nahm der Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Zahl der Betriebe weiter zu. Die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe hat sich auf 17 020 (Vorjahr 16 603) erhöht. Diese Betriebe bewirtschaften 807 406 ha (Vorjahr 767 891 ha) LF nach den EU-weiten Regelungen des ökologischen Landbaus. Damit hat sich seit 1994 die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe sowie auch die von ihnen landwirtschaftlich genutzte Fläche nahezu verdreifacht. Der Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe betrug im Jahr 2005 rd. 4,3 Prozent (Vorjahr 4,1 Prozent), der an der gesamten LF 4,7 Prozent (Vorjahr 4,5 Prozent).

Eine Auswertung von nunmehr 310 identischen Betrieben zeigt, dass sich die Ertragslage dieser ökologisch wirtschaftenden Betriebe geringfügig verbessert hat. Im Durchschnitt dieser identischen Betriebe nahmen die Gewinne gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent zu. Diese im Vergleich zu den konventionellen Betrieben etwas günstigere Einkommensentwicklung ist hauptsächlich dadurch bedingt, dass die Umsatzerlöse der Tierproduktion bei Rindern und Schweinen deutlich zunahmen. Außerdem hatten diese Betriebe keinen Rückgang der Milchpreise zu verzeichnen.

Der Vergleich mit den ähnlich strukturierten konventionell wirtschaftenden Betrieben (Übersicht 15) zeigt, dass die ökologisch wirtschaftenden Betriebe

– einen um 30 Prozent höheren Arbeitskräftebesatz haben, weil sie mehr Lohnarbeitskräfte beschäftigten, aber die Anzahl der nicht entlohnten Arbeitskräfte nahezu gleich ist,

– deutlich niedrigere Naturalerträge bei Kartoffeln und Weizen und eine nur um 12 Prozent geringere Milchleistung erwirtschaften als die konventionelle Vergleichsgruppe,

– mehr als doppelt so hohe Produktpreise bei Getreide und Kartoffeln und um 19 Prozent höhere Milchpreise erzielen,

Übersicht 15

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus im Vergleich

2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Ökologischer Landbau[1]	Konventionelle Vergleichsgruppe[1][2]	Alle konventionellen Betriebe[3]
Betriebe	Zahl	337	646	8 543
Betriebsgröße	EGE	78	78	79
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	112,7	112,7	69,1
Vergleichswert	€/ha LF	604	605	681
Arbeitskräfte	AK	2,2	1,7	1,7
Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	1,4	1,5	1,4
Viehbesatz	VE/100 ha	63	63	133
Weizenertrag	dt/ha	38	67	73
Kartoffelertrag	dt/ha	200	311	372
Milchleistung	kg/Kuh	5 874	6 708	6 802
Weizenpreis	€/dt	20,11	9,80	9,86
Kartoffelpreis	€/dt	28,50	11,09	8,16
Milchpreis	€/100 kg	34,31	28,89	29,11
Betriebliche Erträge	€/ha LF	1 749	1 587	2 802
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	271	323	461
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	703	640	1 531
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	521	375	388
dar.: Entkoppelte Betriebsprämie	€/ha LF	258	271	293
Produktbezogene Zahlungen[4]	€/ha LF	10	6	8
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	17	9	9
Agrardieselvergütung	€/ha LF	10	14	17
Ausgleichszulage	€/ha LF	35	25	21
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[5]	€/ha LF	180	44	34
Sonstige Zahlungen[6]	€/ha LF	11	5	6
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	1 292	1 238	2 213
dar.: Düngemittel	€/ha LF	10	83	97
Pflanzenschutz	€/ha LF	2	58	77
Tierzukauf	€/ha LF	47	89	259
Futtermittel	€/ha LF	99	89	293
Personal	€/ha LF	120	30	63
Gewinn	€/ha LF	397	303	519
Gewinn	€	44 673	34 150	35 825
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	25 949	21 722	23 530

[1] Nicht hochgerechnete Durchschnittswerte.
[2] Ergebnisse von Ackerbau-, Futterbau- und Gemischtbetrieben auf vergleichbaren Standorten (Vergleichswert je ha) mit ähnlicher wirtschaftlicher Betriebsgröße (EGE) und LF-Größe.
[3] Hochgerechnete Ergebnisse der konventionell wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe.
[4] Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.
[5] Bund und Länder.
[6] Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

– sehr niedrige Aufwendungen für Dünge- und Pflanzenschutzmittel (ca. 10 Prozent) haben,
– um 39 Prozent höhere Direktzahlungen, insbesondere aus der Teilnahme an Agrarumweltprogrammen erhalten,
– 4-fache höhere Aufwendungen für Arbeitskräfte haben als die konventionelle Vergleichsgruppe.

Die ökologischen Betriebe erwirtschafteten im WJ 2005/06 Gewinne je Unternehmen von 44 673 Euro, dies sind 30,8 Prozent mehr als die Betriebe in der Vergleichsgruppe der konventionellen Betriebe.

Auch im Vergleich einzelner Betriebsformen ergaben sich für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe höhere Gewinne (Tabelle 35).

Die Ackerbaubetriebe erzielten mit 49 265 Euro je Unternehmen den höchsten Gewinn, 22,6 Prozent mehr als die Vergleichsgruppe. Die Futterbaubetriebe folgten mit 46 431 Euro Gewinn je Unternehmen und übertrafen die Vergleichsgruppe um 34,1 Prozent. Die Gemischtbetriebe erzielten mit durchschnittlich 35 634 Euro je Unternehmen um 5,0 Prozent höhere Gewinne.

1.3 Direktzahlungen, Zuschüsse und Einkommensübertragungen

1.3.1 Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse

(49) Die unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse stellen einen bedeutenden Anteil der betrieblichen Erträge landwirtschaftlicher Unternehmen dar.

Der größte Beitrag entsteht aus den EU-Direktzahlungen, insbesondere aus der Betriebsprämie. Nur noch ein geringer Teil der EU-Zahlungen ist produktbezogen. Dazu gehören die Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Stärkekartoffeln und Tabak.

Hinzu kommt die aus dem Bundeshaushalt finanzierte Agrardieselvergütung, bei der die Begrenzung auf maximal 10 000 l im WJ 2005/06 einkommenswirksam wurde. Von Bund und Ländern werden im Rahmen der GAK Zuschüsse für einzelbetriebliche Investitionen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete gezahlt.

Im Rahmen der Grundsätze „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung“ der GAK oder durch länderspezifische Programme werden besonders umweltgerechte Produktionsweisen auf der Basis der Verordnung (EG) Nr. 1257/99 als flankierende Maßnahmen der EG-Agrarreform gefördert. Die Prämienhöhe ist abhängig von den unterschiedlichen Beschränkungen und Auflagen für die Bewirtschaftung und den Zielvorstellungen in den einzelnen Ländern.

(50) Neben den unternehmensbezogenen Zahlungen erhalten selbstständige Landwirte auch personenbezogene Einkommensübertragungen. Diese nach persönlichen Kriterien gezahlten Einkommensübertragungen aus öffentlichen Mitteln und aus der Sozialversicherung gehen nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens ein. Zu den personenbezogenen Einkommensübertragungen gehören Arbeitslosengeld und -hilfe, Kurzarbeitergeld, Wohngeld, Kindergeld, Bafög, Erziehungsgeld, Renten, Pensionen und sonstige Einkommensübertragungen. Von Ausnahmen abgesehen sind diese personenbezogenen Zuwendungen nicht auf Landwirte begrenzt. Daher wäre es nicht sachgerecht, die den landwirtschaftlichen Unternehmen gewährten Direktzahlungen und Zuschüsse mit den weitgehend auch außerhalb der Landwirtschaft tätigen Personen zustehenden staatlichen Leistungen zu einer Summe zusammenzufassen.

(51) In den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben betrugen die unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse im WJ 2005/06 durchschnittlich 24 300 Euro/Unternehmen (Übersicht 16). Die Zahlungen machten 12,5 Prozent der betrieblichen Erträge aus. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Zahlungen insgesamt nahezu unverändert. Die EU-Zahlungen sind zwar durch die 2. Stufe der Milchprämie gestiegen, die stärkere Prämienkürzung im Rahmen der Modulation (Freibetrag 5 000 Euro, 2004 10 000 Euro; Kürzungssatz 3 Prozent, 2004 2 Prozent), die Reduzierung der Agrardieselerstattung um mehr als 30 Prozent und geringere Zahlungen bei den übrigen Maßnahmen haben aber den Anstieg der EU-Prämien im Durchschnitt der Betriebe kompensiert.

Diese Einflussgrößen erklären auch die unterschiedlichen Veränderungsraten nach Betriebsgrößen. In den kleineren Haupterwerbsbetrieben sind der Anteil der Direktzahlungen an den Betriebserträgen und die Zahlungsbeträge je ha LF höher als in den größeren Betrieben. Wegen des relativ hohen Arbeitskräftebesatzes erhalten die kleineren Betriebe je AK aber niedrigere Beträge.

Je nach Betriebsform und Region zeigen sich deutliche Unterschiede in der Höhe der unternehmensbezogenen Zahlungen. Die Abweichungen sind darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Direktzahlungen an den betrieblichen Erträgen in den einzelnen Produktbereichen sehr unterschiedlich ist. Die gegenläufigen Veränderungsraten der Direktzahlungen gegenüber dem Vorjahr in den einzelnen Betriebsformen sind zum größten Teil auf die Entkopplung der EU-Zahlungen zurückzuführen.

Regionale Unterschiede sind z. T. auch durch unterschiedliche Ausgestaltung der Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten und der Agrarumweltmaßnahmen in den Ländern bedingt (Tabellen 36 bis 38).

In den benachteiligten Gebieten erhielten die Haupterwerbsbetriebe mit Ausgleichszulage unternehmensbezogene Zahlungen von insgesamt 27 351 Euro/Unternehmen bzw. 453 Euro/ha LF (Tabelle 36). Die Ausgleichszulage machte in diesen Betrieben mit 3 403 Euro 12,4 Prozent der gesamten unternehmensbezogenen Zahlungen aus.

(52) In den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben betrugen die unternehmensbezogenen Zahlungen im WJ 2005/06 im Durchschnitt 8 323 Euro/Unternehmen. Die arbeitsintensive Milchviehhaltung hat in den Nebenerwerbsbetrieben eine relativ geringe Bedeutung. Die Verringerung der Zahlungen in den übrigen Bereichen konnte in diesen Betrieben deshalb nicht durch die um die 2. Stufe der Milchprämie erhöhte Betriebsprämie ausgeglichen werden (Übersicht 16).

(53) Die juristischen Personen in den neuen Ländern wiesen im Vergleich zu den Haupterwerbsbetrieben aufgrund ihrer größeren Produktionskapazitäten mit 503 040 Euro wesentlich höhere unternehmensbezogene Zahlungen je Unternehmen auf (Übersicht 16). Je AK waren die Zahlungen fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe. Der Anteil der Zahlungen an den betrieblichen Erträgen war ebenfalls größer. Diese Unterschiede sind dadurch bedingt, dass die juristischen Personen stärker auf Produktionszweige ausgerichtet waren, die Zahlungsansprüche für die Betriebsprämie auslösten. Die Verringerung der Zahlungen gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich auf die Kürzung der Agrardieselerstattung durch die Begrenzung auf 10 000 l und auf die geänderte Modulation der EU-Zahlungen zurückzuführen.

1.4 Vorschätzung für 2006/07

(54) Im laufenden WJ 2006/07 wird sich die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe voraussichtlich verbessern. Für die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe wird im Durchschnitt eine Zunahme der Einkommen um 5 bis 10 Prozent erwartet.

Die positive Entwicklung ist vor allem auf deutlich höhere Erlöse bei Getreide, Ölsaaten, Kartoffeln und Gemüse zurückzuführen. Bei Rindern, Schweinen und auch wieder bei Milch ist mit stabilen Einnahmen zu rechnen.

Übersicht 16

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in den landwirtschaftlichen Betrieben[1]
2005/06

Art der Kennzahl	Klein- und Nebenerwerbsbetriebe	Haupterwerbsbetriebe				Juristische Personen	Alle Betriebe
		Kleinere	Mittlere	Größere	Zusammen		
	Deutschland					Neue Länder	
	Strukturdaten						
Wirtschaftliche Betriebsgröße (EGE)	16,2	30,0	66,7	179,0	82,0	1 077,6	76,7
Ldw. genutzte Fläche (LF) in ha	20,7	28,4	54,0	118,8	61,4	1 332,5	65,4
Arbeitskräfte (AK)	0,8	1,4	1,7	3,0	1,9	23,6	1,9
	€/Unternehmen						
Entkoppelte Betriebsprämie	5 574	7 569	15 662	34 844	17 692	393 596	18 845
Produktbezogene Zahlungen[2]	105	157	368	1 139	486	16 129	565
Zins- und Investitionszuschüsse	92	297	641	1 238	675	18 149	723
Agrardieselvergütung	318	488	1 094	1 692	1 045	4 033	898
Ausgleichszulage	691	1 353	1 495	992	1 328	18 216	1 357
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[3]	1 311	2 463	2 661	2 844	2 642	44 537	2 775
Sonstige Zahlungen[4]	231	273	374	749	432	8 381	470
Zahlungen insgesamt							
€/Unternehmen	8 323	12 600	22 295	43 498	24 300	503 040	25 633
€/ha LF	403	444	413	366	396	378	392
€/AK	10 489	8 968	13 065	14 346	12 596	21 297	13 581
in % der betrieblichen Erträge	*17,7*	*15,4*	*13,1*	*11,2*	*12,5*	*21,1*	*14,1*
Veränderung gegen Vorjahr in %	*– 6,1*	*+ 1,1*	*+ 2,2*	*± 0,0*	*+ 0,1*	*– 5,3*	*– 0,5*

1) Ergebnisse des Testbetriebsnetzes.
2) Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.
3) Bund und Länder.
4) Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

Zu der Einkommensverbesserung tragen darüber hinaus die weitere Erhöhung der Milchprämie (3. Stufe) und die erste Stufe des Zuckerausgleichs im Rahmen der Betriebsprämienregelung bei. Einkommensmindernd wirken sich Kostensteigerungen infolge der gestiegenen Preise für Düngemittel, Futtermittel und Energie aus.

Von der positiven Einkommensentwicklung sind hauptsächlich die Ackerbau-, die Gartenbau- und die Milchbetriebe betroffen. Die Veredlungs- und die Gemischtbetriebe können insbesondere wegen der gestiegenen Futtermittelpreise nicht mit höheren Gewinnen rechnen.

1.5 Deutsche Landwirtschaft in der EU

(Zur Struktur vgl. AB 2006, Seite 31)

1.5.1 Gesamtrechnung

(55) Als Indikator für die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft der EU-Mitgliedstaaten wird u. a. die Nettowertschöpfung je Arbeitskraft verwendet. Die Berechnung und Vorschätzung erfolgt in den Mitgliedstaaten einheitlich auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Im Gegensatz zur nationalen Gesamtrechnung werden die Veränderungen in realen Werten (deflationiert mit Preisindex des BIP) ausgedrückt.

Nach Schätzungen für das Kalenderjahr 2006 ist die reale Nettowertschöpfung je Arbeitskraft in der EU um durchschnittlich 2,7 Prozent gestiegen. Eine positive Einkommensentwicklung zeigten 18 Mitgliedstaaten, während in 7 Mitgliedstaaten die Einkommen zurückgingen (Übersicht 17).

In Deutschland zeigte sich nach der leicht rückläufigen Entwicklung im Vorjahr ein Anstieg der landwirtschaftlichen Einkommen von real 5,1 Prozent. Noch positiver fiel die Einkommensentwicklung in den Niederlanden (+ 17,3 Prozent), Frankreich (+ 8,7 Prozent), Österreich (+ 6,6 Prozent) sowie in Litauen, der Tschechischen Republik und Dänemark aus.

Einkommensverluste ergaben sich in Irland (– 10,2 Prozent), Finnland (– 6,2 Prozent), Malta (– 5,3 Prozent), Estland (– 4,4 Prozent) und Italien (– 4,3 Prozent) sowie in Slowenien und der Slowakei.

EU-weit lag der Produktionswert zu Erzeugerpreisen im Kalenderjahr 2006 auf dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang der Erntemenge (– 2,7 Prozent) in 2006 konnte durch den Anstieg der Preise für pflanzliche Produkte (+ 2,6 Prozent) mit deutlichen Preissteigerungen bei Getreide, Ölsaaten und Kartoffeln ausgeglichen werden. Von dem Rückgang des Produktionswertes für Zuckerrüben um ca. 30 Prozent war Deutschland als Haupterzeugerland mit einem Produktionsanteil von ca. 23 Prozent an der EU-Erzeugung besonders betroffen. Der positiven Entwicklung des Produktionswertes bei Rindern, Schweinen und Eiern standen negative Veränderungen bei Geflügel und Milch gegenüber.

Übersicht 17

Nettowertschöpfung in der Landwirtschaft je Arbeitskraft Indexentwicklung 2000 = 100[1)]

Mitgliedstaat	2003	2004	2005	2006	2006 gegen 2005 in %
Belgien	89,5	89,8	88,6	90,9	+ *2,6*
Tschechische Republik	87,3	138,8	143,3	152,5	+ *6,4*
Dänemark	79,6	91,0	95,0	100,5	+ *5,8*
Deutschland	**83,0**	**125,2**	**113,8**	**119,7**	**+ *5,1***
Estland	154,8	226,5	237,1	226,7	– *4,4*
Griechenland	93,5	85,3	81,7	83,1	+ *1,7*
Spanien	118,3	110,6	99,4	99,6	+ *0,3*
Frankreich	95,9	93,5	87,4	94,9	+ *8,7*
Irland	92,9	90,4	104,1	93,4	*–10,2*
Italien	96,7	98,0	94,0	89,9	– *4,3*
Zypern	107,5	96,9	94,9	96,8	+ *2,0*
Lettland	126,2	206,7	212,3	222,6	+ *4,9*
Litauen	96,6	150,4	191,4	203,8	+ *6,5*
Luxemburg	93,8	91,0	86,3	89,7	+ *4,0*
Ungarn	93,4	148,6	153,9	160,8	+ *4,5*
Malta	109,2	110,7	109,1	103,3	– *5,3*
Niederlande	85,5	80,1	84,4	99,0	*+17,3*
Österreich	107,2	107,5	107,2	114,2	+ *6,6*
Polen	102,9	199,6	163,4	170,0	+ *4,0*
Portugal	123,0	142,5	128,8	130,4	+ *1,2*
Slowenien	88,9	141,3	143,9	140,0	– *2,7*
Slowakei	100,3	129,7	120,9	119,9	– *0,9*
Finnland	96,9	95,3	108,5	101,7	– *6,2*
Schweden	118,0	106,4	99,1	100,3	+ *1,2*
Ver. Königreich	137,6	128,1	123,5	123,8	+ *0,2*
EU-25	**104,1**	**109,8**	**101,8**	**104,5**	**+ 2,7**

[1)] Basisjahr 2000 als Mittelwert der Jahre 1999, 2000 und 2001.

Mit seinem über dem EU-Durchschnitt liegenden Ergebnis erreichte Deutschland in realen Zahlen einen Anstieg von 3,1 Prozent im pflanzlichen, von 1,5 Prozent im tierischen Bereich sowie eine Veränderung des Produktionswertes zu Erzeugerpreisen von 2,2 Prozent.

Während der reale Wert der Vorleistungen in der EU relativ konstant blieb (+ 0,2 Prozent) stieg er in Deutschland um ca. 3,5 Prozent an.

Die mittelfristige Einkommensentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten wird als Indexwert ausgedrückt. Die Nettowertschöpfung je AK für das Jahr 2000 ist als Referenzwert 100 gewählt.

Nach einem Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen in 2003 (– 23,8 Prozent), einem deutlichen Anstieg in 2004 (50,9 Prozent) und einem Rückgang in 2005 (– 9,1 Prozent) lag die Nettowertschöpfung je Arbeitskraft in Deutschland im Jahr 2006 ca. 19,7 Prozent über dem Niveau von 2000. Die moderatere Entwicklung in der EU führte dazu, dass die Nettowertschöpfung je Arbeitskraft um 4,5 Prozent über dem Niveau von 2000 lag.

Eine positive mittelfristige Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen ergab sich für die baltischen Staaten mit einem Indexanstieg von über 100 Prozent, für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien mit über 40 Prozent sowie für Portugal und das Vereinigte Königreich mit über 20 Prozent Einkommenszuwachs seit dem Jahr 2000. Eine negative Entwicklung mit Einkommen unter dem Stand von 2000 verzeichneten Griechenland (– 16,9 Prozent), Luxemburg (– 10,3 Prozent), Italien (– 10,1 Prozent) und Belgien (– 9,1 Prozent) sowie Irland, Frankreich, Zypern, die Niederlande und Spanien.

1.5.2 Buchführungsergebnisse

(56) Die Buchführungsergebnisse des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) der EU ermöglichen Vergleiche von Struktur, Einkommensentstehungen, -niveau und -entwicklung zwischen den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in den Mitgliedstaaten (Übersicht 18, Tabelle 39).

2 Forstwirtschaft

(57) Die Forstwirtschaft in Deutschland ist der zweitgrößte Landnutzer und erzeugt den wichtigsten nachwachsenden Rohstoff Holz. Wälder erfüllen wichtige Schutz- und Erholungsfunktionen für die Gesellschaft. Der Forst- und Holzsektor erreichte im Jahre 2005 rd. 3 Prozent des Bruttosozialproduktes in Deutschland.

2.1 Struktur

Wald

(58) Nach den Ergebnissen der Bundeswaldinventur 2002 (www.bundeswaldinventur.de) bedeckt der Wald mit 11,1 Mio. ha rd. 31 Prozent der Fläche Deutschlands. Zu Waldeigentum und Baumarten siehe Übersicht 19 und zur Vitalität des Waldes den Waldzustandsbericht der Bundesregierung (www.bmelv.de).

Übersicht 18

Struktur und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in den EU-Mitgliedstaaten

2004/05

Mitgliedstaat	Betriebsgröße	Arbeitskräfte	Gewinn	Gewinn plus Personalaufwand
	EGE	AK	€	€/AK
Belgien	89,8	1,9	45 332	28 172
Tschech. Republik	111,2	9,8	27 896	8 746
Dänemark	97,7	1,5	6 758	17 616
Deutschland[1)]	**88,5**	**2,1**	**28 947**	**20 263**
Estland	14,6	3,0	15 822	7 560
Griechenland	9,4	1,2	10 380	9 296
Spanien	22,4	1,5	24 115	19 337
Frankreich	75,9	1,9	27 579	19 061
Irland	22,5	1,2	17 647	16 408
Italien	25,4	1,4	24 555	21 204
Zypern	11,5	1,3	2 984	4 416
Lettland	9,1	2,6	9 000	4 444
Litauen	8,1	2,1	12 310	6 489
Luxemburg	60,8	1,7	39 878	25 971
Ungarn	17,1	1,9	6 607	7 612
Malta	.	.	.	.
Niederlande	127,2	2,4	29 793	23 897
Österreich	27,2	1,6	24 571	15 838
Polen	9,4	1,8	5 872	3 648
Portugal	10,8	1,5	6 440	5 699
Slowenien	7,3	2,0	6 472	3 498
Slowakei	125,1	20,7	59 652	6 028
Finnland	36,3	1,5	20 879	16 290
Schweden	55,7	1,4	6 529	10 265
Vereinigtes Königreich	109,8	2,3	29 883	23 083
EU-25	**32,7**	**1,7**	**18 100**	**14 122**

1) Durchschnittergebnisse von 6 842 Betrieben, davon 361 juristische Personen.

Übersicht 19

Flächenanteile der Waldeigentums- und Baumarten

Waldeigentum	%	Baumartengruppe	%
Privatwald[1)]	*47*	Fichte/Tanne/ Douglasie	*32*
Staatswald	*33*	Kiefer/Lärche	*27*
Körperschaftswald	*20*	Buche und sonstige Laubbaumarten	*31*
		Eiche	*10*

1) Einschließlich so genanntem Treuhandwald.
Quelle: Bundeswaldinventur 2002.

Betriebe

(59) Statistisch erfasst wurden im Jahr 2005 rd. 232 000 Betriebe mit rd. 8,94 Mio. ha Wald. Die 27 800 Forstbetriebe (ab 10 ha Waldfläche (WF)) verfügen davon über rd. 7,4 Mio. ha Wald. Rund 88 Prozent der Betriebe mit Wald waren landwirtschaftliche Betriebe (ab 2 ha LF), die mit rd. 1,5 Mio. ha nur rd. 17 Prozent der WF bewirtschafteten. In 4 550 forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen waren rd. 382 968 Betriebe (auch statistisch nicht erfasste) mit rd. 3,49 Mio. ha WF zusammen geschlossen. Der bäuerliche Waldbesitz ergänzt das Einkommen aus der Landwirtschaft und ermöglicht, durch Holzeinschlag auf Vermögensreserven zurückzugreifen. Der Wald leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität landwirtschaftlicher Betriebe. Struktur und Entwicklung der beiden letzten Jahre im Bereich der Holzbe- und -verarbeitung gehen aus Tabelle 40 hervor.

2.2 Holzmärkte

(60) In Deutschland haben sich nach den Ergebnissen der aktuellen Bundeswaldinventur mit rd. 3,4 Mrd. m^3 hohe Holzvorräte aufgebaut. Die Bundeswaldinventur weist allein für die alten Länder einen jährlichen Zuwachs von rd. 95 Mio. m^3/Jahr aus. Da nicht der gesamte Zuwachs für eine Nutzung zur Verfügung steht, wird das jährlich nutzbare Potenzial bundesweit auf rd. 78 Mio. m^3 geschätzt.

Der seit mehreren Jahren andauernde Trend, mehr Rohholz einzuschlagen, setzt sich fort. Im Jahr 2005 wurden in Deutschland mit insgesamt rd. 56,9 Mio. m^3 gegenüber dem Vorjahr 4,8 Prozent mehr Rohholz auf den Markt gebracht. Im Vergleich zum durchschnittlichen Einschlag der letzten 10 Jahre (43,3 Mio. m^3) ist dies eine Steigerung von 31 Prozent. Auf Nadelstammholz entfallen 30,8 Mio. m^3, 3,6 Mio. m^3 auf Laubstammholz und 22,5 Mio. m^3 auf die übrigen Sorten (Übersicht 20).

Im Zuge der deutlich gestiegenen Nachfrage im stofflichen aber insbesondere auch im energetischen Bereich haben sich die Rohholzpreise über fast alle Sortimente spürbar erholt und nach oben entwickelt. Lediglich beim Buchenstammholz besserer Qualitäten waren eher stagnierende Preise zu verzeichnen.

Wegen des zunehmenden Rohholzbedarfs sind in bestimmten Regionen und vorwiegend bei Nadelholz Versorgungsschwierigkeiten festzustellen. Der zusätzliche Bedarf kann durch vermehrte Einschläge der Forstbetriebe nach den Grundsätzen nachhaltiger Waldwirtschaft gedeckt werden, was verstärkte Anstrengungen der Marktbeteiligten zur Holzmobilisierung erfordert.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Holz und Holzprodukten ist seit der Verabschiedung der Charta für Holz merklich gestiegen. Auf der Grundlage noch vorläufiger Zahlen errechnet sich für das Jahr 2005 ein Wert von knapp 1,2 m^3 (Rohholzäquivalent). Dem Ziel der Charta für Holz, ein Pro-Kopf-Holzverbrauch im Jahr 2014 in Höhe von 1,3 m^3 (Rohholzäquivalent), ist Deutschland damit bereits ein gutes Stück näher gekommen.

Übersicht 20

Holzeinschlag nach Waldeigentums- und Holzarten

Art der Kennzahl	2005	2004	1994–2003	2005	2004	1994–2003
	Mio. m^3			m^3/ha[2)]		
Privatwald[1)]	23,4	22,0	13,3	4,6	4,3	2,6
Körperschaftswald	11,3	11,1	10,2	5,4	5,3	4,9
Staatswald	22,2	21,4	17,8	6,3	6,1	5,0
Fichte	34,6	33,5	23,6	10,4	10,1	7,1
Kiefer	11,3	10,3	8,5	4,1	3,7	3,1
Buche	8,8	8,7	7,7	2,7	2,7	2,4
Eiche	2,2	2,0	1,5	2,2	2,0	1,4
Deutschland	**56,9**	**54,5**	**41,3**	**5,4**	**5,2**	**3,9**

1) Einschließlich so genanntem Treuhandwald.
2) Bezogen auf die Holzbodenfläche nach BWI.

2.3 Gesamtrechnung

(61) Die forstwirtschaftliche Gesamtrechnung (FGR) wird auf der Grundlage des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) erstellt. Als Datengrundlage hierfür dienen im Wesentlichen die Angaben des BMELV-Testbetriebsnetzes Forstwirtschaft der Betriebe mit mehr als 200 ha Waldfläche. Für Forstbetriebe mit weniger als 200 ha Waldfläche werden die Kennzahlen der größeren Betriebe mit einem Intensitätsfaktor für die forstliche Produktion übertragen. Der Holzeinschlag leitet sich aus den Schätzungen des Rohholzverbrauchs insgesamt und den hochgerechneten Testbetriebsnetzdaten ab. Zur Darstellung der Kostenstruktur der forstlichen Dienstleistungsunternehmen wird auf Standardkalkulationen zurückgegriffen. Der unge-

nutzte Zuwachs Holz wurde für die gesamte Zeitreihe nach den Ergebnissen der Waldgesamtrechnung neu berechnet und liegt deutlich unter den bisherigen Werten.

Die Erzeugung forstwirtschaftlicher Güter besteht zu 90 Prozent aus verkauftem Holz und wird maßgeblich vom Wert des eingeschlagenen und verkauften Nadelholzes (71 Prozent) bestimmt.

Der Wert des Brennholzes hat in 2005 besonders stark zugenommen – von 92 auf 285 Mio. Euro – und übertraf erstmals den Wert des verkauften Nadelholzes. Für den ungenutzten Zuwachs Holz wurde in 2005 ein Wert von 185 Mio. Euro ermittelt.

Der Wert dieser forstwirtschaftlichen Güter betrug in 2005 rd. 2,6 Mrd. Euro (+ 14,9 Prozent), da der Wert des Nadelholzes und des Brennholzes stark anstieg. An der gesamten Erzeugung des Wirtschaftsbereiches Forstwirtschaft haben die forstwirtschaftlichen Dienstleistungen bereits einen Anteil von 18 Prozent; diese nehmen, wie die Vorleistungen, seit mehreren Jahren zu.

Die Bruttowertschöpfung, d. h. abzüglich der Vorleistungen in Höhe von 1,4 Mrd. Euro, betrug 1,8 Mrd. Euro und lag um 15 Prozent höher als im Vorjahr. Bei geringerem Wert der Abschreibungen und wieder gestiegenen Produktionsabgaben nahm die Nettowertschöpfung der Betriebe um rd. 18 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro zu (Tabelle 41).

2.4 Buchführungsergebnisse 2005

(62) Das Testbetriebsnetz Forst liefert die Datengrundlage zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im größeren Privat- und Körperschaftswald (ab 200 ha Holzbodenfläche). Im Forstwirtschaftsjahr 2005 wurden die Betriebsergebnisse von 346 Betrieben dieser Besitzarten ausgewertet. Die Ergebnisse für den Staatswald (Tz. 67) basieren auf Daten aus den Landesforstverwaltungen. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe mit weniger als 200 ha Wald werden gesondert dargestellt (Tz. 66). Die Ertragslage im Kleinprivatwald, der nicht von landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben bewirtschaftet wird, wird statistisch nicht erfasst (vgl. Anhang Methodische Erläuterungen Seite 127).

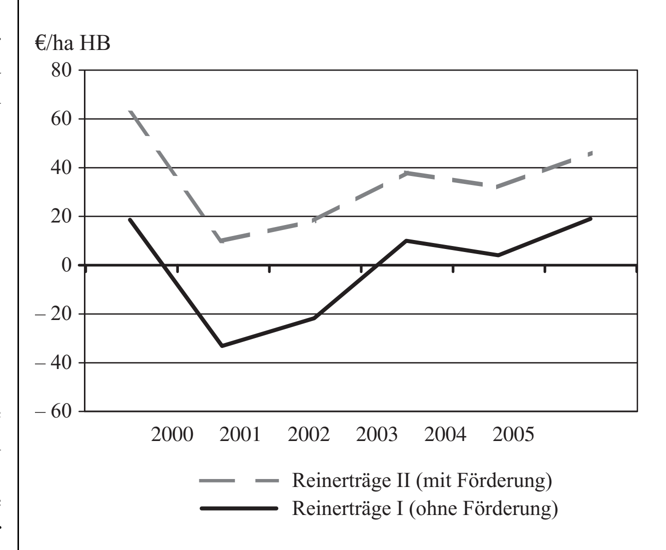
Ab dem FWJ 2003 werden die Buchführungsergebnisse im größeren Privat- und Körperschaftswald sowie im Staatswald in Form eines Produktplanes strukturiert. In diesem Produktplan werden die Produkte des Forstbetriebes zu Produktgruppen und Produktbereichen zusammengefasst (vgl. AB 2005, Tz. 72 sowie TA, Methodische Erläuterungen Seite 128).

(63) Nach den Rückgängen der Betriebsergebnisse im letzten Jahr hat sich im Forstwirtschaftsjahr 2005 die ökonomische Situation für den Durchschnitt der Privat- und Körperschaftswaldbetriebe wieder verbessert. Die Höhe der Einschläge blieb weitgehend unverändert. Verbesserte Erträge durch höhere Preise – insbesondere für das durch Selbstwerber geschlagene Holz – bei niedrigeren Kosten waren die bestimmenden Faktoren für diese Entwicklung. Im Durchschnitt der Forstbetriebe in Deutschland stiegen deshalb die Reinerträge, also die Beträge, die nach Abzug aller Kosten für die unternehmerische Tätigkeit und für die Verzinsung des eingesetzten Kapitals übrig waren, an. Die Ergebnisse der – für Zeitvergleiche geeigneten und für die Forstbetriebe besonders wichtigen – Produktbereiche 1–3 zeigen, dass der Reinertrag II (einschl. Fördermittel) um 14 Euro auf 46 Euro je ha Holzbodenfläche (Schaubild 5) gestiegen ist. Bei der Reinertragsberechnung ohne Förderung erhöhte sich der Wert von 4 auf 19 Euro je ha Holzbodenfläche. Unter Förderung sind Zuschüsse und Prämien aus öffentlichen Haushalten, wie z. B. für die Bestandspflege, Kulturen, Forstschutz sowie kostenlose oder verbilligte Betreuungsleistungen durch die staatlichen Forstämter zu verstehen.

Schaubild 5

Reinerträge in der Forstwirtschaft

Körperschafts- und Privatwald ab 200 ha Waldfläche



(64) Die Körperschaftswaldbetriebe in Deutschland bewirtschafteten im Forstwirtschaftsjahr 2005 im Durchschnitt 755 ha Wald, davon rd. 723 ha Holzbodenfläche (HB). Etwa 55 Prozent des Hochwaldes sind Nadelbäume und hiervon rd. zwei Drittel Fichten, Tannen und Douglasien. Nach der nur geringen Veränderung der Reinerträge im Vorjahr haben sich die Betriebsergebnisse der Körperschaftswaldbetriebe im FWJ 2005 deutlich verbessert. Einschließlich der staatlichen Förderung erwirtschafteten die Körperschaftswaldbetriebe im wichtigen Produktbereich 1–3 einen Reinertrag II von 38 Euro (Vorjahr: 27 Euro) je ha Holzbodenfläche. Ohne staatliche Förderung hat sich der Reinertrag dieser Betriebe um 13 Euro verbessert und ist mit 6 Euro je ha Holzbodenfläche erstmals seit Jahren wieder positiv. Die staatliche Förderung lag mit rd. 32 Euro je ha Holzbodenfläche etwas unter dem Niveau des Vorjahres. Bei nur wenig höheren Holzpreisen und weitgehend unveränderten Einschlägen waren die geringeren Betriebsaufwendungen eine wesentliche Ursache für den Ertragsanstieg (Übersicht 21).

Übersicht 21

Betriebsergebnisse der Forstbetriebe des Körperschafts- und Privatwaldes
ab 200 ha Waldfläche

Art der Kennzahl	Einheit	2004	2005
		Körperschaftswald	
Holzbodenfläche	ha/Betr.	739	723
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	7,2	7,1
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	298	302
Verkaufserlös Holz o. SW	€/m^3	44,5	44,5
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	293	285
Reinertrag II[1] Produktbereich 1–3	€/ha HB	27	38
Reinertrag I[2] Produktbereich 1–3	€/ha HB	– 7	6
		Privatwald	
Holzbodenfläche	ha/Betr.	728	744
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	7,0	7,1
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	277	304
Verkaufserlös Holz o. SW	€/m^3	43,5	44,9
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	234	240
Reinertrag II[1] Produktbereich 1–3	€/ha HB	46	65
Reinertrag I[2] Produktbereich 1–3	€/ha HB	31	49

[1] Mit staatlicher Förderung.
[2] Ohne staatliche Förderung.

Die Auswertungen nach verschiedenen Betriebsgruppen zeigten für das Forstwirtschaftsjahr 2005 folgende Ergebnisse:

– Die Gruppierung nach der Höhe des Reinertrages II der zusammengefassten Produktbereiche 1–3 zeigt gegenüber dem Vorjahr einige Veränderungen. So haben im FWJ 2005 rd. 25 Prozent (Vorjahr: 35 Prozent) der Betriebe kein positives Betriebsergebnis erreicht. Etwa 9 Prozent (7 Prozent) der Betriebe konnten jedoch einen Reinertrag von über 100 Euro je ha Holzbodenfläche erzielen. Die besten Betriebsergebnisse wiesen Betriebe mit überdurchschnittlichen Einschlägen und hohem Stammholzanteil sowie einem über dem Durchschnitt liegenden Anteil von Fichten am schlagweisen Hochwald auf (Tabelle 42).

– Gegliedert nach Größenklassen der Forstfläche erzielten alle Gruppen positive Reinerträge II aus den Produktbereichen 1–3. Das beste Ergebnis je ha Holzbodenfläche erreichten die Betriebe mit 200 bis 500 ha Holzbodenfläche (Tabellen 43, 44).

– Die Einteilung nach Baumarten zeigt, dass die höchsten Reinerträge in den Fichtenbetrieben erwirtschaftet werden. In den Kiefernbetrieben ist die Ertragslage am schlechtesten (Tabelle 44).

– Nach Größenklassen des Holzeinschlages erreichten im Durchschnitt die Betriebsgruppen mit Einschlägen von 3,5 m^3 und mehr ein positives Betriebsergebnis (Tabelle 44).

(65) Die Holzbodenfläche der Privatwaldbetriebe mit mehr als 200 ha Wald betrug im Forstwirtschaftsjahr 2005 durchschnittlich 744 ha. Der Anteil Nadelbäume am Hochwald ist mit 60 Prozent höher als im Körperschaftswald. Der Anteil Fichten, Tannen und Douglasien an den Nadelbäumen ist jedoch mit rd. zwei Drittel gleich groß. Je Unternehmen werden 2,1 Vollarbeitskräfte beschäftigt. Die Betriebsergebnisse der Privatwaldbetriebe verbesserten sich stärker als die im Körperschaftswald. Einschließlich der staatlichen Förderung stiegen sie je ha Holzbodenfläche um 19 Euro auf 65 Euro. Die staatliche Förderung betrug 16 Euro (Vorjahr: 15 Euro) je ha Holzbodenfläche. Ohne diese staatlichen Leistungen verbesserte sich der Reinertrag von 31 Euro auf 49 Euro je ha Holzbodenfläche (Übersicht 21). Ursache für den Anstieg der Reinerträge waren höhere Einschläge und gestiegene Holzpreise.

Die Betrachtung bestimmter Gruppenergebnisse zeigt für den Privatwald folgendes:

– Die Ertragslage der Privatwaldbetriebe war nicht einheitlich. Während rd. 17 Prozent (Vorjahr 23 Prozent) der ausgewerteten Betriebe kein positives Betriebsergebnis erzielen konnten, erreichten fast 12 Prozent (11 Prozent) im Produktbereich 1–3 einen Reinertrag II von über 100 Euro je ha Holzbodenfläche (Tabelle 42).

– Nach der Größe ihrer Holzbodenfläche zeigt sich, dass Betriebe mit einer Holzbodenfläche von 200 bis 500 ha die höchsten Reinerträge je Flächeneinheit erzielten (Tabellen 43, 44).

– Die Einteilung der Betriebe nach der überwiegenden Baumart zeigt die wirtschaftliche Spitzenstellung der Fichtenbetriebe. Nach wie vor erzielten diese Betriebe die höchsten Reinerträge. Die Kiefernbetriebe wiesen die geringste Rentabilität auf (Tabelle 44).

– Nach Größenklassen des Holzeinschlages ist zu erkennen, dass im Durchschnitt die Betriebsgruppen mit Einschlägen von 3,5 m^3/ha und mehr positive Betriebsergebnisse im Produktbereich 1–3 erzielten (Tabelle 44).

(66) Landwirtschaftliche Betriebe mit Wald werden als eine eigene Betriebsgruppe betrachtet und gesondert ausgewertet. Für das WJ 2005/06 standen Ergebnisse aus 197 landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben mit einer forstlichen Nutzfläche zwischen 10 bis 200 ha zur Verfügung. Hochrechnungsbasis für diese Testbetriebe sind die in der Agrarstrukturstatistik erhobenen Forstflächen. Für das WJ 2005/06 (1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006)

zeigen die Buchführungsergebnisse dieser Betriebsgruppe für den forstlichen Betriebsteil eine weiter verbesserte Ertragslage.

Der Preisanstieg beim Holz reichte aus, um den geringeren Holzeinschlag auszugleichen. Da gleichzeitig die Ausgaben für Unternehmerleistungen abnahmen, stieg der kalkulatorisch für den forstlichen Betriebsteil errechnete Reinertrag (Methodische Erläuterungen, Anhang S. 129) von 38 Euro/ha HB im Vorjahr auf jetzt 45 Euro/ha HB an. Das Roheinkommen (Deckungsbeitrag) aus der Forstwirtschaft nahm ebenfalls zu und zwar auf 189 Euro/ha HB (Vorjahr 162 Euro/ha HB). Dieser Wert liegt damit weiterhin deutlich unter den mit landwirtschaftlichen Kulturen erzielbaren Deckungsbeiträgen. Berücksichtigt man jedoch, dass die Arbeit im Wald vielfach dann erledigt wird, wenn im landwirtschaftlichen Bereich nur wenig Arbeit anfällt, kann die im forstlichen Betriebsteil eingesetzte Arbeit trotzdem lohnend sein (Übersicht 22).

Im Durchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe mit Wald stammen rd. 3 Prozent der Erlöse des gesamten Unternehmens aus der Forstwirtschaft. Da etwa zwei Drittel der Betriebe mit Wald Milchviehbetriebe sind, wurde der landwirtschaftliche Betriebsteil durch die spezifischen Verbesserungen, die diese Betriebsgruppe im WJ 2005/06 erfahren hat (vgl. Tz. 35), stark beeinflusst. Steigende betriebliche Erträge und eine Zunahme der landwirtschaftlich genutzten Fläche führten zu einem Anstieg des Gewinns je Unternehmen und des Einkommens je AK um rd. 19 Prozent bzw. 16 Prozent. Die landwirtschaftlichen Betriebe mit Wald bewirtschaften im Durchschnitt 20 ha forstliche Nutzfläche. Rund 70 Prozent aller Betriebe bewirtschafteten lediglich zwischen 10 und 20 ha und nur 4 Prozent der Betriebe mehr als 50 ha forstwirtschaftliche Nutzfläche (Tabelle 46).

(67) Im Durchschnitt der Staatswaldbetriebe haben sich im FWJ 2005 die Betriebsergebnisse verbessert. Dies ergab die Datenerhebung bei den jeweiligen Landesforstverwaltungen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass auch im abgelaufenen Jahr nicht für alle Flächenstaaten Daten vorlagen (es fehlten Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt) und für Bayern aufgrund von Umstellungen im Rechnungswesen nur Daten des Vorjahres zur Verfügung standen. Die Auswertungen zeigen, dass im Forstwirtschaftsjahr 2005 die erwirtschafteten Defizite im Durchschnitt kleiner geworden sind. Etwas höhere Einschläge, bei wenig geänderten Preisen, führten zu gestiegenen Erträgen, die ausreichten, die ebenfalls gestiegenen Aufwendungen mehr als auszugleichen. Hieraus folgte eine Verringerung der Verluste um 6 Euro auf – 93 Euro je ha Holzbodenfläche (Übersicht 23, Tabelle 45).

2.5 Vorschätzung für 2006

(68) Die Menge des eingeschlagenen Holzes, der erzielte Preis und die betrieblichen Kosten sind – soweit keine witterungsbedingten Besonderheiten auftreten – die bestimmenden Faktoren für die Ertragslage der Forstbetriebe. Nach den zurzeit vorliegenden Daten wurde im

Übersicht 22

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe mit Wald

Art der Kennzahl	Einheit	2004/05	2005/06
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	66,4	70,0
Forstwirt. Nutzfläche (FN)	ha	19,8	20,0
dar.: Holzbodenfläche (HB)	ha	19,7	19,9
Holzeinschlag	m³/Betrieb	78,4	69,7
Holzeinschlag	m³/ha HB	4,0	3,5
Holzpreis	€/m³	55	63
Umsatzerlöse	€	136 542	150 319
dar.: Forstwirtschaft	€	4 624	4 600
Materialaufwand	€	75 423	84 158
dar.: Forstwirtschaft	€	779	446
Personalaufwand	€	3 405	3 326
dar.: Forstwirtschaft	€	16	17
Gewinn	€	36 094	42 850
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	23 154	26 814
Roheinkommen Forstwirtschaft	€/ha HB	162	189
Reinertrag[1] II Forstwirtschaft	€/ha HB	38	45

[1] Kalkulatorische Ermittlung einschließlich staatlicher Förderung; die in Ansatz gebrachten fixen Sachkosten und variablen Schlepperkosten wurden aus dem Testbetriebsnetz „Bauernwald“ Baden-Württembergs abgeleitet.

Übersicht 23

Kennzahlen der Forstbetriebe des Staatswaldes[1]

Art der Kennzahl	Einheit	2004[2]	2005[3]
Holzeinschlag	m³/ha HB	6,6	7,0
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	283	297
Verkaufserlös Holz o. SW	€/m³	43	42
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	382	390
Aufwand Insgesamt Holzernte	€/ha HB	141	137
Reinertrag II Produktbereich 1–3	€/ha HB	– 99	– 93

[1] Ohne Treuhandwald.
[2] Flächenstaaten ohne Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt.
[3] Flächenstaaten ohne Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt, Bayern FWJ 2004.

Forstwirtschaftsjahr 2006 eine größere Menge Holz als im Vorjahr eingeschlagen. Die Holzpreise haben im Durchschnitt der Sortimente kräftig zugelegt. Nach Einschätzung von Sachverständigen wird sich der betriebliche Aufwand nur mäßig erhöhen. Für die Forstbetriebe wird deshalb im Forstwirtschaftsjahr 2006 mit einem deutlichen Anstieg der Einkommen gerechnet.

3 Fischwirtschaft

3.1 Fischereistruktur

(69) Am 31. Dezember 2005 gehörten zur deutschen Fischereiflotte 2 121 Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 64 075 BRZ und einer Gesamtmotorleistung von 159 299 kW (Tabelle 47). Im Bereich Große Hochseefischerei waren sieben Universalfroster sowie drei Spezialschiffe für den Schwarmfischfang tätig. Zur Kutter- und Küstenfischerei zählten 415 Kutter, 1 682 überwiegend offene oder teilgedeckte Kutter und Boote in der Küstenfischerei einschließlich der Fischerei auf unquotierte Arten und Süßwasserarten, sowie 14 Spezialfahrzeuge für die Muschelfischerei.

(70) Die Gemeinschaftsförderung im Fischereisektor erfolgte in der Förderperiode 2000 bis 2006 im Rahmen des Finanzinstrumentes zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF) auf der Grundlage der Fischereistrukturverordnung und der für diesen Zeitraum von der Europäischen Kommission genehmigten Operationellen Programme. Bis Ende 2005 wurden in der gesamten Bundesrepublik Einzelvorhaben mit rd. 91 Mio. Euro aus dem FIAF bezuschusst.

Mit Beginn der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 wird der Europäische Fischereifonds (EFF) das FIAF mit der Schwerpunktsetzung für reine Investitionen ablösen. Der EFF stellt einen wichtigen Schritt der beschlossenen Entwicklungsstrategie aus dem Jahr 2002 dar. Der Fonds konzentriert sich auf eine Anzahl von Schlüsselbereichen:

- Maßnahmen zur Anpassung der gemeinschaftlichen Fischereiflotte und Verringerung des Fischereiaufwandes,
- Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur,
- Maßnahmen von allgemeinem Interesse,
- Nachhaltige Entwicklung der Fischereigebiete,
- Technische Hilfe.

Mit dieser neuen Strukturhilfe ist der Fischereisektor in der Lage, die notwendigen weiteren Umstrukturierungs- und Anpassungsmaßnahmen durchzuführen.

(71) Die Investitionsneigung der Küstenfischer hielt sich 2005 auf Vorjahresniveau. Investitionshilfen z. B. für Kutterdarlehen und Zinsverbilligungen für Modernisierungen und Neubauten wurden in Höhe von 0,8 Mio. Euro abgerufen (Übersicht 24). Die familienbetrieblich orientierten Fischereibetriebe in Deutschland sind infolge geringer Eigenmittel und aufgrund hoher Investitionskosten zu einer Erneuerung der stark überalterten Kutterflotte nicht in der Lage. Wegen der besonderen Bedeutung der Kutterfischerei für den heimischen Frischfischmarkt und der sinnvollen Ausnutzung der Fischbestände sowie der Einhaltung der Fangquoten ist es notwendig, auch künftig Mittel bereitzustellen.

Übersicht 24

Ausgaben für die Seefischerei

Mio. Euro Bundesmittel

Maßnahme	2004		2005	2006
	Soll	Ist	Soll	Soll
Investitionsförderung	3,7	1,0	2,9	2,1
– Zuschüsse	1,3	0,4	1,0	0,8
– Kutterdarlehen	2,1	0,3	1,6	1,0
– Zinsverbilligung	0,3	0,3	0,3	0,3
Kapazitätsanpassung	3,0	2,0	2,7	0,2
Insgesamt	**6,7**	**3,5**	**5,6**	**2,3**

3.2 Große Hochseefischerei

Fänge und Erlöse

(72) Im Jahre 2005 stiegen die im In- und Ausland angelandeten Gesamtfänge auf 141 200 t. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Fänge damit um über 12 Prozent (Übersicht 25). Die Erlöse stiegen um 14,7 Mio. Euro auf 84,7 Mio. Euro an. Der Wert pro Tonne Fang stieg auf durchschnittlich 650 Euro.

Die vorläufigen Ertragsergebnisse im 1. Halbjahr 2006 zeigten eine positive Tendenz. Die Frostfischerzeugung der Großen Hochseefischerei konnte auf rd. 67 000 t gesteigert werden. Das Niveau der Erlöse blieb mit fast 41 Mio. Euro konstant im Vergleich zum 1. Halbjahr 2005.

3.3 Kleine Hochsee- und Küstenfischerei

Fänge und Erlöse

(73) Die Gesamtfänge der Kutterfischerei, die im Berichtsjahr an der deutschen Küste und in ausländischen Häfen angelandet wurden, verringerten sich auf 130 200 t, das sind 2 300 t weniger als 2004. Die Fangerlöse stiegen jedoch auf 123,1 Mio. Euro (+ 13,7 Prozent) und auch die Durchschnittserlöse pro Tonne Fang mit 1 010 Euro belegten ein positives Ergebnis.

Die Inlandsanlandungen an Frischfisch stiegen auf 40 500 t. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Erhöhung von fast 22 Prozent. Die dabei erzielten Erlöse erhöhten sich auf 25 Mio. Euro. Im Ausland wurden etwa 55 200 t Frischfisch abgesetzt, im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang von fast 9 Prozent. Trotz der geringeren Anlandungen stieg der Gesamterlös um 3,8 Prozent auf fast 41 Mio. Euro an.

Übersicht 25

Fanggewicht und Verkaufserlöse nach Fischereibetriebsarten[1)]

2005

Betriebsart	Fanggewicht		Verkaufserlöse	
	1 000 t	gegen 2004 in %	Mio. €	gegen 2004 in %
Große Hochsee-fischerei[2)]	141,2	*+ 12,7*	84,7	*+ 21,0*
Kleine Hochsee- u. Küstenfischerei (Kutterfischerei)	130,2	*– 1,7*	123,1	*+ 14,8*
Insgesamt	**271,4**	***+ 5,3***	**207,9**	***+ 17,3***

1) Einschließlich Direktanlandungen im Ausland.
2) Fischereifahrzeuge über 500 BRZ.
Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

In der Krabbenfischerei wurde mit 22 616 t, davon 19 872 t Speisekrabben, ein gutes Ergebnis erzielt. Die Anlandungen steigerten sich um 2 700 t. Die Fangerlöse verbesserten sich 2005 um fast 40 Prozent auf insgesamt 44,5 Mio. Euro.

In der Muschelfischerei war 2003 erstmals wieder eine Steigerung der Fangmenge zu verzeichnen. Dieser Trend verstetigte sich 2004 und auch 2005 nicht. Die Fänge reduzierten sich 2005 weiter auf 10 800 t. Die Erlöse sanken von fast 11 Mio. Euro auf knapp 9,5 Mio. Euro. Davon waren hauptsächlich die Anlandungen im Inland mit rd. 6 000 t betroffen.

Buchführungsergebnisse 2005

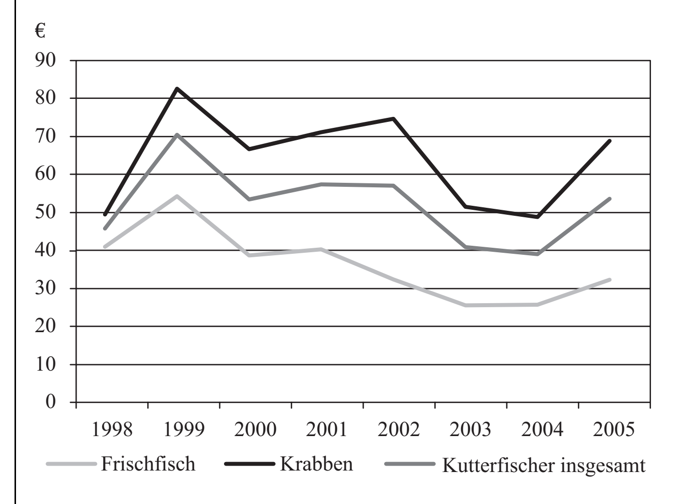
(74) Für das KJ 2005 wurden die Buchführungsdaten von 142 Testbetrieben der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei (Kutter mit Schiffslängen zwischen 10 und 36 m) ausgewertet. Aus dem früheren Bundesgebiet kamen davon 40 Frischfischkutter und 62 Krabbenfänger (einschl. Betriebe, die sowohl Krabben als auch Frischfisch fangen). 40 Fahrzeuge mit mehr als 10 m Länge haben ihren Heimathafen in Mecklenburg-Vorpommern. Buchführungsdaten von den in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls noch vorhandenen kleinen ungedeckten Booten stehen nicht zur Verfügung. Die Ergebnisse der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei können für Deutschland insgesamt als repräsentativ angesehen werden, bei stärkerer Differenzierung sind sie in ihrer Aussagekraft jedoch weiterhin eingeschränkt, da die Zahl der am Testbetriebsnetz teilnehmenden Kutter hierfür zu klein ist.

(75) Die Auswertungen zeigen, dass sich im Durchschnitt der Kutterfischerei die Ertragslage erheblich verbessert hat. Nach den deutlichen Rückgängen in den Vorjahren stiegen die Gewinne je Unternehmen im Durchschnitt der gesamten Flotte um rd. 37 Prozent auf 53 612 Euro an. Trotz geringerer staatlicher Zuschüsse und deutlich gestiegener Aufwendungen für Treib- und Schmierstoffe führten höhere Umsatzerlöse – infolge verbesserter Bedingungen bei Anlandungen und Preisen – zu dieser positiven Veränderung der Einkommen. Die Gewinnentwicklung verlief allerdings in Abhängigkeit von Region und Fangeinsatz (Krabben bzw. Frischfisch) unterschiedlich (Schaubild 6, Tabelle 48).

Schaubild 6

Gewinnentwicklung in der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei

1 000 Euro/Unternehmen



(76) Höhere Anlandungsmengen und weitgehend stabile Marktpreise führten bei den Frischfischfängern im früheren Bundesgebiet zu einem spürbaren Anstieg der Umsatzerlöse. Insgesamt konnten die Fischer dadurch einen Gewinnanstieg von etwa 23 Prozent auf rd. 44 700 Euro/Unternehmen realisieren.

(77) Die seit fünf Jahren rückläufigen Gewinne der Frischfischfänger in Mecklenburg-Vorpommern sind im KJ 2005 erstmals wieder gestiegen. Im Durchschnitt der Unternehmen verbesserten sie sich um etwa 27 Prozent auf rd. 21 500 Euro. Die Gründe hierfür waren erhebliche Einsparungen beim Aufwand. Bei kaum veränderten Umsätzen und höheren Ausgaben für Energie führten letztlich die deutlich niedrigeren Personalaufwendungen zur Gewinnsteigerung. Die Einkommen der Frischfischfänger in Mecklenburg-Vorpommern liegen aber weiterhin unter dem der Frischfischfänger im früheren Bundesgebiet. Ursachen hierfür sind insbesondere der höhere Anteil kleinerer Schiffe mit entsprechend niedrigerem Gewinnniveau und eine ungünstigere Produktzusammensetzung.

(78) Nach den Gewinnrückgängen in den Jahren 2003 und 2004 hat sich die Ertragslage der Krabbenfänger (einschl. Gemischtbetriebe) im KJ 2005 wieder stark verbessert. Preis- und mengenbedingt stiegen im Durchschnitt der Kutter die Unternehmensgewinne um gut 41 Prozent auf fast 69 000 Euro.

(79) Neben den persönlichen Fähigkeiten des Unternehmers werden die Ergebnisse der einzelnen Betriebe vor allem von Unterschieden beim Fangeinsatz, dem Fanggebiet und den Schiffslängen bestimmt. Unterteilt nach der Höhe ihres Gewinns haben im KJ 2005 rd. 2 Prozent (Vorjahr: 8 Prozent) der Kutter mit Verlust gewirtschaftet und 11 Prozent (36 Prozent) einen Gewinn von weniger als 15 000 Euro erzielt. Dagegen erreichten etwa 34 Prozent (2 Prozent) einen Gewinn von 60 000 Euro und mehr.

3.4 Binnenfischerei

(80) Die Bezeichnung Binnenfischerei umfasst alle fischereilichen Aktivitäten in natürlichen und künstlichen Binnengewässern sowie technischen Anlagen zur Fischhaltung. Dieser Wirtschaftszweig zählt etwa 1 050 Haupterwerbs- und mehr als 21 000 Neben- und Zuerwerbsbetriebe sowie ca. 1,5 Mio. auf inländischen Gewässern aktive Angler. Das Gesamtaufkommen der Erwerbs- und Angelfischerei aus Binnengewässern summierte sich im Jahr 2005 auf mindestens 54 417 t. Unter Berücksichtigung von Schätzungen zu den Fängen der Angelfischerei aus zurückliegenden Jahren dürfte das Aufkommen aller Zweige der Binnenfischerei im Berichtsjahr etwa 60 000 t erreicht haben. Der erwirtschaftete Erlös wurde ohne Berücksichtigung des Wertes der von Anglern gefangenen Fische auf etwa 178 Mio. Euro geschätzt.

Teil B

Maßnahmen

1 Politik für ländliche Räume

(81) Die Stärkung der ländlichen Räume ist für die Bundesregierung ein zentrales Anliegen. Diese sind durch große Vielfalt und unterschiedliche Potenziale geprägt: In vielen ländlichen Regionen bestimmen gute Beschäftigungsmöglichkeiten, intakte Natur und Umwelt, gepflegte Kulturlandschaften und stabile soziale Beziehungen die Lebensbedingungen. Andere Regionen haben mit wirtschaftlichen Strukturproblemen, Abwanderung und Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Deshalb sind differenzierte Lösungen für Wachstum und Beschäftigung erforderlich.

(82) Im Jahr 2006 wurde mit dem Bundeskongress „Drohender Niedergang oder wachsende Attraktivität: Die Zukunft des Ländlichen Raumes“ mit einer Veranstaltungsreihe begonnen, bei der Diskussionen über die Entwicklung ländlicher Räume neue Anstöße geben sollen. Vorgesehen sind drei regionale Folgekongresse und eine Abschlusskonferenz im Herbst 2007, auf denen Lösungsansätze für Wachstum und Beschäftigung in den ländlichen Räumen aufgezeigt werden sollen.

Die Land- und Forstwirtschaft ist in ländlichen Gebieten ein Standbein der regionalen Wirtschaft. Für neue Perspektiven in ländlichen Räumen ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, der sowohl den Agrar- und Umweltbereich, als auch die Förderung von Einkommensalternativen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft sowie die bedarfsgerechte Versorgung z. B. mit Gesundheitsleistungen, Bildungs- und Infrastruktureinrichtungen umfasst. Deshalb widmet die Bundesregierung der Kohärenz und Konsistenz der Politikbereiche – insbesondere der Regional-, Raumordnungs-, Verkehrs-, Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Umwelt- und Agrarpolitik – besondere Aufmerksamkeit mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik herzustellen. Dies bedeutet auch, in Regionen, die besonders von wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen betroffen sind, geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung dieser Räume zu ergreifen.

1.1 Förderung der ländlichen Entwicklung durch die EU

(83) Die Förderung im Rahmen der 2. Säule der GAP leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume. Mit den GAP-Reformen hat sie eine über den Agrarbereich hinausgehende stärkere Verantwortung für die regionale Entwicklung erhalten.

Grundlage dieser Politik ist die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums **(ELER)** im Förderzeitraum 2007 bis 2013. Sie ist auf die drei thematischen Schwerpunkte – Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft sowie Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung der Wirtschaft im ländlichen Raum – ausgerichtet. Zudem wird das LEADER-Konzept als wichtiger Ansatz zur integrierten ländlichen Entwicklung in die neue Programmstruktur übernommen.

(84) Die Bundesregierung hat mit dem „Nationalen Strategieplan für die Entwicklung ländlicher Räume 2007 bis 2013“ in Abstimmung mit den Bundesländern und unter Beteiligung der Verbände ein strategisches Gesamtkonzept erarbeitet, das die Prioritäten für jeden Schwerpunkt der 2. Säule der GAP – einschließlich der Quantifizierung der Hauptziele und Indikatoren für die Begleitung und Bewertung – enthält (www.bmelv.de). Darüber hinaus wird die Kohärenz der Förderung mit anderen Politiken unterstützt sowie die regionale Verteilung der EU-Mittel festgelegt.

Die Bundesländer legen mit ihren Entwicklungsprogrammen – ausgehend von einer detaillierten Analyse und in Übereinstimmung mit dem Nationalen Strategieplan – die konkreten Fördermaßnahmen und deren Dotierung fest.

(85) In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen in Deutschland insgesamt rd. 8,1 Mrd. Euro an EU-Mitteln zur Verfügung. Das sind selbst unter Berücksichtigung der Modulation im Durchschnitt 12 Prozent weniger als in der bisherigen Förderperiode. Bei Berücksichtigung des durch die Inflation verursachten Wertverlusts stehen im Vergleich zur vorausgegangenen Finanzierungsperiode 23 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Hinzu kommen nationale Mittel in voraussichtlich ähnlicher Größenordnung.

1.2 Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung

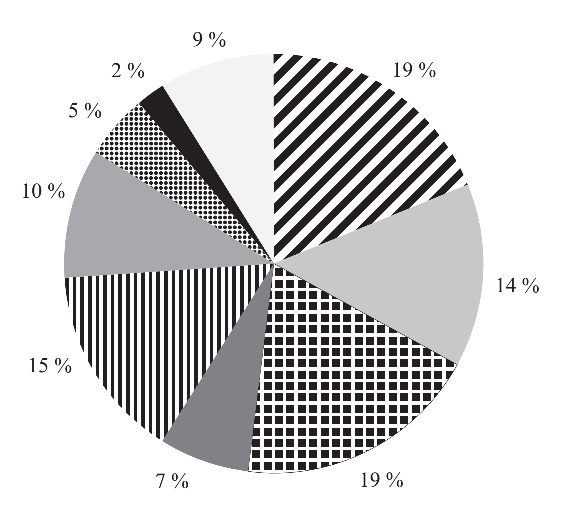
(86) Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das zentrale Instrument der Koordinierung der Agrarstrukturpolitik sowie zur Umsetzung und nationalen Mitfinanzierung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums. Ein finanzieller Schwerpunkt der Förderung liegt zurzeit bei der integrierten ländlichen Entwicklung, mit der insbesondere überbetriebliche Maßnahmen, z. B. der Dorferneuerung, der ländlichen Infrastruktur und der Diversifizierung umgesetzt werden. Weitere Maßnahmenschwerpunkte sind die einzelbetriebliche Investitionsförderung, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die Wasserwirtschaft, der Küstenschutz, die Marktstruk-

turverbesserung, die markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (Agrarumweltmaßnahmen) und die Forstwirtschaft (Schaubild 7).

Schaubild 7

Mittelverteilung in der GAK nach Förderbereichen

2006



- Integrierte ländliche Entwicklung[1)]
- Wasserwirtschaftliche Maßnahmen
- Einzelbetriebliche Förderung
- Marktstrukturverbesserung
- Ausgleichszulage
- Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung
- Forstwirtschaftliche Maßnahmen
- Sonstige Maßnahmen
- Küstenschutz

[1)] Umfasst die Erstellung von Entwicklungskonzepten, Regionalmanagement, Dorferneuerung, Infrastrukturmaßnahmen und Flurbereinigung.

Für 2007 stehen 615 Mio. Euro Bundesmittel und damit die gleiche Höhe wie 2006 zur Verfügung. Zusammen mit den Landesmitteln ergibt sich ein Fördervolumen von rd. 1 Mrd. Euro.

(87) Die GAK-Maßnahmen bilden als Nationale Rahmenregelung für die Förderperiode ab 2007 die Verbindung zwischen der Nationalen Strategie und den Programmen der Länder. Dazu wird die Grundkonzeption der GAK-Maßnahmen fortgeführt.

(88) Im Rahmen der Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung können künftig auch LEADER-Konzepte umgesetzt werden. Die Förderung der Dorferneuerung wird durch Auswahl der Maßnahmen auf der Grundlage von Konzepten stärker strategisch ausgerichtet. Der Fördersatz für die Flurbereinigung wird auf 75 Prozent abgesenkt, verbunden mit einer Übergangsregelung für bereits laufende Verfahren.

(89) Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird ab 2007 in zwei getrennten Förderungsgrundsätzen geregelt: Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) dient der Förderung von Investitionen in der unmittelbaren landwirtschaftlichen Produktion. Investitionen in außerlandwirtschaftliche Aktivitäten werden über die Diversifizierung gefördert. Die Regelförderung besteht für beide Fördergrundsätze aus einem Zuschuss von bis zu 25 Prozent der Investitionskosten (Investitionen in besonders tiergerechte Haltungsverfahren bis zu 30 Prozent). Das Mindestinvestitionsvolumen beträgt im AFP 30 000 Euro, bei der Diversifizierung 10 000 Euro. Die Zuwendungsvoraussetzungen sind vereinfacht worden.

(90) Die bisher vier getrennten Grundsätze der Förderung der Marktstrukturverbesserung werden zusammengefasst und der Kreis der Zuwendungsempfänger in der investiven Förderung entsprechend der ELER-Vorgaben auf Unternehmen mit weniger als 750 AK oder einem Jahresumsatz von weniger als 200 Mio. Euro begrenzt. Die unterschiedlichen Fördersätze wurden gestrafft und abgesenkt.

Die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten wird unverändert angeboten. Bei der Förderung der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung wird das Spektrum der Agrarumweltmaßnahmen fortgeführt, jedoch werden die Prämien infolge der Anpassung an die GAP-Reform (Entkopplung, Cross Compliance) sowie des Wegfalls der bisherigen Anreizkomponente durch die ELER-Verordnung moderat abgesenkt.

Die forstwirtschaftlichen Maßnahmen werden vereinfacht und auf Erstaufforstung, naturnahe Waldbewirtschaftung sowie Infrastruktur konzentriert.

Die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen werden auf einen modernen Hochwasserschutz und auf eine die EG-Wasserrahmenrichtlinie berücksichtigende Bewirtschaftung der Wasserressourcen konzentriert.

Sein besonderes Engagement für den Küstenschutz wird der Bund unverändert fortsetzen.

Die bisherige Förderung der Leistungsprüfungen innerhalb der GAK ist Ende 2006 ausgelaufen. Ab 1. Januar 2007 kommt der neue Fördergrundsatz „Verbesserung der genetischen Qualität“ zur Anwendung, mit dem eine stärker auf nachhaltige Zuchtprogramme fokussierte Förderung eingeführt wird.

(91) Das Modellvorhaben „REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“ wird bis Ende 2007 fortgeführt. Schwerpunkt ist dabei die Optimierung regionaler Wertschöpfungsketten, um dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen und die entwickelten Prozesse langfristig in den Regionen zu verankern.

(92) Der soziale, wirtschaftliche und kulturelle Beitrag der Landfrauen und der Landjugend hat einen hohen Stellenwert. Die Arbeit der Landfrauen wurde 2006 mit 97 000 Euro Bundesmitteln und die der Verbände der Landjugend mit 1,2 Mio. Euro unterstützt.

(93) Die Berufsbildung hat weiterhin große Bedeutung für die Zukunftssicherung der Agrarwirtschaft. Der Agrarbereich konnte seine Ausbildungsleistungen wiederum verbessern (Tabelle 49).

1.3 Besondere Maßnahmen in den neuen Ländern

(94) Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) hat 2006 rd. 55 100 ha landwirtschaftliche und rd. 22 800 ha forstwirtschaftliche Fläche verkauft, davon rd. 26 200 ha landwirtschaftliche und 16 500 ha forstwirtschaftliche Fläche nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG).

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den neuen Ländern ein Konzept für die künftige Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen erarbeitet, das ab 1. Januar 2007 umgesetzt wird. Danach werden die Flächen grundsätzlich alternativ zum Kauf oder zur Pacht ausgeschrieben. Dabei werden markt- und agrarstrukturelle Aspekte berücksichtigt. Der Flächenverkauf der BVVG zum Verkehrswert wird auf etwa 25 000 ha jährlich begrenzt, wodurch sich eine Streckung des Privatisierungszeitraums bis etwa 2020 ergibt. Zudem wird einem Existenz gefährdenden Flächenverlust entgegengewirkt: Kann der bisherige Pächter glaubhaft darlegen, dass eine weitere langfristige Pacht zur Fortführung des Betriebs erforderlich ist, soll er von der BVVG einen neuen Pachtvertrag über eine Laufzeit von bis zu neun Jahren ohne vorherige Ausschreibung erhalten können. Unter bestimmten Voraussetzungen können Pächter Flächen ohne Ausschreibung auch direkt kaufen. Unternehmen mit arbeitsintensiven Bewirtschaftungsformen können 2 000 ha pro Jahr im Wege beschränkter Ausschreibungen zum Kauf oder zur Pacht angeboten werden. Erleichterungen gibt es auch beim EALG-Erwerb: Die geltenden Bindungsfristen hinsichtlich der Ortsansässigkeit und der Bewirtschaftungskonzepte verkürzen sich um Zeiten früherer Pacht, soweit auch während dieser Zeiten die genannten Bedingungen erfüllt waren.

(95) Im Rahmen des Landwirtschafts-Altschuldengesetzes wurden insgesamt 1 222 Anträge zur Ablösung einer Altschuldensumme von ca. 2,389 Mrd. Euro gestellt. Die Altkredit führenden Banken haben auf der Grundlage des bisherigen betriebsindividuellen Ertragsniveaus und der vorgelegten Unternehmensprognosen gemeinsam mit der BVVG die Anträge geprüft. Bis Ende 2006 wurde in 408 Fällen Einvernehmen über Ablösevereinbarungen hergestellt. Die restlichen Anträge werden 2007 zügig bearbeitet.

2 Wettbewerbsfähigkeit

(96) Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft ist Leitbild der Agrarpolitik der Bundesregierung. Diese Wirtschaftsbereiche erfüllen in ländlich geprägten Regionen neben ihrer wirtschaftlichen Leistung, der Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen eine Vielzahl von Aufgaben, insbesondere die Gestaltung und den Erhalt der Kulturlandschaft sowie die Stabilisierung des ländlichen Siedlungsgefüges.

Die markt-, struktur-, umwelt- und sozialpolitischen Maßnahmen der Agrarpolitik sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft stärken und die Erfüllung der sonstigen Funktionen der Agrarwirtschaft unterstützen. Die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, insbesondere die Agrarinvestitionsförderung (Tz. 89), die Marktstrukturverbesserung und die forstwirtschaftlichen Maßnahmen (Tz. 90), sowie die Förderung im Fischereisektor (www.bmelv.de) dienen unmittelbar der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der Agrarwirtschaft haben die Europäische Kommission und die Bundesregierung in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich 2006 mit der Vereinfachung der Rechtsetzung bzw. dem Abbau bürokratischer Regeln begonnen.

Die Europäische Kommission verfolgt ihren Aktionsplan zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (http://ec.europa.eu/agriculture/). Im Fischereibereich hat die Europäische Kommission 2006 erstmals über die Fortschritte beim Aktionsplan 2006 bis 2008 zur Vereinfachung und Verbesserung der Gemeinsamen Fischereipolitik berichtet (http://ec.europa.eu/fisheries/legislation/). Die EU-Kommission hat im Dezember 2006 einen Vorschlag zur Zusammenfassung aller 21 Marktordnungen sowie weiterer Ratsverordnungen im Agrarmarktbereich zu einer einzigen Verordnung vorgelegt. Das Vorhaben soll durch vereinheitlichte und transparentere Regelungen die Akzeptanz der Agrarmarktpolitik verbessern.

Mit dem Kabinettbeschluss des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ vom 25. April 2006 hat die Bundesregierung umfassende Maßnahmen zum Bürokratieabbau eingeleitet. Es werden Verfahren entwickelt, die Verwaltungskosten messbar machen. Eine Art „Bürokratie-Check“ soll in Zukunft jedem Gesetz vorgeschaltet werden. Der Normenkontrollrat fungiert als unabhängiges Kontroll- und Beratungsgremium. Als wichtiger Schritt zur Entlastung der Unternehmen hat das Bundeskabinett ein „Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ (Mittelstands-Entlastungs-Gesetz, MEG) beschlossen (www.bundesregierung.de).

Ergänzend unternimmt BMELV eigene Anstrengungen zur Verringerung bürokratischer Hemmnisse. Im Zuständigkeitsbereich des BMELV wurden 12 Bundesgesetze und 53 Rechtsverordnungen aufgehoben und der Aktionsplan zur Verringerung bürokratischer Hemmnisse in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft im Juni 2006 verabschiedet. Mit der Umsetzung der enthaltenen 27 Einzelmaßnahmen wurde begonnen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Agrarwirtschaft zeigt sich auch in der Entwicklung der Exporte (Tz. 21). Der Agrarexport hat einen Anteil von etwa 4,7 Prozent am deutschen Gesamtexportwert. Er wächst seit Jahren beachtlich und bietet der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft Wachstumschancen. Im November 2006 wurde im BMELV eine Koordinierungsstelle für Exportfragen eingerichtet, die die vielfältigen exportfördernden Aktivitäten des Ministeriums schlagkräftiger ausrichten soll. Ein Parlamentarischer Staatssekretär beim BMELV ist zudem als Beauftragter für Agrarexportfragen auch für

die Findung und Vertiefung internationaler Kontakte tätig.

3 Marktpolitik

3.1 Getreide

(97) Trotz der im vergangenen Jahr niedrigeren Getreideernte ist der Binnenmarkt hinreichend versorgt. Berücksichtigt man die Lagerbestände sowie die üblichen Einfuhrmengen, reicht die letztjährige Getreideernte in Deutschland sowie in der gesamten EU nicht nur aus, um die Nachfrage am Binnenmarkt zu decken, sondern auch, dass ein Teil der EU-Getreideernte auf dem Weltmarkt abgesetzt werden musste.

Zur Stabilisierung der Märkte hat die Kommission zahlreiche Ausschreibungen für die Ausfuhr in Drittländer und für den Binnenmarkt eröffnet. Insbesondere im Hinblick auf die diesjährige Marktlage auf dem EU-Binnenmarkt hat sie den Verkauf aus der Intervention – auch aus der deutschen Intervention – bereits im Oktober eröffnet. Dabei stehen in den Mitgliedstaaten alle Getreidearten (Weichweizen, Gerste, Roggen und Mais) zum Verkauf an. Insgesamt wurden 13 Ausschreibungen für die Ausfuhr und 29 Ausschreibungen für den Binnenmarkt eröffnet. Die Kommission will damit eine gewisse Marktberuhigung im EU-Getreidemarkt erreichen und zugleich die Interventionsbestände, die sich am Anfang des Wirtschaftsjahres auf rd. 14 Mio. t Getreide beliefen, soweit wie möglich abbauen (Tabelle 50).

3.2 Energiepflanzen

(98) Der Agrarrat hat am 19. Dezember 2006 eine Ausweitung der Beihilferegelung für Energiepflanzen (45 Euro/ha) auf alle neuen Mitgliedstaaten und eine Anhebung der EU-Garantiefläche von 1,5 auf 2 Mio. ha beschlossen. Darüber hinaus sollen die sehr komplexen Durchführungsvorschriften vereinfacht werden.

3.3 Zucker

(99) Im ersten Jahr der Reform der EU-Zuckermarktordnung wird für das WJ 2007/08 im Herbst 2007 eine Marktrücknahme von 1,5 – 2 Mio. t bzw. 10 Prozent geschätzt. Sie könnte auch größer ausfallen, wenn weniger als die angenommenen rd. 3,5 Mio. t Quoten bis Ende Januar 2007 zurückgegeben werden.

3.4 Agraralkohol

(100) Im Betriebsjahr 2005/06 wurden rd. 4 267 000 hl Agraralkohol (A) erzeugt. Davon wurden im Rahmen des Branntweinmonopols von Brennereien, die mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden sind, rd. 557 000 hl A erzeugt. Von freien Brennereien außerhalb des Branntweinmonopols wurden rd. 3 710 000 hl A produziert. Dabei handelte es sich überwiegend um Alkohol für Kraftstoffzwecke (Bioethanol).

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, den Fortbestand und die Funktionsfähigkeit des Branntweinmonopols zunächst bis 31. Dezember 2010, dem Ende der geltenden EG-rechtlichen Ausnahmeregelung, sicherzustellen. In 2009 will sich der Bundestag auf Grundlage eines Berichtes der Bundesregierung erneut mit der Zukunft der landwirtschaftlich ausgerichteten und staatlich geförderten Agraralkoholerzeugung befassen.

3.5 Wein

(101) Das Abkommen zwischen der EU und den USA über den Handel mit Wein trat mit der Unterzeichnung am 10. März 2006 in Kraft. Es betrifft die Anerkennung önologischer Verfahren, den Bezeichnungsschutz, die Etikettierungsregeln und die Zertifizierungsanforderungen.

Für die Umstrukturierung und Umstellung der Rebflächen wurde Deutschland im Jahr 2006 ein Betrag in Höhe von 12 497 530 Euro von der Europäischen Kommission für eine Rebfläche von 1 966 Hektar zugewiesen.

Im Rahmen von EU-Marktmaßnahmen wurden Anträge für die Destillation von 34 400 hl Wein mit einem Beihilfeanspruch von ca. 650 000 Euro genehmigt. Für 1 270 hl reinen Alkohol wurden rd. 19 500 Euro Beihilfe bewilligt. Für die Lagerung reinen Alkohols wurden 2 Verträge mit einem Volumen von rd. 1 300 hl und einem Beihilfeanspruch von rd. 19 500 Euro abgeschlossen, davon 11 500 Euro ausgezahlt. Aus der öffentlichen Lagerhaltung wurden 8 600 hl Weinalkohol verkauft.

Für die Verwendung von rd. 81 500 hl rektifizierten Traubenmostkonzentrats zur Erhöhung des Alkoholgehalts von Wein wurden Beihilfen von rd. 9,4 Mio. Euro gezahlt.

Für die Herstellung von rd. 17 070 hl Traubensaft wurden rd. 106 000 Euro bewilligt.

Durch die Verordnung (EG) Nr. 1507/2006 wurden die Bedingungen für die Verwendung von Eichenholzstücken für die Behandlung von Weinen festgelegt. Durch eine Eilverordnung wurde die Anwendung bei deutschen Prädikatsweinen ausgeschlossen.

3.6 Hopfen

(102) Die Durchführungsvorschriften über die Registrierung von Verträgen und die Übermittlung von Angaben sowie die Vorschriften über die Zertifizierung von Hopfen und Hopfenprodukten wurden novelliert.

3.7 Obst und Gemüse

(103) Die Förderung der 33 anerkannten Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse bilden weiterhin den Schwerpunkt der Markt- und Preispolitik in diesem Sektor. Diese vermarkten rd. ein Drittel der deutschen Obst- und Gemüseproduktion. Im Jahr 2006 belief sich der Wert der von den Erzeugerorganisationen umgesetzten Ware auf 784 Mio. Euro. Für die Maßnahmen im Rahmen der Operationellen Programme zur Bündelung und Verbesserung der Vermarktung, für die Qualitätssicherung sowie die Förderung umweltgerechter Wirtschaftsweisen wurden in 2005 Beihilfen in Höhe von insgesamt 27,2 Mio. Euro ausgezahlt. Die für 2006 vorläufig geneh-

migten Beihilfebeträge belaufen sich auf ca. 28,5 Mio. Euro.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Vereinfachung und Weiterentwicklung der Gemeinsamen Marktorganisationen für Obst und Gemüse werden im Januar 2007 vorgelegt. Die Verabschiedung des Reformpaketes soll im ersten Halbjahr 2007 unter deutscher Präsidentschaft erfolgen. Mit der Reform sollen die Prinzipien der Agrarreform 2003 auch auf die Gemeinsamen Marktorganisationen für Obst und Gemüse übertragen werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeuger soll weiterhin über Erzeugerorganisationen gefördert werden.

3.8 Bananen

(104) Das zuvor auf Importkontingenten basierende EU-Einfuhrsystem für Bananen ist zum 1. Januar 2006 durch eine reine Zollregelung ersetzt worden („Tariff-Only“). Ausnahme bleibt lediglich ein Zollkontingent für die AKP-Länder mit einem Zollsatz von Null, das von 750 000 auf 775 000 t aufgestockt wurde. Der zu Jahresbeginn festgelegte allgemeine Zollsatz für das Tariff-Only-System ist auf 176 Euro/t festgelegt worden.

Die EU-Kommission hat die Binnenmarktregelung für Bananen reformiert, wobei die bisherigen Mittel für Bananenerzeuger verwandt werden für

– den Transfer in die Regelung für die ultraperipheren Gebiete (280 Mio. Euro p. a.) sowie

– die Entkopplung für die in Zypern, Griechenland und auf dem portugiesischen Festland erzeugten Bananen (betrifft weniger als 2 Prozent der Gesamterzeugung der EU).

3.9 Tabak

(105) Im ersten Jahr der Anwendung des teilentkoppelten Beihilfesystems haben 423 Tabakpflanzer Anträge für die gekoppelte Tabakbeihilfe gestellt. Bis 2009 werden 60 Prozent der bisherigen Beihilfe als gekoppelte Beihilfe ausbezahlt. Ab 2010 werden 10 Prozent der Betriebsprämie zugeschlagen, die verbleibenden 50 Prozent werden für Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes eingesetzt.

3.10 Vieh und Fleisch, Eier und Geflügel

(106) Das Jahr 2006 war gekennzeichnet durch das Auftreten der Geflügel- und der Schweinepest.

Die Ausbreitung der Geflügelpest mit dem Subtyp H5N1 nach Deutschland zu Anfang des Jahres 2006 führte zu einer intensiven öffentlichen Berichterstattung und Diskussion und infolgedessen zu einem spürbaren Rückgang im Verbrauch von Geflügelfleisch. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die Gemeinsame Marktorganisation für Eier und Geflügelfleisch dahingehend geändert, dass Sondermaßnahmen zur Stützung des Geflügelmarktes auch außerhalb der Sperr- und Beobachtungsgebiete auf Antrag der Mitgliedstaaten ermöglicht werden, die EU beteiligt sich zu 50 Prozent an den Kosten. Auf Antrag der Bundesregierung wurden für die infolge des Aufstallgebotes besonders betroffenen Sektoren Maßnahmen zur Entschädigung von vernichteten Gänsebruteiern und vorzeitig getöteten Zuchtgänsen bzw. legereifen Junghennen genehmigt. Die Bundesregierung hat dazu 5,6 Mio. Euro nationaler Mittel bereitgestellt.

Infolge des Auftretens der Klassischen Schweinepest in Gebieten Nordrhein-Westfalens wurden seitens der Bundesregierung ebenfalls EU-Sondermaßnahmen zur Stützung des Marktes für Schweinefleisch in den von den veterinärrechtlich angeordneten Transportrestriktionen betroffenen Gebieten beantragt, die jedoch nicht in Anspruch genommen wurden.

3.11 Milch

(107) Zum 1. Juli 2006 trat die dritte Stufe der 2003 in Luxemburg beschlossenen Reform der EU-Milchmarktordnung in Kraft (vgl. Tz. 168 AB 2005). Der Interventionspreis für Butter wurde um 7 Prozent auf 259,52 Euro/100 kg und der Interventionspreis für Magermilchpulver um 5 Prozent auf 174,69 Euro/100 kg gesenkt.

EU-weit wurden 2006 rd. 62 000 t Butter interveniert. Nach Überschreiten der für 2006 gültigen Höchstgrenze von 50 000 t setzte die Europäische Kommission den Ankauf zu festen Preisen aus und stellte den Interventionsankauf auf ein Ausschreibungsverfahren um. Bei Magermilchpulver wurden im Jahr 2006 lediglich rd. 1 000 t interveniert. Die Bestände konnten auch im Jahr 2006 weiter abgebaut werden. Am 31. Dezember 2006 befanden sich lediglich noch 75 000 t Butter in der öffentlichen Lagerhaltung (Tabelle 12). Die Inanspruchnahme der privaten Lagerhaltung von Butter lag mit 118 000 t etwa 30 000 t niedriger als im Vorjahr. Exporterstattungen und Beihilfesätze für Butter- und Milcheiweißverbilligungsmaßnahmen wurden reformbedingt weiter gesenkt und teilweise auf Null gesetzt (Tabelle 50).

Im Kalenderjahr 2006 wurde die den Milcherzeugern zum Ausgleich für die Interventionspreissenkungen gewährte Milchprämie letztmalig auf nun 3,55 Cent/kg Milchquote erhöht. Insgesamt wurden für 2006 rd. 990 Mio. Euro Milchprämie in Form betriebsindividueller Beträge an deutsche Milcherzeuger ausgezahlt.

Über die Milchquotenbörse wurden im Jahr 2006 an den Verkaufsterminen 3. April, 3. Juli und 30. Oktober insgesamt 522 461 t Milchquote verkauft. Insgesamt kam es im Jahresverlauf zu einer gewissen Annährung der Quotenpreise der 21 Übertragungsbereiche (Tabelle 51).

Mit der am 1. April 2006 in Kraft getretenen Vierten Verordnung zur Änderung der Milchabgabenverordnung wurde die im Rahmen der EU-Milchmarktreform beschlossene Aufstockung der Milchreferenzmengen um jeweils 0,5 Prozent in den drei Milchquotenjahren 2006/07 bis 2008/09 in Deutschland umgesetzt. Gleichzeitig wurde mit der Verordnung ab dem Milchquotenjahr 2006/07 die so genannte Molkereisaldierung auf 10 Prozent beschränkt. Damit werden Milcherzeugern, die ihre Anlieferungs-Referenzmenge überliefert haben, im Rahmen der Molkereisaldierung nicht genutzte Referenzmengen

(Unterlieferungen) von Milcherzeugern derselben Molkerei nur noch bis zur Höhe von 10 Prozent ihrer jeweiligen Anlieferungsreferenzmenge zugeteilt.

3.12 Betriebsprämienregelung

(108) Für das Jahr 2005 wurden in Deutschland 383 690 Betriebsinhabern rd. 16,937 Millionen Zahlungsansprüche zugewiesen (Tabelle 52). Insgesamt wurden den Betriebsinhabern 4,955 Mrd. Euro Betriebsprämie ausgezahlt.

Aufgrund der Reformen der Zucker- und der Tabakmarktordnung wurden im Jahr 2006 Zucker und Tabak in die Betriebsprämienregelung integriert. Auf Antrag wurde den Betriebsinhabern in 2006 ein betriebsindividueller Zuckergrundbetrag bzw. ein Tabakbetrag berechnet. Der hieraus ermittelte zusätzliche Referenzbetrag wurde auf alle Zahlungsansprüche – ausgenommen Zahlungsansprüche bei Flächenstilllegung – aufgeteilt, die dem Betriebsinhaber am 15. Mai 2006 gehörten (eigene und verpachtete Zahlungsansprüche).

3.13 Fakultative Modulation

(109) Die Europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Rahmen der politischen Einigung über die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 eine fakultative Modulation beschlossen. Die Mitgliedstaaten sollen danach die Direktzahlungen zusätzlich zur obligatorischen Modulation um bis zu 20 Prozent kürzen und mit diesen Mitteln Maßnahmen in der ländlichen Entwicklung finanzieren können. Im Mai 2006 hat die Europäische Kommission einen entsprechenden Verordnungsentwurf zur rechtstechnischen Umsetzung dieses Beschlusses vorgelegt, der sich an der obligatorischen Modulation orientiert. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland fordern eine flexiblere Ausgestaltung. Mit einer Verabschiedung der Verordnung wird im Frühjahr 2007 gerechnet. Deutschland wird von der Möglichkeit der fakultativen Modulation vorerst keinen Gebrauch machen. Die Frage einer zusätzlichen Modulation wird – auch nach der Ankündigung der Europäischen Kommission – im Rahmen der „Gesundheitsprüfung“ der GAP zu prüfen sein.

3.14 Cross Compliance

(110) Die Direktzahlungen sind seit dem Jahr 2005 an die Einhaltung von Vorschriften in den Bereichen Umwelt, Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit, sowie Tiergesundheit und Tierschutz (Cross Compliance) geknüpft (vgl. AB 2006, Seite 149).

Die stufenweise Einführung von Cross Compliance in drei Schritten seit 2005 wird 2007 durch die Anwendung von Tierschutzstandards abgeschlossen.

Im Jahr 2006 wurde die zweite Stufe der seit dem 1. Januar 2005 anwendbaren Cross-Compliance-Anforderungen umgesetzt. Im Bereich der Lebensmittelhygiene konnte bei den Anforderungen des EU-Hygienepakets eine pragmatische, vereinfachte Umsetzung erreicht werden. Die EU-Kommission hat auf deutsche Initiative hin ihre Anforderungen eingegrenzt und vereinfacht. Die Landwirte werden somit weniger belastet.

Die nach Änderung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung einheitlichen Pflegevorschriften für aus der Produktion genommenes Acker- und Dauergrünland sowie die Änderung der Ausnahmetatbestände in der neuen Düngeverordnung führen ebenfalls zu Verbesserungen für die Landwirte, da die Vorschriften vereinfacht bzw. weniger Landwirte von den Regelungen betroffen sind.

Auf Grundlage der Beschlüsse der Agrarminister des Bundes und der Länder vom 6. Juli 2006 wurden der EU-Kommission Vorschläge zur Vereinfachung der Cross Compliance übermittelt. Ferner wurden auf nationaler Ebene Spielräume in der Umsetzung identifiziert und Änderungen beschlossen, deren Umsetzung in der Verantwortung der Länder liegt.

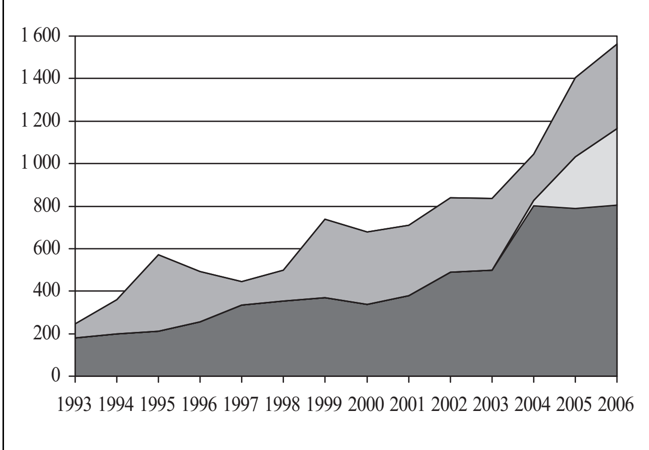
4 Nachwachsende Rohstoffe

(111) Nachwachsende Rohstoffe tragen zur Wertschöpfung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten bei. Sie leisten den größten Beitrag bei der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien. Von den 4,6 Prozent, die die erneuerbaren Energien insgesamt im Jahr 2005 am Primärenergiebedarf in Deutschland bereitstellten, entfielen rd. zwei Drittel auf die Biomasse. Auch für die stoffliche Nutzung wurden nachwachsende Rohstoffe verstärkt nachgefragt. In Deutschland wurden im Jahr 2006 auf 1,56 Mio. ha nachwachsende Rohstoffe angebaut (Schaubild 8). Dies ist zum einen die Folge steigender Energie- und Rohstoffpreise, zum anderen auch die Folge der Förderung durch die Bundesregierung.

Schaubild 8

Anbau nachwachsender Rohstoffe

1 000 ha



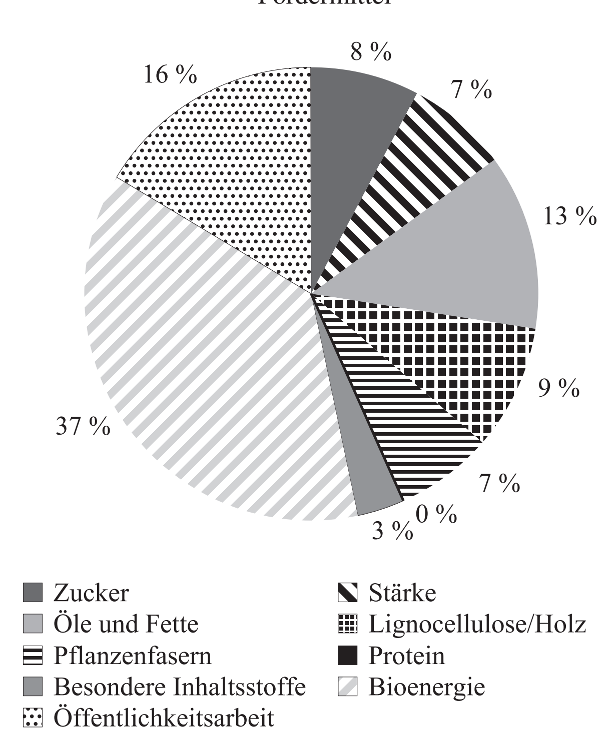
Das Programm zur Förderung von Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben sowie Markteinführung im Bereich nachwachsende Rohstoffe wurde 2006

mit 52 Mio. Euro auf hohem Niveau fortgeführt. Damit wurden im abgelaufenen Jahr rd. 300 Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben in verschiedenen Produktlinien sowie die Markteinführung und Verbraucherinformation gefördert (Schaubild 9).

Schaubild 9

Verteilung der Fördermittel auf die Projekte nach Produktlinien

2006



(112) Im energetischen Bereich bildeten Biogas, synthetische Biokraftstoffe und die Nutzung fester Biomasse (z. B. Holz, Getreide, Stroh, Ganzpflanzen) wichtige Förderschwerpunkte. Insbesondere wurden auch zahlreiche Projekte im Bereich Energiepflanzenzüchtung und -anbau gefördert, so dass die gesamte Kette vom Anbau bis zur energetischen Konversion einbezogen wird. Im stofflichen Bereich wurden insbesondere Konstruktionswerkstoffe, Feinchemikalien und technische Polymere sowie die biotechnologische Konversion vertieft bearbeitet. Im Rahmen der Markteinführung wurden v. a. biogene Schmierstoffe und Hydraulikflüssigkeiten sowie Naturdämmstoffe unterstützt. Die Bundesregierung fördert außerdem zahlreiche Projekte, die die Weiterentwicklung bestehender und die Entwicklung neuer Technologien im Biokraftstoffsektor betreffen. Interessante Perspektiven bieten synthetische Biokraftstoffe oder Biomass-to-Liquid-Kraftstoffe (kurz: BtL-Kraftstoffe). Die Bundesregierung fördert in Kooperation mit namhaften Unternehmen der Wirtschaft die Vorbereitungsarbeiten (Engineering) für eine Pilotanlage zur Erzeugung von BtL-Kraftstoffen in Freiberg (Sachsen). Eine ebenfalls viel versprechende Technologie wird im Rahmen eines Projekts beim Forschungszentrum Karlsruhe gefördert. Eine vom BMELV geförderte Studie der Deutschen Energie Agentur (dena) hat den Rahmen für die wirtschaftliche Realisierung einer BtL-Großanlage untersucht. Mit Hilfe der verschiedenen Projekte sollen noch offene Fragen zum Thema BtL beantwortet werden. Durch das Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien (MAP) unterstützt die Bundesregierung die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung und Nutzung von Wärme aus fester Biomasse, vor allem Holz, mit Investitionszuschüssen bzw. Teilschulderlassen. Seit dem Start des Programms im September 1999 wurde bis 2006 ein Investitionsvolumen von 3,2 Mrd. Euro mobilisiert.

Im rechtlichen Bereich sind im Jahr 2006 einige wesentliche Entscheidungen getroffen worden. Im Jahr 2005 betrug der Biokraftstoffanteil in Deutschland fast 4 Prozent. Das Ziel der EG-Biokraftstoff-RL von 2 Prozent in 2005 wurde damit deutlich übertroffen. Diese positive Entwicklung beruhte nicht zuletzt auf der bisherigen Mineralölsteuerbefreiung. Ziel der Bundesregierung ist es, Biokraftstoffe noch weiter voran zu bringen. Gemäß den zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Regelungen des Biokraftstoffquoten-Gesetzes wird die bisherige Steuerbegünstigung für Fettsäuremethylester und Pflanzenöl in Reinform außerhalb der Quote bis zum Jahr 2012 degressiv auslaufen. Gleichzeitig wird mit dem Biokraftstoffquotengesetz zum 1. Januar 2007 eine Biokraftstoffquote eingeführt. Die Quote wird stufenweise auf 8 Prozent im Jahr 2015 erhöht. Biokraftstoffe der zweiten Generation, Biogas und reines Bioethanol (E85) werden bis 2015 unter Berücksichtigung der Überkompensationsregelung und damit degressiv steuerbegünstigt. Innerhalb der Biokraftstoffquote angebotene Biokraftstoffe unterliegen der vollen Mineralölsteuer. Im Biokraftstoffquotengesetz sind darüber hinaus Ermächtigungen enthalten, die es erlauben, auf dem Verordnungswege Regelungen zu treffen, wonach Biokraftstoffe nur dann auf die Erfüllung von Quotenverpflichtungen angerechnet werden bzw. nur dann steuerlich gefördert werden, wenn bei der Erzeugung der eingesetzten Biomasse nachweislich bestimmte Anforderungen an eine nachhaltige Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen oder bestimmte Anforderungen zum Schutz natürlicher Lebensräume erfüllt werden.

Mit den Regelungen ist ein guter Ausgleich zwischen haushaltspolitischen Notwendigkeiten und dem Ziel einer Steigerung des Biokraftstoffanteils gelungen. Um auch zukünftig einen effizienten, nachhaltigen und an den naturräumlichen Gegebenheiten angepassten Ausbau der Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu gewährleisten, wird seitens der Bundesregierung unter Beteiligung der Verbände und der Wirtschaft ein Nationaler Biomasseaktionsplan erarbeitet, der in der ersten Hälfte des Jahres 2007 fertig gestellt werden soll und der auch mögliche Nutzungskonkurrenzen aufgreift.

5 Agrarsozialpolitik

5.1 Landwirtschaftliche Unfallversicherung

(113) Im Jahr 2006 wurde intensiv die Einführung eines Kapitaldeckungsverfahrens für die Neurenten statt eines Umlageverfahrens in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) diskutiert. Auf der Grundlage eines Gutachtens zu den finanziellen Folgen einer derartigen Umstellung erwies sich, dass in einem enormen finanziellen Kraftakt des Bundes und der Beitragszahler ein Kapitalstock aufgebaut werden müsste, um damit frühestens in knapp 20 Jahren die beitragszahlenden Landwirte zu entlasten. Deshalb stellt eine Umstellung der Finanzierungsgrundlagen in der LUV keine Lösung dar, kurz- bis mittelfristig zu einer Entlastung von Bund und Beitragszahlern zu kommen (Tabelle 53).

Stattdessen sollen im bestehenden System die Ausgaben verringert und damit Spielräume auf der Einnahmenseite geschaffen werden. Dies soll erreicht werden durch

– ein kurzfristig wirksames Vorschaltgesetz, mit dem punktuelle Änderungen des Unfallversicherungsrechts vorgenommen werden, die landwirtschaftliche Unternehmer und ihre Ehegatten betreffen; die Gesamtreform der gesetzlichen Unfallversicherung bleibt davon unberührt,

– eine deutliche Verringerung der laufenden Ausgaben für Bestandsrenten durch die Abfindung kleiner Unfallrenten und

– eine Modernisierung der Organisationsstrukturen der LUV und damit eine Senkung der Verwaltungskosten.

Zum letzten Punkt sieht der Koalitionsvertrag vor, die im Jahr 2001 beschlossene Organisationsreform in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) zu bewerten und die Organisationsstrukturen zu modernisieren. Angesichts der Reformen und Reformbestrebungen in den allgemeinen Sozialversicherungssystemen kann die jetzige Organisationsstruktur in der LSV nicht unverändert beibehalten werden.

In Abstimmungsprozessen zwischen den Bundesressorts und den Ländern wird derzeit erörtert, wie die Organisationsstrukturen der LSV modernisiert werden können.

Für 2007 ist es gelungen, im Bundeshaushalt die Bundesmittel für die LUV zu stabilisieren. Im Haushalt sind 100 Mio. Euro veranschlagt. Weitere 100 Mio. Euro sollen vor allem aus Veräußerungserlösen fließen. Damit konnte der Bundeszuschuss mit insgesamt 200 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Dies zeigt aber auch, wie wichtig Reformen in der agrarsozialen Sicherung sind, die zu einer Entlastung der Beitragszahler aber auch des Bundes führen müssen (Übersicht 26).

Übersicht 26

Ausgaben für die landwirtschaftliche Sozialpolitik

Mio. Euro Bundesmittel

Maßnahme	2006 Soll	2007 Soll
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 779,7	3 712,0
dav: Alterssicherung	2 350,0	2 362,0
Unfallversicherung	200,0	100,0[1)]
Landabgaberente	65,0	60,0
Krankenversicherung	1 125,0	1 160,0
Zusatzaltersversorgung	17,7	18,0
Produktionsaufgaberente	22,0	12,0

1) Verstärkung um 100 Mio. Euro durch Minderausgaben an anderer Stelle und Veräußerungserlöse vorgesehen.

5.2 Krankenversicherung der Landwirte

(114) Eine der größten Aufgaben der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ist die Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit unseres gesamten Gesundheitssystems, u. a. durch stabile Finanzstrukturen. Mit der Gesundheitsreform 2007 sollen die Strukturen, die Organisation und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zukunftsweisend umgestaltet werden. Das Bundeskabinett hat am 25. Oktober 2006 den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) beschlossen. Dabei haben alle Maßnahmen das Ziel, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu verbessern, die Qualität der Versorgung zu erhöhen und insgesamt durch stärkeren Wettbewerb, höhere Transparenz und systematischen Bürokratieabbau die finanzielle Stabilität der gesundheitlichen Versorgung sicher zu stellen.

Im Bereich der Leistungen und der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Leistungserbringern sollen die Maßnahmen des Gesetzes wirkungsgleich auf die landwirtschaftliche Krankenversicherung übertragen werden. In die neue Finanzierungsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung mit bundeseinheitlichem Beitragssatz, Einführung eines Gesundheitsfonds und morbiditätsorientiertem Risikostrukturausgleich wird die landwirtschaftliche Krankenversicherung jedoch nicht einbezogen. Sie behält ihren Sonderstatus bei, weil die Beiträge in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nicht einheitlich nach einem Beitragssatz auf das beitragspflichtige Entgelt wie in der allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung bemessen werden und Bundeszuschüsse zur Finanzierung der Leistungsausgaben der in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung versicherten Rentner geleistet werden (Tabellen 54, 55).

5.3 Alterssicherung der Landwirte

(115) Das Bundeskabinett hat am 29. November 2006 den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen

Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz) beschlossen, mit dem die Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr angehoben werden soll. Die Anhebung soll schrittweise beginnend von 2012 an mit dem Jahrgang 1947 bis 2029 erfolgen und ist dann für Versicherte ab Jahrgang 1964 abgeschlossen. Die für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen Regelungen zur Anhebung der Altersgrenzen sollen wirkungsgleich auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen werden. Als Besonderheit für die Alterssicherung der Landwirte ist die Einführung einer neuen vorzeitigen Altersrente ab 65 – mit Abschlägen – vorgesehen. Diese Sonderregelung ist sozialpolitisch geboten, weil die Anhebung der Regelaltersgrenze ohne diese geringfügige Flankierung für Landwirte wesentlich gravierendere Auswirkungen hätte als für Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung.

Durch das Beitragsgesetz Landwirtschaft 2007 wurde der Beitrag für Landwirte mit Unternehmenssitz in den alten Ländern entsprechend dem Beitrags-/Leistungsverhältnis in der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung des Leistungsspektrums der Alterssicherung der Landwirte für 2007 auf monatlich 204 Euro festgelegt. Für das Beitrittsgebiet ergibt sich ein monatlicher Beitrag in Höhe von 176 Euro (Tabellen 56 bis 59).

5.4 Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft

(116) Die mit Beginn des Jahres 2006 von der Bundesregierung erlassene neue Eckpunkteregelung über die Zulassung von ausländischen Saisonarbeitskräften hat das Ziel, verstärkt auch inländischen Arbeitskräften Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft zu ermöglichen. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt sein, dass die Betriebe ihren notwendigen Bedarf an Arbeitskräften decken können. Um etwaige Probleme und Verwerfungen in der Praxis rechtzeitig zu erkennen und entsprechend gegensteuern zu können, wurden im Rahmen eines Monitoringverfahrens unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und unter aktiver Beteiligung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Jahr 2006 in fünf Sitzungen Erfahrungen aus der Praxis vor Ort evaluiert und Abhilfestrategien entwickelt. Im Ergebnis bleibt nach einem Jahr festzuhalten, dass die bestehende Eckpunkteregelung dann sachgerecht umgesetzt werden kann, wenn einerseits eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und den öffentlichen Arbeitsvermittlungen (Agenturen für Arbeit, Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende) stattfindet. Andererseits müssen die zur flexiblen Anwendung der Eckpunkteregelung vorgesehenen Möglichkeiten flächendeckend genutzt werden. Insbesondere ist die so genannte Härtefallregelung anzuwenden, wenn die Bemühungen aller Beteiligten, ausreichend inländische Arbeitskräfte einzustellen, gescheitert sind. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Arbeitsvermittlungen im Jahr 2007 vor allem durch eine gezieltere Bewerberauswahl und -qualifizierung sowie eine Verbesserung der Abläufe die erkannten Schwachstellen beseitigen.

6 Forstpolitik

(117) Nach den Bestimmungen des Bundeswaldgesetzes ist die Forstwirtschaft wegen der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes öffentlich zu fördern. Den forstwirtschaftlichen Fördermaßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) kommt dabei zentrale Bedeutung zu.

(118) Als Schwerpunkt bei dem Fördergrundsatz „Maßnahmen zur Erhöhung der Stabilität der Wälder“ wurde im Jahr 2005 der Umbau von Reinbeständen in stabile Laub- und Mischbestände auf rd. 11 800 ha gefördert. Bei den waldbaulichen Maßnahmen wurden Erstaufforstungen auf rd. 1 180 ha (darunter ca. 95 Prozent Laub- und Mischbestände) sowie die Jungbestandspflege auf 9 620 ha bezuschusst. Der Waldwegebau umfasste 790 km.

Die anhaltende Nachfrage nach Rohholz zur stofflichen und energetischen Nutzung sowie steigende Holzpreise haben eine verstärkte Mobilisierung der Waldholzpotenziale in den Vordergrund gerückt. Sie gewinnt auch bei der Umsetzung der Holzcharta zunehmend an Bedeutung. Neben laufenden Projekten wie die regionalisierte Clusterstudie Wald und Holz der Bundesregierung oder dem neuen Förderschwerpunkt zur stofflichen Holznutzung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe bilden daher Themen wie

- die quantitative und qualitative Optimierung des Rohholzangebots,
- die Optimierung der gesamten Holzlogistikkette oder
- das Vorratsmanagement im Wald

zentrale Schwerpunkte des Maßnahmenteils der Holzcharta.

Die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft führt eine bundesweite Clusterstudie durch, die dazu beitragen soll, Holz verstärkt und effizienter zu nutzen. Erste wichtige Teilergebnisse der Studie, z. B. zur regionalen Potenzialabschätzung, wurden im Sommer 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Stärken-Schwächenanalyse der Branche mit einem internationalen Vergleich befindet sich in Bearbeitung. Dabei werden volkswirtschaftliche Kenndaten und die Mobilisierung von Holz differenziert untersucht.

Eine weitere Grundlage für forstpolitische Entscheidungen der Bundesregierung bilden die Ergebnisse des Nationalen Waldprogramms. Auf breiter Basis wurden Handlungsempfehlungen von und für alle Beteiligten erarbeitet. Die Umsetzung der Empfehlungen wird durch ein Monitoring begleitet.

Ein Ziel der Waldpolitik der Bundesregierung ist es, auf möglichst großer Fläche stabile, gemischte, vielseitig strukturierte und leistungsfähige Wälder zu erhalten bzw. aufzubauen. Zum Erhalt der Stabilität der Waldökosysteme und der Biologischen Vielfalt strebt die Bundesregierung daher eine naturnahe Waldwirtschaft möglichst auf der gesamten forstwirtschaftlich genutzten Fläche an.

Um ein Signal für die große Bedeutung einer im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips umweltgerechten, sozialverträglichen und wirtschaftlich tragfähigen Bewirtschaftung der Wälder zu setzen, unterstützt die Bundesregierung die Zertifizierung nachhaltig bewirtschafteter Wälder. Dieses Ziel soll durch eine neue Beschaffungsregelung unterstrichen werden. Danach ist vorgesehen, dass Holz und Holzprodukte, die durch die Bundesverwaltung beschafft werden, nachweislich aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen müssen. Der Nachweis ist vom Bieter durch Vorlage eines Zertifikats von FSC (Forest Stewardship Council), PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes), eines vergleichbaren Zertifikats oder durch Einzelnachweise zu erbringen.

In Bezug auf die globalen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge sowie in der Umsetzung zwischenstaatlicher Vereinbarungen steht Deutschland zu seiner internationalen Verantwortung. Daher engagiert sich die Bundesregierung im Kampf gegen den weltweiten illegalen Holzeinschlag. Hierdurch wird das Vertrauen der Verbraucher in das nachhaltig erzeugte und umweltfreundliche Produkt Holz gestärkt.

Die Maßnahmen aufgrund neuartiger Waldschäden werden im Waldzustandsbericht der Bundesregierung beschrieben (www.bmelv.de).

7 Umweltaspekte der Land- und Forstwirtschaft

Biotechnologie und Gentechnik

(119) Die Biotechnologie hat sich über die vergangenen Jahre weltweit in vielen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen fest etabliert – angefangen bei der Medizin, über die chemische Industrie bis hin zur Lebensmittelproduktion. Für Wissenschaft, Forschung und Industrie sind biotechnologische Verfahren heute unverzichtbar.

Die wichtigsten Anwendungsbereiche der Grünen Gentechnik – der Nutzung biotechnologischer Verfahren in der Land- und Forstwirtschaft – sind derzeit schädlingsresistente und herbizidtolerante Pflanzen. Es werden Potenziale der gentechnisch veränderten Pflanzen der 2. und 3. Generation gesehen. Gleichzeitig besteht bei vielen Menschen Besorgnis hinsichtlich einer breiten kommerziellen Anwendung.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat daher darauf hingewirkt, hier

– einen sachlichen Dialog mit allen Beteiligten zu führen,
– nach praxisgerechten Lösungen zu suchen und
– einen fairen Ausgleich der Interessen zu erreichen.

Im Koalitionsvertrag ist eine weitere Novellierung des Gentechnikgesetzes vorgesehen. Die Novelle wird durch ein Eckpunktepapier vorbereitet, das vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Beginnend im Frühjahr 2006 wurden mit Wissenschaft, Wirtschaft und vielen gesellschaftlichen Gruppen – auch mit Gegnern der Grünen Gentechnik – zahlreiche Gespräche geführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen in den Meinungsbildungsprozess der Bundesregierung ein.

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes vom 17. März 2006 dient der ordnungsgemäßen Umsetzung und Durchführung der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG. Die Richtlinie war bis Oktober 2002 in nationales Recht umzusetzen. Da Deutschland dieser Verpflichtung nicht fristgemäß nachgekommen war, hat der Europäische Gerichtshof im Juli 2004 eine Verletzung des EG-Vertrages festgestellt. Das Änderungsgesetz enthält überwiegend Form- und Verfahrensvorschriften:

Inhalt der Antragsunterlagen (Umweltverträglichkeitsprüfung, Vorlage eines Beobachtungsplans, Vorlage einer Zusammenfassung der Akte, Nachforderung von Unterlagen, Bezugnahme auf Unterlagen Dritter), Regelung von Bearbeitungsfristen, Öffentlichkeitsbeteiligung, Unterrichtung der Öffentlichkeit über Überwachungsmaßnahmen.

Im August 2006 teilte das US-Landwirtschaftsministerium mit, dass in Langkornreis Spuren des gentechnisch veränderten LL Reis 601 nachgewiesen wurden. Dieser gentechnisch veränderte Reis war in den Jahren 1998 bis 2001 in den USA experimentell freigesetzt worden. Er besitzt weder in den USA noch in der EU eine Zulassung zum Inverkehrbringen. Die Eilverordnung des Bundesministeriums vom 29. August 2006 untersagt – entsprechend den Vorgaben einer Entscheidung der Europäischen Kommission – das erstmalige Inverkehrbringen von Langkornreis-Produkten aus den USA, wenn für diese kein Analysebericht vorgelegt wird, aus dem hervorgeht, dass das Produkt keinen gentechnisch veränderten Reis der Linie LL Reis 601 enthält oder aus diesem hergestellt ist.

Biologische Vielfalt, Genetische Ressourcen

(120) Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft nehmen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der biologischen Vielfalt und basieren ihrerseits auf der Nutzung von Bestandteilen dieser Vielfalt und von vielfältigen Ökosystemleistungen, so dass sie auch von Verlusten der biologischen Vielfalt besonders betroffen sind. Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit eine umfassende nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, die auf den Verpflichtungen nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) beruht. Sie wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt und anschließend mit den Ländern und Verbänden erörtert. Ergänzend dazu hat BMELV den Entwurf einer Sektorstrategie zur Agrobiodiversität (s. AB 2006, Ziff. 107) im Lichte veränderter politischer Ziele und Schwerpunkte überarbeitet. Mit den Arbeiten soll das in der EU und international vereinbarte Ziel einer Einhaltung bzw. Verringerung des Verlustes biologischer Vielfalt bis 2010 verfolgt werden.

Die „Agrobiodiversitätsstrategie“ soll die nationale Strategie ergänzen und ihre Umsetzung in den o. a. Bereichen unterstützen. Diese Arbeiten sind im Hinblick auf die 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Mai 2008 in

Deutschland, bei der u. a. die Arbeitsprogramme der CBD zur Agrobiodiversität und zu den Wäldern überprüft und die Thematik Meeresschutzgebiete im Rahmen eines internationalen Netzwerkes von Schutzgebieten behandelt werden, von besonderer politischer Bedeutung.

Im Juni 2006 hat die erste Sitzung des Lenkungsorgans (der Vertragsstaaten) zum Internationalen Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Madrid stattgefunden. Es wurden alle für die Durchführung des Vertrages notwendigen Instrumente beschlossen, u. a. eine Finanzierungsstrategie und eine Regelung, mit der weltweit einheitlich der Zugang zu und der Vorteilsausgleich bei genetischen Ressourcen der Hauptnahrungspflanzen geregelt wird. Deutschland unterstützt die Umsetzung des Vertrags im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit u. a. durch bilaterale Vorhaben im Bereich Agrobiodiversitätsmanagement (z. B. mit der VR China) oder im Rahmen von Vorhaben zur ländlichen Entwicklung (z. B. in Ecuador oder Peru).

Mit dem Globalen Fonds für die Nutzpflanzenvielfalt, einer 2004 gegründeten internationalen Stiftung mit Sitz in Rom, die die dauerhafte Sicherung eines weltweiten Netzwerkes von Genbanken gewährleisten soll, wurde eine Vereinbarung getroffen, die vorsieht, dass Deutschland bis 2010 einen Beitrag von bis zu 7,5 Mio. Euro zum Stiftungskapital leistet.

Zum Jahresbeginn 2007 ist das neue Tierzuchtgesetz in Kraft getreten. Zum Zwecke der Erhaltung tiergenetischer Ressourcen sieht das neue Gesetz künftig die periodische Durchführung eines Monitorings als hoheitliche Aufgabe der Länder vor. Die näheren Konditionen hierzu wird das BMELV in einer Rechtsverordnung, darüber hinaus ggf. auch durch eine Verwaltungsvorschrift bestimmen.

Des Weiteren kann das BMELV per Rechtsverordnung auch die Grundsätze der Sammlung, Lagerung und Verwendung von Samen, Eizellen, Embryonen und sonstigem genetischem Material von einheimischen Rassen zum Zweck der langfristigen Sicherung und Erhaltung dieser Rassen als Bestandteil der genetischen Vielfalt vorschreiben (Nationale Kryoreserve).

Klimaschutz

(121) Für die Bundesregierung ist Klimaschutz ein besonderes Anliegen und entsprechend der Koalitionsvereinbarung integraler Bestandteil ihrer Politik. Dabei sind Maßnahmen zur Vorbeugung von klimabedingten Katastrophen und Maßnahmen zur Sicherheit der Energieversorgung von großer Bedeutung. Die Politik des BMELV fügt sich in das EU-Ziel ein, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, damit die globale Oberflächentemperatur im Jahresmittel um nicht mehr als 2°C über das vorindustrielle Niveau ansteigt.

Land- und Forstwirtschaft sind einerseits vom Klimawandel unmittelbar betroffen und müssen sich den dadurch bedingten Veränderungen anpassen. Andererseits beeinflussen Land- und Forstwirtschaft den Treibhauseffekt erheblich. Land- und Forstwirtschaft tragen zum einen rd. 13 Prozent zu den Treibhausgas (THG)-Emissionen in Deutschland bei. Zum anderen wird im Boden, in den landwirtschaftlichen Kulturpflanzen und im Wald CO_2 in Biomasse gebunden und so der Atmosphäre entzogen. Land- und Forstwirtschaft stellen Biomasse zur stofflichen und energetischen Verwertung zur Verfügung. Neben dem damit verbundenen positiven Klimaeffekt durch die Substitution von fossilen Energieträgern schafft dies auch der Land- und Forstwirtschaft Einkommensmöglichkeiten und trägt zur Sicherheit der Energieversorgung bei.

BMELV entwickelt derzeit seine Maßnahmen weiter, um die Emissionen aus der Landwirtschaft zu reduzieren, den Entzug von CO_2 aus der Atmosphäre durch Biomasse der Land- und Forstwirtschaft auf hohem Niveau zu halten oder zu erhöhen und die Möglichkeiten zur Substitution fossiler Energieträger zu maximieren. Darüber hinaus soll die Forschung über Anpassungsmöglichkeiten an geänderte klimatische Bedingungen intensiviert werden.

Gewässerschutz

(122) Die Ergebnisse der 2005 abgeschlossenen Bestandsaufnahme nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zeigen die in Deutschland erzielten Fortschritte bei der Reinhaltung der Gewässer auf, belegen aber auch, dass bei uns der bis zum Jahr 2015 geforderte „gute chemische und gute ökologische Zustand“ der Oberflächengewässer und des Grundwassers vielfach noch nicht erreicht ist. Ohne weitere Maßnahmen wären diese Ziele bei 62 Prozent der Flusswasserkörper nicht zu erreichen, bei weiteren 26 Prozent ist das Erreichen unsicher. Das Ergebnis wird im Wesentlichen durch den derzeitigen ökologischen Zustand bestimmt. Gründe liegen u. a. in der hohen Nährstoffbelastung vor allem aus diffusen Quellen. Für die Seen ist das Ergebnis besser (38 Prozent unwahrscheinlich, 24 Prozent unsicher), für die Brackwässer und Küstengewässer jedoch schlechter (91 Prozent unwahrscheinlich, 2 Prozent unsicher). Hier werden die Nährstoffe zum wichtigsten Belastungsfaktor, weil sie in diesen weitgehend stehenden Gewässern zur Eutrophierung führen. Von den Ländern sind für alle Wasserkörper, die sich nicht in einem „guten Zustand“ befinden, bis zum Jahr 2009 Bewirtschaftungspläne mit effizienten Minderungsmaßnahmen aufzustellen, um die Ziele der WRRL erreichen zu können. Nur eine Kombination aus phosphatfreien Waschmitteln, Phosphateliminierung in Kläranlagen und die weitere Minderung der Phosphat- und Stickstoffeinträge aus diffusen Quellen ermöglicht es, die im Zuge der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vorgegebenen Ziele eines guten chemischen und guten ökologischen Gewässerzustandes zu erreichen.

Dem steht nicht entgegen, dass Deutschland von einer in der Nitratrichtlinie vorgesehenen Ausnahmeregelung Gebrauch macht. Diese sieht vor, dass auf intensiv genutztem Grünland statt 170 kg N/ha bis zu 230 kg N/ha aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft aufgebracht werden können. Ziel ist es, gut geführten flächenarmen Betrieben eine möglichst vollständige Verwertung ihrer hofeigenen Wirtschaftsdünger zu ermöglichen. Diese Re-

gelung ist mit besonderen Auflagen verbunden, so dass sichergestellt ist, dass es nicht zu zusätzlichen Gewässerbelastungen kommt. Voraussetzung für die Genehmigung der Ausnahmeregelung war die vollständige Umsetzung der Vorgaben der Nitratrichtlinie in deutsches Recht. Mit der Novellierung der Düngeverordnung und der Lagerbehälterregelungen der Länder wurde dies erreicht. Insgesamt werden diese neuen Regelungen einschließlich der Ausnahmeregelung den Schutz der Gewässer verbessern und stehen somit im Einklang mit den Zielen der WRRL. Die damit verbundenen Maßnahmen werden den Nährstoffaustrag aus der Landwirtschaft weiter verringern.

Der Umweltrat hat im Dezember 2006 die politische Einigung zum Entwurf einer Meeresstrategie-Richtlinie erzielt, mit der bis 2021 der gute Zustand der Meeresumwelt erreicht werden soll. Auf der Grundlage des Ökosystemansatzes sollen dabei zukünftig Umweltaspekte in all diejenigen Politikbereiche integriert werden, welche Auswirkungen auf die Qualität der Meeresgewässer haben. Dies schließt den Landwirtschaftsbereich mit ein. Die von der Meeresstrategie-Richtlinie geforderte Einbeziehung der Regionalkooperationen OSPAR und HELCOM stellt die Nutzung bereits vorhandener Erkenntnisse zu Umweltauswirkungen der Landwirtschaft auf die Meeresumwelt sicher.

Bodenschutz

(123) Der Bodenschutz ist wesentlicher Bestandteil der Agrar- und Forstpolitik der Bundesregierung, denn Böden sind die wichtigste Produktionsgrundlage der Land- und Forstwirtschaft. Über 50 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland werden landwirtschaftlich genutzt; über 30 Prozent sind Waldflächen, die hauptsächlich forstwirtschaftlich genutzt werden. Am Schutz dieser Böden und an dem Erhalt ihrer natürlichen Funktionen haben Land- und Forstwirte nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen ein großes Eigeninteresse. Böden sind aber auch Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen sowie Speicher und Schadstofffilter für das Wasser und deswegen auch beim Hoch- und Trinkwasserschutz von großer Bedeutung (vgl. Tz. 122). Als Kohlenstoffsenke sind Böden wichtig für den Klimaschutz (siehe Tz. 121). Die Böden und ihre Funktionen können durch den Eintrag unerwünschter Stoffe über die Atmosphäre oder im Rahmen der landbaulichen Bewirtschaftung beeinträchtigt werden. Diese Einträge müssen daher, insbesondere auch im Hinblick auf den Eintrag in Waldböden, weiter reduziert und soweit wie möglich begrenzt werden. Zur Verbesserung des Bodenschutzes hat die Bundesregierung zusätzlich zum bestehenden rechtlichen Instrumentarium im Bereich der Luftreinhaltung (u. a. Bundes-Immissionsschutzgesetz) und des Bodenschutzes (u. a. Bundes-Bodenschutzgesetz und Düngemittelgesetz) eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen. Hierzu gehören die Novellierungen der Düngemittelverordnung sowie der Klärschlamm-, der Bioabfall-, der Bundes-Bodenschutz- und der Altlastenverordnung. Durch die Umsetzung der Bodenschutzvorgaben im Rahmen von Cross Compliance wird ein wichtiger Beitrag für eine standortangepasste Bodenbewirtschaftung geleistet. Die EU-Kommission hat am 22. September 2006 ihre Bodenschutzstrategie vorgelegt. Sie besteht aus drei Säulen: Mitteilung der EU-Kommission zur spezifischen EU-Bodenschutzstrategie, Vorschlag für eine Bodenrahmenrichtlinie und Folgenabschätzung.

8 Tierschutz, Tiergesundheit, Tierzucht

Tierschutz

(124) Zum Tierschutz legt die Bundesregierung regelmäßig – zuletzt im Jahr 2005 – einen umfassenden Tierschutzbericht vor (www.bmelv.de).

Tiergesundheit

(125) Am 21. August 2006 wurde in Deutschland erstmalig die Blauzungenkrankheit (BT) in sieben Rinder- und zwei Schafbeständen amtlich festgestellt. Auf Gemeinschaftsebene ist die Bekämpfung der BT in der Richtlinie 2000/75/EG geregelt, die mit der Verordnung zum Schutz gegen die Blauzungenkrankheit vom 22. März 2002 (BGBl. I S. 1241) in nationales Recht umgesetzt worden ist. Auf Grund weiterer EG-rechtlicher Regelungen, insbesondere hinsichtlich des Verbringens empfänglicher Tiere, hat das BMELV die Verordnung zum Schutz vor der Verschleppung der Blauzungenkrankheit in Kraft gesetzt, die zuletzt am 24. November 2006 geändert worden ist. Sie sieht folgende Maßnahmen vor:

Die Verbringung von lebenden empfänglichen Tieren (Wiederkäuern) aus den Restriktionsgebieten ist grundsätzlich verboten.

Die Verbringung von seit dem 1. Mai 2006 gewonnenen Samen, Eizellen und Embryonen aus den Restriktionszonen ist verboten.

Ausnahmen sind für die Verbringung von Schlachttieren und für den Transit unter Auflagen möglich.

Zwischen dem 15. Februar 2006 und dem 3. August 2006 wurden in Deutschland 344 Fälle von hochpathogener aviärer Influenza (HPAI vom Subtyp H5N1) bei Wildvögeln festgestellt. Es handelte sich um Schwäne, Wildgänse, Enten, Möwen und andere Wasservögel sowie in Einzelfällen um Greifvögel und Rabenvögel. Zusätzlich gab es drei Feststellungen bei Katzen und eine Feststellung bei einem Steinmarder. Am 5. April 2006 wurde die durch das HPAI-Virus verursachte Klassische Geflügelpest in einem Nutzgeflügelbestand in Sachsen festgestellt. Die Tiere des Bestandes, in den Beständen der Umgebung und in identifizierten Kontaktbeständen wurden vorsorglich getötet, um die Weiterverbreitung zu verhindern.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass für die Verbreitung des aviären Influenzavirus über große Strecken und Gebiete die Zugvögel, die Transportwege international gehandelter Waren und die Bewegungen von Geflügel verantwortlich sind. Es bestehen aber weitere offene Fragen zur Epidemiologie des Virus, die zu lösen künftiger Gegenstand der Forschung sein wird. In Bamako, Mali, wurde erstmals in Afrika eine große internationale Konferenz zur Bekämpfung der aviären Influenza durchgeführt.

Bei der Geberkonferenz im Januar 2006 in Peking wurden 1,9 Mrd. Dollar an Finanzhilfe für Maßnahmen zur internationalen Bekämpfung der aviären Influenza bereitgestellt, von denen bereits mehr als die Hälfte umgesetzt wurden. Damals standen die betroffenen Länder in Südostasien im Vordergrund. Deutschland finanziert Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt rd. 30 Mio. Euro für die Bekämpfung der aviären Influenza. Diese Mittel werden von den Bundesministerien für Gesundheit, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erbracht. Über die bereits in Peking gemachten bestehenden Verpflichtungen hinaus engagiert sich Deutschland mit weiteren 5,9 Mio. Euro insbesondere in Entwicklungsländern in Afrika, die beim nachhaltigen Aufbau von nationalen und regionalen Kapazitäten für die erforderliche Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Vorbeugung einer Pandemie und zur Bekämpfung lokaler Vogelgrippeausbrüche beim Geflügel unterstützt werden.

Die Zahl der in Deutschland bestätigten TSE-(Transmissible Spongiforme Enzephalopathie) Fälle geht zurück. In 2006 gab es in Deutschland 16 bestätigte BSE-Fälle und 22 bestätigte Scrapie-Fälle. Bei in Deutschland geborenen Rindern sind bisher insgesamt 405 BSE-Fälle bestätigt worden. Obwohl die Zahl der in der Europäischen Union entdeckten BSE-Infektionen in den vergangenen Jahren gesunken ist, bleibt das Thema BSE ein wichtiger Bereich der Risikovorsorge von Bund und Ländern. Den gemeinschaftsrechtlichen Anforderungen entsprechend wird in Deutschland jedes über 30 Monate alte gesundgeschlachtete Rind im Rahmen der Schlachtung sowie jedes über 24 Monate alte not- oder krankgeschlachtete oder verendete oder getötete Rind auf BSE getestet. Die Tiermehlverfütterung ist generell verboten, Risikomaterial wird entfernt und es wurde ein umfassendes Forschungskonzept auf den Weg gebracht. Dieses Prinzip der Risikominimierung wird weiter konsequent verfolgt. Im Jahr 2006 wurden in Deutschland insgesamt 1 888 053 Rinder auf BSE sowie 44 020 Schafe und 4 592 Ziegen auf Scrapie untersucht.

Vom 26. bis 28. Juni fand in Greifswald der 6. und zugleich letzte Kongress der Nationalen TSE-Forschungsplattform statt, an dem mehr als 100 Wissenschaftler, überwiegend aus Deutschland, aber auch aus Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich sowie Kanada und den USA, teilnahmen. Themen waren die Struktur und molekulare Mechanismen sowie zellbiologische Ansätze, Diagnostik und Therapie der TSE.

In Deutschland gab es 2006 im Bundesland Nordrhein-Westfalen 8 Fälle der klassischen Schweinepest. Zur Bekämpfung war es erforderlich, ca. 110 000 Tiere zu töten.

Tierzucht

(126) Im Dezember 2006 ist eine umfassende Neuregelung des Tierzuchtgesetzes in Kraft getreten. Aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben sieht das Gesetz nun eine Öffnung des deutschen Marktes für Besamungsstationen vor, die in anderen Mitgliedstaaten bereits zugelassen sind. Außerdem soll zukünftig die bisher ausschließlich den Ländern als hoheitliche Aufgabe gegebene Durchführung von Leistungsprüfungen und Zuchtwertschätzung geöffnet und auch anerkannten Zuchtorganisationen übertragen (privatisiert) werden können.

9 Fischereipolitik

(127) Weltweit sind schätzungsweise 60 bis 70 Prozent der Fischbestände voll genutzt oder übernutzt (überfischt). Überfischte Bestände sind zwar biologisch nicht unmittelbar in ihrer Existenz bedroht, aber weichen zum Teil sehr weit von den von der Fischereiwissenschaft zugrunde gelegten Referenzwerten ab, die eine optimale wirtschaftliche Nutzung gewährleisten. In den Gewässern der Europäischen Gemeinschaft sind insbesondere Grundfische überfischt, d. h. Fischarten, die am Meeresgrund leben. Es handelt sich um Fischbestände, die traditionell einer starken kommerziellen Nutzung unterliegen, da es begehrte Speisefische sind.

Im Rahmen der für die EU-Mitgliedstaaten maßgeblichen Gemeinsamen Fischereipolitik wurden die rechtlichen Grundlagen für längerfristige Wiederaufbaupläne geschaffen. Es gibt inzwischen mehrjährige Wiederaufbaupläne für den Kabeljau und den Seehecht in der Nordsee sowie in angrenzenden Gewässern; ferner für Seehecht und Kaisergranat vor der Iberischen Halbinsel. Weiterhin sind mehrjährige Bewirtschaftungspläne für Scholle und Seezunge in der Nordsee sowie ein Wiederauffüllungsplan für den Dorsch in der Ostsee in Vorbereitung. Vorgesehen sind Vorgaben für die Berechnung der Gesamtfangmengen und Fangaufwandsbeschränkungen in Verbindung mit Vorgaben für die Fischereikontrolle.

Der Fischereirat der Gemeinschaft hat im Dezember 2006 die höchstzulässigen Gesamtfangmengen (TAC's = **t**otal **a**llowable **c**atches) und die nationalen Fangquoten für die Gemeinschaftsflotte in EU-Gewässern, Drittlandgewässern und auf Hoher See festgelegt. Er hat dabei auch Entscheidungen von Regionalen Fischereiorganisationen und bilaterale Vereinbarungen mit Drittstaaten umgesetzt.

Nach wie vor sind viele Bestände in einer schlechten Verfassung. Es wurden wieder bei einer Reihe von wichtigen Beständen in der Nordsee (Kabeljau, Scholle, Hering) die TAC's gesenkt.

Seit einigen Jahren gibt es gezielte Fangaufwandsbeschränkungen zur Wiederauffüllung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Beständen. Beim nördlichen Seehechtbestand ist die erwartete Bestandserholung eingetreten, während beim Kabeljau in der Nordsee und angrenzenden Gewässern weitere Anstrengungen erforderlich sind. Der Fischereirat hat die erlaubten Fangtage beim Kabeljau in der Nordsee und angrenzenden Gewässern je nach eingesetztem Fanggerät bis zu 10 Prozent gesenkt.

Für die Seelachs- und Kabeljaufischerei konnte eine wesentliche deutsche Forderung umgesetzt werden. Zur Entlastung der Kabeljaubestände in der Nordsee kann die Fischerei durch eine flexible Regelung auf andere Arten ausgerichtet werden. Insbesondere die für Deutschland wichtige Fischerei auf Seelachs, ein Bestand, der in guter biologischer Verfassung ist, erhält weiterhin eine unbegrenzte Anzahl von Seetagen, wenn alternativ in einer

Referenzperiode oder durch den Einsatz von unabhängigen Beobachtern an Bord ein Beifang von weniger als 5 Prozent an Kabeljau, Scholle und Seezunge garantiert wird.

Im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung von Rat und Kommission wurde die Grundlage für einen Mehrjahresplan mit Fangaufwandsbeschränkungen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Scholle und der Seezunge in der Nordsee geschaffen, die unter deutscher Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 umzusetzen ist.

Fangaufwandsbeschränkungen bestehen auch für die Dorschbestände in der Ostsee. Da dort der östliche Dorschbestand in desolater Verfassung ist, gelten saisonale Schließungen für die gesamte Grundschleppnetzfischerei in der Ostsee und zusätzliche Schließungstage der Fischerei, die in nationaler Zuständigkeit festgelegt werden. Zum Schutz der Dorschbestände sind besonders selektive Netze einzusetzen.

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Reform ist die verstärkte Einbeziehung der von der Fischereipolitik Betroffenen in den Willensbildungsprozess. Dazu wurden in der Europäischen Gemeinschaft bereits mehrere Regionale Beratungsgremien gegründet, die beratende Funktionen gegenüber der Kommission und den Mitgliedstaaten ausüben. Für Deutschland sind die Regionalen Beratungsgremien für die Nord- und Ostsee von besonderer Bedeutung.

Zwei wesentliche Gründe für den Rückgang der Bestände sind die illegale Fischerei, verbunden mit Schwarzanlandungen, und der nach wie vor hohe Beifang an unerwünschten Fischen, der oft ins Meer zurück geworfen wird. Der illegalen Fischerei soll durch eine Verstärkung und Verbesserung der Kontrolle begegnet werden. Zu diesem Zweck ist ab 1. Januar 2007 eine gemeinschaftliche Fischereiüberwachungsbehörde (EuFA) mit Sitz in Vigo/Spanien operativ, die zu einer Koordination und Kooperation im Hinblick auf die einzelstaatlichen Kontrollaktivitäten führen soll. Ferner wird in absehbarer Zeit ein elektronisches Logbuch eingeführt.

Bei der Fischerei in Drittlandgewässern spielt das Abkommen mit Grönland für Deutschland eine besondere Rolle. Im Juni 2006 unterzeichneten Grönland und die EU ein neues partnerschaftliches Fischereiabkommen, das ab 2007 für zunächst sechs Jahre gelten soll. In seinem Rahmen werden die deutschen Fangrechte (insbesondere für Kabeljau, Rotbarsch und Schwarzen Heilbutt) ungeschmälert erhalten.

10 Internationale Ernährungs- und Agrarpolitik

10.1 Welternährung

(128) Für die Bundesregierung hat die Hungerbekämpfung hohe Priorität. Nach jüngsten Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) leiden noch immer 854 Millionen Menschen unter chronischem Hunger, von denen über 70 Prozent in ländlichen Räumen leben.

(129) Die seit 2002 im Bereich der Ernährungssicherung bestehende Zusammenarbeit des BMELV mit der FAO wurde 2006 fortgesetzt. Im Haushaltsplan 2006 waren für den durch eine Rahmenvereinbarung mit der FAO eingerichteten Bilateralen Treuhand-Fonds 8,3 Mio. Euro veranschlagt. Damit werden Projekte zur Ernährungssicherung u. a. in Afghanistan, Laos, Kambodscha und Westafrika unterstützt. Mittel des BMELV sind zudem in die Errichtung eines Krisenmanagement-Zentrums zur Bekämpfung grenzüberschreitender Tierseuchen, insbesondere der so genannten Vogelgrippe, bei der FAO geflossen. Darüber hinaus wurde die Einrichtung einer Arbeitseinheit zur Umsetzung der Leitlinien zum Recht auf Nahrung bei der FAO mit Mitteln des BMELV-Haushalts und des Treuhandfonds gefördert (www.bmelv.de).

(130) Vom 18. bis 20. Oktober 2006 kamen auf der Konferenz „Politik gegen Hunger V" über 100 internationale Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen und erörterten die Auswirkungen der aviären Influenza auf die Ernährungssicherung, die tiergenetischen Ressourcen und diskutierten Optionen für zukunftsfähige Strukturen der Geflügelproduktion. Die Ergebnisse flossen in die Gespräche der internationalen Geberkonferenz zur Bekämpfung der aviären Influenza in Bamako, Mali, ein.

10.2 Internationale Handelspolitik

(131) Auf der Basis der Doha-Erklärung (2001) verhandeln die 150 Mitgliedstaaten der WTO über eine weitere Liberalisierung des Handels. Mit im Zentrum der Verhandlungen stehen dabei die für die Entwicklungsländer besonders wichtigen Agrarmärkte.

Trotz kleinerer Fortschritte ist seit der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Dezember 2005 keine weitere Annäherung erzielt worden. Das vom Vorsitzenden der Agrarverhandlungen im Juli 2006 vorgelegte konsolidierte Verhandlungspapier wies über 700 strittige Textpassagen auf. Obwohl die EU-Kommission weitere Flexibilität beim Agrarmarktzugang erkennen ließ, verweigerten sich zuletzt die USA einem Kompromiss. Auf Empfehlung des Generaldirektors der WTO, Pascal Lamy, wurden die Verhandlungen am 27. Juli 2006 zunächst unterbrochen und erst am 16. November 2006 auf technischer Ebene wieder aufgenommen. Mit Fortschritten ist frühestens ab Februar 2007 zu rechnen.

Im Streitschlichtungsverfahren der WTO wurden das Verfahren USA, Argentinien und Kanada gegen die EU zum Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen im Wesentlichen zugunsten der Kläger entschieden, das Genehmigungs- und Kennzeichnungsrecht der EU selbst aber nicht näher erörtert. Im Hormonstreit verlangt die EU nach der WTO-konformen Anpassung ihrer Regelungen von den USA und Kanada, deren Strafzölle aufzuheben.

10.3 EU-Erweiterung, Nachbarschaftspolitik und Partnerschaftsprogramme

EU-Erweiterung

(132) Am 1. Januar 2007 sind Bulgarien und Rumänien als 26. und 27. Mitgliedsland der Europäischen Union beigetreten. Damit wurde die 5. Erweiterungsrunde (Osterweiterung) abgeschlossen. Voraussetzung hierfür war die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, den EU-Besitzstand vollständig umzusetzen. Die Kommission hat dies in einem ständigen Monitoring überwacht. Sie wird auch in den nächsten Jahren die Umsetzung kontrollieren, um dem Rat bei Bedarf die Anwendung vorgesehener Schutzklauseln zu empfehlen. Dies kann der Fall sein, wenn es in sensiblen Bereichen zu Umsetzungsproblemen kommt. Die von der Kommission im Jahr 2006 vorgelegten zwei Monitoring-Berichte wiesen für beide Länder noch einen institutionellen und personellen Anpassungsbedarf auf, um die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik sicherzustellen. In den Bereichen, in denen die neuen Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen nicht einhalten können, wurden Übergangsmaßnahmen (z. B. Beschränkung der Vermarktungsrechte) auf der Grundlage des Beitrittsvertrages oder nach den Verfahren des Binnenmarktes beschlossen.

Die EU-Mitgliedstaaten verhandeln seit dem 3. Oktober 2005 mit der Türkei und mit Kroatien über deren Beitritt zur EU. Inzwischen ist die Beurteilung der Fortschritte bei „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ sowie „Fischerei“ für beide Beitrittskandidaten abgeschlossen.

Die Europäische Kommission hat in ihrem Bericht vom September 2006 zur Landwirtschaft festgestellt, dass die Türkei noch nicht hinreichend vorbereitet ist. Sie hat daher fünf Voraussetzungen genannt, die die Türkei erfüllen muss, bevor die Verhandlungen für Landwirtschaft begonnen werden können. Der EU-interne Beratungsprozess zur Bewertung des Berichts und über diese Voraussetzungen dauert derzeit noch an. Der Bericht zur „Fischerei“ steht noch aus. Als Reaktion darauf, dass die Türkei das Anpassungs-Protokoll von 2005 zur Einbeziehung der neuen EU-Mitgliedstaaten einschließlich der Republik Zypern in das Assoziierungs-Abkommen EWG/TUR von 1963 weder ratifiziert noch vollständig umgesetzt hat, hat der Rat am 11. Dezember 2006 das Verfahren zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen beschlossen. „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ sowie „Fischerei“ gehören zu den acht Kapiteln, deren Öffnung die EU nicht beschließen wird, bevor die Türkei ihre Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Anpassungs-Protokoll erfüllt hat. Dies schließt jedoch nicht aus, dass die EU ihre Vorbereitungen in diesen Kapiteln weiter vorantreibt. Im Hinblick auf Kroatien haben sich die Mitgliedstaaten auf der Basis des Berichts der Europäischen Kommission auf Voraussetzungen im Kapitel „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ geeinigt, die Kroatien erfüllen muss, bevor verhandelt werden kann. Zum Bericht „Fischerei“ sind sich die Mitgliedstaaten zwar einig, der Aufnahme der Verhandlungen stehen aber noch Meinungsunterschiede zwischen Slowenien und Kroatien über den Verlauf ihrer Seegrenze entgegen. Kroatien kann bislang von den von der EU eingeräumten Handelspräferenzen für die Westbalkanländer profitieren, denen die wechselseitige Marktöffnung im Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen folgte.

Am 16. Dezember 2005 beschloss der Europäische Rat, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Bisher werden mit Mazedonien noch keine Beitrittsverhandlungen geführt.

Europäische Nachbarschaftspolitik

(133) Die im Ergebnis der Erweiterung im Juni 2004 verabschiedete Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) befindet sich mit den Aktionsplänen für 11 der insgesamt 16 ENP-Länder in der Umsetzung. In den Aktionsplänen werden länderbezogene Prioritäten für politische und wirtschaftliche Reformen festgeschrieben. Im Gegenzug soll als Anreiz u. a. schrittweise Integration in den europäischen Binnenmarkt geboten werden (Konditionalisierung). Die auch im WTO-Rahmen geltenden Regeln des Übereinkommens über sanitäre und phytosanitäre (SPS) und des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse (TBT) sind Bestandteil der Aktionspläne, zu deren Umsetzung sich die ENP-Länder verpflichtet haben. Während der deutschen Ratspräsidentschaft ist eine Weiterentwicklung und Stärkung der ENP, mit einer Schwerpunktsetzung auf die östlichen Nachbarstaaten, geplant. Dabei steht u. a. der Beginn der Verhandlungen mit der Ukraine über ein erweitertes Abkommen mit Freihandelsperspektive auf der Agenda.

Im Rahmen der strategischen Partnerschaft EU-Russland stehen Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen an, das unter anderem wesentliche handelsrelevante Fragen beinhalten soll.

Deutsch-Chinesische Zusammenarbeit

(134) Am 13. Januar 2006 wurde zwischen dem BMELV und dem chinesischen Landwirtschaftsministerium eine Vereinbarung getroffen nach der die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe „Agrar- und Verbraucherpolitik“ eingerichtet wurde. Zur Vertiefung der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit ist beabsichtigt, einen Meinungsaustausch zu anstehenden Fragen der Agrar- und Verbraucherpolitik zu führen und die Zusammenarbeit in den Bereichen Tierseuchen, Lebensmittelsicherheit und in der Landtechnik zu intensivieren. Geplant ist die Einrichtung eines deutsch-chinesischen landwirtschaftlichen Demonstrationsprojektes im Bereich der Landtechnik.

Partnerschaftsprogramme

(135) Wesentliche Instrumente der internationalen Zusammenarbeit des BMELV waren im Berichtszeitraum erneut Twinning-Projekte im Rahmen von EU-Program-

men und BMELV-finanzierte Kooperationsprojekte mit Osteuropa.

Die Twinning-Projekte zeigen den Partnerstaaten anhand unserer Erfahrungen und am Beispiel der deutschen Staatspraxis Wege zur Übernahme und Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstandes. Im Berichtszeitraum waren 20 deutsche Partnerschaftsprojekte in 8 Staaten aktiv. Dies ist im europäischen Vergleich eine hohe Zahl. Konkret hat das BMELV in den neu beigetretenen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien Projekte durchgeführt, außerdem – auch nach deren Beitritt – in etlichen der am 1. Mai 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten (z. B. Polen, Lettland, Estland). BMELV war weiterhin aktiv in der Türkei, in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Die Vorbereitungen für ein Engagement in Serbien konnten abgeschlossen werden (Projektbeginn: Anfang 2007). Erfolgreich war zusammen mit Frankreich eine Bewerbung um ein Verbraucherschutzprojekt in Marokko.

Das erfolgreiche und von unseren Partnerländern sehr geschätzte Grundkonzept des Kooperationsprogramms des BMELV mit Osteuropa wurde über mehrere Jahre entwickelt. Kernpunkt ist die Kombination von Regierungsberatungsprojekten zur Gestaltung der gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen mit konkreten, praxisnahen Projekten „im Feld“, die zur Veranschaulichung agrarpolitischer Konzepte dienen.

Das Kooperationsprogramm leistet durch beispielhafte Projekte, die vor allem in Russland und der Ukraine durchgeführt werden, einen Beitrag dazu, dass

– wichtige gesetzliche Grundlagen für eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Agrar- und Ernährungswirtschaft geschaffen werden (z. B. Bodengesetzgebung, Genossenschaftsrecht, Lebensmittelrecht, Tierseuchenrecht);
– die Ertragskraft landwirtschaftlicher Betriebe gesteigert wird;
– Institutionen zur Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft beispielhaft etabliert bzw. weiterentwickelt werden (z. B. landwirtschaftliche Beratungsunternehmen);
– Investitionen von deutschen Unternehmen im Rahmen der praxisnahen Pilotprojekte gefördert und
– Fragen des internationalen Handels mit Agrar- und Ernährungsgütern mit Entscheidungsträgern erörtert werden.

Von besonderer Bedeutung ist die intensivere agrarpolitische Beratung der Ukraine, um die Annäherung des Landes an die EU zu erleichtern.

Das BMELV hat für Kooperationsprojekte mit Osteuropa im Jahr 2006 insgesamt rd. 2,3 Mio. Euro eingesetzt.

Teil C

Finanzierung

1 Haushaltspolitische Entwicklungen

(136) Der Bundeshaushalt 2007 wird 270,5 Mrd. Euro betragen. Das bedeutet nur eine geringfügige Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die Neuverschuldung soll auf rd. 19,6 Mrd. Euro sinken. Das ist der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung.

Der Etat hält die Euro-Stabilitätskriterien und die Regelverschuldungsgrenze des Grundgesetzes ein. Dieses entspricht dem erklärten Ziel der Bundesregierung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Wirtschaft in 2006 um 2,5 Prozent gewachsen. Damit konnte bereits in 2006 das Maastricht-Defizitkriterium eingehalten werden.

Für Investitionen sind im Haushalt 2007 rd. 24 Mrd. Euro eingeplant. Mit den vorgesehenen Investitionen können die Infrastrukturleistungen des Bundes auf hohem Niveau weitergeführt werden. Die Bundesregierung investiert mehr Geld in Familien und Eltern und setzt einen Schwerpunkt auf Forschung und Innovation.

Mit dem 25-Milliarden-Impulsprogramm für Wachstum und Beschäftigung hat die Bundesregierung die Weichen auf Zukunft gestellt. Angesichts der immer noch hohen Nettokreditaufnahme des Bundes bleibt die Konsolidierung des Haushalts in den kommenden Jahren eine Daueraufgabe.

2 Haushalt des BMELV

(137) In den Haushalt 2007 des BMELV (Einzelplan 10) sind 5,172 Mrd. Euro eingestellt worden (Vorjahr 5,090 Mrd. Euro). Der Einzelplan 10 ist weiterhin darauf ausgerichtet, ländliche Räume und den Agrarstandort Deutschland zu stärken sowie die Verbraucherpolitik finanziell zu unterstützen. Einen wesentlichen Ausgabenschwerpunkt der nationalen Agrarpolitik bilden nach wie vor die Leistungen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik mit rd. 72 Prozent der Ausgaben des Einzelplans 10 (Übersicht 27).

Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) sind – wie im Vorjahr – 615 Mio. Euro vorgesehen. Damit wird die Bedeutung der GAK auch als Kofinanzierungsinstrument zur EU-Politik für den ländlichen Raum unterstrichen. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 Prozent; bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes beträgt die Bundesbeteiligung 70 Prozent.

Der Bundeszuschuss zur Alterssicherung der Landwirte als größter Ausgabeposten in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik beträgt 2,36 Mrd. Euro. Für die Zuschüsse für die landwirtschaftliche Krankenversicherung werden 1,16 Mrd. Euro aufgewendet. Für den Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind 100 Mio. Euro vorgesehen. Durch Verstärkungsmittel aus Veräußerungserlösen und Einsparungen an anderer Stelle im Einzelplan 10 sollen die Bundesmittel auf 200 Mio. Euro aufgefüllt werden.

Nachwachsende Rohstoffe sollen 2007 mit 50 Mio. Euro gefördert werden. Die Mittel kommen vor allem Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben sowie der Markteinführung zugute, um Produktions-, Absatz- und Verwendungsmöglichkeiten für nachwachsende Rohstoffe auszubauen bzw. zu erschließen.

Übersicht 27

Haushalt des BMELV
Mio. Euro

Maßnahme	2006 Soll	2007 Soll
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3 779,7	3 712,0[1]
Verbraucherpolitik (einschl. BfR und VZBV)	79,3	84,1
Forschung (ohne Forschungsanstalten, einschl. Innovationen)	36,4	56,4
Fischerei	36,4	49,3
Zuwendungsempfänger	15,4	15,0
Nachwachsende Rohstoffe	52,2	50,0
Modell- und Demonstrationsvorhaben	9,8	8,0
Bundesprogramm Ökolandbau	20,0	16,0
Internationale Organisationen	30,8	29,5
Bilaterale Zusammenarbeit mit der FAO	10,0	10,0
Globale Minderausgabe	– 100,0	0,0
Sonstige Maßnahmen	26,8	21,6
Allgemeine Bewilligungen insgesamt	3 996,8	4 051,9
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung Agrarstruktur und Küstenschutz“	650,0	630,0
– Globale Minderausgabe	– 35,0	– 15,0
Marktordnungskosten	104,1	105,0
Ministerium, Bundesämter und Bundesforschungsanstalten	347,4	399,7
Einzelplan 10	**5 090,2**	**5 171,5**

Differenzen durch Rundung möglich.
[1] Verstärkung um 100 Mio. Euro durch Minderausgaben an anderer Stelle und Veräußerungserlöse vorgesehen.

Für die Verbraucherpolitik – gesundheitlicher und wirtschaftlicher Verbraucherschutz sowie Verbraucheraufklärung – sind insgesamt rd. 116 Mio. Euro veranschlagt. Davon entfallen 14 Mio. Euro auf Fördermittel für Projekte der Verbraucheraufklärung.

Für die Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben sind 8 Mio. Euro vorgesehen. Im Bundesprogramm Ökologischer Landbau werden mit 16 Mio. Euro gezielte Schulungs-, Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen sowie Forschung gefördert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Innovationen in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für die 21,6 Mio. Euro vorgesehen sind.

3 Haushalt der EU

Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013

(138) Der Europäische Rat (ER) hat sich im Dezember 2005 in Brüssel auf einen Finanzrahmen für den EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 geeinigt. Die förmliche Annahme des Finanzrahmens 2007 bis 2013 erfolgte am 17. Mai 2006 mit der Unterzeichnung der Interinstitutionellen Vereinbarung über Haushaltsdisziplin und wirtschaftliche Haushaltsführung durch das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission.

Der Agrarkompromiss für die EU-25 aus dem Jahr 2002 wurde erneut bestätigt, muss jedoch ab dem Jahr 2007 zusätzlich die durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien entstehenden Kosten in der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik abdecken (rd. 8 Mrd. Euro bis 2013). Insgesamt stehen für die marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen (= 1. Säule) Mittel in Höhe von 293,1 Mrd. Euro in Preisen des Jahres 2004 (entspricht 330 Mrd. Euro in laufenden Preisen) zur Verfügung. Zusätzlich zur bestehenden obligatorischen Modulation hat der ER im Dezember 2005 eine fakultative Modulation vorgesehen. Bis zu 20 Prozent der Ausgaben für die 1. Säule sollen Mitgliedstaaten jährlich ohne nationale Kofinanzierung für die Entwicklung ländlicher Räume umschichten können. Die Verabschiedung des Kommissionsvorschlags für eine Verordnung zur fakultativen Modulation der Direktzahlungen ist in 2007 unter deutscher Präsidentschaft vorgesehen. Für die Programme der 2. Säule wurden vom ER insgesamt 69,75 Mrd. Euro (in Preisen des Jahres 2004) ohne Modulationsmittel für die Förderperiode 2007 bis 2013 beschlossen (entspricht rd. 78 Mrd. Euro in laufenden Preisen). Nominal erhält Deutschland unter Berücksichtigung der bestehenden obligatorischen Modulation rd. 8,1 Mrd. Euro im Zeitraum 2007 bis 2013.

Der ER hat im Dezember 2005 auch eine grundsätzliche Überprüfung der Struktur des EU-Haushalts beschlossen. Die EU-Kommission wird dazu in 2008/2009 einen umfassenden Bericht zu den Ausgaben (inkl. Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik) und zu den Einnahmen (inkl. des Beitragsrabattes für das Vereinigte Königreich) vorlegen.

EU-Haushalte 2006 und 2007

(139) Mit Berichtigungsschreiben Nr. 6, vom Rat im November 2006 aufgestellt, wurde der Ansatz der Ausgaben im Haushaltsplan 2006 von 111,9 auf 107,3 Mrd. Euro gesenkt. Dies entspricht gegenüber 2005 immer noch einer Steigerung um 1,6 Prozent. Die Mittel für Zahlungen im Agrarbereich (EAGFL, Abteilungen Garantie und Ausrichtung) wurden um 1,2 Mrd. Euro auf einen Betrag von 53,5 Mrd. Euro gesenkt. Die im Zeitraum vom 16. Oktober 2005 bis 15. Oktober 2006 tatsächlich verbrauchten Mittel des EAGFL, Abteilung Garantie, betragen 49,8 Mrd. Euro (Tabelle 60) und liegen damit 283 Mio. Euro unter dem Ansatz des Berichtigungsschreibens vom November 2006. Somit wurde die Hälfte der festgelegten Zahlungsermächtigungen in Höhe von 107,3 Mrd. Euro für die Agrarausgaben in der EU-25 eingesetzt. Die Abschlusszahlen des Haushaltes 2006, die auch die Ausgaben vom 16. Oktober bis 31. Dezember 2006 berücksichtigen, liegen noch nicht vor.

Mit 115,5 Mrd. Euro liegt der EU-Haushalt 2007 um 7,6 Prozent über dem Haushaltsansatz von 2006 (107,3 Mrd. Euro). Dies entspricht 0,99 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (2006: 0,97 Prozent). Knapp die Hälfte dieser Mittel (Schaubild 10, Tabelle 60) wurde für die Rubrik 2 „Bewahrung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen“ in der EU in Höhe von 54,6 Mrd. Euro festgelegt. Die Rubrik 2 umfasst neben den marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen des Agrarsektors auch die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums, die Ausgaben für Fischerei und maritime Angelegenheiten und das Umweltprogramm Life+.

Agrar- und Fischereiausgaben in der EU

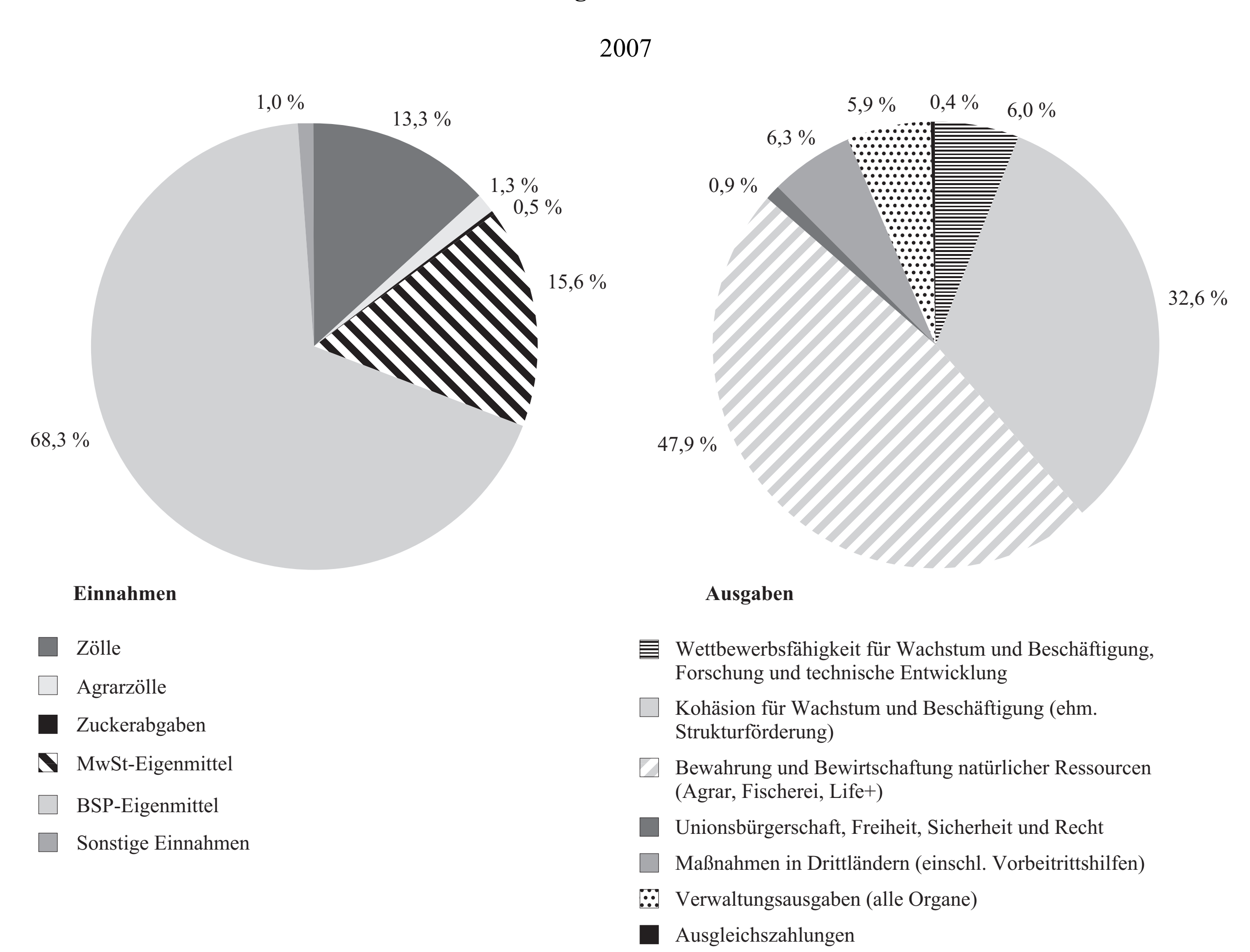
(140) Die Agrar- und Fischereiausgaben in der EU umfassen die Ausgaben für Agrarmarktordnungen einschließlich der Direktzahlungen an die Landwirtschaft, die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF, ab 2007: Europäischer Fischereifonds (EFF)), die Veterinärausgaben und die sonstigen Agrar- und Fischereiausgaben (Tabelle 60).

Zur Wahrung der Haushaltsdisziplin wurde mit der Agenda 2000 eine jährliche Obergrenze, die die Ausgaben der Agrarmarktordnungen (inklusive der Direktzahlungen und einschließlich der Maßnahmen im Veterinär- und Pflanzenschutzbereich) abdeckt, für die Jahre 2000 bis 2006 festgesetzt und bis zum Jahr 2013 mit einem nominalen Wachstum von jährlich 1 Prozent fortgeschrieben. Sie beträgt für das Jahr 2006 45,5 Mrd. Euro und für das Jahr 2007 45,7 Mrd. Euro für die EU-25. Nach Umschichtung der Modulationsmittel und der Umstrukturierungsbeiträge für Baumwolle gemäß Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 in Höhe von 655 Mio. Euro im Jahr 2006 und 1 Mrd. Euro im Jahr 2007 stehen Finanzmittel in Höhe von 44,85 Mrd. Euro (2006) und 44,7 Mrd. Euro (2007) für die Ausgaben der Agrarmarktordnungen zur Verfügung.

Schaubild 10

Einnahmen und Ausgaben der EU nach Bereichen

2007



Mit 42,1 Mrd. Euro liegen die tatsächlichen Ausgaben des Jahres 2006 um rd. 2,7 Mrd. Euro unter der um den Modulationsbetrag abgesenkten Obergrenze für 2006. Die deutliche Unterausschöpfung ist besonders durch den Minderverbrauch bei den Direktzahlungen aufgrund von Durchführungsproblemen einiger Mitgliedstaaten bei der für das Jahr 2005 erstmalig angewendeten Betriebsprämienregelung begründet. 80,9 Prozent der tatsächlichen Ausgaben sind den Landwirten als Direktzahlungen unmittelbar zugeflossen, 6,9 Prozent wurden für Exporterstattungen und öffentliche Lagerhaltung und 12,1 Prozent für andere Maßnahmen ausgegeben. Die Ausgaben bei den Ackerkulturen (8,6 Mrd. Euro), bei Milcherzeugnissen (2,4 Mrd. Euro) und im Rindfleischbereich (3,4 Mrd. Euro) beanspruchten zusammen rd. 35 Prozent der Agrarmarktordnungsausgaben (Tabelle 60). Der Anteil der entkoppelten Direktzahlungen beträgt rd. 37 Prozent. Von den 42,1 Mrd. Euro entfallen rd. 2,1 Mrd. Euro auf die zehn neuen Mitgliedstaaten (Tabelle 61).

Im Haushalt 2007 sind 42,4 Mrd. Euro an Zahlungsermächtigungen (ZE) für die marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen nach Übertragung von Mitteln im Rahmen der obligatorischen Modulation eingeplant. Der Haushaltsansatz liegt um 2,3 Mrd. Euro unter der um den Modulationsbetrag (984 Mio. Euro Umschichtung von den Direktzahlungen plus 22 Mio. Euro Umschichtung von Mitteln für Baumwolle = 1 006 Mio. Euro insgesamt) abgesenkten Obergrenze für 2007.

Die ländliche Entwicklung als 2. Säule der Agrarpolitik wurde bis 2006 sowohl aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, als auch aus dem EAGFL, Abteilung Ausrich-

tung, gefördert. Die Abteilung Ausrichtung gehört zu den Strukturfonds und wird zur Finanzierung von Agrarstrukturmaßnahmen in den Ziel-1 Gebieten sowie der Gemeinschaftsinitiative Leader eingesetzt. Aus dem EAGFL-Garantie standen 2006 rd. 7,7 Mrd. Euro inkl. der Mittel aus der obligatorischen Modulation für Zahlungen zur Verfügung. Die Mittel des EAGFL-Garantie wurden fast vollständig in Anspruch genommen. Rund 28 Prozent dieser Mittel sind in die Agrarumweltprogramme und rd. 15 Prozent in die Förderung benachteiligter Gebiete geflossen. Für die Maßnahmen des EAGFL-Ausrichtung wurden 2006 rd. 3,3 Mrd. Euro an ZE bereitgestellt.

Im Haushalt 2007 stehen zur Förderung der ländlichen Entwicklung insgesamt 12,3 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen (VE) und 10,9 Mrd. Euro an ZE zur Verfügung; hierin ist ein Betrag in Höhe von 1 006 Mio. Euro aus der obligatorischen Modulation in den alten Mitgliedstaaten enthalten. Für die zehn neuen Mitgliedstaaten sind 1,4 Mrd. Euro an ZE eingeplant. Mit Beschluss des EP zum Haushaltsplan 2007 werden 20 Prozent der aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vorgesehenen Mittel für das Jahr 2007 in die Reserve eingestellt.

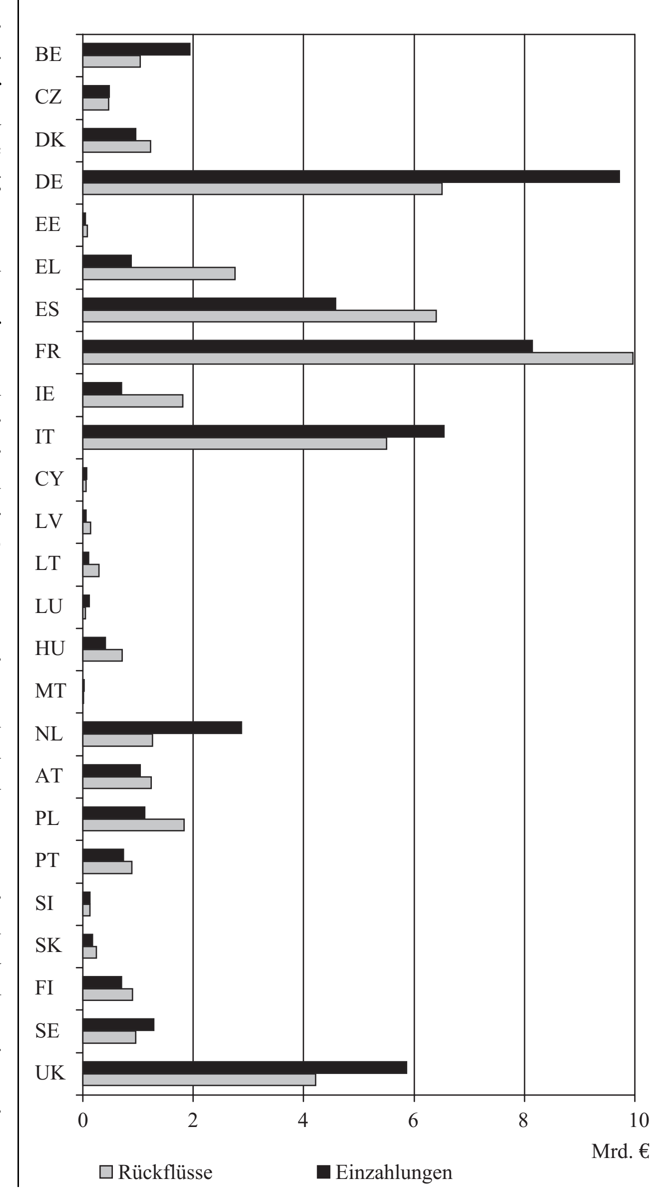
Für den EFF sind im Jahr 2007 gemäß Haushaltsvorentwurf ZE in Höhe von 807,6 Mio. Euro (2006: 596,6 Mio. Euro) vorgesehen. Damit entfallen von den für Fischerei und maritime Angelegenheiten in 2007 in Rubrik 2 veranschlagten Mitteln in Höhe von 1 103,3 Mio. Euro in ZE rd. 73 Prozent auf den EFF.

(141) Ein Vergleich der Finanzierungsanteile der Mitgliedstaaten an den Ausgaben des EAGFL, Abteilung Garantie, mit den Rückflüssen zeigt, dass Deutschland im Jahr 2005 – gefolgt von Großbritannien, Niederlande und Italien – der größte Nettozahler mit einem Saldo von rd. 3,2 Mrd. Euro war (Schaubild 11, Tabelle 62). Deutschland musste 19,97 Prozent der EU-Mittel aufbringen, hat aber nur 13,36 Prozent der aus dem EAGFL-Garantie gezahlten EU-Mittel erhalten. Spanien, Frankreich, Griechenland und Irland waren dagegen die größten Nettoempfänger.

Schaubild 11

Einzahlungen der EU-Mitgliedstaaten zum EAGFL, Abteilung Garantie und Rückflüsse

2005 in Mrd. Euro



Anhang

Verzeichnis der Tabellen

Seite

Teil A: Lage der Landwirtschaft

Sektorale Situation

Arbeitskräfte und Struktur

Agrarmärkte

Deutscher Außenhandel

Gesamtrechnung

Seite

Forstwirtschaft

Fischwirtschaft

Teil B: Maßnahmen

Politik für ländliche Räume

Markt- und Preispolitik

Sozialpolitik für die in der Landwirtschaft Tätigen

Tabelle 1

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft[1]

Jahr	Familienarbeitskräfte einschließlich Betriebsinhaber			Familienfremde Arbeitskräfte				Arbeitskräfte	Betriebliche Arbeitsleistung
	Zusammen	davon		Ständige Arbeitskräfte			Nichtständige Arbeitskräfte[2]	Insgesamt	
		vollbeschäftigt	teilbeschäftigt	Zusammen	davon vollbeschäftigt	davon teilbeschäftigt			
	1 000 Personen								1 000 AK-Einheiten
				Früheres Bundesgebiet[6]					
1970	2 475,8	877,9	1 597,9	130,6	83,1	47,5	101,4	2 707,8	1 525,6
1980	1 827,9	497,4	1 330,5	92,9	71,0	21,9	85,3	2 006,1	986,7
1990	1 411,8	373,4	1 038,4	84,6	55,5	29,1	73,3	1 569,7	748,7
1993	1 227,7	312,2	915,5	80,5	56,9	23,6	89,1	1 397,3	646,0
1995	1 099,2	277,6	821,6	72,0	50,7	21,3	77,2	1 248,4	571,1
1997[3]	999,8	246,7	753,1	92,8	61,1	31,7	73,2	1 165,8	534,8
1999	901,7	222,4	679,3	99,1	65,3	33,8	267,4	1 268,2	499,6
2001	822,1	198,5	623,6	99,0	64,4	34,6	240,0	1 161,1	456,0
2003[4]	782,6	198,6	584,0	103,0	57,9	45,1	251,0	1 136,5	483,5
2005	743,8	193,0	550,8	103,4	57,0	46,4	264,1	1 111,3	458,5
				Neue Länder[7]					
1993	42,0	10,2	31,8	128,1	117,2	10,9	9,0	179,1	146,3
1995	47,8	11,6	36,2	106,2	96,1	10,1	7,4	161,4	127,3
1997[3]	42,2	9,1	33,1	100,3	90,2	10,1	7,4	149,9	115,6
1999	39,1	9,1	30,0	96,9	85,7	11,2	32,9	168,9	112,8
2001	38,0	8,7	29,3	89,6	78,2	11,4	34,1	161,7	105,4
2003[4]	40,1	10,6	29,5	88,4	72,8	15,7	38,2	166,8	104,9
2005	38,9	10,2	28,7	84,0	68,1	15,9	42,2	165,1	100,6
				Deutschland					
1993	1 269,7	322,4	947,3	208,7	174,0	34,7	98,0	1 576,4	792,2
1995	1 147,1	289,2	857,9	178,1	146,8	31,3	84,6	1 409,8	698,4
1997[3]	1 042,0	255,8	786,2	193,1	151,3	41,8	80,6	1 315,7	650,4
1999	940,8	231,5	709,3	196,0	151,0	45,0	300,3	1 437,1	612,4
2001	860,1	207,2	652,9	188,7	142,6	46,0	274,0	1 322,8	561,4
2003[4]	822,7	209,3	613,4	191,4	130,6	60,7	289,2	1 303,3	588,3
2005	782,7	203,3	579,4	187,4	125,1	62,2	306,3	1 276,4	559,1
2006[5]	758,0	.	.	185,0	.	.	300,0	1 243,0	546,0
± % gegen 2005	*– 3,2*	.	.	*– 1,3*	.	.	*– 2,1*	*– 2,6*	*– 2,3*

[1] Repräsentative Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung: bis 1997 für landwirtschaftliche Betriebe mit 1 ha LF und mehr; ab der Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung 1999 mit 2 ha und mehr LF oder jeweils auch Betrieben mit Mindestgrößen ausgewählter Tierbestände oder Spezialkulturen. – [2] Erhebungszeitraum ab 1999 zum verbesserten Nachweis der Saisonarbeitskräfte auf 12 Monate (bisher 4 Wochen im April) erweitert. Angaben mit den Vorjahren nicht vergleichbar. – [3] Zahlen für Familien- und familienfremde Arbeitskräfte ab 1997 z. T. nicht mit früheren Jahren vergleichbar. Arbeitskräfte in Personengesellschaften werden nun den familienfremden Arbeitskräften zugerechnet, da nur Einzelunternehmen als Familienunternehmen geführt werden und damit über Familienarbeitskräfte verfügen können. – [4] Aufgrund von Änderungen des Erhebungskonzepts (u .a. Berichtszeitraum für alle Personen einheitlich 12 Monate, Erfassung der Arbeitszeit nach Arbeitszeitgruppen) sind die Ergebnisse zur Zahl der Arbeitskräfte ab 2003 nur eingeschränkt, die Zahl der Arbeitskräfteeinheiten nicht mit den Vorjahren vergleichbar. – [5] Schätzung. – [6] Ab 2005 einschließlich Berlin insgesamt. – [7] Ab 2005 ohne Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2

Landwirtschaftliche Betriebe und ihre Flächen nach Größenklassen

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche		
	2005	2006	2006 gegen 2005	2005	2006	2006 gegen 2005
	Zahl der Betriebe in 1 000		%	LF in 1 000 ha		%
2 – 10	120,0	113,6	*– 5,4*	622,6	590,4	*– 5,2*
10 – 20	73,0	68,9	*– 5,6*	1 088,4	1 028,6	*– 5,5*
20 – 30	37,0	36,0	*– 2,8*	918,7	893,8	*– 2,7*
30 – 40	29,1	27,9	*– 4,2*	1 011,6	967,9	*– 4,3*
40 – 50	22,2	21,5	*– 3,0*	992,7	962,3	*– 3,1*
50 – 75	35,5	35,4	*– 0,2*	2 169,5	2 166,8	*– 0,1*
75 – 100	18,9	19,2	*+ 1,2*	1 633,9	1 652,2	*+ 1,1*
100 und mehr	30,3	30,9	*+ 1,8*	8 562,2	8 667,4	*+ 1,2*
darunter						
100 – 200	20,7	21,0	*+ 1,5*	2 766,8	2 809,6	*+ 1,5*
200 – 500	6,2	6,5	*+ 3,9*	1 830,4	1 896,9	*+ 3,6*
500 – 1 000	1,8	1,8	*+ 0,7*	1 282,8	1 291,3	*+ 0,7*
Insgesamt[1]	**366,0**	**353,3**	***– 3,5***	**16 999,7**	**16 929,3**	***– 0,4***
Betriebe						
unter 2 ha LF[2]	30,6	26,7	*– 12,8*	24,3	21,7	*– 10,7*

[1] Ohne Betriebe unter 2 ha LF.
[2] Betriebe mit Mindesttierbeständen oder Spezialkulturen, die für sich eine Auskunftspflicht begründen.
2006: Ergebnisse abgeleitet aus der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen und ihre Flächen nach Erwerbscharakter und Ländern[1)]

Land	Haupterwerb[2)]		Nebenerwerb[3)]		Zusammen	
	2005	Anteil in %[4)]	2005	Anteil in %[4)]	2003	2005
	Zahl der Betriebe in 1 000					
Baden-Württemberg	19,9	*36,0*	35,4	*64,0*	61,6	55,3
Bayern	56,6	*46,1*	66,2	*53,9*	131,1	122,8
Brandenburg	1,8	*36,0*	3,2	*64,0*	5,1	5,0
Hessen	7,0	*31,4*	15,3	*68,6*	24,4	22,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,3	*36,1*	2,3	*63,9*	3,8	3,6
Niedersachsen	28,5	*56,8*	21,7	*43,2*	54,4	50,2
Nordrhein-Westfalen	22,6	*46,6*	25,9	*53,4*	52,6	48,5
Rheinland-Pfalz	10,1	*41,4*	14,3	*58,6*	27,4	24,4
Saarland	0,6	*40,0*	0,9	*60,0*	1,8	1,5
Sachsen	2,2	*32,8*	4,5	*67,2*	7,0	6,7
Sachsen-Anhalt	1,4	*41,2*	2,0	*58,8*	3,6	3,4
Schleswig-Holstein	10,1	*59,1*	6,9	*40,4*	18,6	17,1
Thüringen	1,2	*28,6*	3,0	*71,4*	4,1	4,2
Deutschland[5)]	**164,4**	***44,9***	**201,9**	***55,1***	**396,7**	**366,3**
	Fläche der Betriebe in 1 000 ha LF					
Baden-Württemberg	868,0	*68,9*	391,9	*30,6*	1 285,8	1 259,9
Bayern	2 145,4	*71,6*	849,5	*28,5*	2 992,3	2 994,9
Brandenburg	252,3	*77,2*	74,7	*24,2*	303,4	327,0
Hessen	443,3	*64,9*	239,5	*35,5*	683,9	682,8
Mecklenburg-Vorpommern	310,7	*81,1*	72,5	*19,1*	377,0	383,2
Niedersachsen	1 953,4	*84,6*	354,6	*15,3*	2 322,2	2 308,0
Nordrhein-Westfalen	1 084,1	*76,5*	332,4	*23,4*	1 428,8	1 416,5
Rheinland-Pfalz	455,1	*73,3*	165,7	*26,9*	614,9	620,8
Saarland	51,8	*71,7*	20,4	*28,6*	74,5	72,2
Sachsen	198,6	*75,4*	64,7	*25,5*	252,0	263,3
Sachsen-Anhalt	265,8	*83,4*	52,9	*17,2*	307,1	318,7
Schleswig-Holstein	816,4	*88,4*	106,9	*11,5*	940,8	923,3
Thüringen	116,7	*79,2*	30,7	*21,9*	140,9	147,4
Deutschland[5)]	**8 978,2**	***76,5***	**2 759,8**	***23,6***	**11 744,6**	**11 738,0**
	Durchschnittliche Flächenausstattung je Betrieb in ha LF					
Baden-Württemberg	43,6	–	11,1	–	20,9	22,8
Bayern	37,9	–	12,8	–	22,8	24,4
Brandenburg	140,2	–	23,3	–	59,0	65,4
Hessen	63,3	–	15,7	–	28,0	30,6
Mecklenburg-Vorpommern	239,0	–	31,5	–	100,1	106,4
Niedersachsen	68,5	–	16,3	–	42,7	46,0
Nordrhein-Westfalen	48,0	–	12,8	–	27,2	29,2
Rheinland-Pfalz	45,1	–	11,6	–	22,4	25,4
Saarland	86,3	–	22,7	–	42,6	48,1
Sachsen	90,3	–	14,4	–	36,2	39,3
Sachsen-Anhalt	189,9	–	26,5	–	86,2	93,7
Schleswig-Holstein	80,8	–	15,5	–	50,6	54,0
Thüringen	97,3	–	10,2	–	34,4	35,1
Deutschland[5)]	**54,6**	**–**	**13,7**	**–**	**29,6**	**32,0**

1) Repräsentative Ergebnisse der Agrarstrukturerhebungen 2003 und 2005. – Landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche oder mit Spezialkulturen oder Tierbeständen, wenn festgelegte Mindestgrößen erreicht oder überschritten werden.
2) Haupterwerb = Betriebe mit 1,5 und mehr AK-Einheiten je Betrieb oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten je Betrieb und mit einem Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen von mindestens 50 Prozent.
3) Nebenerwerb = Alle anderen Betriebe.
4) An allen Betrieben von Einzelunternehmen.
5) Einschließlich Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4

Veränderung der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1999 bis 2003 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von … bis unter … ha	Anzahl der Betriebe im Jahr 1999	Abgänge	Wanderungsverhalten der Betriebe					Zugänge	Anzahl der Betriebe im Jahr 2003
			Abwanderung in eine andere Größenklasse		in der Größenklasse verblieben	Zuwanderung aus einer anderen Größenklasse			
		Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 abgegangen sind[1]	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 in eine höhere Größenklasse abgewandert sind	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 in eine niedrigere Größenklasse abgewandert sind	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 in der Ausgangsgrößenklasse verblieben sind	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 aus einer höheren Größenklasse zugewandert sind	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 aus einer niedrigeren Größenklasse zugewandert sind	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 neu hinzugekommen sind[2]	
0,00	2 066	906	262	0	898	716	0	250	1 864
0,01 bis 1	22 635	8 267	1 035	38	13 295	3 544	64	2 789	19 692
1 bis 2	13 129	3 750	978	2 036	6 365	2 551	791	1 340	11 047
2 bis 5	79 797	24 904	4 113	2 650	48 130	13 176	1 102	8 234	70 642
5 bis 10	73 949	14 462	4 633	9 983	44 871	9 807	3 639	3 849	62 166
10 bis 15	47 749	6 447	4 750	8 683	27 869	7 389	4 038	1 487	40 783
15 bis 20	39 619	4 054	4 245	7 869	23 451	7 960	4 400	934	36 745
20 bis 25	27 772	2 261	5 056	7 493	12 962	3 850	3 518	439	20 769
25 bis 30	24 000	1 595	5 988	5 169	11 248	3 249	4 272	279	19 048
30 bis 40	36 802	2 055	8 431	5 651	20 665	3 232	6 916	391	31 204
40 bis 50	25 773	1 246	7 512	3 829	13 186	2 349	7 529	281	23 345
50 bis 75	36 999	1 369	7 318	3 709	24 603	1 730	9 482	442	36 257
75 bis 100	17 312	591	4 272	1 953	10 496	972	7 017	187	18 672
100 bis 200	16 335	566	1 238	1 378	13 153	299	5 683	327	19 462
200 bis 500	4 787	192	229	361	4 005	146	1 362	182	5 695
500 bis 1 000	1 599	59	60	155	1 325	124	238	57	1 744
1 000 und mehr	1 637	18	0	137	1 482	0	69	11	1 562
Insgesamt	**471 960**	**72 742**	**60 120**	**61 094**	**278 004**	**61 094**	**60 120**	**21 479**	**420 697**

[1] Ausgeschiedene oder unter die Erfassungsgrenze verkleinerte Betriebe.
[2] Neu gegründete, durch Betriebsteilung entstandene sowie erstmals erfasste Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 5

Wanderung der landwirtschaftlichen Betriebe von Einzelunternehmen nach dem Erwerbscharakter im Zeitraum 1999 bis 2003

Erwerbscharakter der Betriebe	Anzahl der Betriebe im Jahr 1999	Abgänge[1] im Zeitraum 1999 bis 2003	Übergang in einen anderen Erwerbscharakter			Erwerbscharakter unverändert			Übergang aus einem anderen Erwerbscharakter	Zugänge[2] im Zeitraum 1999 bis 2003	Anzahl der Betriebe im Jahr 2003
			Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 in eine		Größenklasse unverändert	Betriebe, die im Zeitraum 1999 bis 2003 in eine		Größenklasse unverändert			
			höhere	niedrigere		höhere	niedrigere				
			Größenklasse abgewandert sind			Größenklasse abgewandert sind					
	Verbleib der Betriebe des Jahres 1999										
						Herkunft der Betriebe des Jahres 2003					
	Zahl der Betriebe										
Haupterwerb	196 092	17 907	3 069	9 842	16 118	32 067	16 573	100 516	20 715	5 923	175 794
Nebenerwerb	254 301	58 770	4 016	2 836	13 863	16 095	29 167	129 554	29 029	17 039	220 884
Insgesamt	**450 393**	**76 677**	**7 085**	**12 678**	**29 981**	**48 162**	**45 740**	**230 070**	**49 744**	**22 962**	**396 678**
	Anteil der Betriebe in %										
Haupterwerb	*100,0*	*9,1*	*1,6*	*5,0*	*8,2*	*16,4*	*8,5*	*51,3*	*10,6*	*3,0*	*89,6*
Nebenerwerb	*100,0*	*23,1*	*1,6*	*1,1*	*5,5*	*6,3*	*11,5*	*50,9*	*11,4*	*6,7*	*86,9*
Insgesamt	***100,0***	***17,0***	***1,6***	***2,8***	***6,7***	***10,7***	***10,2***	***51,1***	***11,0***	***5,1***	***88,1***

[1] Ausgeschiedene oder unter die Erfassungsgrenze verkleinerte Betriebe.
[2] Neu gegründete, durch Betriebsteilung entstandene sowie erstmals erfasste Betriebe.
Ergebnisse der allgemeinen Agrarstrukturerhebungen 1999 und 2003.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 6

Erzeugung ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte

a) Pflanzliche Produkte

Produkt	Anbauflächen in 1 000 ha		Erträge in dt/ha		Erntemengen in 1 000 t		Veränd. in % 2006[1] geg. 2005
	2005	2006[1]	2005	2006[1]	2005	2006[1]	
Getreide insgesamt	6 839	6 727	67,3	64,7	45 980	43 552	– *5,3*
dav.: Winterweizen	3 110	3 067	75,1	72,4	23 349	22 214	– *4,9*
Sommerweizen	53	45	54,9	53,4	293	240	– *18,1*
Hartweizen	10	12	49,3	53,0	51	62	+ *21,6*
Roggen	549	539	50,9	49,0	2 794	2 645	– *5,3*
Wintermenggetreide	9	9	51,8	51,1	48	48	± *0,0*
Wintergerste	1 345	1 483	65,6	63,7	8 819	9 437	+ *7,0*
Sommergerste	602	548	46,4	46,8	2 795	2 562	– *8,3*
Hafer	210	185	45,9	45,1	964	833	– *13,6*
Sommermenggetreide	26	25	41,8	41,0	109	104	– *4,6*
Triticale	481	407	55,7	55,2	2 676	2 249	– *16,0*
Körnermais, Corn-Cob-Mix	443	407	92,7	77,5	4 083	3 158	– *22,7*
Futtererbsen	110	93	31,4	31,2	346	289	– *16,5*
Ackerbohnen	16	15	38,0	30,9	60	46	– *23,3*
Kartoffeln	277	274	419,8	358,6	11 624	9 829	– *15,4*
dav.: Frühkartoffeln	15	15	311,5	297,5	477	439	– *8,0*
Spätkartoffeln	262	259	426,1	362,1	11 147	9 390	– *15,8*
Zuckerrüben	420	358	601,8	574,3	25 285	20 559	– *18,7*
Raps und Rübsen	1 344	1 426	37,6	37,3	5 052	5 318	+ *5,3*
Körnersonnenblumen	27	32	24,7	19,3	67	62	– *7,5*
Freilandgemüse[2]	105	107	281,8	277,5	2 959	2 969	+ *0,3*
Marktobstbau[3]	.	.	.	.	1 021	1 116	+ *9,3*
dar.: Äpfel	32	32	275,6	291,6	886	942	+ *6,4*
Birnen	2	2	175,9	218,9	38	48	+ *26,6*
Weinmost[4]	99	99	92,3	91,0	9 129	9 025	– *1,1*
Hopfen	17	18	20,0	.	34	.	.
Tabak	5	3	24,4	.	11	.	.

b) Tierische Produkte

Produkt	1 000 t					Veränderung %	
	2002	2003	2004	2005	2006[1]	2005 gegen 2004	2006[1] gegen 2005
						%	
Fleisch insgesamt[5]	6 880	6 894	7 081	7 106	7 199	+ *0,4*	+ *1,3*
dar.: Rind-u.Kalbfleisch	1 385	1 296	1 349	1 216	1 244	– *9,9*	+ *2,3*
Schweinefleisch	3 995	4 051	4 086	4 213	4 318	+ *3,1*	+ *2,5*
Schaf-u.Ziegenfleisch	44	46	50	51	44	+ *2,3*	– *13,4*
Geflügelfleisch	1 026	1 077	1 166	1 196	1 188	+ *2,6*	– *0,7*
Kuhmilch	27 874	28 533	28 245	28 453	27 797	+ *0,7*	– *2,3*
Eier	859	818	805	779	774	– *3,2*	– *0,6*

[1] Zum Teil vorläufig oder geschätzt.
[2] Die wichtigeren Gemüsearten im Verkaufsanbau.
[3] Ohne Erdbeeren, Strauchbeerenobst und Walnüsse.
[4] Ertrag in hl/ha und Erntemenge in 1 000 hl.
[5] Bruttoeigenerzeugung in 1 000 t Schlachtgewicht.

Tabelle 7

Versorgung mit Getreide in der EU und in Deutschland

1 000 t Getreidewert

Art der Kennzahl	EU-25			Deutschland		
	2004/05[1]	2005/06[2]	2006/07[2]	2004/05	2005/06[1]	2006/07[2]
Anbaufläche (1 000 ha)	52 074	50 666	51 078	6 947	6 839	6 727
Getreideernte (brutto)	283 739	253 070	241 009	51 097	45 980	43 552
Erzeugung (verwendbar)[3]	283 100	251 300	239 800	50 869	45 882	43 404
Verkäufe der Landwirtschaft	.	.	.	34 487	29 981	28 665
Bestandsveränderung	+ 27 300	– 4 300	.	+ 4 603	– 2 874	– 3 009
Einfuhr[4]	10 900	10 500	.	6 923	8 082	7 988
Ausfuhr[4]	21 600	22 000	.	13 798	13 656	13 065
Inlandsverwendung	245 100	244 100	.	39 391	43 182	41 336
dar.: Futter	152 800	136 700	.	24 382	25 961	24 174
Industrie	24 000	21 500	.	3 825	5 691	5 675
Nahrung	56 000	51 000	.	8 851	9 287	9 278
Nahrungsverbrauch (Mehlwert) kg je Kopf	.	.	.	83,2	86,2	87,0
Selbstversorgungsgrad in %	116	103	.	129	106	105

1) Vorläufig.
2) Geschätzt.
3) Der Unterschied zwischen Brutto-Erzeugung und verwendbarer Erzeugung besteht darin, dass die Feuchtigkeit unter 14 Prozent sowie der Ernteschwund in Abzug gebracht werden.
4) Einschließlich Getreide in Verarbeitungserzeugnissen; Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.

Tabelle 8

Erzeugung und Verbrauch von Kartoffeln in der EU und in Deutschland

Art der Kennzahl	Einheit	EU-25			Deutschland[1]		
		2004/05[2]	2005/06[3]	2006/07[3]	2004/05	2005/06[2]	2006/07[3]
Anbaufläche	1 000 ha	2 181	1 986	1 961	295	277	274
Ertrag	dt/ha	302,2	294,5	267,5	441,8	419,8	358,6
Ernte (brutto)	1 000 t	65 919	58 492	52 459	13 435	11 950	10 084
Verwendbare Erzeugung	1 000 t	60 645	53 813	48 262	12 360	10 994	9 277
Gesamtverbrauch	1 000 t	59 432	53 275	47 780	11 293	9 688	8 358
Nahrungsverbrauch je Kopf	kg	72,5	72,0	72,0	66,5	63,0	62,5
Selbstversorgungsgrad	%	*102*	*101*	*101*	*109*	*114*	*111*

1) Ernte einschließlich Zuschätzung für Flächen in Betrieben unter 2 ha.
2) Vorläufig.
3) Geschätzt.

Tabelle 9

Versorgung mit Zucker in der EU und in Deutschland[1)]

1 000 t Weißzuckerwert

Art der Kennzahl	EU-25			Deutschland		
	2004/05[3)]	2005/06[3)]	2006/07[3)]	2004/05	2005/06[2)]	2006/07[3)]
Anbaufläche (1 000 ha)	2 154	2 163	2 170	441	420	358
Erzeugung (verwendbar)	19 935	20 291	16 700	4 334	4 058	3 265
Bestandsveränderung	.	.	.	+ 288	– 505	– 473
Einfuhr[4)]	.	.	.	1 577	1 670	1 800
Ausfuhr[4)]	.	.	.	2 608	3 153	2 500
Inlandsverwendung	16 630	.	.	3 015	3 080	3 038
dar.: Nahrung	.	.	.	2 986	3 052	3 010
Industrie	.	.	.	27	26	26
Futter	.	.	.	2	2	2
Nahrungsverbrauch kg je Kopf	.	.	.	36,2	37,0	36,5
Selbstversorgungsgrad in %	*120*	*114*	.	*144*	*132*	*107*

1) Wirtschaftsjahr: Juli/Juni.
2) Vorläufig.
3) Geschätzt.
4) Einschließlich Zucker in Verarbeitungserzeugnissen; Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.

Tabelle 10

Erzeugung und Verbrauch von Wein in der EU und in Deutschland

Art der Kennzahl	Einheit	EU-25			Deutschland		
		2004/05	2005/06[1)]	2006/07[2)]	2004/05	2005/06[1)]	2006/07[2)]
Ertragsfähige Rebfläche	1 000 ha	.	.	.	98	99	99
Ertrag	hl/ha	.	.	.	103,1	92,1	91,0
Weinmosternte	1 000 hl	.	.	.	10 147	9 104	9 025
Weinerzeugung	1 000 hl	185 001	165 693	164 574	10 107	9 256	9 000
Gesamtverbrauch	1 000 hl	163 286	171 924	169 799	20 131	20 487	20 372
Sonderdestillation	1 000 hl	19 811	25 872	24 839	541	555	572
Trinkweinverbrauch	1 000 hl	133 661	133 719	134 500	19 590	19 932	19 800
dgl. je Kopf	l	35,4	29,0	29,2	23,7	24,2	24,0
Selbstversorgungsgrad							
einschl. Sonderdestillation	%	*113*	*96*	*97*	*50*	*45*	*44*
ausschl. Sonderdestillation	%	*129*	*113*	*114*	*52*	*46*	*45*

1) Vorläufig.
2) Geschätzt.

Tabelle 11

Versorgung mit Milch in der EU und in Deutschland

1 000 t

Art der Kennzahl	EU-25			Deutschland		
	2004	2005[1]	2006[1]	2004	2005	2006[1]
Kuhmilcherzeugung	141 456	142 234	140 736	28 245	28 453	27 797
Gesamterzeugung[2]	146 216	146 723	145 235	28 280	28 488	27 832
Gesamtverbrauch[3]	133 708	134 485	134 335	28 118	28 469	28 452
Anlieferung von Kuhmilch	130 194	131 509	130 049	27 113	27 380	26 721
Anlieferungsquote in %	92,0	92,5	92,4	96,0	96,2	96,1
Einfuhr[3) 4]	2 918	2 103	2 200	7 739	8 106	9 900
Angebot insgesamt	149 134	148 826	147 435	36 019	36 594	37 732
Ausfuhr[3) 4]	15 426	15 141	14 100	8 340	7 900	9 180
Bestandsveränderung[3]	+ 0	– 800	– 1 000	– 439	+ 225	+ 100
Marktverbrauch von Kuhmilch[5]	117 686	119 271	119 149	26 951	27 361	27 341
dgl. kg/Kopf	256	260	259	327	332	332
Selbstversorgungsgrad von Milch insgesamt in %[3) 6]	*109*	*109*	*108*	*101*	*100*	*98*

1) Geschätzt.
2) Einschließlich Milch von Schafen und Ziegen.
3) In Vollmilchwert.
4) Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr und Zuschätzungen zur amtlichen Intrahandelsstatistik.
5) Nahrungsverbrauch von Milch und Milchprodukten in Vollmilchwert, die in Molkereien aus Kuhmilch hergestellt werden, einschließlich produktionsbedingter Verluste.
6) Gesamterzeugung in Prozent des Gesamtverbrauches (einschließlich Verfütterung und subventionierter Verbrauch).

Tabelle 12

Versorgung mit Milcherzeugnissen in der EU und in Deutschland

1 000 t

Bilanzposten	EU-25			Deutschland		
	2004	2005[1]	2006[2]	2004	2005[1]	2006[2]
Frischmilcherzeugnisse						
Herstellung	42 403	42 173	42 900	8 918	8 991	9 130
Nahrungsverbrauch	42 218	42 015	42 742	7 578	7 643	7 668
dgl. kg je Kopf	92,0	91,0	92,2	91,9	92,7	93,0
Butter						
Herstellung	2 125	2 126	2 101	445	453	440
Nahrungsverbrauch (Butterwert)	2 024	1 878	1 853	535	531	530
dgl. kg je Kopf	4,4	4,1	4,0	6,5	6,4	6,4
dar.: zu Marktpreisen[3]	1 424	1 314	1 289	.	.	.
Bestand am Jahresende[4]	140	120	75	5	0	0
Käse (ohne Schmelzkäse)						
Herstellung	8 389	8 442	8 549	1 865	1 930	2 020
Nahrungsverbrauch	8 014	8 084	8 161	1 676	1 686	1 710
dgl. kg je Kopf	17,5	17,5	17,6	20,3	20,4	20,7
Vollmilchpulver						
Herstellung	865	858	780	161	155	145
Nahrungsverbrauch	355	371	353	79	75	80
dgl. kg je Kopf	0,8	0,8	0,8	1,0	0,9	1,0
Magermilchpulver[5]						
Herstellung	1 106	1 136	1 052	242	253	195
Verbrauch	823	918	854	155	160	140
dar.: zu Marktpreisen[3]	625	572	540	66	70	72
dgl. kg je Kopf	1,4	1,2	1,2	0,8	0,8	0,9
Bestand am Jahresende[4]	50	8	0	2	0	0
Selbstversorgungsgrad in %[6]						
Frischmilcherzeugnisse	*100*	*100*	*100*	*118*	*118*	*119*
Butter	*105*	*113*	*113*	*83*	*85*	*83*
Käse	*105*	*104*	*105*	*111*	*114*	*118*
Vollmilchpulver	*244*	*232*	*221*	*203*	*207*	*181*
Magermilchpulver	*134*	*124*	*123*	*157*	*158*	*139*

1) Vorläufig.
2) Geschätzt.
3) Nahrungsverbrauch ohne Verbilligungsmaßnahmen und EU-Beihilfen.
4) Interventionsbestände in öffentlicher Lagerhaltung entsprechend den Bestimmungen der EU.
5) Einschließlich Buttermilchpulver.
6) Gesamterzeugung in Prozent des Gesamtverbrauches (einschließlich Verfütterung und subventionierter Verbrauch).

Tabelle 13

Milchanlieferung sowie Herstellung von Butter und Magermilchpulver in den EU-Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Milchanlieferung[1]			Buttererzeugung[2]			Magermilchpulvererzeugung		
	2005	2006[3]	2006 gegen 2005	2005	2006[3]	2006 gegen 2005	2005	2006[3]	2006 gegen 2005
	1 000 t		%	1 000 t		%	1 000 t		%
Belgien	2 802	2 786	– *0,6*	110,1	100,5	– *8,7*	82,0	76,4	– *6,8*
Tschechische Republik	2 543	2 409	– *5,3*	52,3	51,7	– *1,2*	31,3	20,4	– *34,8*
Dänemark	4 451	4 477	+ *0,6*	99,9	99,9	± *0,0*	15,3	25,8	+ *68,6*
Deutschland	**27 380**	**26 721**	**–** ***2,4***	**450,0**	**444,0**	**–** ***1,3***	**238,7**	**187,5**	**–** ***21,5***
Estland	571	587	+ *2,8*	7,8	9,9	+ *26,9*	9,2	7,0	– *23,9*
Griechenland	660	694	+ *5,2*	1,7	1,7	± *0,0*	.	.	± *0,0*
Spanien	5 899	5 749	– *2,5*	58,0	49,2	– *15,2*	3,8	1,3	– *66,1*
Frankreich	23 388	22 885	– *2,2*	423,5	408,8	– *3,5*	192,8	181,8	– *5,7*
Irland	5 061	5 173	+ *2,2*	195,4	193,2	– *1,1*	55,0	63,9	+ *16,2*
Italien	10 127	9 963	– *1,6*	129,5	114,0	– *12,0*	.	.	± *0,0*
Zypern	145	138	± *0,0*	0,5	0,5	± *0,0*	.	.	± *0,0*
Lettland	502	575	+ *14,7*	6,0	4,9	– *18,3*	2,0	1,0	± *0,0*
Litauen	1 200	1 274	+ *6,1*	14,3	15,5	+ *8,4*	11,3	.	– *100,0*
Luxemburg	258	255	– *1,4*	.	.	.	.	.	± *0,0*
Ungarn	1 594	1 518	– *4,8*	11,0	8,4	– *23,6*	1,1	1,0	– *9,1*
Malta	42	41	± *0,0*	.	.	± *0,0*	.	.	± *0,0*
Niederlande	10 479	10 598	+ *1,1*	158,0	165,0	+ *4,4*	63,2	55,0	– *13,0*
Österreich	2 621	2 665	+ *1,7*	31,0	30,0	– *3,2*	7,3	4,0	– *44,9*
Polen	8 825	8 805	– *0,2*	128,1	141,0	+ *10,1*	137,3	118,5	– *13,7*
Portugal	1 921	1 862	– *3,1*	26,6	25,6	– *3,8*	6,4	5,9	– *8,4*
Slowenien	508	508	– *0,1*	3,6	2,0	– *44,4*	3,0	3,0	± *0,0*
Slowakische Republik	968	965	– *0,3*	8,5	8,9	+ *4,7*	5,8	5,6	– *3,4*
Finnland	2 362	2 354	– *0,3*	50,0	49,0	– *1,9*	21,0	18,8	– *10,5*
Schweden	3 163	3 136	– *0,9*	46,6	42,1	– *9,7*	16,1	12,8	– *20,5*
Vereinigtes Königreich	14 038	13 913	– *0,9*	130,0	140,0	+ *7,7*	69,1	7,3	– *89,4*
EU-15	**114 755**	**113 366**	**–** ***1,2***	**1 910,8**	**1 863,5**	**–** ***2,5***	**770,7**	**640,5**	**–** ***16,9***
EU-25	**131 509**	**130 049**	**–** ***1,1***	**2 142,5**	**2 105,8**	**–** ***1,7***	**971,7**	**797,0**	**–** ***18,0***

[1] Nur Kuhmilch. Deutschland ohne Anlieferung aus anderen EU-Mitgliedstaaten.
[2] Nur in Molkereien.
[3] Vorläufig.

Quelle: Europäische Kommission, EUROSTAT

Tabelle 14

Versorgung mit Rind- und Kalbfleisch in der EU und in Deutschland

1 000 t Schlachtgewicht[1)]

Art der Kennzahl	EU-25[2)]			Deutschland		
	2004[3)]	2005[3)]	2006[4)]	2004	2005[3)]	2006[4)]
Bruttoeigenerzeugung	8 210	7 990	8 140	1 349	1 216	1 244
Einfuhr[5)]	347	.	.	284	301	316
Ausfuhr[5)]	500	.	.	613	523	555
Verbrauch[6)]	8 100	8 070	8 150	1 020	994	1 005
dgl. kg je Kopf[6)]	17,7	17,6	17,7	12,4	12,0	12,2
dar.: menschl. Verzehr[7)]	.	.	.	8,5	8,3	8,4
Selbstversorgungsgrad in %	*101*	*99*	*100*	*132*	*122*	*124*

1) Schlachtgewicht gemäß 4. DVO in Kaltgewicht.
2) Angaben der ZMP.
3) Vorläufig.
4) Geschätzt.
5) Lebende Tiere und Fleisch; EU Extra-Handel, Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.
6) Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste.
7) Schätzung des Bundesmarktverbandes für Vieh und Fleisch; ohne Knochen, Futter, industrielle Verwertung und Verluste.

Tabelle 15

Versorgung mit Schweinefleisch in der EU und in Deutschland

1 000 t Schlachtgewicht[1)]

Art der Kennzahl	EU-25[2)]			Deutschland		
	2004[3)]	2005[4)]	2006[4)]	2004	2005	2006[3)]
Bruttoeigenerzeugung	21 197	21 131	21 330	4 086	4 213	4 318
Einfuhr[5)]	502	.	.	1 391	1 483	1 547
Ausfuhr[5)]	489	.	.	1 021	1 238	1 432
Verbrauch[6)]	19 819	19 650	19 720	4 456	4 459	4 433
dgl. kg je Kopf[6)]	43,3	42,7	42,8	54,0	54,0	53,8
dar.: menschl. Verzehr[7)]	.	.	.	38,9	39,0	38,8
Selbstversorgungsgrad in %	*107*	*108*	*108*	*92*	*94*	*97*

1) Schlachtgewicht gemäß 4. DVO in Kaltgewicht.
2) Angaben der ZMP.
3) Vorläufig.
4) Geschätzt.
5) Lebende Tiere und Fleisch; EU Extra-Handel, Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.
6) Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste.
7) Schätzung des Bundesmarktverbandes für Vieh und Fleisch; ohne Knochen, Futter, industrielle Verwertung und Verluste.

Tabelle 16

Versorgung mit Eiern in der EU und in Deutschland

1 000 t

Art der Kennzahl	EU-25[1]			Deutschland[1]		
	2004[2]	2005[3]	2006[3]	2004	2005[3]	2006[3]
Verwendbare Erzeugung	6 815	6 671	6 600	805	779	774
Einfuhr[4]	50	30	.	435	441	.
Ausfuhr[4]	175	170	.	132	149	.
Nahrungsverbrauch	6 690	6 531	6 486	1 108	1 071	1 038
dgl. kg je Kopf	13,4	13,1	13,0	12,9	12,6	12,4
Selbstversorgungsgrad in %	*102*	*99*	*98*	*71*	*70*	*69*

[1] Angaben der ZMP.
[2] Vorläufig.
[3] Geschätzt.
[4] EU Extra-Handel, Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.

Tabelle 17

Versorgung mit Geflügelfleisch in der EU und in Deutschland

1 000 t Schlachtgewicht

Art der Kennzahl	EU-25[1]			Deutschland		
	2004[2]	2005[2]	2006[3]	2004	2005	2006[3]
Bruttoeigenerzeugung	10 985	11 086	10 800	1 166	1 196	1 188
Einfuhr[4]	900	1 000	.	814	814	816
Ausfuhr[4]	1 400	1 325	.	521	552	560
Verbrauch[5]	10 475	10 650	10 486	1 459	1 458	1 443
dgl. kg je Kopf[5]	22,9	23,2	22,8	17,7	17,7	17,5
dar. menschl. Verzehr[6]	.	.	.	10,5	10,5	10,4
Selbstversorgungsgrad in %	*105*	*103*	*102*	*80*	*82*	*82*

[1] Angaben der ZMP.
[2] Vorläufig.
[3] Geschätzt.
[4] Lebende Tiere und Fleisch; EU Extra-Handel, Deutschland einschließlich innergemeinschaftlichem Warenverkehr.
[5] Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste (einschließlich Knochen).
[6] Schätzung des Bundesmarktverbandes für Vieh und Fleisch; ohne Knochen, Futter, industrielle Verwertung und Verluste.

Tabelle 18

Deutscher Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Ländern und Wirtschaftsräumen[1]

Mio. €

Ursprung/Bestimmung	2002	2003	2004	2005	Jan. bis Sept.	
					2005[4]	2006[4]
			Einfuhr			
EU-25	**31 007**	**31 697**	**31 899**	**32 896**	**21 730**	**23 736**
Belgien	2 353	2 439	2 458	2 517	1 680	1 795
Dänemark	2 070	2 053	2 144	2 132	1 357	1 577
Spanien	2 880	3 012	2 982	2 995	2 038	2 082
Frankreich	4 979	5 046	5 061	4 759	3 189	3 391
Irland	879	958	911	901	652	773
Italien	3 975	4 064	4 034	4 237	2 825	2 979
Ungarn	516	502	500	555	325	318
Niederlande	8 807	8 692	8 787	8 882	5 917	6 438
Österreich	1 262	1 315	1 356	1 525	1 023	1 165
Polen	935	1 228	1 207	1 536	887	1 188
Vereinigtes Königreich	917	905	860	883	538	659
Drittländer *(Welt ohne EU-25)*	**12 802**	**12 905**	**13 313**	**14 270**	**10 028**	**11 417**
Rumänien, Bulgarien	101	127	126	122	79	91
Russland	185	179	132	132	96	120
Übrige MOE-Länder/NUS[2]	253	270	271	337	201	249
USA	1 582	1 493	1 381	1 266	820	1 024
ASEAN	1 136	1 158	1 143	1 275	930	1 013
MERCOSUR	2 420	2 616	2 712	2 913	2 005	2 240
Nachrichtlich:						
Entwicklungsländer[3]	8 894	9 093	9 496	10 494	7 424	8 312
Welt insgesamt	**43 810**	**44 602**	**45 211**	**47 165**	**31 758**	**35 154**
			Ausfuhr			
EU-25	**24 951**	**26 188**	**27 883**	**30 344**	**20 103**	**22 000**
Belgien	1 859	1 911	1 921	1 983	1 307	1 407
Tschechische Republik	524	571	620	780	528	598
Dänemark	1 166	1 209	1 367	1 461	985	1 120
Spanien	1 647	1 545	1 717	2 240	1 546	1 503
Frankreich	3 656	3 767	3 872	3 955	2 679	2 894
Italien	3 604	4 050	4 136	4 221	2 892	3 242
Ungarn	203	216	312	465	282	368
Niederlande	4 906	5 220	5 415	5 609	3 590	3 764
Österreich	2 192	2 331	2 499	2 719	1 778	1 970
Polen	590	526	673	971	625	809
Schweden	610	660	739	824	536	560
Vereinigtes Königreich	2 167	2 218	2 387	2 620	1 718	1 861
Drittländer *(Welt ohne EU-25)*	**6 154**	**5 847**	**5 926**	**6 720**	**4 980**	**5 661**
Rumänien, Bulgarien	175	144	202	30	212	255
Russland	889	801	918	953	687	812
Übrige MOE-Länder/NUS[2]	494	498	519	597	442	530
USA	883	905	917	958	736	788
ASEAN	135	151	176	182	143	159
MERCOSUR	55	46	49	42	30	43
Nachrichtlich:						
Entwicklungsländer[3]	2 259	2 060	1 921	2 253	1 705	1 955
Welt insgesamt	**31 105**	**32 035**	**33 809**	**37 064**	**25 083**	**27 661**

[1] Ausgenommen Agrarrohstoffe (Non-food) für die gewerbliche Wirtschaft.
[2] Albanien, Neue Unabhängige Staaten (ohne Russland) und Nachfolgestaaten Jugoslawiens (ohne Slowenien).
[3] Ohne Malta und Zypern.
[4] Vorläufig.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 19

Deutscher Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Produktgruppen

Produktgruppe	2004	2005	Veränd. geg. Vorjahr	2004	2005	Veränd. geg. Vorjahr
	1 000 Tonnen		%	Mio. €		%
				Einfuhr		
Lebende Tiere	.	.	.	639	802	+ *25,6*
Milch und -erzeugnisse	2 712,4	2 795,4	+ *3,1*	4 093	3 978	– *2,8*
Fleisch und -erzeugnisse	2 005,3	2 129,4	+ *6,2*	4 532	4 928	+ *8,8*
Fische und Fischzubereitungen	828,7	872,6	+ *5,3*	2 271	2 600	+ *14,5*
Getreide (ohne Reis)	3 430,6	4 628,2	+ *34,9*	645	682	+ *5,8*
Getreideerzeugnisse, Backwaren	1 546,5	1 659,2	+ *7,3*	1 967	2 056	+ *4,6*
Kartoffeln und -erzeugnisse	1 051,6	984,8	– *6,3*	473	374	– *20,8*
Gemüse u. a. Küchengewächse	2 931,8	2 799,0	– *4,5*	2 621	2 812	+ *7,3*
Frischobst, Südfrüchte	5 007,0	5 100,2	+ *1,9*	3 645	3 660	+ *0,4*
Schalen- und Trockenfrüchte	477,7	468,1	– *2,0*	1 323	1 704	+ *28,8*
Zubereitungen, Konserven, Säfte aus Gemüse und Obst	3 923,3	4 080,8	+ *4,0*	3 265	3 281	+ *0,5*
Kakao und -erzeugnisse	725,0	733,1	+ *1,1*	1 749	1 675	– *4,2*
Zucker und -erzeugnisse	1 430,1	1 620,0	+ *13,3*	1 074	1 132	+ *5,4*
Ölsaaten und -produkte	11 890,4	12 797,8	+ *7,6*	3 742	3 795	+ *1,4*
Kleie u. a. Abfallerz. zur Viehfütterung	2 965,6	2 530,0	– *14,7*	1 081	1 061	– *1,8*
Lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei	826,4	873,2	+ *5,7*	1 987	1 997	+ *0,5*
Kaffee	1 029,6	990,1	– *3,8*	1 285	1 771	+ *37,8*
Rohtabak und Tabakerzeugnisse	279,3	261,0	– *6,6*	1 433	1 351	– *5,8*
Branntwein (1 000 hl r. Alk.)	2 964	3 656	+ *23,3*	958	985	+ *2,8*
Wein (1 000 hl)	14 286	14 282	± *0,0*	1 983	1 990	+ *0,3*
Insgesamt	**.**	**.**	**.**	**45 211**	**47 165**	**+ *4,3***
				Ausfuhr		
Lebende Tiere	.	.	.	758	811	+ *7,0*
Milch und -erzeugnisse	5 651,7	5 486,7	– *2,9*	5 651	5 745	+ *1,7*
Fleisch und -erzeugnisse	2 031,9	2 304,5	+ *13,4*	4 238	4 893	+ *15,5*
Fische und Fischzubereitungen	391,6	511,3	+ *30,6*	987	1 173	+ *18,9*
Getreide (ohne Reis)	7 906,1	10 910,6	+ *38,0*	1 119	1 279	+ *14,3*
Getreideerzeugnisse, Backwaren	2 375,1	2 368,7	– *0,3*	3 017	3 120	+ *3,4*
Kartoffeln und -erzeugnisse	1 985,2	2 006,3	+ *1,1*	516	488	– *5,4*
Gemüse u. a. Küchengewächse	356,7	450,2	+ *26,2*	227	288	+ *26,5*
Frischobst, Südfrüchte	559,8	646,6	+ *15,5*	467	588	+ *25,9*
Schalen- und Trockenfrüchte	103,7	114,1	+ *10,1*	365	446	+ *22,2*
Zubereitungen, Konserven, Säfte aus Gemüse und Obst	1 630,2	1 764,4	+ *8,2*	1 424	1 468	+ *3,1*
Kakao und -erzeugnisse	556,2	557,9	+ *0,3*	1 643	1 669	+ *1,6*
Zucker und -erzeugnisse	1 608,7	2 308,1	+ *43,5*	1 055	1 251	+ *18,6*
Ölsaaten und -produkte	5 360,3	5 384,7	+ *0,5*	1 842	1 675	– *9,0*
Kleie u. a. Abfallerz. zur Viehfütterung	2 838,8	3 416,6	+ *20,4*	969	1 023	+ *5,5*
Kaffee	375,8	471,0	+ *25,3*	962	1 337	+ *38,9*
Rohtabak und Tabakerzeugnisse	229,5	265,9	+ *15,9*	2 043	2 796	+ *36,8*
Bier (1 000 hl)	13 957	13 713	– *1,7*	861	845	– *1,9*
Wein (1 000 hl)	3 144	3 315	+ *5,4*	537	601	+ *12,0*
Insgesamt	**.**	**.**	**.**	**33 773**	**37 064**	**+ *9,7***

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 20

Produktionswert zu Erzeugerpreisen[1]

Erzeugnis	2001	2002	2003	2004	2005[2]	2006[3]	2006[3] gegen 2005[2]
	Mio. €						%
Getreide	5 297	4 896	4 175	5 093	4 218	4 613	+ *9,4*
Ölsaaten	889	815	851	1 032	974	1 208	+ *24,1*
Eiweißpflanzen	93	67	68	72	52	55	+ *5,7*
Zuckerrüben	1 207	1 237	1 171	1 304	1 177	751	– *36,2*
Futterpflanzen	4 068	4 719	3 406	4 332	4 294	4 135	– *3,7*
Gemüse	1 409	1 267	1 364	1 490	1 678	1 901	+ *13,3*
Pflanzen und Blumen	2 691	2 670	2 670	2 743	2 581	2 613	+ *1,2*
Kartoffeln	1 175	1 122	1 003	901	602	754	+ *25,3*
Obst	693	803	891	1 026	783	913	+ *16,7*
Weinmost/Wein	1 132	1 201	1 219	1 229	1 231	1 231	± *0,0*
Pflanzliche Erzeugung	**19 019**	**19 196**	**17 194**	**19 665**	**18 034**	**18 710**	**+ *3,8***
Rinder	2 493	2 997	2 617	2 844	2 945	3 343	+ *13,5*
Schweine	6 147	4 799	4 669	5 525	5 552	5 928	+ *6,8*
Schafe	188	181	167	181	170	179	+ *5,4*
Geflügel	1 090	1 061	953	1 184	1 238	1 130	– *8,7*
Milch	9 372	8 453	8 254	8 093	8 196	7 903	– *3,6*
Eier	1 002	929	855	555	506	544	+ *7,6*
Tierische Erzeugung	**20 739**	**18 869**	**18 003**	**18 796**	**19 099**	**19 495**	**+ *2,1***
Erzeugung insgesamt[4]	**41 298**	**39 622**	**36 768**	**40 105**	**38 868**	**39 956**	**+ *2,8***

Wirtschaftsbereich Landwirtschaft ohne Forstwirtschaft und Fischerei, Erläuterungen siehe Anhang S. 121.
[1] Jeweilige Preise ohne Mehrwertsteuer.
[2] Vorläufig.
[3] Geschätzt.
[4] Einschließlich landwirtschaftlicher Dienstleistungen und nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten (nicht trennbar).

Tabelle 21

Wertschöpfung der Landwirtschaft

Art der Kennzahl	2001	2002	2003	2004	2005[1]	2006[2]	2006[2] gegen 2005[1]
	Mio. €						%
Produktionswert zu Erzeugerpreisen	41 298	39 622	36 768	40 105	38 868	39 956	+ *2,8*
+ Produktsubventionen[3]	3 962	4 018	3 989	4 473	9	9	± *0,0*
darunter: pflanzlicher Bereich	3 325	3 252	3 223	3 314	9	9	± *0,0*
Tierprämien	637	766	766	1 159	0	0	± *0,0*
– Produktsteuern	217	150	95	273	294	62	– *78,9*
= Produktionswert zu Herstellungspreisen	45 043	43 490	40 662	44 305	38 583	39 903	+ *3,4*
– Vorleistungen	25 125	25 659	25 875	25 742	25 772	26 840	+ *4,1*
= Bruttowertschöpfung[4]	**19 918**	**17 833**	**14 786**	**18 563**	**12 810**	**13 063**	**+ *2,0***
– Abschreibungen	7 033	7 033	6 981	6 979	6 946	7 086	+ *2,0*
– Sonstige Produktionsabgaben	408	605	719	339	441	441	± *0,0*
+ Sonstige Subventionen[5]	1 482	1 459	1 571	1 540	6 084	6 388	+ *5,0*
= Nettowertschöpfung	**13 959**	**11 653**	**8 657**	**12 783**	**11 507**	**11 924**	**+ *3,6***
Nettowertschöpfung je AK (€)	21 185	18 424	14 184	21 593	19 752	20 885	+ *5,7*

Wirtschaftsbereich Landwirtschaft ohne Forstwirtschaft und Fischerei, Erläuterungen siehe Anhang S. 121.
[1] Vorläufig.
[2] Geschätzt.
[3] Bis 2004 Flächenzahlungen und Tierprämien der Agenda 2000.
[4] Zu Herstellungspreisen.
[5] Ab 2005 einschließlich Betriebsprämie.

Tabelle 22

Vorleistungen der Landwirtschaft[1]

Vorleistungsart	2002	2003	2004	2005[2]	2006[3]	2006[3] gegen 2005[2]
	Mio. €					%
Saat- und Pflanzgut	741	740	725	667	687	+ 3,0
Energie, Schmierstoffe[4]	2 591	2 650	2 764	2 854	3 101	+ 8,6
Dünge- u. Bodenverbesserungsmittel	1 463	1 605	1 640	1 649	1 725	+ 4,6
Pflanzenschutzmittel	1 469	1 457	1 367	1 351	1 361	+ 0,8
Tierarzt u. Medikamente	567	574	757	718	739	+ 2,9
Futtermittel	10 579	10 505	9 838	9 959	10 524	+ 5,7
bei landwirtschaftlichen Einheiten gekaufte Futtermittel	55	56	49	55	55	+ 1,6
außerhalb des Wirtschaftsbereiches gekaufte Futtermittel	4 832	4 983	4 743	4 206	4 677	+ 11,2
innerbetrieblich erzeugte und verbrauchte Futtermittel	5 692	5 465	5 047	5 698	5 792	+ 1,7
Instandhaltung von						
Maschinen und Geräten	1 822	1 814	1 832	1 819	1 856	+ 2,0
baulichen Anlagen	641	614	578	575	572	– 0,5
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	1 446	1 462	1 499	1 534	1 551	+ 1,1
Andere Güter und Dienstleistungen	4 341	4 454	4 743	4 646	4 723	+ 1,7
Insgesamt	**25 659**	**25 875**	**25 742**	**25 772**	**26 840**	**+ 4,1**

Wirtschaftsbereich Landwirtschaft ohne Forstwirtschaft und Fischerei, Erläuterungen siehe Anhang S. 121.

[1] Erzeugerpreise ohne Mehrwertsteuer.
[2] Vorläufig.
[3] Geschätzt.
[4] Für Dieselkraftstoff unverbilligter Preis.

Tabelle 23

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße		Arbeitskräfte	Viehbesatz	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwend.	Gewinn		Gewinn plus Personalaufwand
	EGE	ha LF	AK/ 100 ha LF	VE/ 100 ha LF	€/ha LF			€/Untern.	€/AK
				Ackerbau					
2001/02[1]	93,9	106,5	1,8	29,8	1 996	1 537	416	44 269	27 967
2002/03[1]	95,6	110,0	1,7	24,8	1 787	1 436	304	33 391	22 764
2003/04[1]	95,9	110,3	1,7	31,5	1 886	1 461	375	41 395	26 914
2004/05	96,2	113,8	1,6	24,0	1 881	1 440	395	44 905	28 741
2005/06	95,3	110,6	1,7	21,7	1 834	1 449	338	37 407	24 992
				Gartenbau					
2001/02[1]	152,0	4,0	103,6	11,9	68 978	56 674	9 866	39 248	21 411
2002/03[1]	150,4	4,2	106,3	6,3	71 676	60 178	8 909	37 361	21 355
2003/04[1]	150,6	4,3	105,4	2,3	72 779	61 634	8 614	37 442	21 300
2004/05	146,9	4,5	98,8	4,0	65 522	55 546	7 722	34 408	20 481
2005/06	157,2	4,4	101,3	3,4	68 518	57 184	9 257	40 495	21 600
				Weinbau					
2001/02[1]	59,1	12,0	20,2	1,4	10 583	7 412	2 699	32 500	17 156
2002/03[1]	58,3	11,5	20,6	1,5	11 654	7 913	3 316	38 119	20 115
2003/04[1]	57,4	11,7	20,6	1,2	11 777	8 112	3 176	37 079	19 347
2004/05	57,7	11,5	21,4	0,8	12 417	8 581	3 324	38 272	19 784
2005/06	57,9	11,3	20,9	1,3	12 332	8 486	3 362	37 821	20 185
				Obstbau					
2001/02[1]	89,5	16,9	17,8	19,0	9 006	6 311	2 368	40 110	18 901
2002/03[1]	88,8	17,1	17,1	19,9	8 065	5 815	1 954	33 338	16 636
2003/04[1]	96,5	21,8	13,4	14,8	6 876	4 780	1 844	40 274	20 258
2004/05	97,8	20,0	15,4	11,3	6 841	5 331	1 234	24 657	14 929
2005/06	87,7	16,1	17,7	13,4	9 246	6 712	2 221	35 648	19 707
				Dauerkulturen[2]					
2001/02[1]	63,3	12,7	19,5	6,1	10 107	7 040	2 639	33 614	17 640
2002/03[1]	62,9	12,4	19,5	6,4	10 617	7 246	2 985	36 968	19 459
2003/04[1]	63,5	13,5	18,1	5,9	10 023	6 896	2 725	36 831	19 421
2004/05	64,1	13,1	19,4	4,0	10 489	7 394	2 671	34 973	18 633
2005/06	63,4	12,3	19,6	5,3	11 056	7 693	2 954	36 352	19 900
				Milch					
2001/02[1]	67,3	49,4	3,3	163,0	2 914	2 166	655	32 341	21 050
2002/03[1]	67,1	50,7	3,3	161,5	2 834	2 176	562	28 503	18 698
2003/04[1]	67,2	51,3	3,2	160,2	2 815	2 208	512	26 254	17 400
2004/05	67,5	51,8	3,2	156,3	2 911	2 198	621	32 169	21 123
2005/06	67,2	52,2	3,1	153,6	2 946	2 176	685	35 752	23 392
				Sonstiger Futterbau					
2001/02[1]	58,7	64,4	2,5	165,7	2 209	1 786	349	22 486	15 475
2002/03[1]	59,3	66,9	2,4	162,2	2 250	1 838	341	22 821	16 005
2003/04[1]	59,7	68,1	2,3	158,9	2 158	1 772	313	21 328	14 989
2004/05	60,2	69,6	2,3	151,3	2 256	1 762	429	29 857	20 191
2005/06	59,0	67,4	2,3	149,3	2 281	1 804	415	27 960	19 750
				Futterbau					
2001/02[1]	66,1	51,5	3,2	163,5	2 792	2 100	602	30 980	20 303
2002/03[1]	66,1	52,9	3,1	161,6	2 734	2 118	524	27 731	18 345
2003/04[1]	66,2	53,5	3,1	160,0	2 704	2 134	478	25 601	17 096
2004/05	66,5	54,2	3,0	155,5	2 799	2 124	588	31 861	21 002
2005/06	66,1	54,3	3,0	152,9	2 833	2 113	639	34 682	22 921
				Veredlung					
2001/02[1]	103,4	40,0	4,2	475,7	7 447	5 989	1 304	52 215	33 334
2002/03[1]	104,9	43,3	3,9	475,4	6 280	5 451	677	29 352	19 531
2003/04[1]	102,0	44,4	4,1	512,7	7 090	6 292	615	27 312	17 865
2004/05	109,1	45,4	3,8	485,1	7 061	5 671	1 231	55 884	34 960
2005/06	105,3	47,1	3,8	482,3	6 795	5 603	1 038	48 924	29 805

noch Tabelle 23

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße		Arbeits-kräfte	Viehbesatz	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwend.	Gewinn		Gewinn plus Perso-nalaufwand
	EGE	ha LF	AK/ 100 ha LF	VE/ 100 ha LF	€/ha LF			€/Untern.	€/AK
				Pflanzenbauverbund					
2001/02[1]	82,6	63,1	3,3	114,2	3 099	2 533	513	32 338	19 809
2002/03[1]	76,2	60,9	3,4	88,0	2 790	2 277	442	26 944	17 483
2003/04[1]	78,9	61,2	3,4	114,2	2 961	2 442	450	27 528	17 317
2004/05	85,4	58,5	3,7	89,2	3 014	2 375	563	32 969	19 813
2005/06	78,5	62,6	3,2	84,8	2 729	2 207	461	28 873	18 540
				Viehhaltungsverbund					
2001/02[1]	78,2	47,6	3,4	318,2	4 666	3 931	635	30 236	19 764
2002/03[1]	78,9	49,3	3,3	316,2	4 220	3 702	410	20 191	13 519
2003/04[1]	75,9	50,4	3,2	332,6	4 385	3 884	394	19 831	13 316
2004/05	80,8	50,6	3,2	324,8	4 793	3 974	720	36 422	23 740
2005/06	79,5	52,1	3,1	323,9	4 706	3 954	658	34 253	22 246
				Pflanzenbau-Viehhaltung					
2001/02[1]	81,3	70,1	2,5	182,8	3 187	2 622	493	34 534	22 300
2002/03[1]	81,5	70,8	2,4	176,0	2 872	2 460	336	23 804	16 526
2003/04[1]	79,9	72,3	2,4	187,0	2 987	2 563	343	24 761	16 873
2004/05	81,0	72,8	2,4	171,2	3 091	2 507	515	37 521	24 465
2005/06	81,0	74,2	2,3	171,5	3 077	2 533	474	35 151	22 941
				Gemischt (Verbund) insgesamt					
2001/02[1]	80,8	64,6	2,7	196,8	3 409	2 818	517	33 388	21 490
2002/03[1]	80,3	65,1	2,7	189,2	3 081	2 641	359	23 393	16 060
2003/04[1]	79,0	66,4	2,6	202,7	3 209	2 763	362	24 035	16 236
2004/05	81,5	66,5	2,6	187,0	3 352	2 725	553	36 763	23 654
2005/06	80,4	68,2	2,6	186,8	3 302	2 727	502	34 243	22 217
				Kleinere[3]					
2001/02[1]	30,1	26,8	5,3	117,8	2 900	2 163	659	17 692	14 037
2002/03[1]	30,1	27,4	5,3	112,1	2 854	2 220	543	14 873	12 458
2003/04[1]	30,1	27,7	5,3	118,2	2 957	2 304	560	15 494	12 862
2004/05	30,0	28,6	5,0	107,4	2 980	2 276	614	17 566	14 492
2005/06	30,0	28,4	5,0	107,2	2 882	2 192	608	17 257	14 112
				Mittlere[4]					
2001/02[1]	66,2	50,3	3,4	149,8	3 231	2 514	634	31 894	20 925
2002/03[1]	66,1	51,9	3,3	141,7	3 022	2 415	518	26 895	18 229
2003/04[1]	65,8	52,5	3,3	152,7	3 127	2 532	503	26 377	17 817
2004/05	66,4	53,4	3,2	135,3	3 112	2 398	632	33 763	22 249
2005/06	66,7	54,0	3,2	136,8	3 141	2 441	620	33 464	22 225
				Größere[5]					
2001/02[1]	171,3	111,3	2,6	126,0	3 288	2 625	570	63 496	28 699
2002/03[1]	173,5	113,6	2,6	126,5	3 120	2 584	442	50 207	24 343
2003/04[1]	174,0	115,5	2,6	130,9	3 220	2 664	458	52 963	25 141
2004/05	176,2	116,5	2,6	128,0	3 293	2 637	564	65 694	29 152
2005/06	179,0	118,8	2,6	127,3	3 282	2 638	556	66 087	29 170
				Insgesamt					
2001/02[1]	81,5	58,4	3,3	134,1	3 212	2 518	607	35 466	22 315
2002/03[1]	81,7	59,7	3,3	130,4	3 045	2 467	486	28 994	19 216
2003/04[1]	81,5	60,4	3,3	137,6	3 147	2 562	490	29 575	19 430
2004/05	82,2	61,3	3,2	127,9	3 178	2 492	598	36 647	23 104
2005/06	82,0	61,4	3,1	128,0	3 169	2 496	589	36 137	22 964

1) Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.
2) Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.
3) Kleinere = 16 bis 40 EGE.
4) Mittlere = 40 bis 100 EGE.
5) Größere = 100 und mehr EGE.

Tabelle 24

Kennzahlen der Gartenbaubetriebe im Haupterwerb nach Betriebsformen

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße			Arbeits-kräfte	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwen-dungen	Gewinn		Gewinn plus Personal-aufwand
	EGE	ha LF	ha GG	AK	€/ha LF	€/ha LF	€/Untern.	€/ha LF	€/AK
					Gemüsebau				
1998/99	95,3	8,3	5,2	3,4	21 211	16 613	32 961	3 965	16 466
1999/2000	95,2	9,0	5,8	3,6	20 955	16 837	32 334	3 584	17 022
2000/01	105,1	9,9	6,4	3,9	23 744	18 411	46 249	4 695	19 593
2001/02[1]	106,3	9,6	6,5	4,1	22 224	18 292	31 948	3 314	15 404
2002/03[1]	118,6	10,6	7,6	4,7	23 188	19 586	31 557	2 965	15 704
2003/04[1]	143,1	12,7	9,3	5,5	23 451	20 392	30 210	2 372	15 243
2004/05	142,1	12,0	8,5	5,2	22 871	19 315	35 174	2 931	14 429
2005/06	175,4	10,9	7,8	5,0	25 376	20 541	45 894	4 205	17 888
					Zierpflanzen				
1998/99	172,0	1,4	1,1	3,7	187 991	157 541	31 824	22 987	21 900
1999/2000	182,6	1,3	1,2	4,2	222 388	184 207	38 241	29 729	22 368
2000/01	195,4	1,3	1,2	4,1	220 930	185 790	35 274	26 916	22 353
2001/02[1]	186,7	1,4	1,2	4,3	223 824	185 033	41 528	30 249	23 152
2002/03[1]	169,2	1,6	1,4	4,4	196 009	165 100	37 587	23 254	22 786
2003/04[1]	160,9	1,6	1,4	4,4	202 052	170 808	37 207	23 763	22 602
2004/05	160,4	1,6	1,4	4,2	186 565	158 731	33 405	20 746	22 395
2005/06	159,1	1,5	1,4	4,3	206 812	174 649	38 557	25 326	23 223
					Baumschulen				
1998/99	130,8	5,9	4,9	3,8	40 619	33 644	33 680	5 688	23 399
1999/2000	116,7	6,0	4,4	4,6	40 646	32 424	40 037	6 667	21 444
2000/01	114,6	5,3	4,3	4,0	50 320	39 788	45 779	8 688	24 676
2001/02[1]	96,7	4,9	4,0	4,1	62 316	49 499	52 429	10 661	28 771
2002/03[1]	104,1	5,6	4,4	4,6	59 599	48 675	49 840	8 822	27 491
2003/04[1]	100,1	5,5	4,3	4,5	69 125	56 371	57 962	10 455	29 983
2004/05	87,3	5,6	3,8	4,1	58 918	49 514	43 528	7 815	27 278
2005/06	89,2	6,3	3,9	4,1	45 114	37 415	42 295	6 668	25 473
					Sonstige				
1998/99	69,6	1,9	1,8	3,3	107 606	82 939	42 102	22 511	20 371
1999/2000	80,2	2,2	2,1	3,3	105 683	82 050	47 142	21 417	24 237
2000/01	98,5	2,4	2,3	2,6	76 552	60 829	32 871	13 941	19 768
2001/02[1]	99,5	2,3	2,0	2,9	79 093	62 963	31 220	13 686	19 931
2002/03[1]	126,8	2,7	2,7	3,8	108 094	87 282	47 617	17 684	22 860
2003/04[1]	115,7	3,3	3,2	3,5	74 483	61 975	35 075	10 787	20 237
2004/05	84,2	3,0	2,6	2,9	55 654	45 684	24 942	8 284	18 590
2005/06	84,3	2,7	2,5	3,4	73 250	60 574	29 110	10 614	17 640
					Insgesamt				
1998/99	142,1	3,8	2,8	3,6	61 939	51 042	32 931	8 686	20 983
1999/2000	143,8	4,1	2,9	4,1	62 205	50 747	37 634	9 288	21 118
2000/01	155,6	4,1	3,0	3,9	65 923	53 876	39 625	9 765	22 082
2001/02[1]	152,0	4,0	2,9	4,1	68 978	56 674	39 248	9 866	21 411
2002/03[1]	150,4	4,2	3,2	4,5	71 676	60 178	37 361	8 909	21 355
2003/04[1]	150,6	4,3	3,4	4,6	72 779	61 634	37 442	8 614	21 300
2004/05	146,9	4,5	3,4	4,4	65 522	55 546	34 408	7 722	20 481
2005/06	157,2	4,4	3,3	4,4	68 518	57 184	40 495	9 257	21 600

[1] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

Tabelle 25

Kennzahlen der Weinbaubetriebe im Haupterwerb nach Vermarktungsformen

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße			Arbeitskräfte	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwendungen	Gewinn		Gewinn plus Personalaufwand
	EGE	ha LF	ha ERF	AK	€/ha LF	€/ha LF	€/Untern.	€/ha LF	€/AK
					Flaschenwein				
1998/99	44,2	7,9	6,0	2,3	17 676	12 231	36 703	4 634	19 780
1999/2000	44,8	7,6	6,1	2,4	17 923	13 003	30 788	4 046	16 272
2000/01	45,3	7,9	6,2	2,2	17 035	12 362	29 928	3 799	16 961
2001/02[1]	51,2	9,9	7,3	2,5	15 876	11 353	37 653	3 815	19 529
2002/03[1]	50,0	8,8	7,0	2,4	17 771	12 903	37 152	4 206	20 110
2003/04[1]	50,0	9,6	7,3	2,5	17 830	12 763	41 432	4 332	21 490
2004/05	51,7	9,4	7,6	2,6	19 572	14 086	44 225	4 695	22 189
2005/06	50,8	8,7	7,1	2,4	20 170	14 542	42 119	4 840	22 445
					Fasswein				
1998/99	61,1	12,2	8,2	2,3	8 093	5 126	32 376	2 650	16 325
1999/2000	63,4	13,4	8,3	2,3	7 129	4 884	26 122	1 954	13 689
2000/01	64,6	13,4	8,4	2,2	6 339	4 475	21 312	1 586	11 542
2001/02[1]	83,2	17,4	11,6	2,7	6 390	4 817	22 131	1 272	11 200
2002/03[1]	83,5	17,7	11,1	2,6	7 377	4 966	38 299	2 170	17 684
2003/04[1]	79,1	17,0	11,2	2,6	7 888	5 194	40 888	2 408	18 352
2004/05	78,0	16,7	11,2	2,6	7 487	5 091	34 731	2 085	16 003
2005/06	82,0	17,9	11,1	2,6	7 043	4 706	37 099	2 070	16 682
					Winzergenossenschaften				
1998/99	42,3	9,1	5,3	1,9	8 604	5 148	28 019	3 095	17 674
1999/2000	44,4	9,8	5,6	2,0	8 086	4 649	30 433	3 096	18 861
2000/01	45,1	9,9	5,7	1,9	7 872	4 528	30 490	3 071	19 504
2001/02[1]	50,6	10,8	6,8	2,1	8 727	5 272	33 340	3 088	19 414
2002/03[1]	49,6	10,5	6,5	2,1	9 284	5 131	39 651	3 794	22 940
2003/04[1]	51,0	10,6	6,8	2,1	7 974	5 089	26 410	2 486	16 153
2004/05	50,0	10,5	6,8	2,1	8 610	5 233	31 509	3 001	18 862
2005/06	50,1	10,1	6,5	2,0	8 509	5 077	30 998	3 081	19 271
					Insgesamt				
1998/99	48,8	9,5	6,5	2,2	11 743	7 744	33 161	3 489	18 217
1999/2000	50,0	9,8	6,6	2,2	11 125	7 637	29 358	2 981	16 109
2000/01	50,1	9,8	6,6	2,1	11 012	7 649	27 887	2 847	16 108
2001/02[1]	59,1	12,0	8,3	2,4	10 583	7 412	32 500	2 699	17 156
2002/03[1]	58,3	11,5	7,9	2,4	11 654	7 913	38 119	3 316	20 115
2003/04[1]	57,4	11,7	8,1	2,4	11 777	8 112	37 079	3 176	19 347
2004/05	57,7	11,5	8,3	2,5	12 417	8 581	38 272	3 324	19 784
2005/06	57,9	11,3	7,9	2,4	12 332	8 486	37 821	3 362	20 185

[1] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

Tabelle 26

Kennzahlen der Weinbaubetriebe im Haupterwerb nach ausgewählten Anbaugebieten
2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Mosel-Saar-Ruwer	Rhein-hessen	Pfalz	Württemberg	Franken	Deutschland
Anteil der Betriebe	%	*26,3*	*10,5*	*36,1*	*17,3*	*5,9*	*100*
Betriebsgröße	EGE	29,6	90,9	78,7	43,4	45,1	57,9
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	5,2	20,1	14,6	9,5	8,3	11,3
Zugepachtete LF (netto)	ha	0,4	10,9	7,3	4,2	2,1	4,9
Wirtschaftswert	€	12 587	50 205	36 560	22 078	14 378	27 480
Vergleichswert	€/ha LF	2 401	2 500	2 512	2 320	1 729	2 442
Ertragsrebfläche	ha	4,1	12,0	10,9	5,7	6,0	7,9
Arbeitskräfte	AK/100 ha LF	33,8	16,0	18,8	22,5	21,9	20,9
Arbeitskräfte	AK	1,8	3,2	2,7	2,1	1,8	2,4
dar.: Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	1,4	2,2	2,1	1,3	1,4	1,7
Umsatzerlöse	€/ha LF	16 416	7 318	9 531	9 979	11 329	10 165
Weinbau und Kellerei	€/ha LF	15 572	6 664	8 994	9 287	10 436	9 504
Weinbau und Kellerei	€/ha ERF	19 810	11 186	11 985	15 546	14 487	13 571
Sonstige betriebliche Erträge	€/ha LF	4 128	1 714	2 364	2 035	2 739	2 437
dar.: Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	642	194	209	315	381	282
dar.: Entkoppelte Betriebs-prämie	€/ha LF	89	87	57	118	72	76
Materialaufwand	€/ha LF	4 977	2 248	2 785	1 845	2 993	2 839
Personalaufwand	€/ha LF	958	671	714	1 323	1 099	864
Abschreibungen	€/ha LF	2 072	794	1 160	1 205	1 715	1 236
Sonstige betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	5 819	2 692	3 423	3 061	3 850	3 548
Gewinn	€/ha LF	5 728	2 123	3 001	4 105	3 362	3 362
Gewinn	€/ha ERF	7 287	3 563	3 998	6 872	4 667	4 801
Gewinn	€/Untern.	30 012	42 626	43 665	39 060	27 958	37 821
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	19 786	17 453	19 758	24 078	20 356	20 185
Umsatzrentabilität	%	*– 3,8*	*– 5,0*	*– 3,1*	*+ 5,2*	*– 4,6*	*– 2,3*
Bilanzvermögen insgesamt	€/ha LF	64 127	28 124	39 481	52 815	52 731	43 312
Verbindlichkeiten	€/ha LF	11 779	3 793	6 047	7 231	11 756	7 111
Nettoverbindlichkeiten	€/ha LF	7 624	2 398	3 461	– 1 728	8 272	3 505
Nettoinvestitionen	€/ha LF	– 130	68	– 136	589	– 318	– 7
Eigenkapitalveränderung, Bilanz	€/ha LF	455	– 180	30	830	559	189

Tabelle 27

Kennzahlen der Obstbaubetriebe im Haupterwerb

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße			Arbeits-kräfte	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwen-dungen	Gewinn		Gewinn plus Personal-aufwand
	EGE	ha LF	ha GG	AK	€/ha LF	€/ha LF	€/Untern.	€/ha LF	€/AK
1998/99	88,6	16,9	11,5	3,1	8 209	5 908	33 063	1 958	16 758
1999/2000	85,7	15,1	11,1	3,3	8 927	6 419	33 239	2 195	15 536
2000/01	90,4	16,4	11,9	3,2	8 041	5 880	30 532	1 863	15 526
2001/02[1)]	89,5	16,9	11,2	3,0	9 006	6 311	40 110	2 368	18 901
2002/03[1)]	88,8	17,1	11,3	2,9	8 065	5 815	33 338	1 954	16 636
2003/04[1)]	96,5	21,8	11,9	2,9	6 876	4 780	40 274	1 844	20 258
2004/05	97,8	20,0	12,4	3,1	6 841	5 331	24 657	1 234	14 929
2005/06	87,7	16,1	10,8	2,8	9 246	6 712	35 648	2 221	19 707

1) Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.

Tabelle 28

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern und Regionen

2005/06

Land/Region	Betriebsgröße		Arbeitskräfte	Viehbesatz	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwend.	Gewinn		Gewinn plus Personalaufwand
	EGE	ha LF	AK/ 100 ha LF	VE/ 100 ha LF	€/ha LF			€/Untern.	€/AK
Schleswig-Holstein	114,2	79,0	2,5	157,4	3 251	2 627	532	42 036	26 508
Niedersachsen	101,3	68,3	2,8	185,1	3 647	2 926	623	42 570	26 659
Nordrhein-Westfalen	100,1	51,0	3,7	209,0	4 616	3 704	808	41 208	26 787
Hessen	79,9	69,2	2,9	99,2	2 742	2 178	491	34 009	22 621
Rheinland-Pfalz	72,3	45,0	5,0	64,5	3 485	2 600	781	35 161	19 172
Baden-Württemberg	64,7	45,2	4,6	119,7	3 788	2 962	737	33 302	21 603
Bayern	54,8	44,2	3,7	132,0	3 137	2 387	671	29 674	19 925
Saarland	80,4	123,8	1,5	71,6	1 423	1 094	277	34 340	19 769
Brandenburg	131,1	209,3	1,4	36,3	1 265	1 002	215	44 946	23 612
Mecklenburg-Vorpommern	208,2	288,4	1,2	33,2	1 435	1 178	189	54 618	26 729
Sachsen	121,5	113,1	2,5	43,7	1 988	1 646	292	33 014	19 461
Sachsen-Anhalt	176,3	231,8	1,3	22,9	1 366	1 087	226	52 362	25 021
Thüringen	122,5	151,9	1,9	37,2	1 593	1 292	253	38 488	21 366
Früheres Bundesgebiet[1]	77,7	53,2	3,5	149,2	3 545	2 786	669	35 625	22 931
Neue Länder	153,2	197,9	1,5	33,2	1 477	1 196	226	44 687	23 301
Deutschland[2]	**82,0**	**61,4**	**3,1**	**128,0**	**3 169**	**2 496**	**589**	**36 137**	**22 964**

[1] Einschließlich Berlin.
[2] Einschließlich Stadtstaaten.

Tabelle 29

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Gebietskategorien

2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Benachteiligte Gebiete		Nicht benachteiligtes Gebiet	Insgesamt
		Betriebe ohne Ausgleichszulage	Betriebe mit Ausgleichszulage		
Anteil der Betriebe	%	*12,1*	*39,0*	*48,9*	*100*
Betriebsgröße	EGE	98,3	58,7	96,5	82,0
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	66,1	60,4	61,0	61,4
dar.: Ldw. Ackerfläche	ha	46,3	34,8	49,4	43,4
Dauergrünland	ha	18,8	25,3	9,8	17,0
Wirtschaftswert	€	39 369	31 472	55 945	44 387
Vergleichswert	€/ha LF	593	514	914	719
Arbeitskräfte	AK/100 ha LF	3,1	2,7	3,5	3,1
Viehbesatz	VE/100 ha LF	180,2	113,6	125,4	128,0
dar.: Milchkühe	VE/100 ha LF	34,3	39,8	20,8	29,8
Getreideertrag	dt/ha	65,9	55,4	72,6	66,4
Milchleistung	kg/Kuh	7 183	6 326	7 204	6 751
Umsatzerlöse	€/ha LF	2 856	1 661	2 879	2 409
Sonstige betriebliche Erträge	€/ha LF	790	700	805	763
dar.: Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	375	453	356	396
dar.: Entkoppelte Betriebsprämie	€/ha LF	309	274	294	288
Produktbezogene Zahlungen[1]	€/ha LF	13	5	9	8
Zins- und Investitionszu-schüsse	€/ha LF	6	16	9	11
Agrardieselvergütung	€/ha LF	19	17	17	17
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[2]	€/ha LF	21	78	21	43
dar.: Ausgleichszulage	€/ha LF	0	56	0	22
Ausgleichszulage	€	0	3 403	0	1 328
Materialaufwand	€/ha LF	1 669	878	1 565	1 315
Personalaufwand	€/ha LF	146	41	202	133
Abschreibungen	€/ha LF	308	335	309	319
Sonstige betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	809	554	847	730
Gewinn	€/ha LF	611	494	658	589
Gewinn	€/Untern.	40 431	29 817	40 122	36 137
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	24 309	19 927	24 477	22 964
Verbindlichkeiten	€/ha LF	2 197	1 381	2 064	1 819
Nettoinvestitionen	€/ha LF	77	22	68	52
Eigenkapitalveränderung, Bilanz	€/ha LF	124	59	34	55
Umsatzrentabilität	%	*+ 0,9*	*– 4,3*	*+ 0,9*	*– 0,6*

[1] Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.

[2] Bund und Länder.

Tabelle 30

Einkommensstreuung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Schichtung nach dem Gewinn je Unternehmen

2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Gewinn von ... bis unter ...1 000 € je Unternehmen							
		unter 0	0 bis 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 40	40 bis 60	60 bis 100	100 und mehr
Anteil der Betriebe	%	8,0	11,5	16,8	16,4	13,5	16,7	11,8	5,3
Ackerbau	%	11,9	14,0	14,5	12,6	9,9	15,9	14,1	6,9
Gartenbau	%	12,2	16,5	17,4	10,2	9,2	14,9	10,3	9,4
Dauerkulturen[1]	%	8,5	9,0	15,2	18,3	14,3	17,7	11,5	5,4
Weinbau	%	5,7	9,1	14,7	19,3	15,3	18,9	12,1	4,9
Obstbau	%	17,5	7,3	18,0	8,8	12,2	14,7	11,9	9,6
Futterbau	%	4,1	9,2	18,3	20,4	17,3	17,9	9,7	3,2
Milch	%	3,2	8,1	18,5	20,5	17,9	18,5	10,1	3,3
Sonstiger Futterbau	%	9,7	16,0	17,2	19,5	13,7	13,9	7,2	2,7
Veredlung	%	6,6	12,6	10,6	9,5	10,3	17,6	19,7	13,2
Gemischt (Verbund)	%	11,0	12,7	17,1	14,7	11,1	15,5	12,7	5,1
Pflanzenbauverbund	%	10,4	16,4	19,6	19,8	7,3	11,5	11,8	3,2
Viehhaltungsverbund	%	10,7	11,3	16,2	16,6	12,3	14,9	13,8	4,2
Pflanzenbau-Viehhaltung	%	11,2	12,5	17,0	13,2	11,4	16,4	12,5	5,8
Betriebsgröße	EGE	67,7	53,5	54,5	60,2	69,6	92,5	128,4	214,7
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	53,0	42,9	44,0	47,5	54,8	69,3	92,4	135,4
Zugepachtete LF (netto)	ha	34,7	26,1	26,4	27,6	32,9	43,2	59,3	95,4
Vergleichswert	€/ha LF	752	667	675	670	681	715	752	826
Wirtschaftswert	€	40 048	28 780	29 949	32 152	37 657	49 849	69 807	112 061
Ldw. Ackerfläche	ha	40,9	30,9	29,1	30,2	35,5	47,9	69,5	107,9
dar.: Getreide, Körnermais	ha	25,8	19,2	17,2	17,3	19,7	27,0	38,0	58,7
Zuckerrüben	ha	1,2	0,8	1,1	1,2	1,3	2,1	3,7	6,0
Arbeitskräfte	AK/100 ha LF	3,4	3,6	3,5	3,5	3,2	3,0	2,6	2,9
Arbeitskräfte	AK	1,8	1,6	1,6	1,7	1,7	2,0	2,4	4,0
Viehbesatz	VE/100 ha LF	98,3	109,9	116,7	126,1	133,9	135,8	143,0	130,4
Getreideertrag	dt/ha	63,6	61,9	62,3	65,1	66,1	68,0	68,9	70,6
Zuckerrüben	dt/ha	573,6	592,3	612,2	607,0	602,6	608,9	614,1	601,2
Milchleistung	kg/Kuh	5 884	5 938	6 010	6 268	6 623	6 997	7 420	7 757
Umsatzerlöse	€/ha LF	2 037	1 922	2 011	2 147	2 318	2 496	2 693	3 176
dar.: Ldw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	431	362	336	358	352	439	536	729
Tierproduktion	€/ha LF	1 044	1 121	1 255	1 405	1 573	1 606	1 720	1 563
Sonstige betriebliche Erträge	€/ha LF	670	660	702	721	779	779	799	897
dar.: Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	372	390	407	402	418	401	389	373
dar.: Entkoppelte Betriebsprämie	€/ha LF	275	283	276	279	293	296	295	293
Materialaufwand	€/ha LF	1 432	1 208	1 160	1 147	1 235	1 324	1 437	1 542
dar.: Ldw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	357	281	265	256	253	289	319	438
Tierproduktion	€/ha LF	613	536	508	528	610	650	755	682
Personalaufwand	€/ha LF	168	122	88	86	89	120	132	284
Abschreibungen	€/ha LF	332	296	317	328	334	318	314	313
Sonstige betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	820	706	703	700	728	734	728	750
Gewinn	€/ha LF	– 239	125	348	523	635	706	818	1 128
Gewinn	€/Untern.	– 12 670	5 377	15 322	24 852	34 793	48 947	75 661	152 667
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	– 2 058	6 785	12 331	17 456	22 819	28 000	36 443	48 169
Arbeitsertrag	€/nAK	– 21 386	– 6 073	468	5 395	11 021	17 714	30 235	67 744
Bilanzvermögen insgesamt	€/ha LF	11 201	10 737	11 404	12 227	11 514	10 853	10 000	8 469
Verbindlichkeiten	€/ha LF	3 010	1 948	1 754	1 779	1 564	1 774	1 670	1 699
Nettoverbindlichkeiten	€/ha LF	2 651	1 611	1 388	1 416	1 164	1 358	1 202	1 042
Nettoinvestitionen	€	1 519	– 3 536	– 624	1 790	– 1 023	4 647	10 651	26 169
Eigenkapitalveränderung, Bilanz	€/ha LF	– 376	– 125	– 38	– 198	58	123	240	415
Umsatzrentabilität	%	– 32,9	– 24,7	– 15,5	– 8,0	– 1,2	+ 4,1	+ 10,2	+ 18,6

[1] Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.

Tabelle 31

Mittelverwendung und -herkunft in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben
2005/06

Verwendung	€ je Unternehmen	Herkunft	€ je Unternehmen
Finanzmittel insgesamt	98 576	Gewinn	36 137
– Entnahmen insgesamt	69 445	+ Einlagen insgesamt	36 801
dar.: Entnahmen für die Lebenshaltung	20 566	dar.: Einlagen aus nichtldw. Erwerbseinkünften	3 968
Entnahmen für das Altenteil	2 519	Einlagen aus Nichterwerbseinkünften	1 398
Entnahmen für private Versicherungen	7 876	Einlagen aus Privatvermögen	21 099
Entnahmen für private Steuern	4 587	Einlagen aus Einkommensübertragungen	1 819
Entnahmen zur Bild. v. Privatvermögen	25 611	Sonstige Einlagen	8 517
Sonstige Entnahmen[1]	8 287	+ Abschreibungen, Abgänge	22 645
– Abnahme von Verbindlichkeiten	–	+ Zunahme von Verbindlichkeiten	2 993
– Zunahme von Finanzumlaufvermögen	2 445	+ Abnahme von Finanzumlaufvermögen	0
= für Investitionen verfügbares Kapital	26 686	= Finanzmittel insgesamt	98 576

[1] Einschließlich Entnahmen für sonstige Einkommensübertragungen und für nichtlandwirtschaftliche Einkünfte.

Tabelle 32

Investitionen und Finanzierung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

2005/06

Betriebsform / Betriebsgröße	Investitionen €/ha LF								Finanzierung €/ha LF			
		darunter							Veränderung			
										Verbindlichkeiten		
											darunter	
	Brutto-investitionen	Boden	Wirtschafts-gebäude, baul. Anlagen	Techn. Anlagen, Maschinen	Tier-vermögen	Vorräte	Gel. Anzahlungen/ Anlagen im Bau	Netto-investitionen	Finanz-umlauf-vermögen	Insgesamt	gegen Kredit-institute	aus Lieferungen und Leistungen
Ackerbau	308	79	14	132	– 3	1	41	74	36	50	17	15
Gartenbau	4 545	340	914	1 440	– 1	58	301	– 338	342	– 662	–1 073	– 110
Dauerkulturen[1]	1 265	132	63	593	– 2	– 187	304	– 75	356	31	40	– 42
Weinbau	1 373	140	74	750	– 1	– 276	308	– 7	299	112	103	– 31
Obstbau	1 142	94	55	304	– 2	– 25	329	– 241	450	– 193	– 93	– 107
Futterbau	465	63	30	191	2	4	80	54	26	87	0	82
Milch	493	59	32	202	0	4	88	49	36	3	4	– 6
Sonstiger Futterbau	332	79	20	140	10	3	44	75	– 25	496	– 19	510
Veredlung	648	101	58	257	19	1	159	117	69	– 15	– 16	– 26
Gemischt (Verbund)	355	65	17	158	– 7	4	75	27	41	14	– 3	2
Pflanzenbau-verbund	402	71	16	161	– 16	– 11	130	100	10	35	17	1
Viehhaltungs-verbund	442	85	19	187	– 8	9	93	31	52	29	4	0
Pflanzenbau-Viehhaltung	330	59	17	152	– 6	5	63	15	42	8	– 8	2
Kleinere[2]	427	76	31	155	– 21	3	116	13	24	252	0	240
Mittlere[3]	423	69	29	181	– 4	– 1	75	36	41	12	1	1
Größere[4]	418	73	24	180	7	1	57	78	44	15	– 2	– 4
Insgesamt	**421**	**72**	**27**	**177**	**– 2**	**1**	**73**	**52**	**40**	**49**	**– 1**	**34**

[1] Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.
[2] Kleinere = 16 bis 40 EGE.
[3] Mittlere = 40 bis 100 EGE.
[4] Größere = 100 und mehr EGE.

Tabelle 33

Vermögen und Verbindlichkeiten der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

2005/06

Betriebsform / Betriebsgröße	Bilanzvermögen €/ha LF							Verbindlichkeiten €/ha LF		
	Insgesamt	darunter						Insgesamt	darunter	
		Boden	Wirtschaftsgebäude, baul. Anlagen	Tech. Anlagen, Maschinen	Tiervermögen	Vorräte	Finanzumlaufvermögen		gegen Kreditinstitute	aus Lieferungen und Leistungen
Ackerbau	7 942	5 839	438	549	68	215	282	1 155	893	202
Gartenbau	75 049	24 516	10 557	10 185	18	4 398	9 458	36 618	28 884	4 251
Dauerkulturen[1]	39 822	21 323	4 226	2 759	23	2 817	3 138	6 575	5 811	571
Weinbau	43 312	21 825	4 663	3 189	4	3 872	3 606	7 111	6 312	613
Obstbau	33 682	21 130	3 475	2 141	55	711	1 909	6 141	5 522	518
Futterbau	11 758	6 808	1 400	980	983	177	359	1 845	1 523	273
Milch	12 160	6 967	1 501	1 045	1 016	175	378	1 866	1 627	190
Sonstiger Futterbau	9 803	6 034	911	664	825	184	265	1 745	1 021	677
Veredlung	14 685	7 883	2 378	1 456	1 364	321	688	3 262	2 643	526
Gemischt (Verbund)	9 779	6 132	1 039	781	625	287	387	1 575	1 243	259
Pflanzenbauverbund	9 459	5 952	824	740	259	370	536	1 474	1 132	241
Viehhaltungsverbund	11 554	6 694	1 384	913	1 149	282	468	1 944	1 505	336
Pflanzenbau-Viehhaltung	9 437	6 035	994	757	564	276	348	1 509	1 201	245
Kleinere[2]	16 265	11 065	1 466	875	589	348	466	1 774	1 303	400
Mittlere[3]	12 168	7 739	1 241	927	666	290	436	1 689	1 414	213
Größere[4]	7 843	4 279	884	821	536	238	410	1 942	1 557	291
Insgesamt	**10 760**	**6 619**	**1 108**	**870**	**594**	**275**	**428**	**1 819**	**1 464**	**277**

1) Einschließlich sonstiger Dauerkulturen.
2) Kleinere = 16 bis 40 EGE.
3) Mittlere = 40 bis 100 EGE.
4) Größere = 100 und mehr EGE.

Tabelle 34

Kennzahlen der juristischen Personen nach Betriebs- und Rechtsformen

Neue Länder

Wirtschaftsjahr	Betriebsgröße		Arbeitskräfte	Viehbesatz	Betriebl. Erträge	Betriebl. Aufwend.	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag		Jahresüberschuss plus Personalaufwand
	EGE	ha LF	AK/100 ha LF	VE/100 ha LF	€/ha LF			€/Untern.	€/AK
Ackerbau									
1999/2000	1 217	1 654	1,4	29,1	1 383	1 292	45	74 294	27 057
2000/01	1 289	1 704	1,5	30,7	1 407	1 341	30	51 672	24 191
2001/02[1]	1 319	1 744	1,3	26,3	1 435	1 309	82	143 275	31 276
2002/03[1]	1 181	1 690	1,3	23,0	1 277	1 246	– 5	– 9 021	24 099
2003/04[1]	1 173	1 635	1,3	25,8	1 363	1 295	22	35 927	26 431
2004/05	1 164	1 638	1,3	24,4	1 462	1 341	61	99 683	30 479
2005/06	1 085	1 594	1,2	22,3	1 368	1 326	– 10	– 15 838	24 019
Futterbau									
1999/2000	1 166	1 236	2,7	99,0	1 785	1 748	– 10	– 11 903	21 371
2000/01	864	999	2,6	106,4	1 982	1 866	49	49 028	24 106
2001/02[1]	758	831	2,7	112,4	2 130	2 019	45	37 380	24 563
2002/03[1]	766	885	2,5	109,7	1 961	1 905	– 7	– 5 863	22 447
2003/04[1]	821	967	2,5	100,8	2 092	2 044	– 18	– 17 657	22 541
2004/05	680	807	2,5	104,2	2 067	1 933	80	64 914	26 181
2005/06	749	894	2,4	102,3	2 056	1 955	38	33 897	25 090
Gemischt									
1999/2000	1 438	1 601	2,3	76,8	1 827	1 785	11	17 027	21 614
2000/01	1 401	1 578	2,2	76,5	1 888	1 810	37	57 714	23 078
2001/02[1]	1 492	1 601	2,2	80,2	2 120	2 008	63	101 430	25 419
2002/03[1]	1 468	1 625	2,2	76,0	1 924	1 890	– 7	– 11 008	22 145
2003/04[1]	1 301	1 510	2,2	77,2	1 892	1 863	– 12	– 17 502	21 782
2004/05	1 320	1 530	2,1	74,0	2 027	1 923	61	93 129	26 207
2005/06	1 295	1 515	2,0	72,2	1 977	1 908	12	18 309	23 809
GmbH									
1999/2000	932	1 138	1,9	62,5	1 663	1 595	14	15 866	22 102
2000/01	890	1 147	1,9	62,5	1 674	1 592	31	36 092	23 120
2001/02[1]	800	972	1,8	73,8	1 859	1 738	59	57 169	26 672
2002/03[1]	743	978	1,7	69,4	1 617	1 567	– 7	– 7 115	21 887
2003/04[1]	772	1 003	1,7	67,4	1 679	1 607	10	10 371	23 144
2004/05	776	966	1,8	69,5	1 874	1 715	83	80 611	28 216
2005/06	784	1 026	1,6	64,3	1 796	1 697	30	30 400	24 725
Genossenschaften									
1999/2000	1 883	1 695	2,0	61,9	1 652	1 602	13	21 413	22 754
2000/01	1 419	1 661	2,0	61,4	1 726	1 658	29	48 342	23 211
2001/02[1]	1 476	1 671	2,0	61,7	1 866	1 754	66	109 853	26 422
2002/03[1]	1 458	1 706	2,0	59,5	1 728	1 704	– 15	– 24 898	22 427
2003/04[1]	1 353	1 634	2,0	59,8	1 751	1 713	– 3	– 4 989	23 254
2004/05	1 319	1 597	1,9	56,7	1 833	1 734	55	88 571	26 937
2005/06	1 310	1 581	1,9	56,7	1 793	1 742	– 5	– 8 160	23 697
Sonstige Rechtsformen									
1999/2000	1 252	1 464	1,6	52,5	1 705	1 562	110	161 035	30 116
2000/01	1 424	1 650	1,7	51,1	1 740	1 630	73	120 818	26 579
2001/02[1]	1 532	1 658	1,7	60,2	2 175	2 012	116	192 627	30 012
2002/03[1]	1 340	1 398	1,9	55,7	1 988	1 873	77	107 771	27 228
2003/04[1]	1 192	1 245	2,1	71,2	2 117	2 039	9	10 875	22 900
2004/05	1 145	1 328	1,6	63,4	1 825	1 696	80	106 178	27 702
2005/06	1 023	1 241	1,6	65,1	1 740	1 650	44	55 074	25 006
Insgesamt[2]									
1999/2000	1 552	1 512	2,0	61,3	1 659	1 598	20	30 916	23 092
2000/01	1 234	1 480	2,0	60,8	1 713	1 638	34	49 796	23 439
2001/02[1]	1 226	1 407	1,9	64,7	1 893	1 774	69	96 533	26 780
2002/03[1]	1 186	1 412	1,9	61,7	1 725	1 686	– 4	– 5 655	22 767
2003/04[1]	1 126	1 366	1,9	62,9	1 765	1 714	2	2 182	23 193
2004/05	1 094	1 330	1,8	60,9	1 844	1 726	65	86 825	27 334
2005/06	1 078	1 332	1,8	59,7	1 789	1 721	10	12 875	24 089

[1] Ergebnisse mit Betriebszahlen der Agrarstrukturerhebung 2003 neu hochgerechnet, daher nicht mit früheren Berichten vergleichbar.
[2] Einschließlich sonstiger Betriebsformen.

Tabelle 35

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus nach Betriebsformen im Vergleich zu konventionell wirtschaftenden Betrieben[1)]

2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Ackerbau		Futterbau		Gemischtbetriebe		Insgesamt	
		ökologischer Landbau	konventionelle Vergleichsgruppe[2)]	ökologischer Landbau	konventionelle Vergleichsgruppe[2)]	ökologischer Landbau	konventionelle Vergleichsgruppe[2)]	ökologischer Landbau	konventionelle Vergleichsgruppe[2)]
Betriebe	Zahl	68	301	184	151	82	182	337	646
Betriebsgröße	EGE	109,9	110,6	65,5	65,3	76,9	76,9	77,7	77,5
Vergleichswert	€/ha LF	682	687	565	565	576	578	604	605
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	174,7	174,9	91,3	91,2	111,1	111,7	112,7	112,7
Zugepachtete LF (netto)	ha	129,8	125,3	69,8	66,5	84,2	82,3	85,2	81,2
Arbeitskräfte	AK	2,4	1,8	2,1	1,7	2,5	1,8	2,2	1,7
dar.: Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	1,2	1,5	1,5	1,5	1,4	1,7	1,4	1,5
Viehbesatz	VE/100 ha LF	15,7	19,2	90,4	91,8	69,6	89,4	63,4	63,1
dar.: Rinder	VE/100 ha LF	9,5	7,2	87,4	82,6	43,3	44,7	52,1	42,5
Milchkühe	VE/100 ha LF	0,2	0,5	37,7	33,0	9,9	8,9	19,1	15,0
Schweine	VE/100 ha LF	3,1	8,8	0,4	1,3	15,3	40,6	5,3	16,4
Weizenertrag	dt/ha	35	70	46	59	40	69	38	67
Kartoffelertrag	dt/ha	201	393	194	296	204	229	200	311
Milchleistung	kg/Kuh	3 235	6 073	5 973	6 690	5 266	6 295	5 874	6 708
Weizenpreis	€/dt	21,00	9,87	17,84	9,50	19,66	9,51	20,11	9,80
Kartoffelpreis	€/dt	29,50	8,86	32,49	6,79	27,12	12,82	28,50	11,09
Milchpreis	€/100 kg	34,96	28,19	34,37	28,97	33,81	28,34	34,31	28,89
Anlagevermögen	€/ha LF	3 869	4 127	5 690	5 921	5 152	4 718	4 993	5 181
dar.: Boden	€/ha LF	2 735	3 010	3 578	3 954	3 164	3 237	3 205	3 631
Wirtschaftsgebäude, baul.Anlagen	€/ha LF	457	398	1 022	854	1 020	616	856	625
Tiervermögen	€/ha LF	83	73	604	593	401	388	393	337
Eigenkapital	€/ha LF	3 149	3 596	5 292	5 442	4 280	4 444	4 362	4 810
Eigenkapitalveränderung , Bilanz	€/ha LF	30	12	74	33	77	33	61	44
Verbindlichkeiten	€/ha LF	1 154	911	1 242	1 322	1 571	1 015	1 312	1 027
Bruttoinvestitionen	€/ha LF	142	232	276	249	316	236	244	247
Nettoinvestitionen	€/ha LF	– 42	19	5	– 7	51	17	– 1	21
Umsatzerlöse	€/ha LF	734	849	1 152	1 073	1 203	1 187	1 049	1 029
dar.: Ldw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	585	623	52	71	271	259	271	323
Tierproduktion	€/ha LF	92	173	1 031	925	825	842	703	640
dar.: Milch	€/ha LF	3	8	748	622	174	160	374	285
Schweine	€/ha LF	42	92	7	13	243	421	80	167
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	484	336	530	440	551	370	521	375
dar.: Entkoppelte Betriebsprämie	€/ha LF	270	274	245	262	268	270	258	271
Produktbezogene Zahlungen[3)]	€/ha LF	6	8	16	9	5	7	10	6
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	9	6	18	19	25	9	17	9
Agrardieselvergütung	€/ha LF	9	10	11	16	10	15	10	14
Ausgleichszulage	€/ha LF	15	9	48	49	37	26	35	25
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[4)]	€/ha LF	169	24	184	77	186	37	180	44
Sonstige Zahlungen[5)]	€/ha LF	6	4	9	9	20	6	11	5
Materialaufwand	€/ha LF	362	523	505	577	714	759	520	600
dar.: Pflanzenproduktion	€/ha	119	269	48	104	89	180	81	184
Tierproduktion	€/ha	43	89	209	256	347	383	199	225
Personalaufwand	€/ha LF	132	36	88	28	162	23	120	30
Abschreibungen	€/ha	157	157	245	233	223	197	213	200
Gewinn	€/ha LF	282	230	509	378	321	304	397	303
Gewinn	€	49 265	40 191	46 431	34 489	35 634	33 929	44 673	34 150
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	29 984	25 233	26 425	22 181	21 446	20 180	25 949	21 722
Umsatzrentabilität	%	*+ 6,2*	*+ 0,2*	*+ 4,7*	*– 2,1*	*± 0,0*	*– 3,8*	*+ 3,9*	*– 2,7*
Gesamtkapitalrentabilität	%	*+ 2,9*	*+ 0,8*	*+ 2,0*	*+ 0,2*	*+ 1,0*	*– 0,5*	*+ 2,0*	*± 0,0*
Eigenkapitalrentabilität	%	*+ 2,6*	*+ 0,1*	*+ 1,6*	*– 0,6*	*± 0,0*	*– 1,5*	*+ 1,5*	*– 0,9*

1) Nicht hochgerechnete Durchschnittswerte.

2) Ergebnisse von Betrieben auf vergleichbaren Standorten (Vergleichswert je ha) mit ähnlicher wirtschaftlicher Betriebsgröße (EGE) und LF-Größe.

3) Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.

4) Bund und Länder.

5) Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

Tabelle 36

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben nach Gebietskategorien[1)]

2005/06

Art der Zahlung	Benachteiligte Gebiete		Nicht benachteiligtes Gebiet	Insgesamt
	Betriebe ohne Ausgleichszulage	Betriebe mit Ausgleichszulage		
	Strukturdaten			
Wirtschaftliche Betriebsgröße (EGE)	98,3	58,7	96,5	82,0
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	66,1	60,4	61,0	61,4
Arbeitskräfte (AK)	2,1	1,6	2,1	1,9
	€/Unternehmen			
Entkoppelte Betriebsprämie	20 465	16 548	17 920	17 692
Produktbezogene Zahlungen[2)]	834	320	533	486
Zins- und Investitionszuschüsse	410	952	519	675
Agrardieselvergütung	1 230	1 020	1 019	1 045
Ausgleichszulage	0	3 403	0	1 328
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[3)]	1 373	4 741	1 279	2 642
Sonstige Zahlungen[4)]	477	367	473	432
Zahlungen insgesamt				
€/Unternehmen	24 789	27 351	21 743	24 300
€/ha LF	375	453	356	396
€/AK	12 024	16 889	10 142	12 596
in % der betrieblichen Erträge	*10,3*	*19,2*	*9,7*	*12,5*
Veränderung gegen Vorjahr in %	*+ 7,8*	*+ 1,4*	*– 3,2*	*+ 0,1*

1) Ergebnisse des Testbetriebsnetzes.
2) Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.
3) Bund und Länder.
4) Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

Tabelle 37

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben nach Betriebsformen[1)]

2005/06

Art der Zahlung	Ackerbau	Gartenbau	Weinbau	Obstbau	Milch	Sonstiger Futterbau	Veredlung	Gemischt- (Verbund) insgesamt	Insgesamt
	Strukturdaten								
Wirtschaftliche Betriebsgröße (EGE)	95,3	157,2	57,9	87,7	67,2	59,0	105,3	80,4	82,0
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	110,6	4,4	11,3	16,1	52,2	67,4	47,1	68,2	61,4
Arbeitskräfte (AK)	1,9	4,4	2,4	2,8	1,6	1,5	1,8	1,7	1,9
	€/Unternehmen								
Entkoppelte Betriebsprämie	30 203	880	858	1 480	15 726	23 316	12 218	19 912	17 692
Produktbezogene Zahlungen[2)]	1 111	2	13	16	361	631	155	490	486
Zins- und Investitionszuschüsse	351	1 108	548	404	964	404	643	476	675
Agrardieselvergütung	1 381	468	352	503	1 012	1 067	989	1 182	1 045
Ausgleichszulage	639	2	3	6	2 258	2 329	259	1 072	1 328
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[3)]	2 732	90	486	891	3 152	5 224	948	2 694	2 642
Sonstige Zahlungen[4)]	555	318	908	400	333	415	516	414	432
Zahlungen insgesamt									
€/Unternehmen	36 972	2 869	3 169	3 700	23 806	33 386	15 729	26 240	24 300
€/ha LF	334	656	282	231	456	495	334	385	396
€/AK	19 909	648	1 345	1 299	14 540	21 865	8 746	15 053	12 596
in % der betrieblichen Erträge	*18,2*	*1,0*	*2,3*	*2,5*	*15,5*	*21,7*	*4,9*	*11,7*	*12,5*
Veränderung gegen Vorjahr in %	*– 6,6*	*+ 1,5*	*– 6,2*	*– 51,4*	*+13,3*	*– 7,8*	*– 6,2*	*– 5,5*	*+ 0,1*

1) Ergebnisse des Testbetriebsnetzes.
2) Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.
3) Bund und Länder.
4) Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

Tabelle 38

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben nach Ländern[1)]

2005/06

Art der Zahlung	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
	Strukturdaten												
Wirtschaftliche Betriebsgröße (EGE)	114,2	101,3	100,1	79,9	72,3	64,7	54,8	80,4	131,1	208,2	121,5	176,3	122,5
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	79,0	68,3	51,0	69,2	45,0	45,2	44,2	123,8	209,3	288,4	113,1	231,8	151,9
Arbeitskräfte (AK)	2,0	1,9	1,9	2,0	2,2	2,1	1,6	1,9	3,0	3,4	2,9	3,1	2,8
	€/Unternehmen												
Entkoppelte Betriebsprämie	25 555	20 179	15 064	18 820	10 143	12 100	13 183	31 462	52 979	83 074	34 176	68 509	44 014
Produktbezogene Zahlungen[2)]	779	853	641	483	114	98	228	369	1 373	3 259	453	2 390	260
Zins- und Investitionszuschüsse	691	341	130	552	561	123	1 191	925	1 898	1 351	1 510	1 208	2 318
Agrardieselvergütung	1 260	1 262	1 032	1 101	786	856	969	1 449	1 374	1 855	1 046	1 530	1 101
Ausgleichszulage	1	1	412	1 849	1 056	1 490	2 421	2 549	3 575	2 099	1 529	996	3 882
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen[3)]	458	777	1 245	1 732	953	4 784	3 553	4 734	8 415	4 276	6 846	4 529	9 809
Sonstige Zahlungen[4)]	207	357	520	457	885	504	203	751	897	2 167	1 202	913	866
Zahlungen insgesamt													
€/Unternehmen	28 952	23 770	19 045	24 995	14 499	19 954	21 747	42 241	70 511	98 081	46 763	80 075	62 249
€/ha LF	366	348	373	361	322	441	492	341	337	340	413	346	410
€/AK	14 641	12 582	10 189	12 529	6 461	9 681	13 307	22 116	23 791	29 225	16 331	25 985	21 863
in % der betrieblichen Erträge	*11,3*	*9,5*	*8,1*	*13,2*	*9,2*	*11,7*	*15,7*	*24,0*	*26,6*	*23,7*	*20,8*	*25,3*	*25,7*
Veränderung gegen Vorjahr in %	*– 3,7*	*+ 5,9*	*– 3,1*	*– 0,3*	*+ 5,9*	*– 0,2*	*+ 2,7*	*+ 1,1*	*– 3,3*	*– 2,9*	*– 3,2*	*– 9,8*	*– 5,9*

1) Ergebnisse des Testbetriebsnetzes.
2) Beihilfen für Energiepflanzen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Tabak sowie Zuschüsse für die Tierhaltung.
3) Bund und Länder.
4) Prämien für Aufforstung, sonstige betriebsbezogene Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

Tabelle 39

Struktur und Einkommensrechnung landwirtschaftlicher Betriebe in EU-Mitgliedstaaten
2004/05

Kennzahl	Einheit	BE	CZ	DK	**DE**	EE	EL	ES	FR
					Strukturdaten				
Wirtschaftliche Betriebsgröße	EGE	89,8	111,2	97,7	**88,5**	14,6	9,4	22,4	75,9
Ldw.genutzte Fläche (LF)	ha	40,4	266,2	69,9	**72,3**	107,8	6,3	30,4	73,7
Zugepachtete LF	ha	29,9	245,0	19,9	**50,6**	64,9	2,5	9,8	61,1
Arbeitskräfte	AK	1,9	9,8	1,5	**2,1**	3,0	1,2	1,5	1,9
Nicht entlohnte AK	nAK	1,5	1,4	0,9	**1,4**	1,5	1,1	1,1	1,4
Gesamtviehbesatz	VE/100ha LF	108	149	117	**77**	36	4	16	61
					Einkommensrechnung in % der betrieblichen Erträge				
Betriebliche Erträge	%	*100*	*100*	*100*	***100***	*100*	*100*	*100*	*100*
Pflanzliche Erzeugung	%	*34,4*	*44,5*	*24,7*	***30,9***	*30,5*	*62,5*	*56,7*	*43,9*
Tierische Erzeugung	%	*54,7*	*37,1*	*58,4*	***43,6***	*41,5*	*17,1*	*28,9*	*35,0*
Direktzahlungen und Beihilfen	%	*9,3*	*12,5*	*11,7*	***16,3***	*20,9*	*19,2*	*13,8*	*18,0*
Flächenzahlungen/Stilllegungsprämien	%	*2,3*	*0,0*	*7,7*	***8,3***	*0,0*	*4,6*	*5,4*	*9,8*
Prämien für Tiere und Milch	%	*4,3*	*0,9*	*2,4*	***2,9***	*2,3*	*2,9*	*3,3*	*4,4*
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	%	*0,4*	*0,8*	*0,5*	***1,6***	*4,8*	*0,0*	*0,1*	*1,1*
Zahlungen für benachteiligte Gebiete	%	*0,2*	*1,6*	*0,0*	***0,8***	*1,5*	*1,3*	*0,4*	*0,9*
Sonstige Beihilfen	%	*2,1*	*9,2*	*1,1*	***2,7***	*12,3*	*10,3*	*4,7*	*1,9*
Sonstige Erträge	%	*1,6*	*6,0*	*5,3*	***9,1***	*7,1*	*1,1*	*0,5*	*3,1*
Betriebliche Aufwendungen	%	*76,0*	*91,6*	*97,0*	***84,4***	*76,7*	*50,6*	*51,6*	*81,6*
Spezialaufwand	%	*37,1*	*39,3*	*39,2*	***28,7***	*38,9*	*19,1*	*25,4*	*25,4*
Energie	%	*4,2*	*6,8*	*3,6*	***6,6***	*7,6*	*4,2*	*3,1*	*3,4*
Unterhalt Gebäude u. Maschinen	%	*4,0*	*5,3*	*6,4*	***6,1***	*4,1*	*1,9*	*1,9*	*5,5*
Lohnarbeit	%	*3,9*	*3,2*	*4,5*	***3,6***	*1,7*	*3,6*	*2,1*	*5,4*
Abschreibungen	%	*10,8*	*6,9*	*11,8*	***11,8***	*8,6*	*11,0*	*3,8*	*15,0*
Personalaufwand	%	*4,0*	*17,5*	*8,3*	***7,8***	*10,0*	*5,0*	*8,6*	*6,2*
Gezahlte Pacht	%	*3,6*	*2,1*	*3,8*	***5,9***	*0,5*	*3,6*	*2,0*	*6,3*
Gezahlte Zinsen	%	*4,1*	*1,0*	*13,5*	***2,7***	*1,2*	*0,2*	*0,5*	*2,8*
Sonstige Aufwendungen	%	*4,2*	*9,5*	*5,9*	***11,2***	*4,0*	*2,0*	*4,2*	*11,6*
Betriebseinkommen	%	*36,5*	*28,8*	*28,5*	***32,7***	*30,3*	*57,9*	*59,8*	*32,9*
Gewinn	%	*24,0*	*8,4*	*3,0*	***15,6***	*23,3*	*49,4*	*48,4*	*18,4*
					Einkommen				
Betriebseinkommen	€	68 933	95 600	64 476	**60 508**	20 520	12 171	29 822	49 221
Betriebseinkommen	€/AK	36 666	9 715	44 466	**28 275**	6 863	9 895	20 287	25 503
Gewinn	€	45 332	27 896	6 758	**28 947**	15 822	10 380	24 115	27 579
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	28 172	8 746	17 616	**20 263**	7 560	9 296	19 337	19 061

noch Tabelle 39

Struktur und Einkommensrechnung landwirtschaftlicher Betriebe in EU-Mitgliedstaaten
2004/05

Kennzahl	Einheit	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	NL
					Strukturdaten				
Wirtschaftliche Betriebsgröße	EGE	22,5	25,4	11,5	9,1	8,1	60,8	17,1	127,2
Ldw.genutzte Fläche (LF)	ha	41,6	16,8	7,0	61,1	52,0	74,1	49,4	31,2
Zugepachtete LF	ha	7,7	6,3	4,7	24,0	35,1	37,4	33,0	12,6
Arbeitskräfte	AK	1,2	1,4	1,3	2,6	2,1	1,7	1,9	2,4
Nicht entlohnte AK	nAK	1,1	1,1	1,0	1,7	1,6	1,5	0,7	1,4
Gesamtviehbesatz	VE/100ha LF	50	14	9	19	18	92	21	100
					Einkommensrechnung in % der betrieblichen Erträge				
Betriebliche Erträge	%	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
Pflanzliche Erzeugung	%	*8,4*	*57,9*	*46,0*	*35,8*	*48,5*	*16,8*	*45,4*	*48,0*
Tierische Erzeugung	%	*58,3*	*27,5*	*40,5*	*33,2*	*28,5*	*45,9*	*29,1*	*42,5*
Direktzahlungen und Beihilfen	%	*31,4*	*11,6*	*13,5*	*23,4*	*21,6*	*28,3*	*14,8*	*3,2*
Flächenzahlungen/Stilllegungsprämien	%	*2,4*	*4,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*3,4*	*0,0*	*0,9*
Prämien für Tiere und Milch	%	*17,6*	*1,4*	*3,6*	*2,1*	*2,1*	*6,6*	*1,4*	*1,4*
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	%	*4,1*	*0,6*	*0,0*	*1,7*	*0,0*	*4,0*	*0,0*	*0,5*
Zahlungen für benachteiligte Gebiete	%	*4,0*	*0,2*	*0,0*	*4,3*	*4,2*	*5,0*	*0,0*	*0,0*
Sonstige Beihilfen	%	*3,3*	*5,5*	*9,8*	*14,2*	*15,3*	*9,2*	*13,3*	*0,5*
Sonstige Erträge	%	*1,9*	*2,9*	*0,0*	*7,7*	*1,4*	*8,9*	*10,8*	*6,2*
Betriebliche Aufwendungen	%	*66,9*	*60,7*	*88,3*	*75,7*	*61,5*	*78,5*	*89,9*	*89,7*
Spezialaufwand	%	*27,8*	*27,4*	*38,5*	*35,0*	*34,5*	*25,0*	*34,9*	*33,2*
Energie	%	*2,8*	*4,0*	*5,2*	*10,4*	*7,2*	*3,4*	*9,7*	*6,7*
Unterhalt Gebäude u. Maschinen	%	*6,8*	*2,2*	*7,3*	*4,3*	*2,5*	*6,3*	*3,5*	*5,3*
Lohnarbeit	%	*4,8*	*1,4*	*1,7*	*2,0*	*0,7*	*3,7*	*4,1*	*4,1*
Abschreibungen	%	*12,8*	*10,4*	*17,7*	*8,8*	*6,8*	*20,9*	*10,5*	*11,9*
Personalaufwand	%	*2,6*	*7,5*	*10,1*	*6,4*	*4,7*	*2,4*	*11,8*	*9,7*
Gezahlte Pacht	%	*3,8*	*2,3*	*3,1*	*0,6*	*1,5*	*4,0*	*2,8*	*3,4*
Gezahlte Zinsen	%	*1,8*	*0,3*	*2,0*	*1,7*	*0,5*	*3,1*	*3,9*	*6,8*
Sonstige Aufwendungen	%	*3,6*	*5,3*	*2,6*	*6,5*	*3,0*	*9,7*	*8,8*	*8,4*
Betriebseinkommen	%	*42,2*	*49,0*	*26,6*	*29,5*	*41,6*	*30,3*	*27,7*	*30,8*
Gewinn	%	*33,1*	*39,3*	*11,7*	*24,3*	*38,5*	*21,5*	*10,1*	*10,3*
					Einkommen				
Betriebseinkommen	€	22 501	30 676	6 793	10 939	13 282	56 096	18 111	88 687
Betriebseinkommen	€/AK	19 397	22 229	5 391	4 273	6 236	32 805	9 634	36 800
Gewinn	€	17 647	24 555	2 984	9 000	12 310	39 878	6 607	29 793
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	16 408	21 204	4 416	4 444	6 489	25 971	7 612	23 897

noch Tabelle 39

Struktur und Einkommensrechnung landwirtschaftlicher Betriebe in EU-Mitgliedstaaten

2004/05

Kennzahl	Einheit	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	EU-25[1]
						Strukturdaten				
Wirtschaftliche Betriebsgröße	EGE	27,2	9,4	10,8	7,3	125,1	36,3	55,7	109,8	**32,7**
Ldw.genutzte Fläche (LF)	ha	27,3	15,7	17,6	12,7	550,9	46,5	93,3	148,7	**34,3**
Zugepachtete LF	ha	9,0	4,0	5,9	4,3	531,6	15,8	45,7	61,0	**18,0**
Arbeitskräfte	AK	1,6	1,8	1,5	2,0	20,7	1,5	1,4	2,3	**1,7**
Nicht entlohnte AK	nAK	1,5	1,6	1,2	1,9	1,1	1,3	1,2	1,3	**1,3**
Gesamtviehbesatz	VE/100ha LF	27	13	9	14	200	27	54	126	**29**
						Einkommensrechnung in % der betrieblichen Erträge				
Betriebliche Erträge	%	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	***100***
Pflanzliche Erzeugung	%	*19,7*	*46,6*	*46,0*	*17,7*	*33,9*	*21,2*	*28,3*	*34,6*	***43,0***
Tierische Erzeugung	%	*37,4*	*42,9*	*31,1*	*40,0*	*26,9*	*35,1*	*41,5*	*42,9*	***37,0***
Direktzahlungen und Beihilfen	%	*28,3*	*9,7*	*19,8*	*33,9*	*10,6*	*39,9*	*19,7*	*18,5*	***15,5***
Flächenzahlungen/Stilllegungsprämien	%	*4,8*	*0,0*	*3,4*	*2,6*	*0,0*	*7,0*	*9,4*	*7,4*	***5,7***
Prämien für Tiere und Milch	%	*4,4*	*0,0*	*5,8*	*6,6*	*0,4*	*13,2*	*4,8*	*7,6*	***3,6***
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	%	*9,6*	*0,0*	*2,4*	*6,5*	*0,0*	*7,5*	*3,8*	*1,3*	***1,2***
Zahlungen für benachteiligte Gebiete	%	*3,3*	*0,1*	*2,5*	*5,3*	*4,1*	*8,4*	*0,9*	*1,0*	***0,9***
Sonstige Beihilfen	%	*6,1*	*9,6*	*5,6*	*12,2*	*6,2*	*3,8*	*0,8*	*1,2*	***4,0***
Sonstige Erträge	%	*14,7*	*0,9*	*3,1*	*8,5*	*28,6*	*3,8*	*10,6*	*3,9*	***4,5***
Betriebliche Aufwendungen	%	*69,5*	*72,1*	*71,5*	*72,5*	*88,4*	*79,9*	*95,6*	*86,7*	***75,3***
Spezialaufwand	%	*19,5*	*38,3*	*30,9*	*20,8*	*34,1*	*27,6*	*37,1*	*36,6*	***29,4***
Energie	%	*4,1*	*7,2*	*5,3*	*5,7*	*8,7*	*6,6*	*7,2*	*4,3*	***4,8***
Unterhalt Gebäude u. Maschinen	%	*6,8*	*3,5*	*4,0*	*10,7*	*3,5*	*7,7*	*6,9*	*6,6*	***4,6***
Lohnarbeit	%	*3,8*	*2,5*	*2,2*	*1,2*	*4,6*	*3,0*	*6,5*	*4,1*	***3,5***
Abschreibungen	%	*17,8*	*13,3*	*14,7*	*25,6*	*14,3*	*18,0*	*18,2*	*10,0*	***11,6***
Personalaufwand	%	*1,5*	*2,4*	*8,1*	*1,9*	*12,7*	*3,7*	*5,4*	*10,6*	***7,3***
Gezahlte Pacht	%	*2,4*	*0,7*	*1,7*	*0,6*	*2,4*	*2,5*	*4,3*	*4,7*	***3,9***
Gezahlte Zinsen	%	*2,0*	*0,8*	*0,5*	*1,0*	*0,9*	*2,4*	*5,0*	*2,7*	***2,5***
Sonstige Aufwendungen	%	*11,7*	*3,3*	*4,0*	*5,1*	*7,4*	*8,5*	*5,0*	*7,1*	***7,6***
Betriebseinkommen	%	*38,4*	*32,5*	*37,5*	*20,8*	*27,4*	*28,6*	*19,1*	*31,1*	***38,3***
Gewinn	%	*30,5*	*27,9*	*28,6*	*27,5*	*11,6*	*20,1*	*4,4*	*13,3*	***24,7***
						Einkommen				
Betriebseinkommen	€	30 908	6 850	8 457	4 895	140 754	29 660	28 491	69 890	**28 089**
Betriebseinkommen	€/AK	18 962	3 914	5 832	2 472	6 810	19 513	20 064	29 996	**16 921**
Gewinn	€	24 571	5 872	6 440	6 472	59 652	20 879	6 529	29 883	**18 100**
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	15 838	3 648	5 699	3 498	6 028	16 290	10 265	23 083	**14 122**

[1] Für Malta keine Angaben vorhanden.

Tabelle 40

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz in der deutschen Holzwirtschaft und Papierindustrie[1)]

Wirtschaftszweig	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz in Mio. €	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Holzbearbeitung	2 653	2 549	45 670	44 293	9 566	9 580
dav.:– Sägewerke	2 424	2 330	27 356	27 202	4 690	4 897
– Holzwerkstoffindustrie	228	219	18 314	17 091	4 876	4 683
Holzverarbeitung (ohne Holz-u. Polstermöbelherstellung)	736	705	51 154	49 182	7 035	6 837
Möbelindustrie (auch aus anderen Materialien als Holz)	1 032	992	118 111	114 913	18 413	19 305
Holzhandwerk (ohne möbelerzeugendes Handwerk und ohne holznahes Bauhandwerk)	12 698	12 033	68 882	65 869	4 376	4 229
Möbelerzeugendes Handwerk (auch aus anderen Materialien als Holz)	6 830	6 615	38 651	37 289	2 470	2 519
Holznahes Bauhandwerk	27 851	28 066	121 808	116 179	9 350	9 195
Holzgroßhandel	3 323	3 323	40 115	38 643	15 272	15 068
Zellstoff- und Papiererzeugung	265	262	46 114	44 594	14 447	15 006
Holzwirtschaft insgesamt	**55 388**	**54 545**	**530 506**	**510 962**	**80 929**	**81 739**

[1)] Daten wurden z. T. für 2004 und 2005 neu berechnet. Keine Vergleichbarkeit zu früheren Ergebnissen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 41

Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung[1)]

Art der Kennzahl	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005[4)]	2005[4)] gegen 2004
	Mio. €							in %
Industrienadelholz	1 629	1 449	1 321	1 451	1 544	1 685	1 853	+ *10,0*
Industrielaubholz	325	349	309	265	251	251	217	– *13,5*
Brennholz	76	78	79	82	91	92	285	+ *209,8*
Sonstige Erzeugnisse	45	36	39	31	41	48	53	+ *10,4*
Ungenutzter Zuwachs Holz[2)]	732	384	625	577	345	180	185	+ *2,8*
Erzeugung forstwirtschaftlicher Güter	**2 807**	**2 296**	**2 373**	**2 406**	**2 272**	**2 256**	**2 593**	**+ *14,9***
Erzeugung forstwirtschaftlicher Dienstleistungen	420	617	443	454	434	512	590	+ *15,2*
Nichtforstwirtschaftliche Nebentätigkeiten	22	23	24	32	25	27	27	± *0,0*
Erzeugung Wirtschaftsbereich Forstwirtschaft[3)]	**3 249**	**2 937**	**2 841**	**2 892**	**2 731**	**2 795**	**3 210**	**+ *14,8***
Vorleistungen	1 051	1 377	1 124	1 083	1 085	1 238	1 422	+ *14,9*
Bruttowertschöpfung	**2 198**	**1 560**	**1 717**	**1 809**	**1 646**	**1 557**	**1 788**	**+ *14,8***
Abschreibungen	220	283	246	255	257	276	254	– *8,0*
Sonstige Produktionsabgaben	25	69	60	29	34	35	64	+ *82,9*
Sonstige Subventionen	68	80	91	88	39	43	51	+ *18,6*
Nettowertschöpfung (Faktoreinkommen)	**2 021**	**1 288**	**1 502**	**1 613**	**1 394**	**1 289**	**1 521**	**+ *18,0***

1) Wirtschaftsbereich Forstwirtschaft ohne Jagd.
2) Korrigierte Werte.
3) Produktionswert zu Herstellungspreisen; einschließlich nichttrennbarer Nebentätigkeiten.
4) Vorläufig, ohne Staatswald NRW, HE, SL, ST; BY vorläufig geschätzt.

Tabelle 42

Kennzahlen der Forstbetriebe ab 200 ha Waldfläche nach dem Reinertrag II[1)]
Produktbereiche 1–3

Forstwirtschaftsjahr 2005

Art der Kennzahl	Einheit	Reinertrag von … bis unter … €/ha Holzbodenfläche						
		unter – 100	– 100 bis – 50	– 50 bis 0	0 bis 50	50 bis 100	100 und mehr	Insgesamt
					Körperschaftswald			
Anteil der Betriebe	%	1,3	1,2	22,2	47,9	18,2	9,3	100
Schlagw. Hochw. Eiche	% HB	9,3	14,2	12,3	9,5	9,2	6,2	10,0
Schlagw. Hochw. Buche u. sLB	% HB	38,6	28,4	31,9	28,6	25,7	21,2	28,7
Schlagw. Hochw. Fi., Ta., Dougl.	% HB	22,2	20,8	29,1	33,8	48,9	57,3	36,2
Schlagw. Hochw. Ki. u. so.	% HB	16,1	33,9	20,6	22,1	9,9	11,2	19,1
Holzbodenfläche	ha/Betr	1 357	1 245	738	748	702	442	723
Nutzungssatz/Hiebs. insg.	m^3/ha HB	5,5	4,8	5,4	5,9	7,5	8,3	6,2
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	5,5	5,0	6,2	6,6	8,8	12,2	7,1
Einschlag Stammholz insg.	% ES insg.	58,0	56,1	57,3	60,2	67,3	79,7	63,0
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	255	184	258	266	389	583	302
Verkaufserl. Holz o. SW	€/m^3	40,3	35,4	42,3	43,7	48,6	46,6	44,5
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	561	367	311	253	279	336	285
Aufwand insg. Holzernte	€/ha HB	142	128	115	116	154	152	125
Gehalt, Bezüge u. Nebenkosten	% U-Aufw.	26,8	12,5	14,6	9,3	9,4	13,3	11,8
Löhne, LNK, anerk. Aufwand	% U-Aufw.	38,9	36,0	29,0	31,7	30,0	15,4	30,1
Leist.fremder Unternehmer	% U-Aufw.	9,1	16,7	27,7	28,6	31,7	41,7	28,7
Reinertrag II Produktbereich 1–3	€/ha HB	– 302	– 158	– 36	+ 39	+ 128	+ 262	+ 38
Reinertrag I (ohne Subv.) Produktbereich 1–3	€/ha HB	– 319	– 185	– 66	+ 4	+ 101	+ 230	+ 6
					Privatwald			
Anteil der Betriebe	%	0,0	0,7	16,3	46,8	24,6	11,5	100
Schlagw. Hochw. Eiche	% HB	0,0	21,8	10,1	9,1	6,9	4,3	8,7
Schlagw. Hochw. Buche u. sLB	% HB	0,0	26,4	25,4	32,4	33,6	23,2	30,0
Schlagw. Hochw. Fi., Ta., Dougl.	% HB	0,0	15,2	25,6	36,9	49,5	60,2	38,8
Schlagw. Hochw. Ki. u. so.	% HB	0,0	36,3	38,7	19,6	8,0	11,1	21,0
Holzbodenfläche	ha/Betr	0	1 992	1 015	734	593	650	744
Nutzungssatz/Hiebs. insg.	m^3/ha HB	0,0	3,8	4,2	5,4	6,1	8,2	5,5
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	0,0	3,5	4,8	6,3	9,2	12,2	7,1
Einschlag Stammholz insg.	% ES insg.	0,0	36,7	39,5	59,1	68,0	84,3	62,5
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	0	134	183	260	398	618	304
Verkaufserl. Holz o. SW	€/m^3	0,0	64,1	35,0	43,8	46,3	51,9	44,9
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	0	247	215	217	265	352	240
Aufwand insg. Holzernte	€/ha HB	0	16	60	83	123	144	91
Gehalt, Bezüge u. Nebenkosten	% U-Aufw.	0,0	28,1	19,7	17,4	10,1	12,8	15,8
Löhne, LNK, anerk. Aufwand	% U-Aufw.	0,0	16,2	21,0	14,9	22,7	20,3	18,6
Leist.fremder Unternehmer	% U-Aufw.	0,0	6,0	23,8	34,2	34,8	37,5	32,3
Reinertrag II Produktbereich 1–3	€/ha HB	± 0	– 113	– 32	+ 46	+ 135	+ 266	+ 65
Reinertrag I (ohne Subv.) Produktbereich 1–3	€/ha HB	± 0	– 117	– 45	+ 35	+ 117	+ 219	+ 49

[1)] Reinertragsberechnung mit staatlichen Zuschüssen, Prämien und einschließlich der indirekten Förderung durch eine kostenlose oder verbilligte Betreuung auf Forstamtsebene.

Tabelle 43

Kennzahlen der Forstbetriebe ab 200 ha Waldfläche des Körperschafts- und Privatwaldes nach Größenklassen

Forstwirtschaftsjahr 2005

Art der Kennzahl	Einheit	ha Holzbodenfläche			
		200 bis 500	500 bis 1 000	1 000 und mehr	Zusammen
		Körperschaftswald			
Anteil der Betriebe	%	*56,1*	*24,9*	*18,9*	*100*
Schlagw.Hochw. Eiche	% HB	*10,8*	*12,4*	*8,4*	*10,0*
Schlagw.Hochw. Buche u. sLB	% HB	*26,3*	*30,6*	*28,9*	*28,7*
Schlagw.Hochw. Fi., Ta., Dougl.	% HB	*38,3*	*33,3*	*36,6*	*36,2*
Schlagw.Hochw. Ki. u. so.	% HB	*17,1*	*17,5*	*20,9*	*19,1*
Holzbodenfläche	ha/Betr	320	730	1 907	723
Nutzungssatz/Hiebs. insg.	m^3/ha HB	6,2	6,1	6,2	6,2
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	7,5	7,0	7,0	7,1
Einschlag Stammholz insg.	% ES insg.	*64,3*	*63,0*	*62,3*	*63,0*
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	317	300	296	302
Verkaufserl. Holz o. SW	€/m^3	43,0	45,5	44,8	44,5
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	264	273	302	285
Aufwand insg. Holzernte	€/ha HB	122	129	126	125
Gehalt, Bezüge u. Nebenkosten	% U-Aufw.	*10,5*	*9,0*	*13,6*	*11,8*
Löhne, LNK, anerk. Aufwand	% U-Aufw.	*18,5*	*35,6*	*32,6*	*30,1*
Leist.fremder Unternehmer	% U-Aufw.	*38,1*	*26,3*	*25,6*	*28,7*
Reinertrag II Produktbereich 1–3[1)]	€/ha HB	+ 77	+ 47	+ 14	+ 38
Reinertrag I (ohne Subv.) Produktbereich 1–3	€/ha HB	+ 45	+ 18	– 19	+ 6
		Privatwald			
Anteil der Betriebe	%	*61,2*	*23,4*	*15,4*	*100*
Schlagw.Hochw. Eiche	% HB	*7,1*	*9,6*	*9,0*	*8,7*
Schlagw.Hochw. Buche u. sLB	% HB	*36,9*	*31,9*	*25,3*	*30,0*
Schlagw.Hochw. Fi., Ta., Dougl.	% HB	*33,2*	*39,0*	*41,8*	*38,8*
Schlagw.Hochw. Ki. u. so.	% HB	*21,6*	*17,7*	*22,4*	*21,0*
Holzbodenfläche	ha/Betr	328	783	2 333	744
Nutzungssatz/Hiebs. insg.	m^3/ha HB	6,0	5,6	5,3	5,5
Holzeinschlag insg.	m^3/ha HB	7,4	7,1	6,9	7,1
Einschlag Stammholz insg.	% ES insg.	*60,6*	*63,1*	*63,4*	*62,5*
Ertrag Produktbereich 1–3	€/ha HB	294	295	314	304
Verkaufserl. Holz o. SW	€/m^3	44,8	41,0	47,3	44,9
Aufwand Produktbereich 1–3	€/ha HB	211	228	262	240
Aufwand insg. Holzernte	€/ha HB	90	104	85	91
Gehalt, Bezüge u. Nebenkosten	% U-Aufw.	*5,9*	*10,0*	*22,5*	*15,8*
Löhne, LNK, anerk. Aufwand	% U-Aufw.	*11,3*	*21,5*	*20,5*	*18,6*
Leist.fremder Unternehmer	% U-Aufw.	*43,8*	*36,5*	*25,5*	*32,3*
Reinertrag II Produktbereich 1–3[1)]	€/ha HB	+ 86	+ 68	+ 52	+ 65
Reinertrag I (ohne Subv.) Produktbereich 1–3	€/ha HB	+ 63	+ 52	+ 39	+ 49

[1)] Reinertragsberechnung mit staatlichen Zuschüssen, Prämien und einschließlich der indirekten Förderung durch eine kostenlose oder verbilligte Betreuung auf Forstamtsebene.

Tabelle 44

Reinerträge II Produktbereiche 1–3[1] der Forstbetriebe des Körperschafts- und Privatwaldes ab 200 ha Waldfläche

€/ha Holzbodenfläche

Art der Kennzahl	Körperschaftswald		Privatwald	
	2004	2005	2004	2005
Holzbodenfläche ha HB				
200 bis 500	+ 38	+ 77	+ 75	+ 86
500 bis 1 000	+ 33	+ 47	+ 45	+ 68
1 000 und mehr	+ 18	+ 14	+ 32	+ 52
Baumarten[2]				
Fichte	+ 57	+ 79	+ 78	+ 129
Kiefer	– 1	– 4	+ 28	+ 15
Buche, Eiche	+ 13	+ 24	+ 51	+ 50
Gemischt	– 4	+ 13	– 9	+ 30
Einschlag m^3/ha HB				
0 bis 3,5	– 36	– 34	– 22	– 10
3,5 bis 5,5	– 12	+ 14	+ 19	+ 1
5,5 bis 7,5	+ 27	+ 24	+ 35	+ 53
7,5 und mehr	+ 64	+ 76	+ 107	+ 135
Insgesamt	**+ 27**	**+ 38**	**+ 46**	**+ 65**

[1] Reinertragsberechnung mit staatlichen Zuschüssen, Prämien und einschließlich der indirekten Förderung durch eine kostenlose oder verbilligte Betreuung auf Forstamtsebene.

[2] Fichte: Anteil Fichte an der HB 50 Prozent und mehr, Kiefer: Anteil Kiefer an der HB 50 Prozent und mehr, Buche, Eiche: Anteil Buche, Eiche an der HB 50 Prozent und mehr, Gemischt: alle übrigen Betriebe.

Tabelle 45

Kennzahlen der Forstbetriebe ab 200 ha Waldfläche nach Besitzarten

Forstwirtschafts-jahr	Staatswald[1]	Testbetriebe Forstwirtschaft		Staatswald[1]	Testbetriebe Forstwirtschaft	
		Körperschaftswald	Privatwald		Körperschaftswald	Privatwald
	Holzeinschlag insgesamt m³/ha Holzbodenfläche (HB)			**Material, Betriebsaufwand % U.-Aufwand**		
2001	5,3	5,8	5,2	*6*	*6*	*8*
2002	5,4	5,9	6,4	*5*	*5*	*6*
2003	6,2	6,9	7,9	*4*	*4*	*7*
2004	6,6	7,2	7,0	*4*	*5*	*7*
2005	7,0	7,1	7,1	*5*	*5*	*7*
	Ertrag Produktbereiche 1–3 €/ha HB			**Leistungen fremder Unternehmer % U.-Aufwand**		
2001	237	252	250	*15*	*26*	*25*
2002	264	258	252	*18*	*27*	*30*
2003	281	277	276	*16*	*28*	*30*
2004	283	298	277	*17*	*27*	*31*
2005	297	302	304	*18*	*29*	*32*
	Verkaufserlös Holz (o.Sw) €/m³			**Arbeitskräfte insgesamt AK/1 000 ha HB**		
2001	43	49	53	7	5	5
2002	46	48	52	6	4	3
2003	44	45	51	7	4	3
2004	43	45	46	7	6	3
2005	42	45	45	7	4	3
	Aufwand Produktbereiche 1–3 €/ha HB			**Regelmäßig Besch.Waldarbeiter insges. Std./1 000 ha HB**		
2001	375	299	243	5 855	3 133	1 886
2002	361	298	229	4 970	3 174	1 397
2003	386	282	231	5 165	3 354	1 603
2004	382	293	234	5 118	3 501	1 872
2005	390	285	240	4 778	3 140	1 790
	Aufwand insgesamt Holzernte €/ha HB			**Reinertrag I (ohne Subv.) Produktbereiche 1–3 €/ha HB**		
2001	133	110	65	– 138	– 47	+ 7
2002	125	112	66	– 96	– 40	+ 23
2003	141	125	70	– 105	– 5	+ 45
2004	141	131	81	– 100	– 7	+ 31
2005	137	125	91	– 95	+ 6	+ 49
	Gehalt, Bezüge, Nebenkosten % U.-Aufwand			**Fördermittel €/ha HB**		
2001	*38*	*13*	*19*	1	50	20
2002	*36*	*12*	*20*	0	48	20
2003	*43*	*10*	*19*	0	32	18
2004	*43*	*11*	*18*	0	33	15
2005	*43*	*12*	*16*	3	32	17
	Löhne, Lohnnebenkosten, anerkannter Aufwand % U.-Aufwand			**Reinertrag II Produktbereiche 1–3[2] €/ha HB**		
2001	*32*	*29*	*21*	– 137	+ 3	+ 27
2002	*32*	*30*	*18*	– 96	+ 8	+ 43
2003	*27*	*30*	*17*	– 105	+ 27	+ 63
2004	*28*	*32*	*18*	– 99	+ 27	+ 46
2005	*27*	*30*	*19*	– 93	+ 38	+ 65

[1] 2001 ohne Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern; 2002 ohne Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt; 2003 ohne Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt; 2004 ohne Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt; 2005 ohne Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt, Bayern FWJ 2004.

[2] Reinertragsberechnung mit staatlichen Zuschüssen, Prämien und einschließlich der indirekten Förderung durch eine kostenlose oder verbilligte Betreuung auf Forstamtsebene.

Tabelle 46

Kennzahlen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe mit Wald nach forstwirtschaftlicher Nutzfläche
2005/06

Art der Kennzahl	Einheit	Forstwirtschaftliche Nutzfläche von … bis unter … ha			Zusammen
		10 bis 20	20 bis 50	50 und mehr	
Betriebe	%	*70,5*	*25,4*	*4,2*	*100*
Betriebsgröße	EGE	79,9	79,6	113,9	81,2
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	63,2	78,8	132,2	70,0
Forstwirtschaftl. Nutzfläche (FN)	ha	13,9	27,8	77,1	20,0
dar.: Holzbodenfläche (HB)	ha	13,7	27,7	77,1	19,9
Holzeinschlag (ES)	m³	65,6	81,4	68,1	69,7
Holzeinschlag	m³/ha HB	4,8	2,9	0,9	3,5
Durchschnittlicher Holzpreis	€/m³	54	52	254	63
Arbeitskräfte	AK	1,7	1,7	1,6	1,7
Arbeitszeiten im Forst	Std.	141	189	263	159
dar.: Nicht entlohnte Arbeitskräfte (Fam.) im Forst	Std.	140	189	263	158
Umsatzerlöse	€	150 658	146 889	165 441	150 319
dar.: Forstwirtschaft und Jagd	€	3 461	5 120	20 679	4 600
dar.: Holzverkauf	€	2 854	3 389	17 226	3 589
Materialaufwand	€	85 861	78 914	87 252	84 158
dar.: Materialaufwand Forstwirtschaft	€	236	908	1 198	446
dar.: Lohnarbeit, Maschinenmiete	€	67	76	443	85
Personalaufwand	€	2 756	5 059	2 427	3 326
dar.: Forstwirtschaft	€	24	0	0	17
Bruttoinvestitionen	€	18 050	56 314	17 276	27 719
Investitionen Forstwirtschaft	€	318	200	0	275
Fördermittel Forstwirtschaft	€	63	361	1 710	208
Gewinn	€	44 013	34 927	71 369	42 850
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	27 024	23 287	45 902	26 814
Roheinkommen II Forstwirtschaft	€/ha HB	189	153	266	189
Reinertrag II[1] Forstwirtschaft	€/ha HB	3	34	199	45

[1] Kalkulatorische Ermittlung einschließlich Fördermittel Forstwirtschaft; die in Ansatz gebrachten fixen Sachkosten und variablen Schlepperkosten wurden aus dem Testbetriebsnetz „Bauernwald“ Baden-Württembergs abgeleitet.

Tabelle 47

Seefischereiflotte Deutschlands

Betriebszweig	2004[1]			2005[1]		
	Anzahl	BRZ	kW	Anzahl	BRZ	kW
Große Hochseefischerei						
Froster	8	17 078	21 142	7	14 702	17 898
Schwarmfischfänger	3	18 105	12 841	3	18 105	12 841
Kutter- und Küstenfischerei						
Krabben- und Plattfischkutter	282	12 051	48 853	277	11 947	48 410
Große Plattfischkutter	6	1 752	6 821	7	2 033	8 085
Übrige Kutter	134	10 322	32 667	131	10 337	32 266
Kutter/Boote – Stille Fischerei	1 625	3 669	30 272	1 597	3 594	30 147
Muschel-/Spezialfahrzeuge	104	2 896	8 647	99	3 357	9 652
Insgesamt	**2 162**	**65 882**	**161 243**	**2 121**	**64 075**	**159 299**

[1] Jahresende.

Tabelle 48

Kennzahlen der Betriebe der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei nach Gebieten

2005

Kennzahl	Einheit	Deutschland			Früheres Bundesgebiet	Mecklenburg-Vorpommern
		Insgesamt	Frischfisch	Krabben[1]	Frischfisch	
Aktiva	€/Untern.	103 030	77 544	121 277	103 916	54 566
Eigenkapital (Bilanz)	€/Untern.	– 5 075	2 969	– 10 833	– 1 306	6 693
Verbindlichkeiten	€/Untern.	72 037	51 311	86 875	68 993	35 905
Betriebliche Erträge	€/Untern.	171 650	116 455	211 165	153 682	84 019
Umsatzerlöse	€/Untern.	162 061	105 588	202 491	138 428	76 975
Betriebl. Aufwendungen	€/Untern.	114 979	81 847	138 699	105 828	60 953
Personalaufwand	€/Untern.	38 580	21 019	51 152	29 597	13 544
Abschreibungen	€/Untern.	11 779	10 068	13 003	11 408	8 901
Gewinn plus Personalaufwand	€/AK	43 865	27 745	53 798	36 281	19 337
Gewinn 2005	€/Untern.	53 612	32 265	68 894	44 668	21 458
Gewinn 2004	€/Untern.	39 142	25 768	48 814	36 193	16 917
Gewinn 2003	€/Untern.	40 943	25 579	51 542	31 123	19 445
Gewinn 2002	€/Untern.	57 115	32 388	74 655	42 270	21 168
Gewinn 2001	€/Untern.	57 402	40 346	71 105	49 296	30 851
Veränderung 2005 zum Vorjahr:						
Gewinn plus Personalaufwand €/AK	%	*26,4*	*12,5*	*28,0*	*14,0*	*4,8*
Gewinn €/Untern.	%	*37,0*	*25,2*	*41,1*	*23,4*	*26,8*

[1] Einschließlich Gemischtbetriebe.

Tabelle 49

Auszubildende in Agrarberufen[1)]

Beruf	Gesamt	männlich	weiblich
Landwirt/-in	9 470	8 657	813
Hauswirtschafter/-in	342	1	341
Tierwirt/-in	1 616	877	739
Winzer/-in	815	679	136
Gärtner/-in	17 521	13 593	3 928
Pferdewirt/-in	2 143	429	1 714
Fischwirt/-in	302	293	9
Forstwirt/-in	1 911	1 824	87
Revierjäger/-in	47	46	1
Molkereifachmann/-frau	856	746	110
Landwirtschaftl. Laborant/-in	26	9	17
Milchwirtschaftl. Laborant/-in	492	66	426
Fachkraft Agrarservice	122	119	3
Fachwerker/-in	5 554	4 306	1 248
Insgesamt	**41 217**	**31 645**	**9 572**
Vorjahr	40 360	30 597	9 763
Entwicklung zum Vorjahr in %	*+ 2,1*	*+ 3,4*	*– 2,0*

1) Stand: 1. Januar 2006.

Tabelle 50

Ausnutzung der mengenmäßigen und budgetären WTO-Obergrenzen für subventionierte Exporte im WJ 2005/06

Produktgruppe	Mengenmäßige WTO-Obergrenzen			Budgetäre WTO-Obergrenzen[1]		
	2005/06			2005/06		
	WTO-Obergrenze	Subventionierte Exportmenge	Ausnutzung	WTO-Obergrenze	Erstattungsausgaben	Ausnutzung
	1 000 t		%	Mio. €		%
Weizen/-mehl	14 438,0	4 367,6	*< 100*	1 289,7	[2]	*< 100*
Futtergetreide	10 843,2	2 148,1	*< 100*	1 046,9	[2]	*< 100*
Zucker	1 273,5	[2]	[2]	499,1	[2]	[2]
Butter	399,3	280,0	*70,1*	947,8	290,0	*30,6*
Magermilchpulver	272,5	117,0	*42,9*	275,8	15,0	*5,4*
Käse	321,3	306,0	*95,2*	341,7	136,0	*42,3*
Andere Milcherzeugnisse	958,1	730,0	*76,2*	697,7	274,0	*39,3*
Rindfleisch	821,7	187,0	*22,8*	1 253,6	119,9	*9,6*
Schweinefleisch	444,0	76,9	*17,3*	191,3	21,2	*11,1*
Geflügelfleisch	271,8	160,1	*58,9*	90,7	50,0	*55,1*
Eier	87,4	62,9	*72,0*	43,7	6,1	*14,0*

[1] Budgetäre WTO-Obergrenze für Nicht Anhang-I Waren 2005/06 415 Mio. Euro.
[2] Aktuelle Angaben liegen noch nicht vor.

Tabelle 51

Ergebnisse des Verkaufs von Milchquoten an den Milchquotenbörsen

Übertragungsbereiche	Börsentermine					
	03.04.2006		03.07.2006		30.10.2006	
	GLP[1]	GLM[2]	GLP[1]	GLM[2]	GLP[1]	GLM[2]
	€/kg	kg	€/kg	kg	€/kg	kg
Baden-Württemberg						
Reg.-Bez. Stuttgart	0,40	8 414 958	0,40	4 729 853	0,42	5 245 610
Reg.-Bez. Karlsruhe	0,39	1 862 973	0,39	1 067 247	0,41	1 177 469
Reg.-Bez. Freiburg	0,39	4 550 662	0,40	2 557 146	0,29	1 131 026
Reg.-Bez. Tübingen	0,37	9 854 349	0,41	5 125 233	0,37	6 071 099
Bayern						
Reg.-Bez. Oberbayern	0,59	16 160 194	0,60	10 874 853	0,49	8 256 347
Reg.-Bez. Niederbayern	0,53	8 034 176	0,56	5 263 672	0,49	5 506 751
Reg.-Bez. Oberpfalz	0,70	9 475 188	0,70	6 428 006	0,70	5 792 013
Reg.-Bez. Oberfranken	0,60	4 985 408	0,63	3 140 587	0,55	3 442 276
Reg.-Bez. Mittelfranken	0,53	7 269 631	0,58	4 430 648	0,63	4 705 504
Reg.-Bez. Unterfranken	0,41	2 791 445	0,45	1 287 352	0,43	1 944 412
Reg.-Bez. Schwaben	0,47	11 917 519	0,49	10 903 954	0,39	6 713 441
Hessen	0,45	10 296 199	0,49	6 960 976	0,34	1 515 141
Rheinland-Pfalz/Saarland	0,44	8 424 692	0,45	4 592 732	0,39	3 726 359
Nordrhein-Westfalen	0,49	19 423 802	0,53	11 356 879	0,29	1 044 414
Niedersachsen/Bremen	0,61	54 747 406	0,57	36 160 078	0,44	27 678 597
Schleswig-Holstein/Hamburg	0,54	23 298 152	0,58	26 104 651	0,48	12 924 756
Brandenburg/Berlin	0,30	5 978 980	0,35	6 400 963	0,26	3 400 838
Mecklenburg-Vorpommern	0,32	3 688 128	0,34	6 154 862	0,36	6 003 189
Sachsen	0,29	5 642 626	0,28	8 631 951	0,29	3 405 460
Sachsen-Anhalt	0,27	4 727 726	0,30	6 802 672	0,31	4 709 105
Thüringen	0,27	8 320 216	0,29	5 489 387	0,26	3 739 654
Früheres Bundesgebiet[3]	0,53	201 506 754	0,55	140 983 867	0,46	96 875 215
Neue Länder[3]	0,29	28 357 676	0,31	33 479 835	0,30	21 258 246
Deutschland[3]	**0,50**	**229 864 430**	**0,50**	**174 463 702**	**0,44**	**118 133 461**

[1] Gleichgewichtspreis.
[2] Gleichgewichtsmenge.
[3] Gewogener Durchschnittspreis.

Tabelle 52

Zahlungsansprüche im Rahmen der Betriebsprämienregelung

2005

Nach Art der zugeteilten Zahlungsansprüche (ZA)

Merkmal	Einheit	
	Anzahl	%
Zugeteilte ZA insgesamt	**16 937 328**	***100,0***
davon: besondere ZA[1]	2 041	*0,0*
Stilllegungs-ZA[2]	866 887	*5,1*
normale ZA[3]	16 068 400	*94,9*
davon: aus flächenbezogenem Betrag für Ackerland ohne betriebsindividuellen Betrag	4 405 579	*26,0*
aus flächenbezogenem Betrag für Ackerland mit betriebsindividuellen Betrag	6 718 663	*39,7*
aus flächenbezogenem Betrag für Dauergrünland ohne betriebsindividuellen Betrag	731 320	*4,3*
aus flächenbezogenem Betrag für Dauergrünland mit betriebsindividuellen Betrag	4 212 838	*24,9*
ZA mit OGS-Berechtigung[4]	300 871	*1,8*
ZA mit Kennung der Nationalen Reserve[5]	703 732	*4,2*

[1] Besondere Zahlungsansprüche (ZA) sind ZA flächenarmer oder flächenloser Betriebsinhaber (z. B. Wanderschäfer), die statt mit Flächen durch einen Mindestviehbesatz aktiviert werden können.

[2] ZA, die mit obligatorisch stillgelegten Flächen aktiviert werden.

[3] Normale ZA sind alle ZA außer besondere ZA und Stilllegungs-ZA.

[4] ZA, die auch mit Flächen aktiviert werden können, auf denen Obst (außer Dauerkulturen), Gemüse oder andere Kartoffeln als Stärkekartoffeln angebaut werden.

[5] ZA, deren Wert aus der Nationalen Reserve (NR) kommt oder durch Zuweisung aus der NR um mehr als 20 Prozent erhöht wurde.

Nach Größenklassen des Werts je Zahlungsanspruch

Art der Kennzahl	Einheit	Wert je ZA von … bis … €[6]							Insgesamt
		bis 100	> 100 bis 200	> 200 bis 300	> 300 bis 400	> 400 bis 500	>500 bis 1 000	> 1 000	
Zahl der zugeteilten ZA	1 000	789,4	2 029,7	4 926,3	6 841,9	1 673,4	654,0	22,5	16 937,3
	%	*4,7*	*12,0*	*29,1*	*40,4*	*9,9*	*3,9*	*0,1*	*100*

[6] Unterschiede in Abhängigkeit von den Flächenkategorien (Ackerland und Dauergrünland), der Region und eventueller betriebsindividueller Beträge (vor allem historische Tierprämien). Der Durchschnittswert lag 2005 bei 302,95 Euro. Im Zuge der Umsetzung weiterer Reformschritte werden sich die Werte verschiedener Zahlungsansprüche und damit auch der Durchschnittswert 2006 und in den Folgejahren weiter erhöhen.

Nach Größenklassen des Gesamtwertes der ZA je Betriebsinhaber

Art der Kennzahl	Einheit	Gesamtwert der ZA je Betriebsinhaber von … bis … €							Insgesamt
		bis 5 000	> 5 000 bis10 000	> 10 000 bis 20 000	> 20 000 bis 50 000	> 50 000 bis 100 000	> 100 000 bis 300 000	> 300 000	
Betriebsinhaber	Zahl	198 122	62 402	61 014	48 854	8 219	3 437	1 642	383 690
	%	*51,6*	*16,3*	*15,9*	*12,7*	*2,1*	*0,9*	*0,4*	*100*
Gesamtwert der ZA	Mio. €	332,6	448,4	875,3	1 461,7	545,7	575,3	892,1	5 131,1[7]
	%	*6,5*	*8,7*	*17,1*	*28,5*	*10,6*	*11,2*	*17,4*	*100*

[7] Der durchschnittliche Gesamtwert je Betrieb lag 2005 bei 13 372,90 Euro. U.a. aus den in Fußnote 6) dargelegten Gründen wird sich dieser Wert wie auch der Gesamtwert der Zahlungsansprüche in den nächsten Jahren erhöhen.

Tabelle 53

Leistungen, Beiträge und Bundesmittel in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Jahr	Leistungen[1)2)] insgesamt	darunter für		Umlage-Soll[3)]	Beiträge der Landwirtschaft	Bundesmittel[2)]	Bundesmittel in % des Umlage-Solls
		Renten	Unfallverhütung				
	Mio. €						
1997	760,9	441,6	38,4	895,3	520,4[5)]	304,2	*34,0*
1998	776,9	447,4	40,7	888,0	578,6	309,3	*34,8*
1999	775,3	442,6	42,2	890,5	609,3	281,2	*31,6*
2000	779,1	439,9	43,5	875,0	619,3	255,6	*29,2*
2001	772,3	438,4	43,8	863,5	607,8	255,6	*29,6*
2002	777,2	438,6	46,7	847,2	591,6	255,6	*30,2*
2003	785,0	435,9	48,2	859,0	609,0	250,0	*29,1*
2004	774,5	429,4	48,4	852,9	636,4	216,5	*25,4*
2005	769,2	420,6	51,7	866,8	716,8	150,0	*17,3*
2006[4)]	765,0	412,0	53,0	869,4	669,4	200,0	*23,0*

1) Heilbehandlung, Verletztengeld, Renten, Unfallverhütung, sonstige Leistungen (ohne Vermögensaufwendungen, Verwaltungs- und Verfahrenskosten sowie ohne Zuführungen zur Rücklage und zu den Betriebsmitteln); in den neuen Ländern einschließlich Sozialzuschläge zu den Renten.
2) Bis 1998 ohne die gesondert aus Bundesmitteln gezahlte Schwerverletztenzulage (bis 1997 10,2 Mio. Euro/Jahr; 1998 5,1 Mio. Euro).
3) Überschuss der Aufwendungen im vergangenen Jahr.
4) Vorläufig.
5) Unter Berücksichtigung des EU-Anteils an den „Sondermitteln LUV“ i. H. v. rd. 106 Mio. Euro für 1996 und rd. 70,7 Mio. Euro für 1997.

Tabelle 54

Leistungen, Beitragsaufkommen und Bundesmittel in der Krankenversicherung der Landwirte

Mio. €

Jahr	Leistungen[1)]		Gesamt-ausgaben	Beiträge		Bundesmittel	
	an aktive Mitglieder[2)]	an Rentner		der aktiven Mitglieder[2)]	der Rentner[3)]	Ist-Ausgaben[4)]	in % der Gesamtausgaben
1997	620,9	1 247,9	1 977,7	756,0	186,6	1 059,9	*53,6*
1998	614,6	1 279,9	2 008,1	746,4	192,5	1 093,8	*54,5*
1999	614,2	1 319,8	2 047,9	725,2	200,8	1 119,0	*54,6*
2000	608,7	1 357,0	2 206,3	715,7	208,2	1 015,9	*46,0*
2001	596,1	1 421,7	2 132,3	681,7	213,8	1 196,9	*56,1*
2002	600,6	1 446,5	2 171,2	678,0	220,3	1 226,3	*56,5*
2003	592,5	1 455,2	2 175,8	686,4	227,9	1 202,7	*55,3*
2004	567,1	1 376,4	2 068,0	659,8	242,7	1 150,6	*55,6*
2005	564,6	1 417,7	2 189,1	685,7	246,1	1 112,0	*50,8*
2006[5)]	585,0	1 440,0	2 170,0	730,0	252,0	1 125,0	*51,8*

1) Ohne Verwaltungskosten, Vermögensaufwendungen und sonstige Aufwendungen.
2) Aktive Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige ohne Rentner.
3) Beiträge aus Renten sowie aus Versorgungsbezügen (hierzu gehören auch Renten aus der Alterssicherung der Landwirte) und Arbeitseinkommen.
4) Durch Beiträge nicht gedeckte Leistungsaufwendungen für Rentner sowie Beitragszuschüsse.
5) Schätzung.

Quelle: Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen

Tabelle 55

Mitglieder der Krankenversicherung der Landwirte

Jahr[1]	Unternehmer	Mitarbeitende Familienangehörige	Freiwillige Mitglieder	Rentner	Mitglieder insgesamt[2]
1997	246 004	32 600	36 948	335 273	656 500
1998	240 132	31 019	37 667	336 177	650 321
1999	233 997	29 205	37 506	337 453	643 229
2000	226 351	27 436	37 128	340 938	636 813
2001	218 674	25 637	35 590	345 817	631 835
2002	212 778	24 419	35 152	346 636	623 897
2003	206 611	23 264	34 232	347 345	616 553
2004	200 945	22 053	34 018	350 164	612 226
2005	196 637	21 201	33 557	352 130	352 130
2006[3]	192 230	20 300	32 950	353 390	604 350

[1] Jahresdurchschnitt.
[2] Einschließlich krankenversicherter Arbeitsloser, Jugendlicher, Behinderter, Studenten, Rehabilitanden; 1999 insgesamt rd. 5 100 Personen.
[3] Schätzung.

Quelle: Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen

Tabelle 56

Leistungsempfänger in der Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Renten wegen Alters und Erwerbsminderung sowie Hinterbliebenenrenten					Übergangshilfe und Überbrückungsgeld	Beitragszuschuss
	an ehemalige Landwirte[1]	an Witwen/ Witwer von Landwirten	an ehemalige mitarbeitende Familienangehörige[2]	Zusammen	Waisenrente		
1997	335 663	208 740	10 521	554 924	6 734	141	309 474
1998	341 858	206 643	9 804	558 305	6 568	121	292 311
1999	351 088	205 126	9 238	565 452	6 318	109	267 590
2000	361 659	203 363	8 716	573 738	6 030	89	182 709
2001	369 786	200 849	8 193	578 828	5 862	72	168 932
2002	383 608	200 175	7 697	591 480	5 769	61	147 548
2003	394 430	198 340	7 209	599 979	5 767	55	128 017
2004	405 917	197 023	6 861	609 801	5 686	46	123 951
2005	418 393	195 639	6 488	620 520	5 538	53	117 979
2006[3]	422 999	193 861	6 073	622 933	5 519	43	105 199

[1] Unternehmer und Ehegatten.
[2] Einschließlich deren Hinterbliebene.
[3] Schätzung.

Quelle: Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen

Tabelle 57

Ausgaben, Beiträge und Bundesmittel in der Alterssicherung der Landwirte

Mio. €

Jahr	Ausgaben insgesamt[1)]	Renten	Leistungen zur Teilhabe	Betriebs- und Haushalts-hilfe	Beitrags-zuschüsse[2)]	Beiträge der Landwirt-schaft	Bundesmittel[3)]	Bundesmittel in % der Gesamt-ausgaben
1997	3 115,6	2 575,4	33,8	22,7	361,8	925,5	2 150,9	*69,0*
1998	3 079,5	2 610,1	25,9	17,1	304,3	891,4	2 170,8	*70,5*
1999	3 084,4	2 648,0	26,9	17,4	268,4	837,9	2 232,0	*72,4*
2000	2 979,9	2 688,0	26,6	15,2	133,1	802,8	2 165,8	*72,7*
2001	3 068,3	2 741,3	25,2	13,9	167,5	754,2	2 291,1	*74,7*
2002	3 087,4	2 798,4	23,4	13,8	140,4	761,6	2 322,1	*75,2*
2003	3 107,2	2 839,6	22,5	13,9	119,2	768,2	2 337,9	*75,2*
2004	3 093,3	2 850,6	20,4	13,2	116,8	743,8	2 337,7	*75,6*
2005	3 073,9	2 843,3	19,4	12,5	115,0	709,3	2 348,2	*76,4*
2006[4)]	3 061,0	2 812,8	17,9	11,5	111,5	684,7	2 350,0	*76,8*

1) Einschließlich Verwaltungs- und Verfahrenskosten, Sonstiges; ohne Restabwicklung Beitragszuschüsse nach GAL und SVBEG; ohne Aufwendungen für den Finanzausgleich.
2) Ohne Restabwicklung Beitragszuschüsse nach GAL.
3) Ist-Ausgabe Bund.
4) Schätzung.

Quelle: Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen

Tabelle 58

Beitragszahler in der Alterssicherung der Landwirte

Jahr	Landwirtschaft-liche Unternehmer[1)]	Ehegatten[2)]	Mitarbeitende Familienangehörige	Weiterentrichter	Sonstige Versicherte[3)]	Insgesamt
1997	274 093	162 539	18 878	9 068	245	464 823
1998	262 221	152 483	17 743	7 475	243	440 165
1999	250 829	143 225	16 750	6 008	219	417 031
2000	236 010	131 165	15 512	4 895	182	387 764
2001	223 752	117 804	14 043	3 989	151	359 739
2002	216 009	111 227	13 594	3 584	148	344 562
2003	207 188	104 574	12 719	3 023	134	327 638
2004	199 275	99 351	11 937	2 625	113	313 301
2005	192 573	95 072	11 370	2 372	106	301 493
2006[4)]	186 266	92 033	11 466	2 129	85	291 979

1) Landwirte im Sinne des § 1 Abs.2 ALG.
2) Landwirte im Sinne des § 1 Abs.3 ALG.
3) Freiwillig Versicherte und Weiterversicherte.
4) Schätzung.

Quelle: Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen

Tabelle 59

Empfänger von Landabgaberente, Produktionsaufgaberente und Ausgleichsgeld; mobilisierte Fläche und Bundesmittel

Jahr	Empfänger von Landabgaberente[1]	Seit 1969 insgesamt abgegebene Fläche	Bundesmittel[2]	Empfänger von		Verwendung der Flächen[4]		Bundesmittel[2]
				Produktionsaufgaberente[3]	Ausgleichsgeld[3]	Stilllegung und Aufforstung	Aufstockung anderer Unternehmen u. a.	
	Anzahl	ha LN	Mio. €	Anzahl		ha LN		Mio. €
1997	37 333	682 280	107,7	17 461	10 712	30 629	510 130	248,8
1998	35 388	682 280	106,2	15 703	10 539	30 805	512 794	235,9
1999	33 401	682 280	98,9	13 526	10 150	30 806	512 916	216,8
2000	31 464	682 280	95,7	11 312	9 856	30 806	512 916	201,9
2001	29 481	682 280	90,7	8 944	9 495	30 806	512 916	182,3
2002	27 601	682 280	86,3	6 900	9 110	30 806	512 916	166,6
2003	25 611	682 280	81,2	4 886	6 458	30 806	512 916	135,2
2004	23 759	682 280	75,0	3 057	3 860	30 806	512 916	88,7
2005	21 893	628 280	69,1	1 610	1 630	30 805	512 916	47,5
2006[5]	20 008	682 280	65,0	819	197	30 805	512 916	22,0

Gebietsstand: Früheres Bundesgebiet — Gebietsstand: Deutschland

[1] Neufälle nur noch, wenn Flächenabgabe bis 31. Dezember 1983 vollzogen.
[2] Ist-Ausgabe Bund.
[3] Neufälle nur noch, wenn Voraussetzungen bis 31. Dezember 1996 erfüllt.
[4] Seit 1989 insgesamt stillgelegte und abgegebene Flächen.
[5] Schätzung.

Quelle: Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen

Tabelle 60

Agrar- und Fischereiausgaben der EU

Mio. €[1)]

Marktordnungsbereiche	2004[2)3)]	2005[2)3)]	2006[3)4)]	2007[4)]
Entkoppelte Direktbeihilfen	**–**	**1 449,2**	**15 947,5**	**30 196,0**
Marktbezogene Maßnahmen und gekoppelte Direktbeihilfen				
Getreide	17 245,4	17 811,4	8 602,2	2 366,0
Reis	180,2	436,2	258,9	173,0
Zucker [5)]	1 278,9	1 792,9	1 520,7	345,3
Olivenöl	2 372,5	2 311,3	2 341,5	149,0
Textilpflanzen	853,5	972,5	935,6	283,5
Obst und Gemüse	1 583,0	1 748,4	1 656,4	1 597,1
Wein	1 100,5	1 267,2	1 487,2	1 487,0
Tabak	923,9	922,7	811,0	301,6
Andere pflanzl. Erzeugnisse	732,0	600,9	589,7	489,7
Erstattung bei nicht unter Anh. I fall. Erzeugn. [6)]	380,3	.	274,1	299,0
Milcherzeugnisse	2 070,1	2 755,2	2 463,4	1 228,0
Rindfleisch	7 789,2	8 176,1	3 497,5	1 816,0
Schaf- und Ziegenfleisch	1 197,9	1 837,3	942,1	343,0
Schweinefl., Eier und Geflügel, Bienen	174,7	140,9	101,1	194,2
Fisch	23,9	28,5	25,2	30,5
Nahrungsmittelprogramme	209,8	222,1	228,8	278,0
Kontrolle, Betrugsbekämpfung, Rechnungsabschluss	– 486,6	– 582,9	– 275,2	– 172,0
Werbung, Absatzförderung, Planungsgrundlagen	56,6	35,7	44,3	83,5
Veterinär- und Phytosanitärausgaben	360,3	227,5	256,0	35,3
Wiedereinziehungen	– 70,3	– 90,2	– 93,1	0,0
Sonstige Direktbeihilfen[7)]	1,8	4,4	514,5	902,0
Marktordnungsausgaben und Direktbeihilfen insges.[8)]	**37 977,6**	**42 067,3**	**42 129,4**	**42 425,7**
Agrarumweltmaßnahmen	1 931,9	2 005,3	2 151,7	.
Benachteiligte Gebiete	1 051,8	1 123,7	1 192,4	.
Vorruhestand	196,0	182,5	246,7	.
Forstwirtschaft	401,2	363,8	380,6	.
Investitionen in landw. Betrieben	229,8	252,7	358,1	.
Junglandwirte	107,4	126,2	123,6	.
Marktstrukturverbesserung	186,9	183,0	284,7	.
Anpassung u. Entw. ländl. Gebiete	584,9	612,1	842,8	.
Sonstige	59,0	65,4	42,7	.
Ländl. Entwicklung (nur Garantie) EU- 15[8)]	**4 748,9**	**4 914,7**	**5 623,3**	**.**
Ländl. Entwicklung (nur Garantie) EU-10 [8)]	**628,9**	**1 931,0**	**2 096,0**	**.**
Abt. Garantie insgesamt[9)]	**43 355,4**	**48 913,0**	**49 848,7**	**50 057,0**
EAGFL-Ausrichtung	3 437,8	3 495,3	3 311,9	3 262,8
Ländliche Entwicklung insgesamt[10)]	**8 815,6**	**10 341,0**	**11 031,2**	**10 894,1**
Finanzinstrument für die Fischerei	537,2	555,2	596,6	807,6
Sonstige Agrarmaßnahmen	59,0	67,0	43,0	–
Sonstige Fischereimaßnahmen	84,0	93,0	93,0	84,8
Agrar- und Fischereiausgaben insges.[11)]	**47 473,4**	**53 123,5**	**53 893,2**	**54 212,2**
Ausgaben EU-Haushalt insges.	**101 806,6**	**105 684,0**	**107 378,5**	**115 500,0**
Agrar-u. Fischereiausgaben in EU-25 in %[11)]	***46,6***	***50,3***	***50,2***	***46,9***

1) Zahlungen bzw. Zahlungsermächtigungen.
2) Ist-Ausgaben für EAGFL-Garantie (nur Direktzahlungen der KOM für Oktober bis Dezember geschätzt); sonst Haushaltsplan.
3) Eine Aufteilung der Mittel für ländliche Entwicklung für EU-10 ist derzeit noch nicht möglich.
4) Haushaltentwurf 2007. Stand: 30. November 2006.
5) Die Ausgaben für in der EU produzierten Zucker werden durch Abgaben der Zuckerwirtschaft gedeckt.
6) Ab 2004 neue Haushaltsrichtlinie, 2005 sind die Beträge in den einzelnen Marktordnungsbereichen enthalten.
7) Inklusive zusätzlicher Beihilfebeträge ab 2006 lt. Art. 12 VO (EG) Nr. 1782/2003.
8) Programme für die ländliche Entwicklung stehen noch nicht fest für HJ 2007.
9) EAGFL ab 2007.
10) Mittel für Maßnahmen aus dem ELER = 6 191,3 Mio. Euro.
11) Ohne internationale Fischereiabkommen, ohne Fischereiforschung, ohne Vorbeitrittshilfe SAPARD, ohne Maßnahmen in E und P infolge des Wegfalls des Fischereiabkommens mit Marokko.

Tabelle 61

Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abt. Garantie) nach Marktordnungsbereichen und Mitgliedstaaten

2006[1] in Mio. €

Marktordnungsbereich	BE	CZ	DK	**DE**	EE	EL	ES	FR	IE
Marktausgaben									
Getreide	6,6	27,5	15,1	**152,0**	0,9	0,8	– 2,4	110,0	0,2
Reis	– 0,4	0,0	0,0	**0,0**	0,0	2,5	– 0,5	– 3,0	0,0
Zucker [2]	214,4	16,3	59,8	**107,5**	0,0	66,2	66,5	201,1	6,4
Olivenöl	0,0	0,0	0,0	**0,0**	0,0	1,0	22,2	0,7	0,0
Textilpflanzen	3,9	0,5	0,0	**0,2**	0,0	693,1	220,1	14,8	0,0
Obst u. Gemüse	43,8	1,2	2,9	**27,7**	0,0	111,5	358,3	151,2	2,2
Wein	0,0	1,2	0,0	**24,4**	0,0	28,6	526,4	369,8	0,0
Andere pflanzl. Erzeugnisse	0,2	1,0	3,1	**8,1**	0,0	10,9	137,3	75,8	0,1
Erstattung bei nicht unter Anhang I fallende Erzeugnisse	31,5	1,4	15,0	**27,4**	0,1	0,7	10,4	33,2	28,2
Milch und Milcherzeugnisse	101,3	14,3	62,3	**141,3**	4,3	– 0,9	5,5	179,6	82,0
Rindfleisch	0,6	0,3	1,9	**33,2**	0,0	0,0	4,3	12,3	25,6
Schaf- und Ziegenfleisch	0,0	0,0	0,0	**0,0**	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienen	1,2	0,6	5,4	**4,0**	0,1	2,2	7,8	46,6	0,0
Fisch	0,1	0,0	0,3	**0,3**	0,0	0,0	8,3	8,8	0,6
Nahrungsmittelprogramme	4,6	0,0	0,1	**0,0**	0,0	11,9	53,8	43,9	0,3
Kontrolle, Betrugsbekämpfung und Rechnungsabschlusseinnahmen	– 5,9	– 0,1	0,2	**– 0,9**	0,0	– 10,1	– 55,9	– 125,8	– 3,4
Werbung und Absatzförderung	1,5	0,0	0,6	**4,8**	0,0	0,0	2,0	7,7	0,2
Veterinär- und Phytosanitär	0,0	0,0	0,0	**0,0**	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wiedereinziehungen	– 4,7	0,0	– 5,2	**– 13,8**	– 0,2	– 2,9	– 14,8	– 9,7	– 0,5
Entkoppelte Direktbeihilfe	289,7	255,5	875,9	**4 952,7**	27,8	0,0	0,0	0,0	1 179,4
Andere Direktbeihilfen[3]	176,3	0,0	44,3	**96,9**	0,0	1 886,7	4 567,7	7 684,2	9,3
Zusätzlicher Beihilfebetrag	4,6	0,0	6,6	**37,5**	0,0	40,6	55,1	50,0	14,2
Marktordnungsausgaben insgesamt[4]	869,3	319,7	1 088,3	**5 603,3**	33,0	2 842,8	5 972,1	8 851,2	1 344,8
Ländl. Entwicklung EU-25	74,5	0,0	74,1	**940,4**	0,0	227,8	682,4	1 193,4	378,3
Abteilung Garantie insgesamt[4]	**943,8**	**319,7**	**1 162,4**	**6 543,7**	**33,0**	**3 070,6**	**6 654,5**	**10 044,6**	**1 723,1**

n o c h Tabelle 61

Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abt. Garantie) nach Marktordnungsbereichen und Mitgliedstaaten

2006[1] in Mio. €

Marktordnungsbereich	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT
Marktausgaben									
Getreide	7,7	0,0	1,0	5,2	0,0	130,3	– 0,2	38,3	14,2
Reis	5,3	0,0	0,0	– 0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	– 3,0
Zucker [2]	184,5	0,0	0,1	27,0	0,0	38,9	0,0	42,9	53,0
Olivenöl	4,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Textilpflanzen	0,1	0,0	0,1	0,4	0,0	0,0	0,0	1,7	0,0
Obst u. Gemüse	474,5	5,1	0,0	0,0	0,0	10,3	0,4	72,4	5,0
Wein	425,0	3,6	0,0	0,0	0,4	32,7	0,1	0,0	6,7
Andere pflanzl. Erzeugnisse	47,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8	0,0	5,6	0,2
Erstattung bei nicht unter Anhang I fallende Erzeugnisse	13,5	0,0	0,2	0,4	0,0	4,8	0,0	47,5	17,4
Milch und Milcherzeugnisse	– 41,8	1,1	1,2	19,4	0,2	5,3	0,0	268,9	5,9
Rindfleisch	11,2	0,2	0,0	11,0	0,0	1,0	0,0	5,7	3,8
Schaf- und Ziegenfleisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienen	8,0	0,0	0,1	0,1	0,0	2,6	0,0	8,4	1,2
Fisch	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Nahrungsmittelprogramme	48,5	0,0	0,3	2,4	0,0	5,9	0,4	0,0	0,0
Kontrolle, Betrugsbekämpfung und Rechnungsabschlusseinnahmen	– 71,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	– 0,6	0,0
Werbung und Absatzförderung	9,6	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	1,6	1,0
Veterinär- und Phytosanitär	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wiedereinziehungen	– 11,7	– 0,1	0,0	– 0,8	– 0,2	– 0,1	0,0	– 11,7	– 1,8
Entkoppelte Direktbeihilfe	2 098,8	13,6	38,4	103,3	32,1	373,4	0,0	0,0	497,7
Andere Direktbeihilfen[3]	1 602,5	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,8	653,4	156,2
Zusätzlicher Beihilfebetrag	54,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	6,7	11,6
Marktordnungsausgaben insgesamt[4]	4 870,0	23,7	41,5	167,8	32,9	606,9	1,5	1 141,0	769,1
Ländl. Entwicklung EU-25	591,1	0,0	0,0	0,0	11,9	0,0	0,0	68,3	499,4
Abteilung Garantie insgesamt[4]	**5 461,1**	**23,7**	**41,5**	**167,8**	**44,8**	**606,9**	**1,5**	**1 209,3**	**1 268,5**

noch Tabelle 61

Ausgaben des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (Abt. Garantie) nach Marktordnungsbereichen und Mitgliedstaaten

2006[1] in Mio. €

Marktordnungsbereich	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK	EU-Direkt-zahl.[2]	Zusammen
Marktausgaben									
Getreide	27,4	– 7,4	– 0,1	9,1	13,7	10,8	2,2	0,0	562,9
Reis	– 2,2	– 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	– 2,3
Zucker [2]	80,7	14,5	2,1	33,7	9,8	32,3	263,0	0,0	1 520,7
Olivenöl	0,0	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	29,5
Textilpflanzen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	935,1
Obst u. Gemüse	10,6	51,3	0,4	1,1	0,6	4,0	37,1	0,0	1 371,6
Wein	0,0	64,6	2,6	0,5	0,0	0,0	0,5	0,0	1 487,1
Andere pflanzl. Erzeugnisse	0,2	17,6	0,0	0,1	0,0	0,2	1,8	0,0	311,0
Erstattung bei nicht unter Anhang I fallende Erzeugnisse	8,3	0,9	0,6	0,1	2,7	5,3	24,4	0,0	274,0
Milch und Milcherzeugnisse	8,2	0,6	2,6	2,6	38,8	36,2	70,7	0,0	1 009,6
Rindfleisch	7,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,2	134,5	0,0	253,0
Schaf- und Ziegenfleisch	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweinefleisch, Eier und Geflügel, Bienen	4,6	4,6	0,9	0,1	0,5	0,4	1,7	0,0	101,1
Fisch	0,0	5,7	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,1	25,2
Nahrungsmittelprogramme	38,9	14,3	0,9	0,0	2,6	0,0	0,0	0,0	228,8
Kontrolle, Betrugsbekämpfung und Rechnungsabschlusseinnahmen	0,0	– 2,7	0,0	0,0	– 2,4	– 0,2	– 4,8	8,8	– 275,2
Werbung und Absatzförderung	0,6	1,3	0,0	0,0	0,6	0,1	2,4	9,9	44,3
Veterinär- und Phytosanitär	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	256,0	256,0
Wiedereinziehungen	– 0,2	– 3,9	0,0	0,0	– 0,3	– 0,8	– 9,7	0,0	– 93,1
Entkoppelte Direktbeihilfe	807,1	266,0	0,0	102,2	0,0	574,1	3 459,8	0,0	15 947,5
Andere Direktbeihilfen[3]	0,0	279,9	30,1	0,0	495,3	89,2	53,8	0,0	17 826,8
Zusätzlicher Beihilfebetrag	0,0	6,5	0,0	0,0	7,3	6,4	14,5	0,0	315,8
Marktordnungsausgaben insgesamt[4]	991,3	714,8	40,2	149,5	569,2	758,4	4 052,3	274,8	42 129,4
Ländl. Entwicklung EU-25	0,0	233,7	0,0	0,0	247,6	165,3	235,1	2 096,0	7 719,3
Abteilung Garantie insgesamt[4]	**991,3**	**948,5**	**40,2**	**149,5**	**816,8**	**923,7**	**4 287,4**	**2 370,8**	**49 848,7**

[1] Die Auszahlungen der Mitgliedstaaten im Zeitraum 16. Oktober 2005 bis 15. Oktober 2006 gehen zu Lasten des EU-Haushaltsjahres 2006.
[2] Den Ausgaben für in der EU produzierten Zucker stehen entsprechende Einnahmen aus Abgaben der Zuckerwirtschaft gegenüber, die auf der Einnahmenseite des EU-Haushalts erfasst werden.
[3] Gekoppelte Flächenzahlungen, Hektarbeihilfen, Milchprämie, Tierprämien, Erzeugerbeihilfen, Kleinerzeugerregelung.
[4] Einschließlich Korrekturen durch Rechnungsabschlussentscheidungen.

Tabelle 62

Einzahlungen der EU-Mitgliedstaaten zum EAGFL, Abteilung Garantie, Rückflüsse und Saldo

2005

Mitgliedstaat	Einzahlung[1]	Rückfluss[2]	Saldo[3]	Rückflussquote in % der Einzahlung
	in Mio. €			
Belgien	1 942	1 035	– 907	*53*
Tschechische Republik	477	464	– 13	*95*
Dänemark	959	1 225	+ 266	*126*
Deutschland	**9 719**	**6 503**	**– 3 217**	***67***
Estland	49	77	+ 29	*159*
Griechenland	871	2 754	+ 1 883	*314*
Spanien	4 575	6 407	+ 1 832	*140*
Frankreich	8 138	9 969	+ 1 831	*123*
Irland	696	1 806	+ 1 110	*265*
Italien	6 541	5 500	– 1 042	*84*
Zypern	73	59	– 14	*121*
Lettland	63	138	+ 74	*283*
Litauen	102	291	+ 189	*299*
Luxemburg	112	45	– 67	*46*
Ungarn	404	717	+ 313	*184*
Malta	19	10	– 10	*51*
Niederlande	2 872	1 256	– 1 615	*44*
Österreich	1 037	1 236	+ 199	*121*
Polen	1 124	1 839	+ 715	*164*
Portugal	735	892	+ 157	*122*
Slowenien	131	127	– 4	*87*
Slowakei	175	248	+ 72	*127*
Finnland	706	903	+ 197	*124*
Schweden	1 280	956	– 324	*76*
Vereinigtes Königreich	5 870	4 215	– 1 655	*72*
EU-25	**48 670**	**48 670**	**± 0**	***100***

[1] Unter Zugrundelegung des allgemeinen Haushaltsschlüssels 2005.
[2] Aus dem EAGFL-Garantie wurden außerdem Direktzahlungen und Veterinärausgaben der Europäischen Kommission von zusammen 257,9 Mio. Euro finanziert. Eine Zuordnung dieses Betrages auf einzelne Mitgliedstaaten ist nicht möglich.
[3] + = Nettoempfänger.
– = Nettozahler.

Methodische Erläuterungen

A Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (LGR)

Die Gesamtrechnung für den Bereich Landwirtschaft (einschließlich Garten- und Weinbau, ohne Forstwirtschaft und Fischerei) ist nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) aufgestellt und basiert auf dem Konzept des Wirtschaftsbereichs. Der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft gilt als Zusammenfassung aller örtlichen fachlichen Einheiten, die folgende Tätigkeiten ausüben: Pflanzenbau, Tierhaltung, Gemischte Landwirtschaft, Landwirtschaftliche Lohnarbeiten, Gewerbliche Jagd.

Nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten in landwirtschaftlichen Unternehmen, die buchmäßig nicht getrennt erfasst werden können, z. B. Landschaftspflege oder Urlaub auf dem Bauernhof, sind nach dem ESVG 95 Bestandteil der LGR. Die landwirtschaftliche Produktion von Haushalten sowie die Tierhaltung von Nichtlandwirten sind nicht Bestandteil der LGR.

Schematische Darstellung

	Produktionswert zu Erzeugerpreisen
–	Gütersteuern
+	Gütersubventionen
=	Produktionswert zu Herstellungspreisen
–	Vorleistungen
=	Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen
-	Abschreibungen
=	Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen
–	Sonstige Produktionsabgaben
+	Sonstige Subventionen
=	Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

Produktionswert

Die Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs umfasst bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Verkäufe an andere Wirtschaftsbereiche und an andere landwirtschaftliche Einheiten, den innerbetrieblichen Verbrauch an Futtermitteln, den Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen und die selbst erstellten Anlagen (Vieh). Ebenfalls erfasst wird die landwirtschaftliche Lohnarbeit, die auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt wird und die nicht trennbaren Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Der Produktionswert zu Erzeugerpreisen ergibt sich aus der Bewertung der Produktion mit durchschnittlichen Erzeugerpreisen aller Qualitäten ohne Mehrwertsteuer.

Der Produktionswert zu Herstellungspreisen berücksichtigt darüber hinaus die Produktsteuern und Produktsubventionen. Hierzu zählen bis 2004 im wesentlichen die Flächenzahlungen und Tierprämien der Agenda 2000. Ab 2005 sind diese EU-Zahlungen von der Produktion entkoppelt und werden als Betriebsprämie ausgezahlt. Im Sinne des ESVG 95 werden sie als sonstige Subventionen verbucht.

Vorleistungen

In den Vorleistungen sind der ertragssteigernde Aufwand (Saat- und Pflanzgut, Futtermittel, Dünge- und Bodenverbesserungsmittel, Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel), die Aufwendungen für die Instandhaltung von Maschinen und Geräten sowie baulichen Anlagen, die Ausgaben für Energie und Schmierstoffe, für Tierarzt und Medikamente sowie für andere Güter und Dienstleistungen zusammengefasst. Analog zum Produktionswert werden auch der innersektorale Verbrauch an Futtermitteln und die in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Dienstleistungen berücksichtigt.

Wertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen ergibt sich als Differenz von Produktionswert (zu Herstellungspreisen) und Vorleistungen. Aus der Bruttowertschöpfung wird durch Abzug der verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen die Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen ermittelt. Daraus ergibt sich nach Abzug der sonstigen Produktionsabgaben (einschließlich eventueller Unterausgleich Mehrwertsteuer) sowie nach Addition der sonstigen gezahlten Subventionen (einschließlich eventueller Überausgleich Mehrwertsteuer) die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten; sie steht zur Entlohnung der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital zur Verfügung. Als makroökonomischer Indikator für die Entwicklung des Einkommens in der Landwirtschaft wird die Nettowertschöpfung auf die Jahresarbeitseinheiten bezogen.

Da die Bruttowertschöpfung als Indikator für die wirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft nur die produktspezifischen Subventionen berücksichtigt, ergibt sich durch die Entkoppelung dieser Zahlungen in 2005 ein Bruch in der Zeitreihe. Im Gegensatz zur Bruttowertschöpfung berücksichtigt die Nettowertschöpfung sämtliche an die Landwirtschaft gezahlte Subventionen, einschließlich der Betriebsprämie.

Arbeitskraft

Zur Berechnung der Nettowertschöpfung je Arbeitskraft werden die in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte in Jahresarbeitseinheiten (JAE) umgerechnet.

Die Jahresarbeitseinheit ist eine Maßeinheit für die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft. Im Rahmen der Agrarstrukturerhebung (§ 27 f. Agrarstatistikgesetz), die in zweijährlichem Turnus durchgeführt wird, werden folgende Grunddaten ermittelt:

– für Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte: die in einem Zwölfmonatszeitraum durchschnittlich im Betrieb geleistete Wochenarbeitszeit nach Arbeitszeitklassen,

– für nicht ständige familienfremde Arbeitskräfte: die in einem Zwölfmonatszeitraum erbrachte Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen.

Zur Umrechnung in JAE wird u. a.

– für Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte der Mindestarbeitseinsatz einer Vollzeitarbeitskraft – je nach Arbeitskräftekategorie – mit einer Wochenstundenzahl von 38 bis 42 Stunden angesetzt,

– für nicht ständige familienfremde Arbeitskräfte für eine JAE eine Jahresarbeitsleistung von 220 vollen Arbeitstagen angesetzt.

Die entsprechenden Daten für Jahre, in denen keine Agrarstrukturerhebung stattfindet, werden geschätzt.

Neben der Arbeitsleistung in den landwirtschaftlichen Betrieben wird in der LGR zusätzlich auch die Arbeitsleistung für landwirtschaftliche Dienstleistungen (Lohnunternehmen) berücksichtigt.

B Testbetriebsnetz Landwirtschaft

Ausführliche methodische Erläuterungen zu Auswahl, Stichprobenzusammensetzung und Hochrechnung der Testbetriebe sind in der Broschüre des BMELV „Buchführungsergebnisse der Testbetriebe“ beschrieben.

Klassifizierung

Die Gruppenbildung für die Auswertung der Testbetriebe erfolgt anhand des gemeinschaftlichen Klassifizierungssystems der landwirtschaftlichen Betriebe. Das derzeitige gemeinschaftliche Klassifizierungssystem beruht auf der Entscheidung 85/377/EWG der Kommission vom 7. Juni 1985 (veröffentlicht im ABl. L 220/85). Dieses Klassifizierungssystem, das auch als EU-Typologie bezeichnet wird, basiert auf wirtschaftliche Kriterien für die beiden Merkmale Betriebsform (betriebswirtschaftliche Ausrichtung) und Betriebsgröße. Die Betriebsform eines landwirtschaftlichen Betriebes wird durch den Anteil einzelner Produkte und Betriebszweige am gesamten Standarddeckungsbeitrag, die Betriebsgröße durch die Höhe des gesamten Standarddeckungsbeitrags des Betriebes bestimmt.

Standarddeckungsbeitrag (SDB)

Standarddeckungsbeiträge (SDB) werden vom KTBL regionalisiert nach 38 Regionen (Regierungsbezirke) für 23 Produktionszweige der Bodennutzung und für 16 Tierhaltungsmerkmale ermittelt.

Der SDB je Flächen- oder Tiereinheit entspricht der geldlichen Bruttoleistung abzüglich der entsprechenden variablen Spezialkosten. Die Daten werden aus Statistiken und Buchführungsunterlagen über Preise, Erträge und Leistungen sowie durchschnittliche Erlöse und Kosten abgeleitet. Die so ermittelten SDB je Flächen- und Tiereinheit werden auf die betrieblichen Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung sowie der Viehhaltung übertragen und zum gesamten SDB des Betriebes summiert.

Betriebsform (Betriebswirtschaftliche Ausrichtung)

Die Betriebsform eines Betriebes wird durch den relativen Beitrag der verschiedenen Produktionszweige des Betriebes zum gesamtbetrieblichen Standarddeckungsbeitrag gekennzeichnet. Für die Buchführungsergebnisse der Testbetriebe werden folgende Betriebsformen nach der EU-Klassifizierung abgegrenzt:

Spezialisierte Betriebe		**Anteil von … am gesamten SDB des Betriebes > $^{2}/_{3}$**
Ackerbau		Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Handelsgewächse, Feldgemüse, Futterpflanzen, Sämereien, Hopfen
Gartenbau		Gemüse, Erdbeeren im Freiland und unter Glas, Blumen und Zierpflanzen im Freiland und unter Glas, Baumschulen[1]
Dauerkulturen	Weinbau	Rebanlagen
	Obstbau	Obst
	Sonstige Dauerkulturen	Sonstige Dauerkulturen
Futterbau	Milchvieh	Milchkühe, Färsen, weibliche Jungrinder (= Weidevieh)
	Sonstiger Futterbau	Zucht- und Mastrinder, Schafe, Pferde (= Weidevieh)
Veredlung		Schweine, Geflügel
Nicht spezialisierte Betriebe		**Anteil einzelner Zweige am gesamten SDB des Betriebes > $^{1}/_{3}$ aber < $^{2}/_{3}$**
Gemischtbetriebe (Verbund)	Pflanzenbauverbund	Kombinationen aus Ackerbau, Gartenbau, Dauerkulturen
	Viehhaltungsverbund	Ausrichtung Futterbau Ausrichtung Veredlung
	Pflanzenbau-Viehhaltung	Gemischtbetriebe, die aufgrund ihrer geringen Spezialisierung nicht den o. g. Klassen zugeordnet werden können.

[1] Baumschulen sind nach EU-Typologie Dauerkulturbetriebe.

Wirtschaftliche Betriebsgröße, Europäische Größeneinheit (EGE)

Die wirtschaftliche Betriebsgröße wird in einer gemeinschaftlichen Maßeinheit, der Europäischen Größeneinheit (EGE), angegeben. Eine EGE entspricht einem Gesamtstandarddeckungsbeitrag von 1 200 Euro. Das Testbetriebsnetz erfasst Betriebe ab 8 EGE.

Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe

Betriebe der Rechtsformen Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit 16 und mehr EGE und mindestens einer Arbeitskraft (AK).

Klein- und Nebenerwerbsbetriebe

Betriebe von 8 bis unter16 EGE oder unter 1 AK.

Juristische Personen

Betriebe in der Hand juristischer Personen werden nur in den neuen Bundesländern erfasst.

2. Vergleichsrechnung nach § 4 LwG

Nach § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) ist die Bundesregierung verpflichtet, bei der jährlichen Feststellung der Lage der Landwirtschaft eine Stellungnahme abzugeben, „inwieweit

- ein den Löhnen vergleichbarer Berufs- und Tarifgruppen entsprechender Lohn für die fremden und familieneigenen Arbeitskräfte – umgerechnet auf notwendige Vollarbeitskräfte –,
- ein angemessenes Entgelt für die Tätigkeit des Betriebsleiters (Betriebsleiterzuschlag) und
- eine angemessene Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals erzielt sind“.

Die Vergleichsrechnung wird nach dem Unternehmensansatz auf der Basis des Gewinns durchgeführt. Aufwendungen für Fremdkapital, zugepachtete Flächen und Lohnarbeitskräfte werden in ihrer tatsächlichen Höhe nach folgendem Schema berücksichtigt.

Begriffe der Vergleichsrechnung

	Gewinn
	Vergleichslohn für Betriebsinhaber und nicht entlohnte Familienarbeitskräfte
+	Betriebsleiterzuschlag
+	Zinsansatz für das Eigenkapital
=	Summe der Vergleichsansätze (Unternehmen)
	Gewinn
–	Summe der Vergleichsansätze (Unternehmen)
=	Abstand
Der Abstand wird zusätzlich in Prozent der Summe der Vergleichsansätze ausgewiesen.	

Als gewerblicher Vergleichslohn wird der durchschnittliche Bruttolohn je abhängig beschäftigtem Arbeitnehmer, ohne Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, verwendet. Die bisherige Datengrundlage für den Vergleichslohn (Löhne im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsklassen und Geschlecht im früheren Bundesgebiet) konnte nicht mehr fortgeschrieben werden.

Als betriebsnotwendige Arbeitskräfte werden die in den Testbetrieben vorhandenen Arbeitskräfte unterstellt. Für die dispositive Tätigkeit in landwirtschaftlichen Betrieben sowie in den Gartenbau- und in den Weinbaubetrieben wird ein Betriebsleiterzuschlag von 7 Euro je 1 000 Euro Umsatzerlöse angesetzt. Der Zuschlag wird aus den Testbetriebsdaten für die juristischen Personen abgeleitet (Lohndifferenz zwischen den in der Leitung dieser Unternehmen Tätigen und den übrigen Beschäftigten). Spezielle Verhältnisse des Betriebes hinsichtlich Größe, Produktionsrichtung und Einkommenshöhe bleiben dabei unberücksichtigt.

Gewerblicher Vergleichslohn

Wirtschaftsjahr	durchschnittlicher Bruttolohn je Arbeitnehmer €	Veränderung gegen Vorjahr in %
2000/2001	25 723	*+ 1,9*
2001/2002	26 130	*+ 1,6*
2002/2003	26 580	*+ 1,7*
2003/2004	26 760	*+ 0,7*
2004/2005	26 904	*+ 0,5*
2005/2006	27 173	*+ 1,0*

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18)

Der Gesetzgeber hat keine Hinweise gegeben, was unter der angemessenen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals zu verstehen ist. Die in den Berechnungen seit dem ersten Bericht für die Verzinsung verwendeten $3^1/_3$ Prozent orientierten sich am langjährigen Durchschnitt der Aktienrendite. Für das Berichtsjahr wurde wie in den Vorjahren ein Zinssatz von 3,5 Prozent gewählt. Das Eigenkapital in der Vergleichsrechnung wird ermittelt aus dem Bilanzvermögen (ohne Wert des zugepachteten Bodens) abzüglich des durchschnittlichen Fremdkapitals. Wie in den Vorjahren wurden Boden und Gebäude für die Vergleichsrechnung zu Nettopachtpreisen bewertet. Als „betriebsnotwendig“ wurde das vorhandene Vermögen unterstellt, da es infolge des schnellen technischen Fortschritts keine brauchbare Methode für die Ermittlung des betriebsnotwendigen Vermögens in der Vielzahl verschiedenartiger Betriebe gibt.

Der Wert der Vergleichsrechnung liegt in erster Linie in der ablesbaren Entwicklung der Ertragslage in den verschiedenen Betriebsgruppen der Haupterwerbsbetriebe unter Berücksichtigung angemessener Ansätze für die

nicht entlohnten Familienarbeitskräfte, des Eigenkapitals und für die dispositive Tätigkeit des Betriebsleiters.

3. Sonstige Begriffsdefinitionen

Faktorausstattung

Betriebsfläche

Bewirtschaftete Fläche am Ende des Wirtschaftsjahres; sie umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die teichwirtschaftlich genutzte Fläche, die forstwirtschaftliche Nutzfläche sowie sonstige Betriebsflächen.

Zugepachtete Fläche (netto)

Entgeltlich und unentgeltlich zugepachtete Fläche abzüglich entgeltlich und unentgeltlich verpachteter Fläche, jeweils am Ende des Wirtschaftsjahres.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Summe aus ldw. Ackerfläche, Dauergrünland, ldw. Dauerkulturfläche, Grundfläche Gartengewächse (einschl. Obstfläche), weinbaulich genutzter Fläche, Hopfenfläche und sonstiger LF.

Grundfläche Gartengewächse (GG)

Flächen, die bewertungsrechtlich zur gartenbaulichen Nutzung gehören. Die GG umfasst die Obstfläche, die Freilandfläche (Gemüse, Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit Gartengewächsen sowie Blumen, Zierpflanzen und Gartenbausämereien), die Gewächshausfläche (heizbar und nicht beheizbar) sowie die Baumschulfläche.

Weinbaulich genutzte Fläche

Summe aus Rebfläche (Ertragsrebfläche, noch nicht im Ertrag stehende bestockte Rebfläche, Rebbrachfläche), Rebschulfläche und Rebschnittgärten.

Vergleichswert

Nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes im vergleichenden Verfahren ermittelter Ertragswert einer Nutzung oder eines Nutzungsteils (z. B. landwirtschaftliche, weinbauliche, gärtnerische Nutzung) eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes. Der durchschnittliche Vergleichswert der landwirtschaftlichen, weinbaulichen und gärtnerischen Nutzung gilt für die bewirtschaftete Fläche.

Arbeitskräfte (AK)

Die Arbeitskräfte setzen sich aus den Familien-AK (nicht entlohnt und entlohnt), den nicht entlohnten AK (z. B. in Personengesellschaften) und den Lohnarbeitskräften zusammen.

1 AK entspricht einer vollbeschäftigten Person, deren Erwerbsfähigkeit nicht gemindert ist und die zwischen 18 und 65 Jahre alt ist.

Nicht entlohnte Arbeitskräfte (nAK)

Nicht entlohnte Arbeitskräfte (überwiegend Familienarbeitskräfte) in Einzelunternehmen und Personengesellschaften.

Produktionsstruktur

Erntefläche

Summe der Ernteflächen von Ackerpflanzen und Grünlandnutzung. Die Erntefläche kann durch Doppelnutzung größer sein als die landwirtschaftlich genutzte Fläche, ansonsten identisch mit der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Viehbesatz

Der Viehbesatz wird, bezogen auf 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, in Anlehnung an den Vieheinheitenschlüssel des Bewertungsgesetzes in Vieheinheiten (VE) ermittelt. Grundlage ist der Futterbedarf der Tierarten:

Tierart	VE-Schlüssel
Pferde unter 3 Jahren	0,70
Pferde 3 Jahre alt und älter	1,10
Kälber und Jungvieh unter 1 Jahr	0,30
Jungvieh 1 bis 2 Jahre alt	0,70
Zuchtbullen	1,20
Kühe, Färsen, Masttiere	1,00
Schafe unter 1 Jahr	0,05
Schafe 1 Jahr alt und älter	0,10
Ferkel (bis etwa 20 kg LG)	0,02[1)]
Läufer (bis etwa 45 kg LG) aus zugekauften Ferkeln	0,04[1)]
Läufer (bis etwa 45 kg) aus selbsterzeugten Ferkeln	0,06[1)]
Mastschweine (> 45 kg LG) aus zugekauften Läufern	0,10[1)]
Mastschweine (> 45 kg LG) aus selbsterzeugten Ferkeln	0,16[1)]
Zuchtschweine	0,33
Legehennen einschließlich Aufzucht zur Bestandsergänzung	0,02
Legehennen aus zugekauften Junghennen	0,0183
Jungmasthühner (6 und weniger Durchgänge je Jahr – schwere Tiere)	0,0017[1)]
Jungmasthühner (mehr als 6 Durchgänge je Jahr – leichte Tiere)	0,0013[1)]
Junghennen	0,0017

1) Berechnung auf der Basis der erzeugten Tiere; in den übrigen Tiergruppen Jahresdurchschnittsbestand.

Bilanz

In der Bilanz erfolgt eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva), die der Gewinnermittlung des Unternehmens dient. Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Kapitalverwendung, die Passivseite die Kapitalherkunft.

Anlagevermögen

Vermögensgegenstände, die dem Betrieb auf Dauer dienen, d. h. die eine längere Zeit genutzt werden sollen. Hierzu gehören die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sachanlagen und die Finanzanlagen.

Tiervermögen

Tiere des Anlage- und Umlaufvermögens werden als eigene Position zwischen Anlage- und Umlaufvermögen ausgewiesen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die zum Verkauf oder zum Verbrauch bestimmt sind. Dies sind Vorräte (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse einschließlich Feldinventar, unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie darauf geleistete Anzahlungen), Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, Wertpapiere, Schecks, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten. Das Umlaufvermögen wird auch nach Sachumlaufvermögen (Vorräte) und Finanzumlaufvermögen (sonstiges Umlaufvermögen) gegliedert.

Bilanzvermögen

Alle Vermögensgegenstände des Unternehmens einschließlich des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens und des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages.

Eigenkapital

Das dem Unternehmer bzw. Mitunternehmer gehörende Kapital; es entwickelt sich in Einzelunternehmen wie folgt:

	Eigenkapital am Anfang des Wirtschaftsjahres
+	Einlagen
–	Entnahmen
+	Gewinn- Verlust
=	Eigenkapital am Ende des Wirtschaftsjahres

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden nach Arten unterschieden, z. B. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Zur Verbesserung der Einsicht in die Finanzlage können sie auch nach Restlaufzeiten aufgegliedert werden. In der Landwirtschaft werden bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Gesamtlaufzeiten unterschieden in kurzfristig (Laufzeit bis 1 Jahr), mittelfristig und langfristig (Laufzeit über 5 Jahre). Bei juristischen Personen erfolgt die Aufteilung nach Restlaufzeiten.

Investitionen und Finanzierung

Bruttoinvestitionen

Gesamter Zugang zum Investitionsbereich, d. h. Zugänge zum Anlagevermögen sowie Bestandsveränderungen bei Tieren und Vorräten.

Nettoinvestitionen

Der die Abschreibungen und Abgänge überschreitende Zugang zum Investitionsbereich, d. h. Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen und Abgänge.

Nettoverbindlichkeiten

Summe der Verbindlichkeiten abzüglich des Finanzumlaufvermögens (u. a. Forderungen, Wertpapiere, Guthaben bei Kreditinstituten).

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) dient der Ermittlung und Darstellung des Erfolgs eines Geschäftsjahres. Sie wird nach dem Gesamtkostenverfahren und Bruttoprinzip (keine Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen) in Staffelform aufgestellt. Der Gewinn/Verlust ist identisch mit dem Gewinn/Verlust aus dem Betriebsvermögensvergleich in der Bilanz.

Umsatzerlöse

Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung sowie der Wert der Naturalentnahmen für geschäftstypische Erzeugnisse und Waren sowie für Dienstleistungen nach Abzug von Erlösschmälerungen und Umsatzsteuer.

Sonstige betriebliche Erträge

Erträge, die nicht anderen GuV-Positionen zugeordnet werden können, insbesondere staatliche Direktzahlungen und Zuschüsse (Flächenzahlungen, Tierprämien, Investitionszulagen und -zuschüsse, Ausgleichszulage, Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen usw.). Hierzu gehören auch zeitraumfremde Erträge.

Materialaufwand

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (z. B. Saatgut, Düngemittel), für bezogene Waren und Leistungen. Die entsprechenden Bestandsveränderungen sind mit bei den Einzelpositionen ausgewiesen oder in einer Sammelposition zusammengefasst.

Personalaufwand

Summe der Löhne und Gehälter einschließlich aller Zulagen sowie aller sozialen Abgaben und der Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung.

Abschreibungen

Wertverzehr der Gegenstände des Anlagevermögens während des Geschäftsjahres; sie enthalten nicht die im Sonderposten mit Rücklageanteil abgegrenzten steuerlichen Sonderabschreibungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Aufwandspositionen, die nicht anderen Positionen der GuV zugeordnet werden können, z. B. Unterhaltungsaufwendungen, Betriebsversicherungen (einschließlich landwirtschaftlicher Unfallversicherung). Im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise gehören hierzu auch zeitraumfremde Aufwendungen, die bisher als neutraler Aufwand ausgewiesen wurden.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Summe aus Körperschaftsteuer (Steuer vom Einkommen, die nur von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gezahlt wird) und Gewerbeertragsteuer (Steuer vom Ertrag).

Sonstige Steuern (= Betriebssteuern)

Steuern vom betrieblichen Vermögen (Grundsteuer, Gewerbekapitalsteuer und Vermögensteuer bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften) sowie Verkehrs- und Besitzsteuern (Kraftfahrzeugsteuer, Zölle usw.).

Gewinn/Verlust bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag

Summe aus Betriebs-, Finanz- und außerordentlichem Ergebnis. Der Gewinn/Verlust umfasst bei *Einzelunternehmen und Personengesellschaften* das Entgelt für die nicht entlohnte Arbeit des landwirtschaftlichen Unternehmens und u. U. Mitunternehmers sowie seiner/ihrer mitarbeitenden, nicht entlohnten Familienangehörigen, das eingesetzte Eigenkapital und die unternehmerische Tätigkeit. Er steht für die Privatentnahmen der/des Unternehmer/s (private Steuern, Lebenshaltung, Krankenversicherung, Alterssicherung, Altenteillasten, Erbabfindungen, private Vermögensbildung usw.) und die Eigenkapitalbildung des Unternehmens (Nettoinvestitionen, Tilgung von Fremdkapital) zur Verfügung.

Der Gewinn ist nicht mit den steuerlichen Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gleichzusetzen, die anhand von Pauschalansätzen (nach § 13a EStG) ermittelt werden.

Bei *juristischen Personen* lautet die entsprechende Bezeichnung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) „Jahresüberschuss/-fehlbetrag“. Da in Unternehmen dieser Rechtsform die eingesetzte Arbeit bereits voll entlohnt ist, umfasst der Jahresüberschuss/-fehlbetrag nur das Entgelt für das eingesetzte Eigenkapital.

Im Folgenden wird der verkürzte Ausdruck „Gewinn bzw. Jahresüberschuss“ verwendet.

Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern

Gewinn bzw. Jahresüberschuss zuzüglich Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Gewinn bzw. Jahresüberschuss plus Personalaufwand je AK

Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern zuzüglich Personalaufwand bezogen auf die im Unternehmen tätigen AK. Diese Kennzahl dient zum Vergleich der Einkommenslage in Betrieben verschiedener Rechtsformen.

Lohnansatz

Der Lohnansatz wird für die nicht entlohnten Arbeitskräfte in Anlehnung an die für fremde Arbeitskräfte gezahlten Löhne (Monatslöhne) einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung ermittelt. Für den Betriebsleiter wird ein Zuschlag für die leitende Tätigkeit vorgenommen. Für das Kalenderjahr 2005 bzw. das Wirtschaftsjahr 2005/06 wurden folgende Werte für das frühere Bundesgebiet eingesetzt:

nicht entlohnte Arbeitskräfte	Landwirtschaft ohne Gartenbau	Gartenbau
	€/nAK	
Betriebsleiter	25 251	32 218
sonstige nicht entlohnte Arbeitskräfte	19 755	23 690

Für die neuen Länder wurden jeweils 90 Prozent des Wertes für nicht entlohnte Familienarbeitskräfte im früheren Bundesgebiet eingesetzt.

Rentabilität, Stabilität, Liquidität

Umsatzrentabilität (in Prozent)

$$\frac{\text{Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern} - \text{Lohnansatz}^{1)}}{\text{Umsatzerlöse}^{2)}}$$

[1] Für nicht entlohnte Arbeit in Einzelunternehmen und Personengesellschaften.

[2] Einschließlich Bestandsveränderungen und sonstiger betrieblicher Erträge.

Gesamtkapitalrentabilität (in Prozent)

Maßstab für die Verzinsung des im Unternehmen eingesetzten Eigen- und Fremdkapitals.

Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern – Lohnansatz + Zinsaufwand Gesamtkapital

Eigenkapitalrentabilität (in Prozent)

Maßstab für die Verzinsung des im Unternehmen eingesetzten Eigenkapitals.

Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern – Lohnansatz Eigenkapital[1)]

[1)] Inklusive 50 Prozent des Sonderpostens mit Rücklageanteil.

Eigenkapitalveränderung, Bilanz

Gewinn/Verlust bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag – Entnahmen + Einlagen

oder

Eigenkapital Geschäftsjahr – Eigenkapital Vorjahr

Erwerbseinkommen

Gewinn zuzüglich Einkünfte aus Gewerbebetrieb sowie Einkünfte aus selbstständiger oder nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit des Betriebsinhabers und seines Ehegatten einschließlich Lohnzahlungen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb an den Ehegatten.

Gesamteinkommen

Erwerbseinkommen zuzüglich Einkünfte aus privatem Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstigen steuerpflichtigen Einkünften und erhaltenen Einkommensübertragungen (Kinder-, Arbeitslosen-, Vorruhestandsgeld, Altersrenten usw.).

C Forstbetriebe

Im Bereich Forst ist nach verschiedenen Erfassungsbereichen zu unterscheiden:

– zum einen sind dies die Betriebe des Körperschafts- und Privatwaldes mit mehr als 200 ha Wald,

– zum anderen die Staatswaldbetriebe der Länder.

– Hinzu kommen die Betriebe mit kleineren Waldflächen (zwischen 5 und 200 ha), die nach der Betriebssystematik als landwirtschaftliche Betriebe mit Wald klassifiziert werden.

Die Buchführungsergebnisse des Körperschafts- und Privatwaldes basieren auf Ergebnissen des BMELV-Testbetriebsnetzes. Der Erfassungsbereich beschränkt sich auf Betriebe ab etwa 200 ha Waldfläche.

Die Ergebnisse des Staatswaldes werden im Gegensatz zum Körperschafts- und Privatwald nicht in Form einer Stichprobenerhebung, sondern durch eine Totalerfassung bei den Landesforstverwaltungen ermittelt.

Besitzarten

Die Besitzarten (Eigentumsarten) sind im Bundeswaldgesetz wie folgt definiert:

Staatswald ist Wald, der im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes steht sowie Wald im Miteigentum eines Landes, soweit er nach landesrechtlichen Vorschriften als Staatswald angesehen wird.

Körperschaftswald ist Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts steht; ausgenommen ist der Wald von Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen sowie von Realverbänden, Hauberggenossenschaften, Markgenossenschaften, Gehöferschaften und ähnlichen Gemeinschaften (Gemeinschaftsforsten), soweit er nicht nach landesrechtlichen Vorschriften angesehen wird.

Privatwald ist Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist.

Betriebsarten

Die Betriebsarten sind bestimmte Bewirtschaftungsformen des Waldes, die sich vor allem in der Verjüngungsmethode unterscheiden und zwar schlagweiser Hochwald, Dauerwald, Mittelwald und Niederwald (Stockausschlagwald).

Hochwald ist ein aus Kernwüchsen (natürliche Ansamung, Saat und Pflanzung) hervorgegangener Wald.

a) Schlagweiser Hochwald ist Hochwald, in dem Pflege-, Ernte- und Verjüngungsmaßnahmen räumlich getrennt ganze Bestände bzw. deren Teilflächen erfassen.

b) Dauerwald ist eine Form des Wirtschaftswaldes, bei der im Gegensatz zum schlagweisen Hochwald die Nutzung auf Dauer einzelbaum-, gruppen- oder kleinflächenweise erfolgt.

Mittelwald ist eine Mischform aus Niederwald und Hochwald, mit Oberholz aus aufgewachsenen Stockausschlägen und Kernwüchsen sowie Unterholz aus Stockausschlag, Wurzelbrut und Kernwuchs.

Niederwald (Stockausschlagwald) ist ein aus Stockausschlag oder Wurzelbrut hervorgegangener Wald.

Begriffsdefinitionen

Produkte

Ab dem FWJ 2003 werden die Buchführungsergebnisse mit veränderter Methodik erhoben, die zu mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Forstbetrieben führen soll. Bei der Betrachtung der Forstbetriebe wird jetzt vom Unternehmenskonzept ausgegangen. Die bisherige Ausrichtung auf die Trennung von betrieblichem und nichtbetrieblichem Aufwand und Ertrag wurde aufgegeben und von einer Gesamtschau aller Tätigkeitsfelder ausgegangen, die in Form eines Produktplanes strukturiert werden. In diesem Produktplan werden die Produkte des Forstbetriebes zu Produktgruppen und Produktbereichen zusammengefasst:

Produktbereich 1: Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen

Produktbereich 2: Schutz und Sanierung

Produktbereich 3: Erholung und Umweltbildung

Produktbereich 4: Leistungen für Dritte

Produktbereich 5: Hoheitliche und sonstige behördliche Aufgaben

Auf diese Weise sollen insbesondere Betriebs- und Zeitvergleiche für Forstbetriebe auf verschiedenen Ebenen der modulartig aufgefächerten Tätigkeitsfelder ermöglicht werden. So kann z. B. durch die Zusammenfassung der Produktbereiche 1 bis 3 ein Forstbetrieb im engeren Sinne definiert werden. Durch das Ausklammern der Produktbereiche 4 und 5, die vielfach nur im Körperschafts- und Staatswald eine Bedeutung haben, ist so eher ein Vergleich zwischen den verschiedenen Besitzarten möglich.

Holzbodenfläche (HB)

Die Holzbodenfläche umfasst alle Flächen der Holzproduktion sowie zeitweilig unbestockte Flächen (Blößen), ferner Wege und Schneisen unter 5 Meter Breite und unbestockte Flächen von unwesentlicher Größe. Alle Flächenangaben beziehen sich auf das Ende des Abrechnungszeitraumes.

Wirtschaftswald

Alle Holzbodenflächen, die regelmäßig bewirtschaftet und von der Forsteinrichtung als „Wirtschaftswald i. r. B. (in regelmäßigem Betrieb)“ ausgeschieden werden.

Wirtschaftswald außer regelmäßigem Betrieb (a. r. B.)

Wirtschaftswald a. r. B. umfasst alle Holzbodenflächen, die nicht regelmäßig bewirtschaftet werden (z. B. Bannwald, unbegehbare Steilhänge, Wildparke) und/oder deren nachhaltige Nutzungsmöglichkeit für absehbare Zeit unter 1 m^3 (Efm Derbholz ohne Rinde) je Jahr und Hektar liegt.

Frei Stock verkauft/Selbstwerber

Frei Stock verkauft bzw. Selbstwerbung ist die Aufarbeitung von Holz durch den Käufer (bzw. durch Forstberechtigte).

Stammholz

Als Stammholz gilt alles Langholz einschließlich Langholzabschnitte und Schwellen, außer Stangen- und Industrieholz lang.

Hiebsatz und Einschlag

Der Hiebsatz ist die durch ein forstwirtschaftliches Betriebsgutachten für einen bestimmten Zeitraum (in der Regel 10 Jahre) festgesetzte jährliche planmäßige Holznutzung in m^3 (Efm Derbholz ohne Rinde). Der Einschlag ist die im Abrechnungszeitraum eingeschlagene und gebuchte Derbholzmenge in m^3 (Efm ohne Rinde).

Erträge

Einnahmen im Berichtsjahr aus Verkäufen und erbrachten Leistungen der jeweiligen Produkte des Forstbetriebes. Hinzu kommen naturale und sonstige kalkulative Erträge (Eigenverbrauch und Mindereinnahmen). Im Produktbereich 1 (Produktion von Holz und anderen Erzeugnissen) zuzüglich der Herstellungskosten für unverkaufte Holzmengen aus Einschlägen des Berichtsjahres und abzüglich der Herstellungskosten für verkauftes Holz aus Einschlägen der Vorjahre.

Die Einnahmen aus forstlichen Nebenerzeugnissen (Schmuckreisig, Weihnachtsbäume, Pflanzen, Kies, Sand, Brennreisig, Schlagabraum), Liegenschaften, Jagd, Fischerei (Verkauf von Wildbret und Abschüssen, erhaltener Wildschadensersatz, Jagdpacht) sowie sonstige Erträge (Zinserträge, Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Maschinen) werden als andere Erzeugnisse zum Produktbereich 1 gerechnet.

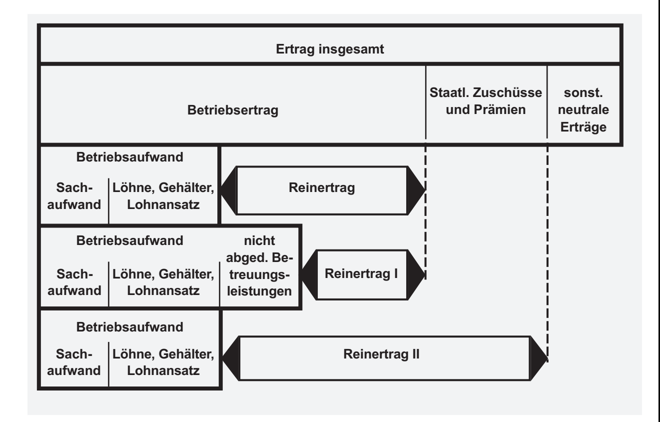
Aufwendungen

Unter Aufwand sind alle in der Buchführung erfassten Ausgaben für die Herstellung und den Absatz der jeweiligen Produkte des Unternehmens zu verstehen (Produktion von Holz und Nebenerzeugnissen, Jagd und Fischerei sowie Schutz und Sanierung, Erholung und Umweltbildung, Leistungen für Dritte, hoheitliche und sonstige behördliche Aufgaben). Zuzüglich der kalkulierten betrieblichen Aufwendungen, wie z. B. Abschreibungen und Lohnansatz für eigene Arbeit, abzüglich der Aufwendungen Unternehmensausgaben von Produkten außerhalb des speziellen Rechnungszeitraumes. Der Betriebsaufwand in den Betrieben des Körperschafts- und Privatwaldes schließt auch den kalkulierten Aufwand der nicht durch Verwaltungskostenbeiträge abgedeckten Betreuungsleistungen ein.

Reinertragsberechnung

Der **Reinertrag** berechnet sich aus Unternehmensertrag abzüglich Unternehmensaufwand (einschließlich Lohnansatz).

Reinertragsberechnung in der Forstwirtschaft



Der **Reinertrag I** (ohne Förderung) stellt ein Ergebnis der Forstbetriebe dar, das ohne staatliche Zuschüsse und Prämien und ohne die indirekte Förderung der Betriebe in Form der Aufwandsreduzierung durch eine kostenlose oder verbilligte Betreuung auf Forstamtsebene erreicht worden wäre; d. h. die nicht abgedeckten kalkulatorischen Betreuungsleistungen sind im Betriebsaufwand enthalten.

Beim **Reinertrag II** (mit Förderung) sind die Zuschüsse und Prämien aus öffentlichen Haushalten (z. B. für Bestandspflege, Kulturen, Forstschutz, Schutz- und Erholungsfunktionen) eingerechnet, die nicht abgedeckten kalkulatorischen Betreuungsleistungen im Aufwand aber nicht berücksichtigt. Hierdurch wird die Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Betriebe und der Bedeutung der Förderung in einzelnen Besitzarten ermöglicht.

Aufgrund der methodischen Änderungen ab dem FWJ 2003 (siehe Stichwort: Produkte) wird für Zeitvergleiche und Vergleiche zwischen den Besitzarten der **Reinertrag ProdBereich 1–3** als Kennzahl ausgewiesen. Er berechnet sich aus den Erträgen abzüglich der Aufwendungen der für den Forstbetrieb im engeren Sinne besonders wichtigen Produktbereiche 1 bis 3. Er wird ohne Förderung **(I)** oder einschließlich der auf die Produktbereiche 1 bis 3 entfallenden Förderung **(II)** abgebildet.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Wald

Für Betriebe mit Waldflächen zwischen 10 und 200 ha, die nach der Betriebssystematik als landwirtschaftliche Betriebe mit Wald klassifiziert werden, sind zusätzliche Angaben für den forstlichen Betriebsteil erforderlich. Die ergänzenden Angaben zur forstlichen Nutzung dienen im wesentlichen zur Lieferung von Angaben, die über den Bereich der Finanzbuchhaltung hinausgehen. Dabei werden Angaben zur Besitzstruktur, zu den Investitionen, zur Gliederung der forstwirtschaftlichen Nutzung (Flächengliederung) und zu den Arbeitszeiten ausgewiesen. Zusätzlich wird für 4 verschiedene Holzgruppen (Eiche; Buche und sonstiges Laubholz; Fichte, Tanne und Douglasie; Kiefer, Lärche und sonstiges Nadelholz) der Hiebsatz, der Holzeinschlag, der Holzverkauf und der erzielte Holzpreis dargestellt.

Kalkulatorischer Reinertrag

Bei der Berechnung des speziell für den Betriebszweig Forstwirtschaft hergeleiteten Reinertrages werden Erlöse (einschließlich Zuschüssen und Zulagen) und Aufwendungen, die bereits in der Buchhaltung dem Forst zugerechnet werden können (z. B. Material für Holzernte, Lohnunternehmer für Forst usw.), direkt der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen. Die nur schwer aufteilbaren fixen Sachkosten bzw. variablen Maschinenkosten werden kalkulatorisch abgeleitet und den Betrieben per Programm zugeteilt. Die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg hat im Auftrag des BMELV diese Kosten in Abhängigkeit von Einschlag und Größe der Waldfläche ermittelt.

Roheinkommen (Deckungsbeitrag)

Bei der Berechnung des Roheinkommens aus Forstwirtschaft werden vom Ertrag alle variablen und festen Kosten (vgl. Reinertragsberechnung), mit Ausnahme des kalkulatorischen Lohnansatzes für die vom Betriebsleiter und den mithelfenden Familienangehörigen selbst verrichteten Arbeiten, abgezogen. Das Roheinkommen bzw. der Deckungsbeitrag ist somit ein Maßstab dafür, wie die eingesetzte Arbeit entlohnt wird.

Kurzbezeichnungen für die Bundesrepublik Deutschland, die Länder und die EU Mitgliedstaaten

DE = Deutschland
BW = Baden-Württemberg
BY = Freistaat Bayern
BE = Berlin
BB = Brandenburg
HB = Freie Hansestadt Bremen
HH = Freie und Hansestadt Hamburg
HE = Hessen
MV = Mecklenburg-Vorpommern
NI = Niedersachsen
NW = Nordrhein-Westfalen
RP = Rheinland-Pfalz
SL = Saarland
SN = Freistaat Sachsen
ST = Sachsen-Anhalt
SH = Schleswig-Holstein
TH = Freistaat Thüringen

EU = Europäische Union
BE = Belgien
BG = Bulgarien
CZ = Tschechische Republik
DK = Dänemark
DE = Deutschland
EE = Estland
EL = Griechenland
ES = Spanien
FR = Frankreich
IE = Irland
IT = Italien
CY = Zypern
LV = Lettland
LT = Litauen
LU = Luxemburg
HU = Ungarn
MT = Malta
NL = Niederlande
AT = Österreich
PL = Polen
PT = Portugal
RO = Rumänien
SI = Slowenien
SK = Slowakei
FI = Finnland
SE = Schweden
UK = Vereinigtes Königreich

Sonstige Abkürzungen und Zeichen

A	=	Agraralkohol
AB	=	Agrarpolitischer Bericht
AFP	=	Agrarinvestitionsförderungsprogramm
AG	=	Aktiengesellschaft
AK	=	Vollarbeitskraft; Familien-AK (FAK) = Familien-Vollarbeitskraft
AKP	=	Afrika, Karibik, Pazifik
ALG	=	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
BfR	=	Bundesinstitut für Risikobewertung
BMELV	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BRZ	=	Bruttoraumzahl
BSE	=	Bovine Spongiforme Enzephalopathie (Rinderwahnsinn)
BSP	=	Bruttosozialprodukt
BT	=	Blauzungenkrankheit
BtL	=	Biomass-to-Liquid
BVVG	=	Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
CBD	=	Convention on Biological Diversity (Übereinkommen über die Biologische Vielfalt)
CCM	=	Corn-Cob Mix (Silagetyp)
Co. KG	=	Compagnie Kommanditgesellschaft
dena	=	Deutsche Energie Agentur
DON	=	Fusariumtoxin Deoxynivalenol
DVO	=	Durchführungsverordnung
dt	=	Dezitonne = 100 kg
EAGFL	=	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EALG	=	Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
EFF	=	Europäischer Fischereifonds
Efm	=	Erntefestmeter
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EGE	=	Europäische Größeneinheit (1 EGE = 1 200 € StDB)
ELER	=	Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ENP	=	Europäische Nachbarschaftspolitik
EP	=	Europäisches Parlament
ERF	=	Ertragsrebfläche
EStG	=	Einkommensteuergesetz
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EuFA	=	gemeinschaftliche Fischereiüberwachungsbehörde
EUROSTAT	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
e. V.	=	Eingetragener Verein
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	=	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen)
FGR	=	forstwirtschaftliche Gesamtrechnung
FIAF	=	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FSC	=	Forest Stewardship Council (Forstzertifizierungsorganisation)
FWJ	=	Forstwirtschaftsjahr (1. Oktober bis 30. September)

GAK	=	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAL	=	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GAP	=	Gemeinsame Agrarpolitik
GG	=	Grundfläche der Gartengewächse
GKV	=	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	=	Gewinn- und Verlustrechnung
ha	=	Hektar = 10 000 m^2
HB	=	Holzbodenfläche
HELCOM	=	Kommission zur Durchführung des Helsinki-Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes
hl	=	Hektoliter = 100 l
HPAI	=	hochpathogene aviäre Influenza (Vogelgrippe)
INLB	=	Informationsnetz Landwirtschaftlicher Buchführungen
KG	=	Kommanditgesellschaft
KJ	=	Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember)
KOM	=	Europäische Kommission
KTBL	=	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft
kW	=	Kilowatt = 1 000 Watt
LEADER	=	Liaison Entre Actions de Développement de l’Economie Rurale (Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung der ländlichen Räume)
LF	=	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LG	=	Lebendgewicht
LGR	=	Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
LSV	=	Landwirtschaftliche Sozialversicherung
LUV	=	Landwirtschaftliche Unfallversicherung
LwG	=	Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955
MAP	=	Marktanreizprogramm
MEG	=	Mittelstands-Entlastungs-Gesetz
MERCOSUR	=	Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt Südamerikas)
Mio.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarden
MwSt	=	Mehrwertsteuer
nAK	=	nicht entlohnte Arbeitskräfte
OSPAR	=	Oslo-Paris-Kommission
PEFC	=	Pan European Forest Certification (Paneuropäisches Forst-Zertifizierungssystem
rd.	=	rund
RL	=	Richtlinie
RV	=	Rentenversicherung
SDB	=	Standarddeckungsbeitrag
SPS	=	Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Handelshemmnisse
SVBEG	=	Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz
TA	=	Tabellenanhang
TAC	=	Total Allowable Catch (Gesamtfangmenge)
TBT	=	Übereinkommen über technische Handelshemmnisse
THG	=	Treibhausgas
TSE	=	Transmissible Spongiforme Enzephalopathie
Tz.	=	Textziffer
USA	=	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika

VE	=	Vieheinheiten
VO	=	Verordnung
Vzbv	=	Verbraucherzentrale Bundesverband
WF	=	Waldfläche
WJ	=	Wirtschaftsjahr (1. Juli bis 30. Juni)
WRRL	=	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	=	Wettbewerbsstärkungsgesetz
WTO	=	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)
–	=	nichts vorhanden
0	=	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle dargestellt wird
.	=	kein Nachweis
∅	=	Durchschnitt

Soweit in den Übersichten Abweichungen in den Summen vorkommen, beruhen diese auf Rundungen der einzelnen Zahlen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333